



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 100. Sitzung
- endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 2. Juni 2016, 11.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Dr. Burkhard Even (Beweisbeschluss Z-119)	4
- Henrik Isselburg (Beweisbeschluss Z-121)	71
- Dr. Dieter Romann (Beweisbeschluss Z-123)	121

* Hinweis:

Die Korrekturen der Zeugen Dr. Even (siehe Anlage 1) und Isselburg (siehe Anlage 2) wurden in das Protokoll eingearbeitet. Der Zeuge Dr. Romann hatte keine Korrekturwünsche.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Sensburg, Prof. Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Jens, Dr.
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, André, Dr.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Allers, Fried-Heye Bredow, Lippold von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian D.
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Hanke, Christian Diego Heyer, Christian Schlucke, Lisa
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Busold, Christian Kant, Martina Leopold, Nils Pohl, Jörn.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beauftragte von Mitgliedern der Bundesregierung

Bundeskanzleramt	Jipp, Daniel Heinemann, Martin Kämmerer, Marie Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Unterlöhner, Ulrike, Dr.
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Blidschun, Jürgen Arthur Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Jurna, Tassilo Meyer, Till Ruhmer, David Weiss, Jochen
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Rauch, Rüdiger Theis, Björn Voigt, Björn



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.46 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 100. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Viel Zeit zum Anstoßen auf die 100. Sitzung ist heute nicht; denn wir haben drei Zeugen, von daher ein volles Programm, und durch die spannende Debatte, die gerade im Plenum stattgefunden hat, haben wir auch ein wenig Zeit verloren. Von daher gehen wir zügig weiter, und ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist auch in dieser Sitzung hergestellt. Ich begrüße die Öffentlichkeit, insbesondere die Vertreter der Presse, an dieser Stelle ganz herzlich und bedanke mich wieder für die ausgiebige und umfassende Berichterstattung.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

- Dr. Burkhard Even
(Beweisbeschluss Z-119)
- Henrik Isselburg
(Beweisbeschluss Z-121)
- Dr. Dieter Romann
(Beweisbeschluss Z-123)

Der Beweisbeschluss Z-119 stammt vom 25.02.2016, der Beweisbeschluss Z-121 vom 28.04.2016 und der Beweisbeschluss Z-123 vom 12.05.2016. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksache

18/843 - durch Vernehmung der Zeugen
Dr. Even, Herrn Isselburg und Dr. Romann.

Zunächst werden die Zeugen hintereinander öffentlich vernommen. Im Anschluss findet dann, wenn Bedarf besteht, die nichtöffentliche, gegebenenfalls eingestufte Vernehmung der Zeugen statt.

Vernehmung des Zeugen Dr. Burkhard Even

Als ersten Zeugen darf ich heute bei uns Herrn Dr. Even begrüßen.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Even, Sie haben den Erhalt der Ladung am 19. Mai 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für Fragen und dann für Ihre Antworten zur Verfügung stehen. Seien Sie begrüßt.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, habe ich im Moment noch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Herr Dr. Even, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen diese Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das denn in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 bzw. § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortführen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, nur die Ankündigung, dass ich davon zu Ihrem Leidwesen Gebrauch machen werde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Warten Sie erst die Fragen ab; dann schauen wir mal. Manchmal stellen wir die Fragen so klug, da brauchen Sie gar nicht auf nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung verweisen.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen.

Und dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen, bis eine Runde um ist, und dann beginnt die nächste Runde. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Ich darf Sie dann nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja. Mein Name ist Burkhard Even. Ich bin 56 Jahre alt, arbeite im Bundesamt für Verfassungsschutz, und meine ladungsfähige Anschrift ist genau die des Verfassungsschutzes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wie ich es gerade schon angedeutet habe, möchte ich Ihnen zu Beginn die Gelegenheit geben, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also die Möglichkeit, zum Untersuchungsgegenstand im Zusammenhang vorzutragen, ohne von Fragen unterbrochen zu werden. Möchten Sie hiervon Gebrauch machen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, das mache ich gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann haben Sie nun das Wort.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Vielleicht am Anfang ein paar Stichworte zu meiner Person über die Frage von Ihnen hinaus: Ich habe Jura studiert. Nach der Referendarzeit im Jahr 1989 habe ich damals im BMI angefangen, dort neun Jahre in verschiedenen Verwendungen gearbeitet, zuletzt als Referatsleiter für Grundsatzfragen des Verfassungsschutzes und für Spionageabwehr. 1998 wechselte ich dann in das Bundesamt für Verfassungsschutz, wo ich zunächst in der Abteilung Z, also in der Verwaltung, einige Jahre gearbeitet habe und dann anschließend ab 2003 in der Abteilung 5, die sich mit Ausländerextremismus beschäftigt. Seit Som-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mer 2007 leite ich die Abteilung 4, die für Spionageabwehr, Proliferationsabwehr, Wirtschaftsschutz sowie für Geheim- und Sabotageschutz zuständig ist. Zu diesem Zeitpunkt - also 2007, als ich da anfang - war die Tätigkeit in der Spionageabwehr geprägt durch knappe Ressourcen und den Zwang zu einschneidenden Priorisierungen. Im Jahr 2008 wurde die Zahl der für Spionageabwehr zuständigen Gruppen von drei auf zwei reduziert, nachdem bereits in den Jahren zuvor das dort eingesetzte Personal deutlich verringert worden war.

Blick zurück in die 90er-Jahre: Nach dem Fall der Mauer und dem Ende des sogenannten Kalten Krieges wurde vielfach und nicht nur in Deutschland davon ausgegangen, dass das Thema Spionage erheblich an Bedeutung verloren habe. Infolgedessen gab es schon damals politische Entscheidungen, die Spionageabwehr deutlich zu reduzieren, was auch geschah.

Nach den Ereignissen von 9/11 war es angesichts der enormen Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus, trotz dafür neu bewilligter Haushaltsstellen unumgänglich, weitere Stellen durch Umpriorisierung für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Deshalb wurden unter anderem im Bereich Spionageabwehr weitere personelle Ressourcen abgezogen. Der gesetzliche Auftrag, § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz, gebietet uns die Beobachtung sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Tätigkeiten für eine fremde Macht [sic!], wobei das Gesetz nicht nach Tätern unterscheidet. Es ist keine neue Erkenntnis, dass zahlreiche ausländische Nachrichtendienste gegen deutsche Interessen handeln, und es ist auch keine neue Erkenntnis, dass unter den Akteuren zuweilen auch Partner, manchmal auch enge Partner sind. Es entspricht dem Wesen von Nachrichtendiensten, dass sie in erster Linie im Interesse ihres jeweiligen Staates agieren; das ist ihre Aufgabe. Und die Interessen von Staaten decken sich niemals zu 100 Prozent. Auch bei engen Bündnispartnern gibt es neben zum Teil sehr großen Gemeinsamkeiten bezüglich der nachrichtendienstlichen Ziele auch Bereiche mit gegenläufigen staatlichen Interessen. Und hier ist immer ein nachrichtendienstliches Agieren gegen deutsche Interessen einzukalkulieren.

Die durch die eben beschriebene Personalreduzierung erforderliche Aufgabenpriorisierung führte zwangsläufig zu einer Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Akteuren mit der Folge unterschiedlicher Bearbeitungsintensität. Im Rahmen der Priorisierung haben wir versucht, die vorhandenen Ressourcen möglichst effektiv einzusetzen. Ein wesentliches Kriterium dabei ist die vom jeweiligen Akteur ausgehende Gefährlichkeit, also ganz konkret die Beschädigung deutscher Interessen durch die jeweiligen Spionageaktivitäten. Die aus unserer Sicht relevantesten Staaten sind nach wie vor Russland, China und Iran - wie wir es auch in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre dokumentiert haben -, und auf die Aktivitäten dieser Staaten haben wir deshalb unser Hauptaugenmerk gelegt.

Eine systematische Beobachtung, die immer auch sehr ressourcenintensiv ist, findet bei Bündnispartnern grundsätzlich nicht statt. Bei besonders wichtigen Bündnispartnern spielt zudem der Aspekt der engen Zusammenarbeit eine besondere Rolle. Gerade die USA sind ein ganz wichtiger Kooperationspartner, mit dem wir in vielen Bereichen - im Übrigen auch im Bereich Spionageabwehr - sehr eng und sehr vertrauensvoll zusammenarbeiten. Es ist aus meiner Sicht viel sinnvoller, die vorhandenen knappen Ressourcen für die Kooperation mit Partnern als für deren systematische Beobachtung einzusetzen. Allerdings ist das kein Freibrief für beliebige Aktivitäten unserer Partner. Wenn wir konkrete Anhaltspunkte für Spionageaktivitäten ausländischer Nachrichtendienste haben, gehen wir dem nach. Dabei spielt die Frage, ob es sich möglicherweise um einen engen Bündnispartner handelt, keine Rolle. Dies gilt für die Vergangenheit, und das gilt auch aktuell.

Gute Spionage ist unsichtbar. Nicht von ungefähr ist bei Spionage das Dunkelfeld besonders groß; das gilt für Spionage mit menschlichen Quellen, und das gilt ganz besonders für Spionage mit technischen Mitteln, um die es hier im Untersuchungsausschuss ja in erster Linie geht. Bei technischer Spionage gibt es regelmäßig keinen Täter, der in Deutschland detektiert oder verfolgt werden kann; meist ist nicht einmal feststellbar, dass es einen Spionageangriff gegeben hat. SIGINT-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Maßnahmen, die außerhalb Deutschlands, zum Beispiel im Heimatland des betreffenden Dienstes oder an Unterseekabeln im Atlantik, erfolgen, sind für einen Inlandsdienst grundsätzlich nicht aufklärbar. Aber auch auf deutschem Staatsgebiet sieht es im Ergebnis kaum besser aus, soweit Botschaften oder vergleichbare Liegenschaften Ausgangspunkt von Spionage mit technischen Mitteln sind. Bestimmte Aufbauten und Bauweisen zahlreicher Botschaftsgebäude in Berlin sind ein starkes Indiz für Spionageaktivitäten; allerdings ist es uns nicht gestattet, die darin verborgenen technischen Gerätschaften zu inspizieren. Uns bleibt nur der Blick von außen, sei es vom Boden oder auch aus der Luft. Dabei lässt sich oft die grundsätzliche Eignung für illegale Aktivitäten erkennen. In der Regel sind allerdings auch legitime Nutzungen denkbar. Welche Nutzung tatsächlich erfolgt, ist hingegen durch bloße Sichtung nicht feststellbar. Und auch Messungen sind weitgehend nutzlos, da sogenannte passive Maßnahmen technisch nicht detektierbar sind.

Die besonderen Spionagerisiken rund um das Brandenburger Tor waren schon kurz nach dem Regierungsumzug Thema einer gemeinsamen Gefährdungsbewertung der zuständigen Sicherheitsbehörden des Bundes und des BSI. Die massiven Gefahren hinsichtlich wahrscheinlicher Eingriffe durch die Nachrichtendienste diverser Staaten in die Kommunikationswege des Deutschen Bundestages und zahlreicher Ministerien wurden darin sehr klar dargestellt. Der damalige Bericht verschwand auch nicht in den Schubladen der erstellenden Behörden, sondern wurde seinerzeit den betroffenen Stellen gegenüber deutlich kommuniziert, und er war Grundlage für zahlreiche Sensibilisierungen, insbesondere auch seitens des BfV. Bei Cyberangriffen auf IT-Systeme, zum Beispiel von Bundestag, Regierungsstellen oder auch Wirtschaftsunternehmen, stellt sich ebenfalls das Problem der schwierigen Detektierbarkeit. Professionell und gut gemachte Schadsoftware ist extrem schwer zu finden, aber immerhin hat man hier eine Chance. Zum einen gibt es hier Veränderungen an den IT-Systemen, nach denen man suchen kann, und zum anderen ist es möglich, bestimmte technische Spuren des Angreifers auf ihrem Weg durch das Internet festzustellen.

Allerdings sind hierzu erhebliche Anstrengungen, sowohl personell als auch technisch, erforderlich.

Besonders eingehen möchte ich auch auf das Thema Wirtschaftsspionage. Hier gibt es oft Missverständnisse bezüglich der Begrifflichkeit. Wir verstehen unter Wirtschaftsspionage die Ausforschung von Unternehmen durch fremde Nachrichtendienste zwecks Erlangung von Wettbewerbsvorteilen. Die zahlreichen Fälle, in denen die Spionage von Konkurrenzunternehmen ausgeht, sogenannte Konkurrenzausspähungen, zählen nicht dazu. Und Wirtschaftsspionage liegt auch dann nicht vor, wenn Unternehmen oder einzelne ihrer Mitarbeiter im Rahmen der Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Proliferation, Korruption oder auch Terrorismus in den Fokus eines ausländischen Nachrichtendienstes kommen. Mir ist aus der Bearbeitung in den letzten Jahren kein Fall bekannt, in dem US-Dienste deutsche Firmen zur Erlangung von Wettbewerbsvorteilen für amerikanische Unternehmen ausspioniert haben.

Wie bereits erwähnt, wird professionell durchgeführte Spionage regelmäßig nicht bemerkt und sehr oft nicht einmal im Nachhinein festgestellt. Das bedeutet allerdings nicht, dass man solchen Spionageangriffen wehrlos ausgeliefert ist. Die potenziellen Opfer in Parlament, Regierung, Behörden und Wirtschaft können durch ihr Verhalten maßgeblich dazu beitragen, dass Spionageversuche ins Leere gehen und damit letztlich erfolglos bleiben. Die möglichen Gegenmaßnahmen beinhalten unter anderem die Identifizierung der wesentlichen zu schützenden Informationen - wir reden oft von Kronjuwelen -, die Erarbeitung und Umsetzung von umfassenden Schutzkonzepten sowie Vorsicht bei der Nutzung von Informationstechnik und Kommunikationsmitteln.

Weiterhin zu nennen sind das Verhalten bei Geschäftsreisen und Delegationsbesuchen sowie die Sensibilisierung der eigenen Mitarbeiter. Wir sehen es als eine ganz wichtige Aufgabe an, die möglichen Opfer durch Hinweis auf die Bedrohungslage sowie konkrete Abwehrmöglichkeiten entsprechend zu sensibilisieren und im Einzelfall auch konkret zu beraten, damit sie ihr Verhalten



Nur zur dienstlichen Verwendung

nämlich entsprechend ausrichten können. Für den Bereich der Wirtschaft haben wir deshalb bereits im Jahr 2008 ein eigenes Wirtschaftsschutzreferat eingerichtet. Für Politik und Wirtschaft gilt gleichermaßen: Die beste und effektivste Spionageabwehr ist Prävention.

Nach Bekanntwerden der Aussagen von Edward Snowden im Sommer 2013 haben wir im BfV sehr rasch eine abteilungsübergreifende Sonderauswertung, SAW abgekürzt, zur Aufklärung der Vorwürfe eingerichtet. Erschwert wurde uns allerdings die Arbeit durch den Umstand, dass uns die Vorwürfe nur sukzessive und nur über die Presse zur Kenntnis gelangten. Snowden hat die entwendeten Unterlagen nur ausgewählten Presseorganen zur Verfügung gestellt. Originalmaterial, welches wir auf Vollständigkeit und Authentizität hätten überprüfen können, erlangten wir trotz Nachfrage nicht. Die verschiedenen Vorwürfe haben wir, soweit möglich, geprüft und im Rahmen diverser Ermittlungen unter anderem auch weitere Sicherheitsbehörden sowie das BSI einbezogen.

Der Abschluss der SAW-Tätigkeit liegt außerhalb des Untersuchungszeitraumes. Dennoch möchte ich die wesentlichen Ergebnisse kurz skizzieren: Zusammenfassend ist zu sagen, dass die meisten Vorwürfe als technisch möglich erscheinen und vieles in nachrichtendienstlicher Hinsicht auch als plausibel bzw. wahrscheinlich eingeschätzt werden kann. Allerdings ist nach Bewertung aller vorliegenden Informationen festzuhalten, dass letztendlich keine konkreten Nachweise für gegen Deutschland gerichtete technische Aufklärungsmaßnahmen von Diensten der Five-Eyes-Staaten vorliegen. Das hat zum einen damit zu tun, dass ein wesentlicher Teil der behaupteten Aktivitäten nicht in Deutschland, sondern auf dem Hoheitsgebiet der Five-Eyes-Staaten stattfand und damit für uns nicht überprüfbar war. Zum anderen ist darauf hinzuweisen, dass bestimmte technische Maßnahmen, zum Beispiel aus Botschaftsgebäuden, wie bereits dargelegt, als sogenannte passive Maßnahmen gar nicht detektierbar sind. Auch wenn klar ist, dass insbesondere die US-Dienste über weitreichende SIGINT- und Cyberfähigkeiten verfügen, lässt sich letztlich nicht konkret feststellen, ob und in welchem

Umfang diese gegen deutsche Interessen genutzt wurden. Das Ergebnis ist nicht wirklich befriedigend, kann aber aufgrund der Gegebenheiten kein anderes sein. Gleichwohl, auch wenn es an klaren Beweisen fehlt, gibt das eindeutig bestehende hohe Risiko aus meiner Sicht genügend Anlass, konkrete Gegenmaßnahmen zu ergreifen. So wurde durch die Arbeit der SAW deutlich, dass eine Neuausrichtung der Spionageabwehr dringend geboten ist.

Das von uns entwickelte Konzept enthält im Wesentlichen drei Elemente: Zunächst erscheint es angezeigt, die Bearbeitung von nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Staaten, deren Dienste nicht systematisch überwacht werden, im Sinne eines 360-Grad-Blicks zu stärken. Des Weiteren ist es im Hinblick auf die Nicht-Detektierbarkeit zahlreicher Spionageaktivitäten angezeigt, die bisherigen Sensibilisierungsmaßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Behörden erheblich auszubauen. Und schließlich ist angesichts der ständig steigenden Bedrohung durch elektronische Spionage - und übrigens auch durch Sabotageangriffe - eine massive Verstärkung der Cyberbearbeitung von besonderer Bedeutung. Mit der Umsetzung des Konzepts wurde zwischenzeitlich begonnen.

Abschließend möchte ich noch mal kurz zusammenfassen: Die vollständige Aufklärung professioneller Spionageaktivitäten anderer Staaten ist nicht möglich; oft kann Spionage nicht einmal im Nachhinein erkannt werden. Wesentliche Abwehrmaßnahmen sind die Aufklärung von Methoden, Zielen und Akteuren sowie die Prävention. Dabei ist zu beachten, dass zu den Akteuren neben den Hauptgegnern zuweilen auch Bündnispartner zählen.

Auch wenn konkrete Beweise für die Vorwürfe Snowdens fehlen, so sind doch Plausibilität und Wahrscheinlichkeit hinsichtlich eines Teils der behaupteten Aktivitäten sowie im Übrigen auch die vielfältige Spionageaktivität zahlreicher weiterer Staaten hinreichender Grund, das von uns erarbeitete 360-Grad-Konzept umzusetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Nach den Vorworten gibt es sicherlich einige Fragen aus den Fraktionen; auch ich hätte einige Fragen. - Sie hatten selbst die SAW angesprochen. Können Sie etwas zur Struktur und Ihrer Funktion da sagen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Vielleicht fange ich mit der Funktion an: Die Funktion war, aufzuklären, was an Vorwürfen, Behauptungen, Anhaltspunkten im Raum stand, um abzuklären, was es damit auf sich hat und wie weit aus Sicht der Spionageabwehr das relevant ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vorwürfe von wem an wen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Vorwürfe, die durch die Dokumente, die Snowden hat veröffentlichten lassen, behauptet wurden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und waren Sie erfolgreich?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, teils, teils. Also, wir haben - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welcher Teil war erfolgreich?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben manches aufklären können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was? - Ich will es nur ein bisschen beschleunigen. Ich finde es total schön, dass Sie viel erzählen, aber: Was haben Sie aufklären können? Der Teil interessiert mich. Was Sie nicht aufklären konnten, kommt später.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, ich denke, da sollten wir die einzelnen Dinge durchgehen. Ich habe ja eben in meinem Eingangsstatement schon gesagt: Dinge, die im Ausland stattfinden, da haben wir sehr wenig aufklären können. Da kann man allerdings mit nachrichtendienstlichen Erfahrungen und Wahrscheinlichkeiten einiges anfangen. Dinge, die in Deutschland sind - - konnte man einige Dinge abklären, aber auch da ist vieles letztlich nicht detektierbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Müsste man aber im Einzelnen durchgehen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann machen wir das doch!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Machen Sie ruhig mal. Die Erfolgreichen jetzt nur.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die Frage der Struktur soll ich erst mal ausblenden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Also, wo Sie nicht erfolgreich waren, was Sie nicht rausgekriegt haben, warum Sie es nicht rausgekriegt haben: Haken dran. Aber wo Sie erfolgreich waren - Sie sagten ja teils erfolgreich, teils nicht -, nur die erfolgreichen Punkte, was Sie rausgefunden haben mit der SAW bezüglich der Vorwürfe, also das waren ja Ihre Worte.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Gut. Also, wir haben circa 20 Vorwürfe betrachtet. Ich habe jetzt den SAW-Bericht nicht mit; insofern kann ich ihn nicht im - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie mir einen sagen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, einer ist zum Beispiel der Vorwurf Prism. Das ist ja ein Programm der Amerikaner, wo durch Zusammenarbeit mit amerikanischen Softwareunternehmen oder Internetanbietern Informationen abgegriffen werden in großem Umfang, so die Folien, die wir dann zur Kenntnis bekamen. Und damit haben wir uns beschäftigt; das gehört zu den Dingen, wo man es nicht wirklich feststellen kann, was tatsächlich passiert. Was man allerdings feststellen kann, ist natürlich Folgendes: Die Firmen, um die es geht - also: Microsoft, Google, Facebook, Apple, Dropbox, um ein paar Beispiele zu nennen -, sammeln extrem viele Daten unter anderem in Deutschland, bekommen diese Daten freiwillig von diversen Deutschen - Privatbürgern, von der Wirtschaft, natürlich auch im poli-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tischen oder im Regierungsbereich - „zugeliefert“ - in Anführungszeichen - und haben die dann. Ob sie die dann immer nur in Deutschland aufbewahren: Das kann man bei vielen sogar schon aus den Bedingungen ersehen, dass das nicht so ist. Ganz viele der Daten landen tatsächlich dann auf amerikanischem Grund, und dann unterliegen die Firmen dem amerikanischen Recht in Amerika, nicht dem deutschen Recht. Und auch wenn ich nicht glaube, dass alle Informationen, die beispielsweise Facebook hat, eins zu eins rübergehen zur NSA, ist klar, dass es Rechtsverpflichtungen gibt, in bestimmten Fällen, für bestimmte Personen oder für bestimmte Fallgruppen Informationen an die NSA weiterzugeben. Und es ist aus deutscher Sicht jetzt nicht möglich, zu überprüfen, wann das der Fall ist und wann es nicht der Fall ist. Insofern ist das einer der Vorwürfe. Er ist sehr plausibel, aber der Umfang ist nicht tatsächlich einschätzbar.

(Christian Flisek (SPD):
Deshalb sitzen wir ja hier!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange haben Sie für diese Erkenntnis gebraucht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Erkenntnis hatten wir relativ schnell.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die hatten wir sehr schnell; die stand schon in den ersten Sprechzetteln, die wir nach kurzer Zeit, nach zwei Wochen oder so, für die erste PKGr-Sitzung gemacht haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also dass Google Daten sammelt und so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, weil das ganz offensichtlich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ah. Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Da gibt es, wenn man ehrlich ist, nur eine einzige Schutzmöglichkeit. Wir müssen mehr deutsche oder westeuropäische

Firmen haben, denen man da mehr vertrauen kann. Das ist die einz- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, aber in das Politische möchte ich gar nicht reingehen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist total interessant, aber das müssen wir nach der Sitzung machen, weil sonst geht mir die Zeit flöten, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und den Kollegen auch. Das sind so ein bisschen allgemeine Erwägungen. - Also, dass Google und andere Daten sammeln, das haben Sie rausgekriegt. Und dann haben Sie - das ist aus meiner Sicht viel spannender - gesagt: Es besteht - ich kann jetzt Ihre Worte nicht wortgleich wiedergeben - irgendwie die Wahrscheinlichkeit oder die hohe Vermutung, Plausibilität, dass die NSA - - zumindest einen Teil, für bestimmte Personen und bestimmte Sachverhalte, Daten an die NSA weitergibt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das gilt in Europa ja genauso - auch in Deutschland -, dass Telefonanbieter oder Internetunternehmen in bestimmten Fallgruppen, zum Beispiel zur Kriminalitätsbekämpfung, Informationen ihrer Nutzer weitergeben müssen an Sicherheitsbehörden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie lange haben Sie dafür gebraucht, um das rauszukriegen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist Allgemeinwissen. Da haben wir nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber was erzählen Sie mir jetzt hier gerade? Sorry, ich will von Ihnen was als Zeuge wissen, als Fachmann SAW, Leiter, Abteilungsleiter, und jetzt erzählen Sie mir: „Google sammelt Daten“ und dass irgendwas an irgendwen bei der NSA weitergegeben wird, gegebenenfalls auch zur Kriminalitätsbekämpfung. Das machen hier Behörden auch. Das ist die Erkenntnis der SAW gewesen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, dann gehe ich lieber wieder ins Plenum. Sorry, jetzt muss mal ein bisschen Butter bei die Fische.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, ich kann nicht dafür, dass die Fo- -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch, können Sie. Sie können das selber jetzt sagen, was Sie sagen wollen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, ich kann nicht dafür, dass die Folien mit den Beschreibungen von Snowden so sind, wie sie sind, und dass sie oft eben nur sehr allgemein sind und nicht detailliert. Und dann können wir uns auch nur allgemein damit beschäftigen und nicht detailliert. Und im Übrigen: Wir als Inlandsdienst können in Amerika schon mal gar nicht ermitteln. Wir können nur Dinge ermitteln, die wir von Deutschland aus feststellen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, die eine Erkenntnis, die Sie gewonnen haben bei den 20 circa, war, dass eben eine gewisse Plausibilität besteht, dass bei den großen Datensammlern auch Daten an die NSA weitergegeben wurden.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man das noch - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das würde ich sogar als mehr als plausibel angeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man das noch irgendwie verdichten? Was für Daten, in großem Umfang, pauschal, massenhaft oder punktuell? Kann man das irgendwie noch etwas konkreter fassen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, nach dem amerikanischen Recht müssen die schon einen Grund angeben. Das kann Kriminalitätsbekämpfung, das können aber auch sonstige Sicherheitsinteressen Amerikas sein. Und es geht nicht nur um Einzelpersonen, sondern sicherlich auch um Personengruppen. Wie groß diese Gruppen sind, ob das

dann alle Politiker in Deutschland zum Beispiel sind, das wissen wir schlichtweg nicht. Wir kennen die amerikanischen Selektoren nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Könnte das denn sein, dass das alle Politiker in Deutschland sind?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich persönlich glaube nicht, dass die NSA sich für alle Politiker oder alle Beamten oder alle Unternehmen in Deutschland interessiert, aber einen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht für alle Bundestagsabgeordneten?

Zeuge Dr. Burkhard Even: - Großteil derer, zumindest abstrakt, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Woraus schließen Sie das? Gibt es da irgendwie Anhaltspunkte? Oder ist das, sagen wir mal, Bauchgefühl eines erfahrenen Beamten?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die Amerikaner denken immer eher big und nicht nur klein. Das heißt, der Ansatz ist schon, möglichst viele Daten zu sammeln, wobei das amerikanische Recht ja anders unterscheidet als das deutsche. Bei uns ist ja schon das Datenerheben ein Eingriff und unterliegt engen Grenzen. In Amerika ist das anders: Die dürfen erst mal großflächig sammeln, und dann ist die Frage: Wonach sucht man? - Und insofern wird das, was man erst mal sammelt, eher sehr groß sein. Und welcher Selektor am Schluss interessiert, für welchen Politiker ich mich dann konkret - - wo ich konkret gucke, was drin ist, das hängt mit Sicherheit von der aktuellen Fragestellung ab, und da kann es sein, dass dann der Medizinbereich oder der Energiesektor oder die Sicherheitspolitik besonders interessant ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie sammeln - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Dass die immer alles in gleichem Umfang analysieren können, das traue ich selbst der NSA nicht zu.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ja auch schon mal eine gute Erkenntnis. - Und wie sammelt dann die NSA, wenn wir uns mal auf diesen Dienst fokussieren? Oder sammelt Google, und die NSA verlangt dann aus der Masse von Google raus? Oder sammelt die NSA selber? Wie ist da Ihr Eindruck? Oder sowohl als auch?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das Programm Prism ist konkret die Zusammenarbeit mit Google und Co. Die NSA sammelt - das sind dann andere Programme - natürlich auch selber, klar. Und in welchem Umfang Google verpflichtet ist, nach amerikanischem Recht Informationen weiterzugeben, wie gesagt, das können wir hier aus Deutschland nicht beurteilen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War nach Ihrer Einschätzung Prism punktgenau für die Zusammenarbeit mit Google und Co konzipiert? Oder war das schon da und wurde dann darauf eingesetzt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die Kooperation mit Internetanbietern ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit für viele Nachrichtendienste, natürlich auch für die NSA. Und dass man dann dieser Zusammenarbeit einen Namen gibt, halte ich als solches jetzt für nichts Besonderes. Mich interessieren weniger die Namen; mich interessiert eher: Was wird konkret gemacht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hinter Prism steht ja was dahinter. Was ist nach Ihrer Erkenntnis Prism?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, durch das Abschöpfen von bereits an anderer Stelle gesammelten Daten einen Erkenntnismehrwert für die NSA zu schaffen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Und dieses Abschöpfen erfolgt wie im Rahmen von Prism?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Durch die Kooperation mit den jeweiligen Partnern, wobei die, wie man ja der Öffentlichkeit auch entnehmen kann, manchmal das nicht so gut finden und sich gegen manche Dinge auch wehren, weil sie natürlich

genau wissen, dass ihr Geschäftsmodell ein Problem bekommt, wenn jeder Nutzer irgendwann davon ausgeht, dass alles eins zu eins oder zu einem gewissen Prozentsatz zur NSA oder auch zu anderen Diensten weiterginge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und mit wem haben die Amerikaner dann Prism angewandt, um mal das so zu sagen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also mit uns nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja. Aber dann können Sie ja von uns gar keine Daten über Prism abgeschöpft haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, nein. Sie arbeiten ja mit den Internetfirmen, und die deutschen Bürger geben viele Daten zum Beispiel bei Facebook oder bei Dropbox preis. Das heißt, die sind dann schon da und ganz oft auch auf amerikanischem Grund, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: - und dann kann man nach amerikanischem Recht dort zugreifen; da braucht man ja keine deutsche Stelle mehr für.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und Prism ist dann aus Ihrer Sicht eher, ich sage mal, die Beschreibung für ein Handeln, dass man das eben so mit den Internetanbietern macht, nicht, sagen wir mal, für eine Verfahrensweise oder gar ein Tool wie XKeyscore, sondern es ist eher mehr so wie ein Programm, innerhalb des Dienstes mit Internetanbietern zusammenzuarbeiten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: So verstehe ich das. Wobei man dann natürlich konkrete Tools braucht, damit man mit technischen Schnittstellen das effektiv hinbekommt. Aber das ist dann der zweite Schritt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Also, zum Beispiel dann ein Erfassungstool, wenn man die Schnittstelle freigeschaltet kriegt, und ein Auswertetool.

(Der Zeuge nickt)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Okay. - Und Prism also ausschließlich gerichtet auf die amerikanischen Internetanbieter? Oder auch auf ausländische Internetanbieter, zum Beispiel deutsche, britische, französische?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wir haben da keine Erkenntnisse in die Richtung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Glaube ich auch eher nicht. Die Situation könnte sich nur dann stellen, wenn ein Teil eines deutschen Unternehmens in Amerika agiert und dann dort dem amerikanischen Recht natürlich unterliegt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und haben Sie Erkenntnisse, dass da nicht nur punktuell, sondern in großem Umfang erst mal, im Sinne von Big Data, wie Sie es gesagt haben, Daten rübergeholt worden sind zur NSA, also auf die eigenen Server, und dann irgendwann mal recherchiert werden, dass so das funktioniert?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wir haben da keine Erkenntnisse.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Tendenziell würde ich sagen, die NSA möchte gerne möglichst viel, und die Firmen werden möglichst wenig geben wollen. Und irgendwo dazwischen wird die Wahrheit dann sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das aus Ihrer Sicht das FISA-System, mit dem FISA-Court, wo dann verpflichtet wird? Oder läuft das da parallel, Prism?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich gehe davon aus, dass da auch der FISA-Court greift, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Das war jetzt mal *ein* Punkt dieser 20. Wissen Sie noch einen zweiten? Das war interessant; danke schön so weit. Aber wissen Sie noch einen weiteren?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, ein weiterer - der ist genauso frustrierend - ist Tempora; das ist das britische - - Wechseln wir also das Land. Das ist ja letztlich der Abgriff aller Daten aus dem Glasfasernetz. Und das entscheidende Netz geht nun mal rüber über den britischen Sockel, sodass auf britischem Grund eine perfekte Zugangsmöglichkeit besteht. Da brauchen wir auch nicht von wahrscheinlich reden, sondern das ist sicher. Und da kann man den Unterlagen ja entnehmen - und das glaube ich auch -, dass versucht wird, möglichst viel abzugreifen, wobei man das eben auch nur als Fakt feststellen kann; man kann es aus deutscher Sicht nicht verhindern. Wenn man etwas nicht durch dieses Glasfasernetz schicken will, dann darf man viele Dinge im Internet nicht tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und wie funktioniert das dann nach Ihrer Meinung ganz konkret?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wie es technisch funktioniert, weiß ich nicht; aber es ist überhaupt kein Problem. Wenn man alleiniger, ich sage mal, Herrscher ist über ein Glasfaserkabel - also spricht: das läuft über das eigene Hoheitsgebiet -, dann ist es überhaupt kein Problem, das an einer Stelle zu versehen mit einer entsprechenden Schaltung, wo dann alles ausgeleitet wird - - und man dann alles speichert oder zumindest alles analysiert, was einen interessiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wenn die nationalstaatlichen rechtlichen Vorschriften das hergeben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie sich damit mal beschäftigt, ob das in Großbritannien der Fall ist?

Zeuge Dr. Burkhard Even: In Großbritannien sind die Rechtsgrundlagen da sehr viel weiter gehender als in Deutschland. Ich gehe davon aus, dass britisches Recht eingehalten wird, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Nachdem dann quasi fast pauschal erst mal die Datenmengen dem Nachrichtendienst zur Verfügung gestellt werden, und der dann sie recherchieren kann.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Haben Sie das irgendwie juristisch, mit Gutachten oder so, hinterlegt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das sehe ich nicht als unsere Aufgabe an. Es würde auch uns als Spionageabwehr nicht weiterhelfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, selbst wenn es rechtswidrig nach britischem Recht wäre, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da haben Sie recht.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - ist die Frage, ob dann der deutsche Botschafter in London mit Erfolg vor einem britischen Gericht klagen könnte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, und - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aber ich bin ziemlich sicher, dass das britische Recht eingehalten ist. Es gibt Leute in der Regierung, die sich damit beschäftigt haben. Und das ist sehr plausibel, dass das passt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Haben Sie dann konkrete Erkenntnisse über Datenabgriffe, die Deutschland betreffen, herausgefunden oder eine Bestätigung über die Plausibilität hinaus der Dokumente von Edward Snowden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist technisch von Deutschland heraus gar nicht möglich. Alles, was da durchgeht, kann abgefischt werden. Wenn man das Internet in Gänze sich ansieht, dann ist ein extrem hoher Anteil - - geht über die USA und geht auch über dieses Kabel in Großbritannien. Das heißt also, wenn man etwas im Internet macht und eine Seite aufruft, die jetzt außerhalb

von Deutschland ist, dann kann man fast sicher sein, dass es darüber geht und dann theoretisch abgegriffen werden kann. Und nur bei Dingen, die also wirklich nur in Deutschland, auf deutschem Boden stattfinden, würde ich das ausschließen; aber das kann man als Nutzer in aller Regel nicht feststellen. Und wir als Inlandsdienst können es auch nicht - es sei denn, wir würden jetzt die Ausgänge, die Internetausgänge, das Kabel, was ja auch vor Deutschland vorbeiläuft, ebenfalls analysieren. Würde uns aber auch nichts helfen. Dann könnten wir zwar feststellen, was drin ist, aber wir könnten ja nicht feststellen, was andere dann rausholen und raussortieren. Insofern würde ich den Vorschlag auch gar nicht machen, dass man uns das Recht geben würde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Weitere Erkenntnisse? Die beiden fand ich spannend.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, gehen wir mal nach Deutschland rein. Es gibt ja hier - - Ich bin eben hier an verschiedenen Botschaften vorbeigelaufen vor dem Termin. Das ist ein Thema, was uns schon seit langem umtreibt, weil aus Botschaften heraus - und zwar nicht nur denen der Five Eyes, sondern eben auch aus anderen Ländern - wird sowohl mit menschlichen Quellen, die hier nicht das Thema sind, spioniert, als eben auch vielfach mit technischen Möglichkeiten. Und seitdem es Berlin als Regierungssitz und auch Parlamentssitz gibt, haben wir uns mit dem Thema beschäftigt und versucht, darüber Informationen zu sammeln. Und da waren jetzt in den letzten zehn Jahren oder auch mehr als zehn Jahren die Amerikaner nicht das Hauptziel von Überflügen, die wir gemacht haben, aber wir haben sie sehr bewusst immer miteinbezogen, wenn wir so über Berlin geflogen sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kann man denn da das technisch irgendwie feststellen? Überflüge dienen ja, wenn ich das richtig sehe, der optischen Überprüfung. Richtig?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, das ist richtig. Also, man kann von oben das sehen, was derjenige zulässt, der Apparaturen hinstellt. Da hat natürlich dann derjenige, der Technik aufbaut, manche Möglichkeiten. Nicht umsonst gibt es so



Nur zur dienstlichen Verwendung

Art Holzverschlüsse auf der russischen Botschaft. Oder die Amerikaner, die einen Neubau haben, die haben dann gleich die ganze obere Etage so gemacht, dass die aus bestimmten Materialien besteht - das kann man von oben dann sehen -, die also geeignet ist, um solche Technik dann vorzusehen. Das heißt, man kann durch die Überflüge feststellen, was es für technische Möglichkeiten gibt, wo versucht wird, was zu verstecken. Man kann auch eine bestimmte Anzahl von Antennen oder sonstigen Dingen tatsächlich sehen und dann - die Fotos sind so gut - genau erkennen, wofür die geeignet sind. Und da hört es dann allerdings auch auf. Also, man könnte durch Überflüge, wenn man nun gar nichts findet, einen Entlastungsbeweis machen, nach dem Motto: Von dieser Liegenschaft machen die offensichtlich nichts, was wir aus deutscher Sicht nicht wollen. - Aber der positive Beweis „Jemand spioniert aktiv“, ist objektiv unmöglich. Ich kann Ihnen sagen - jetzt nicht, weil ich ablenken will vom Gegenstand, sondern - - Die russische Botschaft ist schon länger unser Zielobjekt, was die Dachaufbauten angeht. Da haben wir uns schon seit vielen Jahren mit beschäftigt und auch mit vielen Partnern drüber gesprochen, ausländischen Partnern. Und auch da ist es uns nicht möglich. Wir wissen genau, dass damit spioniert wird; das steht fest.

MR Torsten Akmann (BMI): Herr Even, Russland ist nicht Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich weiß.

MR Torsten Akmann (BMI): Bitte halten Sie sich daran.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, Herr Akmann, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es ging hier - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wenn der Zeuge hier was sagen will, kann er das sagen.

MR Torsten Akmann (BMI): Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es geht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann, ich rufe Sie zur Ordnung. Sonst verweise ich Sie des Saals; Sie haben hier kein Rederecht.

(Martina Renner (DIE LINKE): Was?)

Entschuldigung.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es geht um den methodischen Vergleich, um zu sagen: Selbst wenn man sich noch sehr viel intensiver damit beschäftigt hätte, man kann - selbst bei ganz intensiver Beschäftigung - nicht den positiven Beweis antreten, dass bestimmte Dinge durch bestimmte Gerätschaften tatsächlich gemacht werden, und insofern ist für mich auch das, was wir bei den Amerikanern jetzt festgestellt haben durch die Überflüge - wohlgemerkt: auch schon welche, die wir längst vor Snowden gemacht hatten -, kein Misserfolg, sondern das ist ein Mosaiksteinchen, was wir sammeln und was irgendwann mal sehr nützlich sein kann für unsere Arbeit. Es war aber von vornherein für uns klar, dass wir das nicht machen und danach sagen können: Ja, Snowden hat recht; genau so ist es, und Folgendes sind die Informationen, die in den letzten zehn Monaten abgeflossen sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Hat man in der Zeit der Überflüge weitere Möglichkeiten genutzt, um zu schauen: „Werden Daten abgegriffen?“? Überflüge, das Optische - - Man kann ja möglicherweise auch - - Ich habe mal - - Irgendwer hat gesagt, man könnte direkt feststellen, ob Daten abgesogen werden, am Energieverlust oder so was. Ich bin überhaupt kein Fachmann. Gibt es da weitere Maßnahmen, um so was - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also in öffentlicher Sitzung würde ich sagen: Wir beschränken uns nicht auf Überflüge. - Und alles Weitere würde ich dann -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist okay ... (akustisch unverständlich)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: - bitten später sagen zu dürfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, da ist mehr gemacht worden auf jeden Fall.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wir machen nicht nur Überflüge, in der Tat nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles klar. Okay. Gut. - Dann komme ich zu einem letzten Bereich. Ich glaube, da ist wahrscheinlich noch viel. Aber einen Bereich möchte ich noch fragen, und dann haben die Fraktionen sicherlich auch viele Fragen. - Das Thema „Abgreifen von individueller Kommunikation, zum Beispiel Handy- oder E-Mail-Daten, Abhören von Handys“, da geht meine Frage hin. Haben Sie in dem Bereich Überprüfungen, Nachforschungen angestellt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das hat zum Teil zu tun mit dem Thema Botschaften, was wir jetzt zuletzt hatten, weil die Handykommunikation - ich sprach es ja auch im Eingangsstatement an - hier rund ums Brandenburger Tor natürlich besonders interessant ist. Es gibt viele interessante Standorte, aber so viel Politik und, ich sage mal, Wirtschaft, Wirtschaftsverbände und so, wie genau hier so rund um den Pariser Platz gibt es nur an wenigen Stellen in Deutschland. Und wenn wir es dann als Deutschland zulassen, dass zwischen den Regierungsbauten und dem Parlament so viele Botschaften sind mit ganz vielen technischen Möglichkeiten, dann ist das ein Grundfehler, an dem wir jetzt nichts mehr ändern können, es sei denn, die Regierung würde nach Potsdam umziehen und die Botschaften würden alle hier bleiben.

(Heiterkeit)

Und gerade das Abhören von Handys ist relativ einfach von Botschaften aus zu bewerkstelligen, und das ist genau das, was wir dann definitiv nicht feststellen können, weil es inzwischen - das war vor 15 Jahren anders - passive Techniken gibt, die keinerlei Spuren hinterlassen, die man definitiv nicht messen kann. Wenn ein normaler IMSI-Catcher genutzt wird - das nutzen manche, ich sage mal, Botschaften, die nicht ganz so gut

aufgestellt sind, auch hin und wieder schon mal in Autos oder so -, das kann man messen, wenn man weiß, wann möglicherweise so ein Gerät genutzt wird. Aber das, was systematisch dann von dem einen oder anderen Botschaftsdach sicherlich gemacht wird, ist nicht messbar, sodass man, wenn man hier mit dem Handy telefoniert, einfach ein ganz hohes Risiko eingeht, und das muss man wissen. Und da sind die Amerikaner bei weitem nicht die einzigen Verdächtigen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Gut. Das zum Einstieg, und ich denke, jetzt gibt es noch erheblich viele weitere Fragen. Wir beginnen mit der Fraktion Die Linke in der ersten Fragerunde, und Frau Kollegin Renner beginnt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, von mir auch herzlich einen schönen Tag, Herr Dr. Even! - Ich würde gerne bei dem Thema Kronjuwelen weitermachen. Die Kronjuwelen spielen in den Dokumenten von Edward Snowden eine Rolle, und auch im Bundesnachrichtendienst kennt man Kronjuwelen; die heißen dann „Granat“, „Smaragd“, „Rubin“ und ähnliche Edelsteinsorten und beziffern oder benennen Kooperationen des Bundesnachrichtendienstes mit der NSA, die in Deutschland stattgefunden haben und damit ja auch dann für Sie möglicherweise interessant waren. Also, ich rede jetzt nicht um Abgriffe in den USA selbst oder im anderen Ausland. Haben Sie sich nach der Veröffentlichung der Snowden-Dokumente zum Beispiel mit der Operation „Eikonol“ beschäftigt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Auch wenn es Sie wahrscheinlich enttäuscht: Habe ich nicht, außer dass ich natürlich die Zeitungsberichte und auch einiges andere dazu gelesen habe; aber es ist nicht die Aufgabe der Spionageabwehr, den BND zu überprüfen. Das heißt, wenn der BND Kooperationen mit ausländischen Partnern hat, dann gehe ich grundsätzlich davon aus, dass er sich an das deutsche Recht hält. Und das deutsche Recht sieht vor, dass man mit ausländischen Diensten kooperiert, insbesondere auch mit den amerikanischen; insofern kann ich dazu nichts sagen. Wenn im Einzelfall ein rechtlicher Verstoß vor-



Nur zur dienstlichen Verwendung

liegt - oder vielleicht auch in mehreren Einzelfällen; ich weiß es definitiv nicht -, dann wäre das eine Sache von Fachaufsicht, Datenschutzbeauftragtem, Parlamentarischem Kontrollgremium, definitiv nicht einer gleichgeordneten Behörde, die eine andere Aufgabe hat. Insofern kann ich dazu leider nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Zuge dieser Kooperation wurden ja wenigstens der Internetknoten der Deutschen Telekom in Frankfurt überwacht, Daten ausgeleitet und diese Daten dann im Anschluss mit NSA-Selektoren bearbeitet. Diese Vorgänge sind Ihnen aus der Presse bekannt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Es handelt sich also nicht um eine BND-eigene Operation, sondern eine, ich würde es jetzt mal so nennen, im Auftrag der NSA.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, bei Kooperationen mit ausländischen Partnern - und das machen wir auch, auch im Übrigen als Spionageabwehr - machen wir oft vieles auch in Deutschland gemeinsam. Dann ist aber immer klar: Die Federführung liegt bei der deutschen Sicherheitsbehörde, es geht nach deutschem Recht, und es darf nur das gemacht werden, wofür auch die deutsche Behörde eine Ermächtigung hat, eine Zuständigkeit hat. Und ich gehe davon aus, dass beim BND genauso gehandelt wird. Jedenfalls muss es so sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war nun nicht so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Gut, das ist Ihr Überprüfungsauftrag, nicht meiner.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Aber mittlerweile müssten Ihnen ja die Fakten bekannt sein zur Kooperation in Bad Aibling. Kennen Sie zum Beispiel den BfDI-Bericht zu dieser Kooperation mit zig Beanstandungen und eben auch Details zu Überwachungs- und Spionagemassnahmen im Zuge dieser Kooperation?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die Frage, ob rechtliche Vorschriften eingehalten werden oder nicht, ist nicht die der Spionageabwehr; insofern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ich rede aber von Spionage. Ich rede von politischer und möglicherweise Wirtschaftsspionage im Zusammenhang mit dieser Kooperation und dem Einsatz von NSA-Selektoren, die auf deutsche und europäische Interessen gezielt haben und auf deutsche und europäische Unternehmen und damit ja in das Zuständigkeitsprofil der Spionageabwehr einfallen, weil damit eben nicht die primären Ziele der Geheimdienste verfolgt wurden - Counter Terrorism oder Proliferation, Drogenhandel usw. -, sondern explizit eben politische Ziele und Wirtschaftsspionage intendiert waren, damit also, ich sage mal, 100 Prozent Zuständigkeit, wenn zum Beispiel NSA-Selektoren eingestellt werden, die auf Datenbanken in Deutschland laufen, die europäische Regierungsstellen, internationale Institutionen oder was auch immer zum Ziel haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wenn das im Rahmen einer Kooperation von in diesem Fall jetzt BND und NSA passiert, dann ist das eine Zuständigkeit des BND, der sich an deutsches Recht halten muss, und nicht eine Frage der Spionageabwehr, die dann als so eine Art Oberaufsicht dazwischengrätzen kann.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, es geht ja darum: Sie wollen sich ja ein Bild machen über die Spionagetätigkeiten der Five Eyes in Deutschland. Und wenn man einen ganzen Bereich ausblendet, weil man sagt: „Das wird schon alles in Ordnung sein“, dann kann man sich überhaupt nicht über deren strategische Ziele, über ihr technisches Vermögen und möglicherweise ihr Vorgehen ein Bild machen, weil man sich quasi blind macht, also bewusst blind macht, und sagt irgendwie: Ich gucke mir nur irgendwie - - ich fliege einmal um die Botschaft rum, und das war es. - Aber dieses Vorgehen irgendwie, was insbesondere mit diesen Kooperationen in Deutschland durchgeführt wurde, gibt eben massiv Anhaltspunkte und auch Erkenntnisse dahin gehend, um was es eigentlich der



Nur zur dienstlichen Verwendung

NSA gegangen ist, nämlich massenhaft Daten zu erheben, insbesondere Metadaten, von Verkehren zwischen europäischen Staaten, die über Deutschland gelaufen sind, aber auch möglicherweise deutsche Staatsbürger und -bürgerinnen betroffen haben, weil sie technisch nicht abgrenzbar sind - - und dann auf diesen Daten Spionageziele, Suchbegriffe gelaufen sind, die eben, wenn es der BND selbst gemacht hätte, niemals dort hätten laufen dürfen. Das muss man sich doch als Spio-Abwehr dann angucken, um zu sehen, was die NSA eigentlich intendiert.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also noch mal: Soweit beim BND Fehler gemacht worden sein sollten, ist das definitiv nicht unsere Zuständigkeit. Für den Fall, dass bei den Ermittlungen rauskäme, dass die NSA sozusagen den BND über den Tisch gezogen hat, -

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre ja ... (akustisch unverständlich), nicht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: - dann würden sich Fragen stellen, wo ich vielleicht in nichtöffentlicher Sitzung was zu sagen würde.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und dann würde ich jetzt noch mal die Frage stellen, die Sie mir nicht beantwortet haben: Kennen Sie den Bericht der BfDI zu der Frage „über den Tisch ziehen“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Der - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Der liegt - - Ich persönlich habe ihn nicht detailliert gelesen. Er liegt aber uns vor, ja.¹

Martina Renner (DIE LINKE): Die Spionageabwehr des BfV kennt nicht den Bericht der BfDI.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das habe ich nicht gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kennen ihn nicht, als Leiter.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich habe gesagt: Ich habe ihn nicht detailliert gelesen,

(Christian Flisek (SPD):
Oh Mann!)

weil ich unsere Zuständigkeit da so nicht betroffen sehe. Ich habe aber gerade gesagt: Es gibt Aspekte, wo ich ihn - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich verstehe die Welt nicht. Da geht es zum Beispiel darum, was SUSLAG macht, diese Blechdose irgendwie in Bad Aibling, den Bereich, den die Deutschen nicht betreten dürfen, und was dort möglicherweise auch im Zuge von Spionage stattfindet. Das müsste Sie elektrisieren, dieser Bericht der BfDI, weil Sie etwas erfahren darüber, was die US-Amerikaner hier auf deutschem Boden treiben, welche Leitungen es gibt und, und, und. Und das interessiert Sie nicht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe nur gesagt: Ich habe ihn persönlich nicht detailliert gelesen. - Deshalb kann ich daraus jetzt oder da jetzt nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer hat ihn gelesen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Mitarbeiter in der Abteilung haben ihn gelesen, wobei es für unsere praktische Arbeit aktuell keinen Mehrwert gibt. Was wir an Ansätzen haben, aktuell tun, würde ich in nichtöffentlicher Sitzung was zu ausführen, bitte nicht in öffentlicher Sitzung. Vielleicht das ganz generell: Ich möchte, wenn wir Dinge machen, dass sie am Schluss erfolgreich sind,

1) Richtigstellung des Zeugen: "[Die Aussage bezog sich auf die Frage, ob ich einen bestimmten Bericht des BfDI zu einem BND-Sachverhalt kenne. Ich muss meine Aussage

dahingehend korrigieren, dass der in Rede stehende Bericht im BfV gar nicht vorgelegen hatte und ich ihn deshalb auch nicht habe lesen können]", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

und wenn ich zu viele Andeutungen in der Öffentlichkeit mache - - Es sind ja eben nicht nur deutsche Bürger, die hier jetzt mithören, sondern es sind natürlich auch diverse ausländische Partner, die mithören.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aufgabe Spionageabwehr!)

Martina Renner (DIE LINKE): Na, die können jetzt gerade ziemlich beruhigt sein, würde ich sagen. Also, na ja - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, das wäre ja sogar gut, wenn sie beruhigt sind; -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - dann machen sie Fehler.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt ja noch weitere, ich sage mal, konkrete Anhaltspunkte aus den Snowden-Dokumenten zu Überwachungsmaßnahmen der Five Eyes in Deutschland oder zu Kommunikation von deutschen Bürgern und Bürgerinnen. Inwieweit haben Sie denn Erkenntnisse, dass zum Beispiel die NSA, aber auch andere Dienste der Five Eyes in Deutschland Daten aus Glasfaserkabeln ausleiten?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, dass sie das in Deutschland tun - - haben wir keinerlei Erkenntnisse. Ich halte es persönlich auch für unwahrscheinlich, weil sie außerhalb von Deutschland an so viel herankommen, dass das Risiko, was sie in Deutschland eingehen würden, es nach meiner Einschätzung nicht wert wäre. Es wäre sowieso nur jetzt, ich sage mal, effektiv an bestimmten Netzknoten, zum Beispiel dem in Frankfurt, zu machen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - weil nur da bekommt man, ich sage mal, eine relevante Menge. Wenn man irgendwo ein Loch reinbuddelt und ein Glasfaserkabel trifft, dann bekommt man mit ganz geringer Wahrscheinlichkeit das, was einen

ausländischen Nachrichtendienst interessiert. Und natürlich haben wir in Frankfurt mit DE-CIX gesprochen. Die haben plausibel erklärt, dass dort ein solcher Zugriff nicht erfolgt, und das glaube ich persönlich auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie sieht es mit Seekabeln aus wie zum Beispiel in Norden, an Deutschland ... (akustisch unverständlich)? Haben Sie sich mal da vergewissert, ob dort zum Beispiel das Kabel angezapft würde?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Macht wenig Sinn, weil das gleiche Kabel ja weitergeht dann nach Großbritannien und man da alles abschöpfen kann. Also von daher muss man nicht auch noch vor der deutschen Küste eine zusätzliche Stelle einrichten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und welche Erkenntnisse haben Sie zu diesem Seekabel? Wird es angezapft? Da liegen ja auch deutsche Verkehre drauf.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, als Herr Sensburg eben fragte, glaube ich, habe ich genau das beantwortet. Ich bin sicher: Das wird umfassend abgeschöpft. Was wir nicht wissen, ist, mit welchen Selektoren Großbritannien da sucht und inwieweit möglicherweise auch amerikanische Selektoren von den Briten mitgenutzt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Jetzt müssten wir wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach so, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Even, auch von unserer Seite erst einmal guten Tag! Und jetzt würde ich Sie ganz gerne als Leiter, wenn ich so - - oder als Experten der Spionageabwehr hier als Zeugen habe, mal befragen. Glauben Sie - - Also wir haben ja hier im Untersuchungsausschuss bisher einen starken Fokus gehabt auf Kooperationsprojekte deutscher Dienste mit anderen Diensten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wenn wir jetzt einmal US-amerikanische Dienste uns anschauen, glauben Sie, dass es eine nachrichtendienstliche Aktivität in Bezug auf Deutschland auch außerhalb dieser Kooperationsprojekte gibt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Vielleicht können Sie die Frage noch mal wiederholen. Ich habe sie nicht - -

Christian Flisek (SPD): Also, glauben Sie, dass es von amerikanischen Diensten in Bezug auf Deutschland eine nachrichtendienstliche Tätigkeit auch außerhalb von offiziellen Kooperationsprojekten gibt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also ohne uns, ohne unser Wissen, vielleicht sogar gegen unsere Interessen.

Christian Flisek (SPD): Korrekt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Frage würde ich mit Ja beantworten. Glaube ich.

Christian Flisek (SPD): Wie würden Sie aufgrund Ihrer Erfahrung als Leiter der Spionageabwehr das Verhältnis einschätzen? Also wenn man mal sagt: „Alles, was die in Bezug auf Deutschland tun, ist 100 Prozent“, wie viel Prozent davon sind die offiziellen, uns bekannten Kooperationsprojekte, und wie viel Prozent ist der Teil, von dem wir offiziell nichts wissen, weil es da keine Memoranden und Ähnliches gibt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wenn ich jetzt 85, 90, 95, 97 Prozent sage, dann wären das alles reine Bauchzahlen. Also, das seriös zu schätzen, ist schwer möglich. Aber der ganz, ganz überwiegende Teil ist, denke ich, in Kooperationen oder im gemeinsamen Interesse, weil es eben ganz, ganz viele gemeinsame Ziele gibt. Das bezieht sich insbesondere natürlich auf den Bereich Sicherheit und islamistischer Terrorismus, das bezieht sich aber auch auf viele Fragestellungen in meinem Bereich. Also - -

Christian Flisek (SPD): Ja, gut. Stopp. Aber jetzt - - Ich glaube Ihnen, dass man das vielleicht seriös schwer schätzen kann, wenn man bisher

vielleicht da gar keine konkreten Anhaltspunkte zu hat. Aber dann können Sie jetzt meines Erachtens nicht zu der Aussage kommen, dass der ganz überwiegende Teil eben von gemeinsamen Interessen geleitet ist; weil entweder Sie können eine seriöse Schätzung machen, oder Sie können es nicht machen. Dann ist es aber sehr hypothetisch zu unterstellen, dass der überwiegende Teil von gemeinsamen Interessen geleitet ist.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Na ja, also auch die amerikanischen Dienste - - die sind zwar viel besser aufgestellt als die deutschen, aber auch die haben irgendwo begrenzte Ressourcen. Das heißt, auch die können sich nicht immer für alles gleichermaßen interessieren. Und auch für die ist die Frage „Bekämpfung islamistischer Terrorismus“ die wichtigste Frage. Und die Frage, welche Dinge in Deutschland, im Rahmen der deutschen Politik - das ist der Schwerpunkt des amerikanischen Interesses - - was da dann konkret interessiert, diese Frage ist nach meiner Einschätzung für die Amerikaner nachrangig, was nicht heißt: unwichtig. Ich bin sicher, dass sie sich für viele politische Aspekte in Deutschland interessieren; das wechselt mal, das kann dann mal mit Abstimmungen in der UNO oder mit Entwicklungen in der EU zu tun haben - - oder was im Energiesektor so passiert. Und was dann amerikanische Interessen - und das sind nicht nur Sicherheitsinteressen; das können auch rein politische Interessen sein - - In dem Moment, wo die das berührt, interessiert die das. Insofern bin ich sicher, dass es da einen erheblichen Anteil von Aktivitäten gibt, den wir aus deutscher Sicht nicht gut finden können, aber der weitaus größere Teil - aber das ist letztlich mein Bauchgefühl; das kann ich Ihnen nicht beweisen, genau wie man das Gegenteil auch nicht beweisen kann - ist, dass wir überwiegend gemeinsame Interessen haben.

Christian Flisek (SPD): Dass wir vielleicht überwiegend sogar gemeinsame Interessen haben, mag ich jetzt mal gar nicht bestreiten. Mir geht es jetzt um den Bereich, der sozusagen an nachrichtendienstlicher Tätigkeit für unsere Dienste sichtbar ist und der nicht sichtbar ist. Sie selber haben ja - ich zitiere Sie - gesagt: Gute Spionage ist unsichtbar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: So ist es.

Christian Flisek (SPD): Jetzt können Sie mir natürlich zu Recht vorhalten: Was unsichtbar ist, kann ich auch nicht wissen. - Klar, aber im Umkehrschluss beschäftigt man sich ja wohl als Spionageabwehr auch mit den Dingen, die man vielleicht jetzt nicht sichtbar hat, und übt sich mal darin, zu kalkulieren: „Wie viel macht das denn aus? Was sind sozusagen da die Quellen, wo man tätig ist?“, und auch im Versuch vielleicht, das Ganze über eine Perspektive mal sichtbar zu machen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, richtig ist eines - da gebe ich Ihnen vollkommen recht -: Man kann natürlich immer vom Opfer ausgehen bzw. vom Interesse der Amerikaner in diesem Fall - bei anderen Staaten gilt das gleiche. Das heißt: Was ist für die politisch relevant? Und wo hat dann mutmaßlich der Nachrichtendienst ein Interesse oder einen Auftrag sogar und dann logischerweise auch ein Interesse, Informationen zu sammeln? - Und da kann man dann schon diverse Dinge identifizieren, wo klar ist: Da wüssten gern die Amerikaner, was läuft. Wenn es bestimmte Vertragsverhandlungen gibt zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung oder zwischen der amerikanischen Regierung und Europa, dann ist völlig klar, dass da verschiedene politische, auch wirtschaftliche Interessen im Raum stehen, und dann ist das für mich immer ein Bereich, wo ich sagen würde: Vorsicht, da traue ich dem besten Freund nicht. - Ganz klar.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Gut, kommen wir gleich zu, zu dem Bereich der politischen Spionage. - Sie selber haben ja gerade in Ihrem Eingangsstatement auch eine relativ prägnante Definition der Wirtschaftsspionage gegeben. Sie haben das dann auch mal von der Konkurrenzspionage oder Konkurrenzausspähung abgegrenzt. Aber ich fasse Sie richtig zusammen, wenn - - Sie sagen, in Ihrer gesamten Amtszeit hatten Sie keine konkreten Hinweise auf Vorfälle oder auch nur Andeutungen auf Vorfälle, die unter diesen Begriff der Wirtschaftsspionage, so wie Sie ihn definiert haben hier, fallen würden, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, genau so ist es.

Christian Flisek (SPD): - in Bezug auf unsere Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau. So ist es. Wir haben einige Fälle gehabt, die durch die Presse gingen. Einige haben ja auch mit Snowden-Folien zu tun. Und da, wo wir dem nachgegangen sind, war es dann immer viel, viel wahrscheinlicher, dass dann entweder eine Konkurrentensituation eine Rolle spielte oder eben Proliferation, Korruption eine Rolle spielte, aber eben nicht Wirtschaftsspionage. Wobei ich eines zur Klarstellung noch sagen will: Unter die politische Spionage sind ja verschiedene Facetten zu fassen, und da gehört natürlich der Wirtschaftsbereich, Wirtschaftspolitik, wirtschaftliche Rahmenbedingungen für Unternehmen natürlich dazu. Die Aussage: „Wirtschaftsspionage machen sie nicht“, bezieht sich dann auf das einzelne Unternehmen, bezieht sich aber nicht - -

Christian Flisek (SPD): Sie haben das ja gerade so definiert, dass es da um die Erlangung von Wettbewerbsvorteilen geht.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau.

Christian Flisek (SPD): Und, ich sage mal, den gesamten makroökonomischen Bereich, also: „Was läuft da gerade wirtschaftspolitisch an Programmen usw.?“, würde ich jetzt - - Ich würde das - - Wettbewerbsvorteil im Wettbewerb befindlicher Wirtschaftssubjekte, sprich: Unternehmen, so würde ich das fassen aufgrund Ihrer Definition.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie haben aber auch gesagt: Es gibt sozusagen neben diesem Begriff ja dann sozusagen Rechtfertigungen, die da in den Raum treten: Terrorismusbekämpfung, Korruption, Proliferation. - Haben Sie denn für den Begriff „Proliferation“ auch so eine kantige Definition, wie Sie es gerade für die Wirtschaftsspionage hatten?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, bei Proliferation geht es ja um Massenvernichtungswaffen, ABC-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Waffen, und die dann dazugehörigen Trägertechnologien, soweit Raketen im Einsatz sind, und - -

Christian Flisek (SPD): Nur darum?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Im Kern ja. Und die Produkte, die in Rede stehen, das sind dann Produkte, die man braucht, um genau diese Waffen am Schluss herstellen zu können. Und das - -

Christian Flisek (SPD): Das heißt: Wie ordnen Sie beispielsweise sogenannte Dual-Use-Güter ein, also die Sie sowohl zivil als auch militärisch nutzen können?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist genau der Punkt. Die meisten Produkte, um die es geht, sind Dual-Use-Güter - das muss man ganz klar so sagen -, sodass man aus einer bestimmten Software, die genutzt wird, einem bestimmten Computertyp oder was auch immer nicht schließen kann, dass das jetzt wirklich für ein Atomkraftwerk, was dann den nächsten Schritt für Atomwaffen ermöglichen würde, gedacht ist, sondern dass es vielleicht auch für ein Krankenhaus oder was auch immer gedacht ist; das muss man immer mit einkalkulieren. Die Produkte, die wir zum Anlass nehmen, einzuschreiten, oder wo wir dann auch bei anderen akzeptieren würden, dass das das Thema ist, sind dann immer genau abgesprochen mit anderen zuständigen Behörden, mit dem BND zum Beispiel, wo man genau weiß: „Welche Dienste suchen welche Produkte?“, und dann gucken wir in Deutschland: „Wo werden die verkauft oder produziert, oder wo wird damit gehandelt?“, damit wir dann versuchen, zu verhindern, dass genau diese Dinge an die falschen Empfänger kommen.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber damit - - Also das, was Sie jetzt beschreiben, ist das Vorgehen innerhalb des Bundesamtes für Verfassungsschutz -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, nicht nur innerhalb.

Christian Flisek (SPD): - oder anderer Nachrichtendienste in Deutschland.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, nicht nur in Deutschland. Wir stehen da ja im engen Kontakt unter anderem mit den Amerikanern, auch mit anderen ausländischen Diensten, und da gibt es einen gemeinen Konsens; denn es ist bekannt, was für Produkte in besonderer Weise gesucht werden, und es sind fast immer Dual-Use-Produkte, aber man hat dann eben zusätzliche Indikatoren, die einem den Hinweis geben: Das ist jetzt wirklich Proliferation.

Christian Flisek (SPD): Ja, heißt das übersetzt, wenn ein anderer Dienst, ein US-Dienst beispielsweise, aufgrund von Proliferationsverdacht ein deutsches Unternehmen im Visier hat, dass Sie darüber stets informiert sind, weil es dann im Vorfeld einen Informationsaustausch gibt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das weiß ich natürlich nicht. Wir kennen Fälle, wo wir darauf hingewiesen werden, unter anderem von den Amerikanern: „Da versucht ein proliferationsverdächtiges Land gerade, in Deutschland Folgendes zu beschaffen“, manchmal auch mit Nennung der Firma, und dann nehmen wir mit der Firma Kontakt auf. Was es darüber hinaus noch für Fälle gibt, kann ich naturgemäß nicht wissen. Bei den Verdachtsfällen - und das sind nur ganz wenige, die man so in der Zeitung hatte oder so, die aus meiner Sicht nie ein echter Verdacht waren, aber wo wir das zum Anlass genommen haben, dem mal nachzugehen -, da war das immer ganz weit weg, und es war immer sehr schnell feststellbar, dass es wirklich um ganz konkrete Dinge geht, die nichts mit Geschäftsgeheimnissen oder mit sonstigem Know-how zu tun haben.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie würden sagen, wenn ich jetzt sage, dass ich mal die These aufstelle - - wir keinen DAX-Konzern haben, der nicht zumindest auch Dual-Use-fähige Güter herstellt -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das wird wahrscheinlich stimmen.

Christian Flisek (SPD): - ja -, dass es aber nicht dann so ist, dass aufgrund der Proliferationsrechtfertigung potenziell alle DAX-Konzerne



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch im Visier von US-Nachrichtendiensten sind.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, um es mal so zu sagen: Ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Unternehmen wie Siemens beispielsweise jetzt, weil die halt auch Produkte haben, die Dual-Use-fähig sind, natürlich, deshalb als Konzern in Gänze oder auch nur in den wesentlichen Teilen als Selektor gehalten wird; das glaube ich nicht. Wissen tut man es nie, aber das wäre sehr ineffektiv, weil der Anteil der Dual-Use-Güter ist so gering bei Siemens - auch bei anderen -, dass ich so niemals erfolgreich Proliferationsbearbeitung machen würde. Da muss man anders rangehen: Da geht man eher vom Täter aus. Man weiß, was die beschaffen wollen, und dann gibt es Möglichkeiten, das dann zu fokussieren. - Der andere Weg wäre - -

Christian Flisek (SPD): Und wenn dann - - Also, ich habe Sie jetzt so richtig verstanden. Ich meine, das ist interessant, das mal so zu hören. Und wenn dann sozusagen ein Verdachtsmoment kommt, dass irgendwo das bei einer deutschen Firma aufschlägt, dann kriegen Sie in der Regel auch die Information von Ihrem anderen Dienst.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, und dann reden wir mit dieser deutschen Firma.

Christian Flisek (SPD): Mhm. Wie viele Fälle gibt es da so im Jahr?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Eine ganze Reihe. Ich nenne ungern Zahlen, aber es sind nicht nur ein paar.

Christian Flisek (SPD): Machen Sie das in eingestufteter Sitzung konkreter?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich kann es etwas konkreter in der eingestuften machen.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Christian Flisek (SPD): Verlassen wir jetzt noch mal die Wirtschafts- - oder Proliferationsbearbeitung, wie Sie das gerade genannt haben. Gehen wir noch mal zur politischen Spionage. War Ihnen bewusst, dass das Kanzlerinnenhandy von den Amerikanern im Rahmen politischer Spionage ausspioniert wird?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, als die Meldung kam - ich kann mich noch sehr gut erinnern, was ich da gemacht habe -, da waren wir schon im ersten Moment sehr überrascht, im zweiten dann wiederum nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Christian Flisek (SPD): Das ist eine gute Antwort. Das finde ich auch immer.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es ist ja so: Dass die Amerikaner viele Fähigkeiten haben und viele Interessen haben im nachrichtendienstlichen Bereich, war immer bekannt. Und dass sie nicht nur die, die wir auch im Blick haben, sondern auch andere und höchstwahrscheinlich auch uns selbst ausspionieren - jedenfalls SIGINT-mäßig -, das war durchaus bekannt. Also ich kann mich erinnern, dass mein damaliger Chef, der Herr Fromm, immer mal wieder gesagt hat - das bezieht sich auf die Botschaften; das bezieht sich auch auf andere Dinge -, dass man eben hinsichtlich vieler Dinge nicht naiv sein darf und einfach damit rechnen muss.

Welche Handys tatsächlich dann zu den Selektoren gehören und ob man auch wirklich - weil das ist ja dann auch so ein politisches Signal - die Kanzlerin ins Visier nimmt oder vorher auch den Kanzler, das ist dann eine politische Entscheidung in dem jeweiligen Land, und da würde ich jedem Land empfehlen, wenn man eine Freundschaft oder eine enge Partnerschaft haben will, das lieber sein zu lassen. Aber es ist naiv, zu glauben, dass Staaten, die in erster Linie auf ihre Interessen achten - das tun fast alle Staaten - - dass man das aus Menschenliebe dann nicht macht. Und klar ist ja auch: Die Aussage: „Die Merkel wird jetzt nicht mehr abgehört“, ist ja nur eine Aussage auf die Kanzlerin persönlich und



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht für alle anderen, mit denen sie sicherlich oft telefoniert oder sonst wie kommuniziert.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Das stimmt wohl!
Gut aufgepasst!)

Das muss man ganz klar sehen.

Christian Flisek (SPD): Richtig. Also naiv sind wir sicherlich auch in diesem Ausschuss nicht mehr, schon lange nicht mehr. - Jetzt stelle ich noch mal die Frage: Wenn wir von nationalen Interessen ausgehen in diesem Geschäft, auch in Bezug auf die Spionageabwehr, wieso gelingt es nicht - ich nehme das jetzt mal exemplarisch -, das Handy der Kanzlerin zu schützen? Warum gelingt es nicht, die Kommunikation der Regierung, insbesondere der Regierungsspitze - um das nur mal als die Spitze vom Eisberg - - nicht weil ich glaube, wir müssen nur das schützen und alles andere sei egal; aber ich nehme jetzt das mal exemplarisch heraus. Warum gelingt es nicht, dass wir die Kommunikation von Regierungsmitgliedern, insbesondere der Bundeskanzlerin als Regierungschefin, schützen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir als Spionageabwehr sind diejenigen, die versuchen, ein Lagebild zu erstellen, die das Risiko beschreiben. Wir sind nicht diejenigen, die einen Agenten festnehmen, und wir sind auch nicht diejenigen, die für die Beschaffung von sicheren Handys zuständig sind. Das sind andere in der Regierung.

Christian Flisek (SPD): Gut. Wenn Sie ein Lagebild beschreiben - - Also, Sie haben ja gerade gesagt: Wir waren erstaunt und auf der anderen Seite wieder nicht erstaunt, weil wir eigentlich nicht naiv sind und irgendwie schon damit gerechnet haben. - Welche Lagebilder haben Sie denn, bevor das Ganze in der Presse war, in Bezug auf die Regierungskommunikation entworfen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es war seit - - Also, ich sage mal: Für den gesamten Zeitraum des Untersuchungsausschusses - im Übrigen auch schon in Bonner Zeit - war das Thema Sicherheit bei Handynutzung ein Topthema. Das

Thema „kryptierte Handys zu nutzen“ ist nicht ganz trivial, weil derjenige, mit dem man kommuniziert, ja dann ein kompatibles Handy haben muss; -

Christian Flisek (SPD): Das kennen wir hier im Ausschuss.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - das ist ganz klar. Aber es ist allen Beteiligten, allen Zuständigen immer bekannt gewesen, und da ist ständig drüber gesprochen worden. Das gilt auch für uns selber; auch wir haben das Problem intern. Und ich glaube nicht, dass irgendeine zuständige Stelle in Deutschland sagen kann, sie hätte es nicht gewusst, wir hätten irgendwas verschwiegen oder hätten es öfter sagen müssen.

Christian Flisek (SPD): Das bedeutet, das, was Sie jetzt erklären, ist: Man ist im Prinzip - wie oft beim Thema IT- oder Kommunikationssicherheit - eher auf taube Ohren oder auf Desinteresse oder auf was gestoßen? Also man hat Ratschläge nicht umgesetzt, Gefahrenlagen nicht ernst genommen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wenn man es böse sagen will, ja, wobei ich sehr wohl weiß, wie wenig nachhaltig Sensibilisierungen oft sind; weil die Sensibilisierung eines potenziellen Opfers, mit Ratschlägen verbunden, was man alles tun oder nicht tun soll, macht die Sache halt unkomfortabel. Und da ist das kryptierte Handy vielleicht sogar noch das Harmloseste. Da gibt es noch andere Dinge, die genauso unangenehm sind für den Nutzer. Und deshalb ist es leider ein flächendeckendes Phänomen, dass ernstgemeinte Ratschläge von vielen Nutzern nicht umgesetzt werden und deshalb die Sensibilisierung ins Leere geht.

Christian Flisek (SPD): Ist die - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Darf uns aber nicht entmutigen; wir müssen trotzdem weitermachen.

Christian Flisek (SPD): Ist die Aussage der Bundeskanzlerin in diesem Kontext nach den Snowden-Veröffentlichungen im Jahr 2013: „Ausspä-



Nur zur dienstlichen Verwendung

hen unter Freunden, das geht gar nicht“ - - interpretieren Sie das als einen Ausdruck dieser - Sie müssen jetzt nicht meine Worte verwenden - Naivität in Bezug auf das Thema IT-Sicherheit, Kommunikationssicherheit?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich sehe das eher unter dem Aspekt: Wenn man enge Partnerschaft hat und wenn man jederzeit miteinander reden kann und sich dann auch fast alles sagen wird, dann sollte man für den Rest an Informationen, den man dadurch nicht bekommt, nicht Ressourcen verschwenden, die man eigentlich für Terrorismusbekämpfung und andere Dinge mehr braucht. Und unter diesem Gesichtspunkt finde ich den Satz, dass man unter Partnern sich nicht abhören sollte, sehr, sehr richtig.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt müssten wir wechseln -

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Dr. Even.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - und kommen zur Fraktion der Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war doch ein guter Rat, Herr Zeuge. - Aber ich fange noch mal vorher an. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie gesagt haben: Eigentlich ist Spionageabwehr Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz, aber ist so im Laufe der Jahre oder der Jahrzehnte seit der Wende immer weniger ernst genommen worden, was sich dadurch ausgedrückt hat, dass auch immer weniger Personal dafür zur Verfügung war. Also, Sie haben ja gesagt: Nach der Wende dachte man: Ist nicht mehr so wichtig, weniger Personal. Dann kam noch der 11.09. dazu. Dann hat man gesagt: Wichtigere Aufgaben: Terrorismusbekämpfung, alle Ressourcen da rein. - Können Sie mal sagen, wie der Umfang dieser Reduzierung gewesen ist? Also, waren es vorher 100 Leute und nachher nur noch 20 oder - - Ich will jetzt gar nicht so ganz genau in die Personalpolitik

reingehen, nur um eine Vorstellung zu bekommen, in welcher Größenordnung das war, dieses Runtergehen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also die Beschäftigtenzahlen des Bundesamtes in Gänze sind offen nachlesbar. Die konkrete Verteilung ist geheim.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Insofern, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, habe ich schon befürchtet.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - wenn Sie mich später noch mal fragen, gerne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will ja auf was anderes hinaus. Das war eine Entwicklung, und Sie sind in dieser Entwicklung ausrechnet nun in diese Abteilung gekommen, die davon betroffen war, im Sommer 2007.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau. Wobei ich das nie bedauert habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es ist hochspannend, sehr interessant.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar, hatten Sie viel zu tun. - Da sind Sie da hingekommen, und dann haben Sie - das haben Sie ja auch schon gesagt - - Im Sommer 2013 kann man sagen: Und dann kam Snowden. - Dann war plötzlich das wieder ganz im Fokus, dann wurde SAW gegründet, und dann fingen Sie zu arbeiten an. Kann man das so sagen? Das war so eine Art Weckruf oder so was.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Na, das sehe ich nicht so. Also, wir haben auch vorher gut gearbeitet, nur mit anderen Schwerpunkten. Wir hatten keine systematische Bearbeitung insbesondere der amerikanischen Dienste, haben uns nur dann,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn was anfiel - und das war selten -, damit beschäftigt. Es ist nicht so, dass wir geweckt wurden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie denn in der Zeit, seit Sie da waren, ab 2007, Sommer 2007, mal schon einen Anlass bekommen, sich um Partner zu kümmern, insbesondere um die USA oder NSA?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben ja eine kleine Einheit gehabt, die sich mit Sonstigen beschäftigt hat, und da gab es auch gar nicht so wenige Fälle, die mit Partnern zu tun hatten; mit NSA konkret nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage Sie ja jetzt nicht, was Sie dann tatsächlich gemacht haben, sondern: Gab es mal einen Anstoß, dass man gesagt hat: „Kümmert ihr euch auch darum“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein. Es gab den einen oder anderen Hinweis in Zeitungen mal, auch die eine oder andere parlamentarische Anfrage. Das haben wir jeweils ernst genommen. Es gab aber jeweils keinerlei Anfasser.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, von anderen Stellen, Bundesregierung oder so, dass gesagt worden ist: „Passt da mal ein bisschen auf“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, bei knappen Ressourcen muss man ja immer gucken: „Wo ist die größte Gefahr?“, und die größte Gefahr, wenn man das Bundesamt in Gänze sieht, war ganz klar - und deshalb beweine ich das auch gar nicht - der islamistische Terrorismus und nicht das Feld Spionageabwehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das habe ich ja verstanden.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und bei Spionage-

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss immer ein bisschen drängeln, weil wir wenige Minuten Zeit haben als kleine Fraktion.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Sorry.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, da können Sie ja vielleicht nachher noch mal ausführen. - Mir kommt es auf was anderes an. Wir haben ja hier in dem Untersuchungsausschuss auch festgestellt, dass es beim BND Hinweise gab. Ich nenne mal die Worte - das haben Sie ja auch in der Zeitung gelesen, wenn Sie es nicht woandersher wissen - Eurocopter, EADS. Und das soll vor der Zeit gewesen sein, wo Sie in diese Stelle gekommen sind. Ist Ihnen das mal irgendwie - - War das mal ein Anlass, darauf hinzuweisen: „Wir haben hier einen Verdacht“ oder: „Wir haben hier Grund zur Annahme, dass gerade die USA besonders interessiert sind, hier in Deutschland so was zu betreiben“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, was EADS angeht, da kann ich mich an etwas erinnern, das war, glaube ich, aber sogar während meiner Zeit. Das muss so um 2010, 2011 gewesen sein. Da ging es um den Verdacht, dass elektronische Angriffe seitens der Amerikaner gestartet worden sein könnten. Und tatsächlich war es so, dass Server in den USA genutzt wurden für diese Angriffe. Jetzt muss man aber wissen, dass fast alle elektronischen Angriffe, die wir damals bearbeitet haben, entweder mit China oder mit Russland zu tun hatten und fast alle aber auch Server in den USA benutzten. Das heißt, aus dem Wissen, ein US-Server ist genutzt, kann ich überhaupt nichts schließen, und es gab auch im gesamten sonstigen Kontext, was diesen Fall angeht, keinen Hinweis auf amerikanische Täterschaft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nie bekommen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie vor diesem Termin hier noch mal in die Akte geguckt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es gab einen Vorgang - über den bin ich, da habe ich noch mal reingeguckt, 2015 gestolpert -, eine Anfrage des GBA zu einem Vorfall. Und das war vor - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist ja jetzt schon viel später.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, Moment. Nein, stopp. Aber der Vorfall bezog sich auf 2005. Das war, als ich noch nicht in der Spionageabwehr war. Und da hat die Aktenrecherche ergeben: Da gab es tatsächlich ein Unternehmen - gab auch da einen *Spiegel*-Artikel dazu später -, amerikanisches Unternehmen, wo also komische Verhaltensweisen festgestellt wurden, und das wurde auch dargestellt. Das wurde auch ans BfV geschickt damals. Allerdings, dummerweise - - Das war bei einem Besprechungsprotokoll so eine von, ich weiß nicht, zehn oder so viel Anlagen, und das hat dann dummerweise keiner an die Spionageabwehr gesteuert. Das wäre ein Fall gewesen, dem man mit Sicherheit nachgegangen wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich bin jetzt nicht bei „wäre“, sondern bei konkret dann. Die Kollegin hat Sie ja schon nach „Eikonol“ gefragt, und Sie haben gesagt, Sie kennen nur das, was in der Zeitung steht dazu. In der Zeitung stand unter anderem auch, dass „Eikonol“ dann beendet worden ist ungefähr in der Zeit, als Sie da angefangen haben bei der Spionageabwehr, und dass gerade in dieser Zeit - - dass einer der Gründe für das Beenden von „Eikonol“ gewesen sein soll, dass man befürchtete, dass die USA, die NSA da auch Interessen verfolgen, die nicht ganz die deutschen sind.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Sie meinen Echelon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, „Eikonol“. Echelon war ja viel vorher.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, eben. Also, das ist das, wo ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war 2002, glaube ich.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das war vor 2000, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nein, nein, „Eikonol“. Nein, das - - Hier geht es darum: Haben Sie von diesem Vorgang, dass dem BND mal aufgefallen sein soll, die Amerikaner interessieren sich für EADS - und kamen darauf auf der Grundlage von Selektoren - und für Eurocopter, und das könnte ja darauf hindeuten, dass die sich für Industrieunternehmen interessieren in Deutschland, in Europa - - Ist Ihnen das mal mitgeteilt worden, Ihrem Amt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, uns ist - - Es ist immer mal drüber gesprochen worden. Wir haben ja ein Wirtschaftsschutzreferat seit 2008, was sich auch mit Wirtschaftsspionage gezielt beschäftigt hat. Vorher was das allerdings auch schon Thema; das begann also nicht 2008, die Beschäftigung mit dem Thema. Und da gab es auch einen Austausch mit dem BND über Wirtschaftsspionagefälle. Es gab zum Teil unterschiedliche Definitionen, wenn man unter Wirtschaftsspionage auch die Proliferationsbeschäftigung - - wenn das mit einbezieht. Dann kommt man natürlich auf mehr Fälle. Da gab es also gewisse Unterschiede. Aber so wie ich die Akten von damals kenne - und wir haben damals auch uns da wirklich intensiv mit beschäftigt; auch ich selber habe die Sachen gesehen -, gab es nichts Greifbares, nichts, wo man jetzt hätte anfassen können oder wo man irgendwie weiter hätte reinsteigen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Korrespondenz aus dem Jahr 2007, 2008 usw. haben Sie vor Ihrer Befragung hier heute nicht mehr nachgesehen, nachgelesen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich habe vieles nachgelesen. Es wird sicherlich Dinge geben, die Ihnen vorliegen und die ich jetzt nicht mehr in Erinnerung habe, weil ich nicht alles habe lesen können, was wir Ihnen gegeben haben. Also, wenn da irgendwas wäre, müssten Sie mir das dann zeigen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Erinnern kann ich mich jetzt konkret nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Wir leiden ja ein bisschen darunter, dass sehr vieles, was wir kennen aus den Akten, nicht in öffentlicher Sitzung jedenfalls oder gar nicht vorgehalten werden darf.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Dann schlage ich vor: Zeigen Sie es mir am Beginn des nichtöffentlichen Teils, und dann werde ich mich hoffentlich erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann werden Sie sich hoffentlich erinnern, ja. - Gut, dann kommen wir da erst mal nicht weiter; dann müssen wir das verschieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen im Augenblick bei dem Punkt sowieso nicht weiter. Wir müssten jetzt einmal wieder wechseln. Das ist ja ein neuer Gedanke; dann machen wir das vielleicht in der nächsten Runde. - Wir kommen jetzt nämlich zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Grüß Gott auch von meiner Seite, Herr Dr. Even! - Sie hatten in Ihrem Eingangsstatement und dann auch in der Befragung durch den Vorsitzenden ja schon Aussagen zum Programm Prism gemacht. Und es ist jetzt so ein bisschen der Eindruck entstanden, mit dem Programm und auch in der Zusammenarbeit mit Firmen wie Google, Facebook usw. würden die US-Nachrichtendienste tatsächlich ja Daten abgreifen und dadurch auch gezielt deutsche Politiker ausspionieren, nenne ich es jetzt mal. Haben Sie da tatsächlich konkrete Anhaltspunkte, dass das mit dem Programm Prism geschieht, oder haben Sie auch allgemeiner Natur Anhaltspunkte, ob Nachrichtendienste der Five-Eyes-Staaten gezielt Spionagetätigkeiten gegen deutsche Politikerinnen und Politiker machen? BfV hat ja auch immer mal schon gewarnt, auch in Presseberichten, vor Tätigkeiten russischer Nachrichtendienste. Aber wie sieht es da bei den Five-Eyes-Diensten aus? Sie haben es vorhin so angerissen. Und mich würde interessieren, ob Sie da wirklich konkrete Anhaltspunkte haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, konkrete Anhaltspunkte, was jetzt Prism angeht, haben wir definitiv nicht.

Aber ich wollte noch generell was sagen: Bei Spionage ist es ja so: Es gibt bestimmte Aufklärungsziele, die sind durch die Politik des jeweiligen Staates vorgegeben, und der Dienst überlegt sich dann: „Was habe ich für Mittel, um diese Felder so aufzuklären, dass mein Abnehmer“ - die Regierung oder wer auch immer - „dann das bekommt, was ihn interessiert?“, und dann gibt es menschliche Quellen oder Möglichkeiten im HUMINT-Bereich, und es gibt technische Möglichkeiten. Und wenn wir jetzt beim Technischen sind, dann versucht man eben, sogenannte Selektoren zu erlangen, also E-Mail-Adressen, Telefonnummern, was auch immer. Und die speist man dann ein, und die speist man dann überall da ein, wo man Daten bekommt. Also, das ist der effektivste Weg. Das heißt, die gleichen Selektoren werden mutmaßlich sowohl bei Prism als auch beim Abgreifen von einem Unterseekabel als auch auf dem Botschaftsdach dann genutzt. Also, so würden wir es jedenfalls machen, weil das der effektivste Weg ist. Nur, wenn ich mit Partnern zusammenarbeite, würde ich natürlich einen Teil der Selektoren wegnehmen, weil ich anderen vielleicht nicht verraten will, was ich so als Selektor habe. Insofern spielt Prism hier gar nicht so eine besondere Rolle, sondern es ist eine von diversen Möglichkeiten, um an Informationen heranzukommen.

Im Übrigen: Im Wesentlichen gehe ich davon aus - - hat das mit islamistischem Terrorismus zu tun. Die politische Spionage ist halt ein weiteres Feld, und auch da kann Prism natürlich genutzt werden, aber nicht unbedingt vordringlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, nur weil für mich der Eindruck entstanden ist, als Sie vorhin darüber geredet haben, dass tatsächlich die Nachrichtendienste die Daten umfangreich nutzen. Und weil es ja auch zu unserem Untersuchungsauftrag gehört, herauszufinden, inwiefern auch deutsche Politiker betroffen waren, war einfach oder wäre jetzt noch mal meine konkrete Nachfrage, ob ich mir das so vorstellen muss, dass dann tatsächlich durch Dinge, die ich irgendwie



Nur zur dienstlichen Verwendung

in Facebook - - also nicht einstelle, klar, sondern Daten, die jetzt Facebook über mich hat, persönlicher Natur, oder Google oder Dropbox oder sonst wie - - dass da gezielt von Nachrichtendiensten geguckt wird: „Was macht die da?“ oder - - Jetzt vielleicht nicht bei mir, aber bei Kolleginnen und Kollegen, die andere Aufgaben haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ob bei Ihnen oder nicht, weiß ich nicht; könnte aber sein. Also, Tatsache ist, wenn man sich für eine Person interessiert oder auch nur zeitweilig interessiert, dann nutzt man alle Möglichkeiten, die es gibt. Und da sind Facebook und Co natürlich beliebte Dinge. Und vieles kann man ja sogar ohne die Kooperation mit Facebook erfahren. Wenn man etwas aus gutem Grund öffentlich einsehbar da einstellt, dann sollte man immer daran denken, das lesen dann vielleicht auch Leute, die kriminelle oder Spionageabsicht haben. Das muss man einfach immer mit einkalkulieren, wenn man über den persönlichen Werdegang oder die Lebensabläufe da etwas schildert.

Nina Warken (CDU/CSU): Das ist klar; vorsichtig sollte man da immer sein. Aber haben Sie, nachdem die Vorwürfe auch ja dann in der Presse im Raum standen, irgendwas getan, um zu schauen oder um herauszufinden, ob sich tatsächlich Tätigkeiten der Five-Eyes-Nachrichtendienste auch gegen deutsche Politiker richten, jetzt über das Merkel-Handy hinaus? Es gab ja mal auch zum Beispiel Warnungen von Bundesinnenminister Otto Schily, nur gesicherte Handys zu verwenden. Ich weiß nicht: Gab es darüber hinaus Ihrerseits irgendwelche Maßnahmen, oder gab es Dinge, die Sie herausgefunden haben, was konkret jetzt das Interesse der Dienste für Politiker betrifft?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Tatsache ist, das ist uns objektiv unmöglich, da irgendetwas konkret herauszufinden. Ich würde liebend gern eine Liste der Politiker haben, die aktuell im amerikanischen Interesse sind, und Sie können sicher sein, am nächsten Tag würde ich oder jemand aus unserem Amt bei ihnen anklopfen und ihnen das sagen. Nur, es ist objektiv unmöglich. Wir müssten dann jemand bei der NSA haben, der

uns dann eine DVD rüberschiebt, wo diese Daten drauf sind. Und genau das werden die nicht tun. Und deshalb brauche ich die Frage da auch gar nicht zu stellen, weil die uns die niemals geben würden, diese Informationen.

Nina Warken (CDU/CSU): Aber wenn es doch früher schon mal Warnungen gab, zum Beispiel vor Tätigkeiten russischer Nachrichtendienste oder chinesischer - weiß ich gar nicht -, russischer auf jeden Fall, worauf haben sich dann diese Warnungen gestützt, also Warnungen durch Ihr Amt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es gibt zwei unterschiedliche Warnungen. Manchmal erfährt man etwas konkret. Das sind dann aber nicht technische Überwachungen, sondern das ist, wenn jemand einfach versucht, sich an jemand - - also menschlich an jemand heranzumachen. So was kann man mitbekommen. Technisches Überwachen kriegen wir bei den Russen genauso wenig wie bei den Amerikanern oder Sonstigen mit. Wir können es nicht mitkriegen, und deshalb kann man dann immer nur abstrakt warnen, und man muss als potenzielles Opfer eben mit bestimmten Dingen vorsichtig sein. Eine andere Chance gibt es nicht. Gilt übrigens auch für mich selber. Also da muss man einfach mit leben.

Nina Warken (CDU/CSU): Mich würde auch in dem Zusammenhang noch interessieren: Sie haben da vorhin ja auch schon Ausführungen gemacht, dass es natürlich Unterschiede gibt hinsichtlich befreundeter Staaten und anderer Staaten. Die einen haben Sie mehr im Blick, die anderen weniger. Aber insgesamt: Haben Sie eine grobe Einschätzung - - Oder: Von wie vielen Mitarbeitern ausländischer Nachrichtendienste, die in Deutschland spionieren, muss man denn ausgehen? Und welche Staaten sind da am größten vertreten und welche weniger?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, gehen Sie mal davon aus, dass die im Verfassungsschutzbericht erwähnten Staaten in besonderer Weise personell auch vertreten sind. Und weitere Einzelheiten bitte im zweiten Teil.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Man konnte in der Presse lesen, dass es angeblich noch bis in den Juli 2014 eine gültige Anweisung aus dem Kanzleramt gegeben habe, nach der NATO-Verbündete vonseiten der Bundesregierung nicht überwacht werden dürfen. Also, das stand in der *Bild*-Zeitung im Juli 2014. Ist Ihnen so eine Weisung bekannt vom Bundeskanzleramt oder vielleicht auch vom BMI?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, eine Weisung an die Spionageabwehr im BfV, dass wir uns um amerikanische Verdachtsfälle nicht kümmern dürfen, gab es definitiv nicht. Wir haben keine systematische Beobachtung gemacht. Und wenn dann keine konkreten Verdachtsfälle auftreten, dann bearbeitet man sie logischerweise auch nicht. Aber es gab keine Weisung, so etwas nicht zu tun.

Nina Warken (CDU/CSU): Wenn es eine gegeben hätte, hätte Sie sie ja kennen müssen, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Dann würde ich die kennen.

Nina Warken (CDU/CSU): - weil Sie der Abteilungsleiter gewesen sind.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Definitiv, die würde ich kennen.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie kann man sich dann solche Spekulationen in der Presse erklären?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nicht alles, was in Presseorganen steht, stimmt oder stimmt so, wie es da geschrieben ist.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ach was!)

- Ja, es ist so.

Nina Warken (CDU/CSU): Dem Ausschuss liegt ein Schreiben von Ihnen vom 12. März 2014 an das BMI vor, und darin nehmen Sie zur Frage-

stellung, welche Ergebnisse die SAW TAD bislang vorzuweisen habe. Und Sie schreiben unter anderem - ich zitiere -:

Als Konsequenz aus den bisherigen Erfahrungen wird die Neuausrichtung der Spionageabwehr geprüft. Die Intensivierung des sogenannten 360-Grad-Blicks steht hierbei im Mittelpunkt. (?)

Wenn Sie da jetzt von einer Intensivierung des 360-Grad-Blicks schreiben, bedeutet das, dass man das vorher ja auch schon praktiziert hat, vielleicht auch weniger intensiv. Das hatten Sie vorhin auch angedeutet. Wann genau hat man denn begonnen, auch die nachrichtendienstlichen Aktivitäten von Staaten wie den USA in Deutschland in den Blick zu nehmen? Und wer genau hat das veranlasst? Wie kam es dazu?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, 360-Grad-Bearbeitung in der Vergangenheit bedeutete: Wir bearbeiten zum einen systematisch bestimmte Länder und alle anderen nur dann, wenn es einen ganz konkreten Hinweis gibt. Und der Hinweis - - Wir suchen auch nicht nach dem Hinweis, sondern wenn wir ihn präsentiert bekommen, wenn er uns vor die Tür gelegt wird sozusagen, dann kümmern wir uns drum und dann allerdings auch mit viel Engagement. Das war der alte Zustand. Durch die Snowden- -

Nina Warken (CDU/CSU): Seit wann? Seit wann? Also, Herr Wingerath hat zum Beispiel gesagt, es gäbe seit -

Zeuge Dr. Burkhard Even: 90er-Jahre.

Nina Warken (CDU/CSU): - etwa 1992 -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - das Sachgebiet „360 Grad“. Also, würden Sie - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, genau so ist es. Und durch die Snowden-Dokumente haben wir nun in der Tat - das haben wir alle so gesehen - natürlich konkrete Verdachtsmomente in vielerlei Hinsicht bekommen und haben uns natürlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit dieser Sondereinheit SAW, die im Übrigen ja nicht nur in der Spionageabwehr angesiedelt war, sondern weit darüber hinausging - - haben uns damit intensiv beschäftigt. Und das, was Sie jetzt da gerade ansprechen, ist eben ein neues Konzept, wie wir uns mit mehr Ressource und etwas anders aufgestellt und ein paar Änderungen in der Bearbeitung mit dem Thema künftig beschäftigen wollen, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Genau. Dazu hatte der Herr Wingerath gesagt, man hat sich da natürlich Gedanken gemacht, wie man auf die Snowden-Veröffentlichungen reagiert, und hat gesagt, man wolle die Praxis der Spionageabwehr, sowohl was tatsächlich die Arbeitspraxis betrifft als auch natürlich die Struktur der Spionageabwehr, verändern. Was muss ich mir unter „Struktur der Spionageabwehr“ vorstellen? Und wie genau hat man sich da neu aufgestellt nach Snowden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, erst mal braucht man - - Ich habe ja gesagt: Wir haben nicht aus Überzeugung, dass nur die, die wir systematisch bearbeiten, spionieren, sondern aus reinen Ressourcengründen uns mit allen anderen nicht beschäftigt. Das heißt, wenn man mehr Ressource hat für das Thema Spionageabwehr, dann kann man sich auch mit mehr Ländern beschäftigen. Und dann gibt es die Frage: Mit wem beschäftigen wir uns, und wie generieren wir Verdachtsfälle? Und das 360-Grad-Konzept hat eben damit zu tun, dass man die Variationsmöglichkeiten erweitert, dass man zum einen mit mehr Ressource rangeht, dass man versucht, einen deutlich größeren Kreis von Ländern im Blick zu behalten, und dass man ergänzend - und das gehört zum Konzept auch dazu - den Bereich Prävention stärkt und im Übrigen auch die Cyberbedrohung, die deutlich stärker ist als vor zehn Jahren - - dass wir uns auch damit intensiver beschäftigen. Das beinhaltet dieses Konzept.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, mehr Ressource heißt auf jeden Fall mal mehr Personal.

Zeuge Dr. Burkhard Even: So ist es.

Nina Warken (CDU/CSU): Herr Wingerath meinte, es gab eine Aufstockung von zwölf zu eins. Können Sie das bestätigen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, über Zahlen rede ich gerne, aber nicht öffentlich.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, weil mich würde nämlich auch interessieren, ob es dann die ganze Abteilung betraf oder man spezielle Teile aufgestockt hat. Aber da können Sie vielleicht dann später was dazu sagen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann sagten Sie: Prävention gestärkt. - Könnten Sie dazu noch näher was erläutern? Und hat man sich dann vielleicht auch technisch, sage ich mal, fitter gemacht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Prävention heißt, dass man Spionage dadurch verhindert, dass die Opfer sich anders verhalten. Und letztlich müssen die Opfer selber ihr Verhalten ändern. Das können nicht wir tun. Aber wir können natürlich Hilfestellung geben, indem wir nämlich erstens darauf hinweisen, wer in besonderer Weise gefährdet ist und wie derjenige, der besonders gefährdet ist, die Dinge herausfindet, die besonders gefährdet sind, und was er dann für Maßnahmen ergreifen kann, um dann eben die konkreten Spionageangriffe zu verhindern. Das ist unsere Aufgabe. Und das haben wir mit dem Wirtschaftsschutzreferat schon vor etlichen Jahren begonnen, und das war auch nicht nur auf ein oder zwei Länder, die besonders aktiv sind, ausgerichtet, sondern wenn man Präventionsmaßnahmen ergreift, zum Beispiel sicher telefoniert oder sich am Computer vorsichtig verhält, bei Delegationsreisen besondere Obacht gibt, dann hilft das ja nicht nur bei einem Angreifer, sondern dann hilft das ja gegenüber allen Staaten, die versuchen, zu spionieren. Also, das sehen wir als unsere Aufgabe an.

Und wenn man eben mehr Sensibilisierungen machen kann - - Und wir haben bisher relativ viel in der Wirtschaft gemacht; trotzdem kann man da noch mehr machen. Wir haben aber im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bereich Politik und Verwaltung, Ministerien immer nur dann gemacht, wenn es konkret angefragt wurde. Und die Idee ist, das eben offensiver anzubieten, natürlich als Angebot; es muss immer angenommen werden. Aber mir ist aus vielen Gesprächen - zum Teil mit Politikern, vor allen Dingen natürlich auch mit Ministerialbeamten verschiedener Häuser - bewusst, wie wichtig es wäre, da mehr zu tun.

Nina Warken (CDU/CSU): Und hinsichtlich der Technik, hat man da auch was unternommen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, bei der Technik gibt es zwei Aspekte: Das eine ist die Technik, die wir in meiner eigenen Abteilung brauchen: dass wir mit der Aufklärung von Cyberangriffen noch besser werden, nicht alleine; es gibt da auch noch ein paar andere Behörden, die da ebenso wichtig sind und jeweils mit unterschiedlichen Aufgaben beteiligt sind an der Aufklärung der Dinge. Und zum anderen ist mit technischer Er-tüchtigung natürlich auch gemeint, was die zentrale Technik bei uns, die Abteilung 3 - der Kollege Uli Berzen war ja auch schon mal hier; das ist der Leiter der zuständigen Abteilung -, was die machen. Wenn die nämlich bestimmte technische Möglichkeiten haben, dann profitiere ich davon, ohne dass die Leute in der Abteilung 4 arbeiten.

Nina Warken (CDU/CSU): Ist man da aus Ihrer Sicht jetzt ausreichend aufgestellt, oder müsste man da noch - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Definitiv nicht. Also, wir sind auf einem richtigen Weg; aber es muss noch sehr viel mehr gemacht werden, wenn man die Erwartungen haben will oder zu Recht äußern will, die im Raum stehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Hinsichtlich Technik und Personal wahrscheinlich.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Beides. Also, klar ist: Spionageabwehr kostet Geld. Wenn man bereit ist, das Geld auszugeben, dann kann man auch erwarten, dass wir mehr bringen. Wenn man uns das nicht gibt, dann muss man eben auch mit einem kleineren Ergebnis zufrieden sein. Und

was man macht, ist letztlich eine politische Entscheidung.

Nina Warken (CDU/CSU): Da würde ich noch mal ein bisschen das Thema wechseln. Wir haben als Ausschuss ein Schreiben des Präsidenten des BfV, von Herrn Dr. Maaßen, vom 28.10.2013, das auch wohl am selben Tag noch an die US-Botschaft in Berlin, genauer an JIS, übergeben wurde. Das Schreiben trägt den Betreff „Anfrage zu nachrichtendienstlichen Sachverhalten“ und wurde offenbar von der SAW TAD erstellt oder vorbereitet. In dem Schreiben bittet der Präsident um Übersendung einer Übersicht aller in Deutschland tätigen Angehörigen von US-Nachrichtendiensten sowie um Prüfung einer Reihe von Firmen, die gemäß bilateraler Absprachen in Deutschland für das US-Militär tätig sind, und des Weiteren bittet das BfV in dem Schreiben um Informationen bezüglich des Special Collection Service. Dann heißt es weiter in dem Schreiben:

Aus meiner Sicht erschiene es in diesem Zusammenhang sinnvoll, wenn Mitarbeiter meines Hauses Begehungstermine in den diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten in Berlin und Frankfurt a. M. ermöglicht würden, um sich von der Haltlosigkeit der Behauptungen einer nachrichtendienstlichen Aufklärungstätigkeit von U.S.-Stellen gegen deutsche Interessen zu überzeugen.

Ich kann Ihnen das Schreiben auch gern vorlegen lassen, wenn Sie möchten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nicht nötig; ich habe es sehr klar vor Augen. Danke.

Nina Warken (CDU/CSU): Nicht nötig; haben Sie sehr klar vor Augen. Dann ist es Ihnen auch bekannt, gehe ich davon aus.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Klar.

Nina Warken (CDU/CSU): Können Sie was zur Reaktion der US-Seite auf dieses Schreiben sagen? Wurden die Wünsche erfüllt, wurden die Informationen übermittelt?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich hätte es mir zwar gewünscht, hatte aber nicht wirklich geglaubt, dass wir eine umfassende Antwort bekommen. Die Antwort war, um es ehrlich zu sagen, sehr mickrig. Also, zur Begehung wurde gar nichts gesagt, zu SCS wurde gar nichts gesagt. Wir haben letztlich erhalten eine Liste von Mitarbeitern von JIS/CIA in Deutschland, und darauf beschränkte es sich.

Nina Warken (CDU/CSU): Wie viele Mitarbeiter waren es auf dieser Liste? Also ungefähr.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es waren um die 50.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und Informationen zu den angesprochenen Firmen - es geht ja wahrscheinlich da um das DOCPER-Verfahren -:

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): - Welche Informationen haben Sie dazu bekommen? Die Firmen haben ja die Nachrichtendienste wohl bei analytischen Dingen unterstützt, also Analytical Services, soweit es uns bekannt ist. Haben Sie da weitere Informationen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, eine substantielle Antwort haben wir dazu nicht bekommen.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, ich hatte das auch so verstanden oder auch den Zeugen Wingerath so verstanden, dass dann diese Überprüfung, diese Begehungstermine auch abgelehnt wurden oder vielleicht auch nicht. Sie haben jetzt gesagt, man hat dazu - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Durch Nichterwähnen abgelehnt worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Nichterwähnen, durch Nichterwähnung abgelehnt. - Hat man - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das - - Entschuldigung.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja, nein.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das wundert mich nun gar nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben es bewusst reingeschrieben; aber es hätte mich sehr gewundert, wenn wir wirklich das hätten technisch inspizieren dürfen.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat man dann noch mal was unternommen, also als zweiten Schritt seitens der Bundesregierung oder seitens der BfV? Hat man da dann noch mal nachgehakt? Wissen Sie da was?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es wäre zwecklos gewesen. Also, ich selber war - das kann ich Ihnen sagen - zweimal auf dem amerikanischen Botschaftsdach. Die haben nämlich eine schöne Dachterrasse, wo man dann gegen so eine Wand sieht, und dann sieht man, dass man nichts sieht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und dann habe ich mir schon den Spaß gemacht, das Thema mal anzusprechen; aber das wurde höflich mit Schweigen beantwortet.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Also, man hat dann praktisch diese, wie Sie sie genannt haben, mickrigen Auskünfte entgegengenommen, und das war es dann aus Ihrer Sicht. Oder hat man da insgesamt noch mal - vielleicht nicht wegen der Begehung, aber - nachgefasst?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es wäre zwecklos.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Klar ist doch: Jetzt unterstellen wir mal, die Amerikaner haben da technische Gerätschaften, von denen sie nicht wollen, dass wir uns die näher angucken. Wären sie dann gut beraten, uns die zu zeigen und mal durchchecken zu lassen?

Nina Warken (CDU/CSU): Nein, nein. Und aber auch zu Firmen und so, da hat man auch nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

nachgefasst, Informationen zu Firmen und so? Also, man hat es insgesamt auf sich bewenden lassen dann Ihrer Erinnerung nach?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das Thema Firmen können Sie gleich gerne im nichtöffentlichen Teil noch mal ansprechen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Und zu SCS, also können Sie dazu - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das genauso, das genauso.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Haben auch andere Länder ähnliche Schreiben bekommen bezüglich ihrer Botschaften, die Briten zum Beispiel?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, auf die Briten sind wir auch zugegangen. Wobei, die haben ja ihr Radom dann abgebaut. Wobei, daraus würde ich dann schließen, dass da nichts ist, was problematisch ist an der Stelle; was aber nicht heißt, dass es nichts gibt.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Also, Großbritannien wurde auch angeschrieben?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich glaube, auch angeschrieben. Beschwören würde ich das jetzt nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es wurde jedenfalls - - Es war Thema, es ist darüber gesprochen worden; das weiß ich definitiv. Ob es da jetzt ein Schreiben gab - - Sehen Sie es mir nach, ich habe nicht jedes Blatt, was vor Ihnen vorliegt, im Kopf.

Nina Warken (CDU/CSU): Nein. - Gab es da mehr Output?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein.

Nina Warken (CDU/CSU): Auch nicht. Und andere Länder, die hier uns - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Bei anderen haben wir es nicht für nötig gehalten. Und bei bestimmten Verdächtigen wissen wir es ja sowieso.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Bei dem Special Collection Service handelt es sich laut Presseberichten, die sich auf Snowden-Dokumente und auch auf Unterlagen stützen, die von Wiki-leaks veröffentlicht wurden, um eine Art Spezialeinheit, in der angeblich NSA und CIA zusammenwirken. Es soll angeblich weltweit über 80 Horchposten geben in Botschaftsgebäuden, in Konsulaten. Und es wird behauptet, dass der Special Collection Service eben auch aus der US-Botschaft in Berlin heraus agiere und die Kommunikation im Regierungsviertel überwache. Können Sie jetzt im öffentlichen Teil irgendwas dazu sagen, welche Erkenntnisse Sie denn in Ihrer Abteilung darüber haben jetzt von den Amerikanern? Das war jetzt die eine Frage, ob die Amerikaner Ihnen dazu geantwortet haben. Aber haben Sie auch eigene, weitere Erkenntnisse darüber hinaus?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, jetzt würde ich da ungern was zu sagen, außer dass, wenn man technische Apparatschaften da stehen hat, dann muss man natürlich auch Leute haben, die damit umgehen können. - Aber sollten wir verschieben.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Aber diese Dokumente, die Presseberichte, also alles, was es da im Snowden-Fundus so gibt das Thema betreffend, das tun Sie ja schon generell auswerten. Liege ich da richtig?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, da können Sie von ausgehen.

Nina Warken (CDU/CSU): Da gibt es ja Grafiken und PowerPoint-Präsentationen und - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, da können Sie von ausgehen: Das, was in der Presse steht, das nimmt jemand bei uns zur Kenntnis. Da gibt es Leute, die sammeln das ganz generell für das ganze Haus und verteilen das. Im Übrigen sind wir auch selber neugierig genug. Wenn ich irgendwo in der Straßenbahn oder U-Bahn sitze, dann nutze ich gerne mein Smartphone, um auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

selber auf die Suche zu gehen. Also, solche Dinge werden natürlich ausgewertet, klar.

Nina Warken (CDU/CSU): Ich habe jetzt den Zeugen Wingerath so verstanden - also, mit ihm haben wir natürlich auch darüber gesprochen, ob das BfV diese Berichte verifizieren konnte -, dass man natürlich - - also, dass alles, was dort steht, in gewisser Weise plausibel erscheint, man es aber auch nicht letzten Endes, ich sage mal, gerichtsfest nachweisen kann. Also, es könnte sein, könnte aber nicht sein. Kann man das so sagen, oder - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, was das „gerichtsfest“ angeht, ganz eindeutig. Also, es hat ja in diesem Gesamtkontext mehrere Verfahren des GBA auch gegeben, die, soweit ich weiß, allesamt eingestellt wurden, weil man eben an keinerlei Beweise herankam. Jetzt ist es so: Wir brauchen nicht ganz so harte Beweise wie der GBA, wenn er eine Anklage erheben will. Aber selbst konkrete Anhaltspunkte, die jetzt einem Beweis nahekommen, gibt es praktisch nicht, außer bei Dingen, wie wir eben besprochen haben, also bei Prism oder bei Tempora oder so. Da steht fest, dass abgegriffen wird. Aber der Umfang ist ja das Entscheidende. Und da gibt es keine Erkenntnismöglichkeiten.

Und was die Folien angeht: Es ist eben schlecht, wenn man nicht die Originale hat, wenn man nicht weiß, ob etwas aus dem Zusammenhang gerissen ist. Selbst wenn die Folien alle so echt sind - - Ich weiß, wie unsere PowerPoint-Folien sind. Da sind dann oft Sichtworte drauf, und das kann sein, dass dann bestimmte Begriffe nur Planungsbegriffe sind, Ideen und nicht schon abgeschlossene Verträge oder konkrete Vereinbarungen. Und deshalb tun wir uns unheimlich schwer - außer eben „ist plausibel in technischer Hinsicht, in nachrichtendienstlicher Hinsicht“ -, dann weiter etwas zu sagen. Dann muss man viel mehr Beweismaterial konkret haben.

Das, was es gibt, ist alles beguckt worden, im Übrigen nicht nur von uns selber, sondern natürlich auch von anderen; also zum Beispiel das BSI hat die ganzen technischen Folien sich angeguckt, hat die bewertet, hat uns die Bewertung

geben, es hat Gespräche dazu gegeben. Also, es ist nicht so, dass es da nicht eine Beschäftigung gegeben hätte. Aber es bleibt am Schluss eben das unbefriedigende Ergebnis, dass man praktisch nichts definitiv beweisen kann. Wie schlimm das ist, ist aber eine andere Frage; denn das Risiko - das habe ich ja eben ganz bewusst gesagt -, dass man ausspioniert wird durch die einen, aber auch durch viele andere, ist so groß, dass man viele Abwehrmöglichkeiten einfach machen muss.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Zeit ist, glaube ich, um. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Die zweite Runde beginnt auch wieder die Fraktion Die Linke.

Und kurz vorab: Falls Sie noch etwas, andere Getränke, brauchen, Kaffee oder irgendwann mal eine kurze Pause, geben Sie einfach ein Signal.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Der Kaffee wird zwar lau, ist aber noch okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da kümmern wir uns drum, dass der wieder heiß ist. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Sie sprachen schon von dem Vorgang 2005, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - der Ihnen später bekannt gegeben wurde mit dieser Problematik, dass ein Anbieter für Sicherheitstechnik möglicherweise - ja, wie soll man sagen? - huckepack genommen hat Überwachungstechnik eines ANDs und an Behörden hier verkaufen wollte. Ich würde Ihnen gerne dazu ein Dokument zeigen und fragen, ob Sie dieses kennen und wann Sie es das erste Mal gesehen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagen Sie für uns alle die Materialnummer, -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Das kommt gleich, weil das - - Ach so, steht hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - dass wir auch gucken können?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Martina Renner (DIE LINKE): MAT A BND-8b, Ordner 198, Tagebuchnummer 54/14, Blatt 32 ff.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das kenne ich ziemlich sicher nicht - zu dem Zeitpunkt war ich noch nicht in der Spionageabwehr -, und das habe ich auch nicht im Nachhinein gesehen. Ich habe - das habe ich auch gestern mir noch mal angeguckt - im Jahr 2015 ein Schreiben vom GBA in dieser Sache bekommen, wo nachgefragt wurde. Ich weiß auch noch, was ich dadraufgeschrieben habe, nämlich wer zu beteiligen ist, nämlich der Sicherheitsbereich bei uns: Da bitte eine Stellungnahme einholen. Und dann kam als Antwort zurück: „Wir“ - Sicherheitsbereich - „übernehmen hier die Federführung“, weil denen nämlich dann auffiel, dass wir nie beteiligt waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Finde ich jetzt wirklich schwierig, weil das ist ja ein doch relevanter Vorgang, der damit endet, wenn Sie auf die letzte Seite blättern - was Sie gerade tun -, dass die ganze Problematik auch der Präsidentenrunde vorgetragen werden soll und damit ja möglicherweise auch ins BfV gelangt ist. Nichtsdestotrotz, wenn es damals nicht in der Präsidentenrunde vorgetragen wurde, hätte ja in den Folgejahren, also spätestens nach den Veröffentlichungen der Snowden-Dokumente, irgendjemand im BND - das ist ein Dokument des BND - ja sagen können: Oh, da gab es mal eine Sache, da haben wir nachher die IP-Adresse uns angeguckt und wo das Ganze dann ausgeleitet werden sollte, und das sieht ja nach einem US-amerikanischen AND aus, und vielleicht haben die ja noch andere kompromittierte Technik hier in Deutschland verteilt, die Behörden angetragen werden sollte. - Also, wie läuft denn die Zusammenarbeit

mit dem BND, dass Sie das nur über den GBA erfahren und jetzt sagen, dieses Dokument kennen Sie gar nicht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, gut, ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind aber immer noch der - - Es geht ja darum: Sie sitzen hier als Leiter, ja?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, aber ich habe ja eben gesagt: Das war ein Versehen, wie auch immer passiert. Es gab eine Besprechung der Sicherheitsbereiche verschiedener Behörden, und da waren unter anderem BND und BfV, aber eben auch diverse andere drin, und da wurde das hier vorgestellt. In der Präsidentenrunde - weiß ich nicht. Ich habe auch gelesen, dass es da Thema gewesen sein soll. Aber kann ich nichts zu sagen; das müsste man andere Leute fragen. Aber unabhängig davon: Der Foliensatz, der das Ganze beschreibt, war Gegenstand einer Besprechung und war - - ist dann auch später - ob vor oder nach der Präsidentenrunde, weiß ich nicht - - aber ist zum Zeitpunkt X an unser Haus geschickt worden und ist, so wie ich die Leute in unserem Sicherheitsbereich kenne, mit Sicherheit auch berücksichtigt worden. Die gucken sich jede IT-Software oder jedes Produkt sehr, sehr genau an. Also, ich denke, da haben wir einen extrem hohen Sicherheitsstandard bei uns im Amt. Und die Sicherheitsverantwortlichen diverser anderer Stellen sind ja durch den BND, durch diese Folien auch sensibilisiert worden.

Insofern: Ich glaube, sicherheitsmäßig, was das konkrete Produkt angeht, ist nichts schiefgegangen. Was ich als Spionageabwehr bedauere - nur da kann ich mehr als zehn Jahre später natürlich auch nichts mehr machen -: Es wäre natürlich ein interessanter Ansatz gewesen, sich da mal ein paar Dinge anzugucken, und die Chance ist damals verpasst worden.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, weil - - Also, wenn Sie Folien bekommen haben, schön.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber hier wurde ja dann so ein Gerät untersucht, hat man angeschaltet und geguckt, wohin das Ganze fließt, und man konnte dann herausfinden, wer sozusagen der Auftraggeber ist. Es wäre ja für Sie eine relevante Information gewesen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: In der Tat, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In der Tat, und die hätten Sie nie aus den Folien herauslesen können.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, klar ist, wenn wir die Folie bekommen hätten, hätten wir das Gespräch gesucht. Aber, wie gesagt, das ist Konjunktiv.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, und deswegen die Frage: Ist es dem Zufall überlassen oder dem Versehen überlassen, dass der BND solche Informationen, die er hat zu kompromittierter Technik, der Spionageabwehr des BfV gibt, oder gibt es dafür irgendwelche Regularien?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir bekommen eine Fülle von Hinweisen vom BND, und wir geben auch Hinweise an den BND. Also, da gibt es schon Austausch in beide Richtungen in verschiedenen Bereichen. Jetzt ist es so: Es gibt eine Haussicherheit beim BND, mit denen haben wir auch eine gute, sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit, die funktioniert gut. Es gibt allerdings keine, ich sage mal, Gegenspionageeinrichtung beim BND, also kein Pendant für unser gesamtes Aufgabenfeld. Wenn es das gäbe, dann gäbe es beim BND möglicherweise eine größere Selbstverständlichkeit, uns bei allen Arbeitsfeldern der Spionageabwehr, weil man eben am gleichen Thema arbeitet, nur mit etwas anderem Fokus, da mehr einzubeziehen. Also, das ist ein Hinweis, den ich schon machen möchte.

Was die Fälle angeht, die wir mit dem Bereich Haussicherheit besprechen, gibt es keine Probleme. Da kenne ich eine Reihe Fälle, die sehr

gut gelaufen sind und wo man auch wechselseitig aneinander denkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, vielleicht kann man ja im Nachgang da dieses Dokument mal dem BfV zur Verfügung stellen. - Das Stichwort - hätte ich jetzt auch auf dem Zettel gehabt - „Gegenspionage“: Ist es denn möglich, dass ein Teil der Aktivitäten, die man auch zum Beispiel durch die ANDs der Five Eyes feststellt, auch unter dem Stichwort „Gegenspionage“ zu verstehen sind? Also, ist ein gegenseitiges Aufschaukeln quasi der Spionagemöglichkeiten auch möglich, und haben Sie irgendeine Chance, das zu beurteilen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Gegenspionage heißt, dass ich versuche, den anderen Dienst, den, den ich ausspionieren will, zu penetrieren, Informationen über den zu sammeln.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sind hier schon länger mit dem Thema befasst, wir wissen, was das ist.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, und genau das wäre eine ganz wichtige Einschätzung für uns, wenn man uns sagen kann, was ausländische Dienste für Stärken, für Ziele, für Ressourcen haben. Wenn man das uns präziser sagen könnte, weil man sich damit beschäftigt, dann wäre das sehr hilfreich.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre es auch hilfreich für Sie, zu wissen, welche Spionageaktivitäten der BND zum Beispiel Richtung USA unternimmt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Sie müssen BND fragen, ob er solche unternimmt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber wenn Sie die Spionagetätigkeiten der Five Eyes einschätzen, wäre ja wichtig, zu wissen, welche Wechselwirkung es möglicherweise auch gibt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, das wäre ja Gegenspionage.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Genau, das machen beide, ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, Sie müssen den BND fragen, ob er Gegenspionage macht. Meines Wissens gibt es jedenfalls keine Einheit, die das macht. Ansonsten denke ich, ist es eine Frage, die müsste der BND beantworten oder hat sie vielleicht auch schon beantwortet.

Martina Renner (DIE LINKE): In welchen Fällen gab es denn dann Konsequenzen? Also, wir haben mal hier den Begriff „stille Lösung“ gelernt. Also man hängt das nicht an die große Glocke; aber es gab stille Lösungen. Können Sie uns so Beispiele für stille Lösungen nennen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müsste dann die letzte Frage sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, das hat jetzt mit Technik nichts zu tun. Da geht es um den HUMINT-Bereich, in der Regel jedenfalls. Wenn man einen ausländischen Nachrichtendienstmitarbeiter dabei erwischt, dass er Dinge macht, die er nicht machen darf, dann gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie man agiert. Da gibt es eine Persona-non-grata-Erklärung als das schlimmste Mittel, was man machen kann. Strafbare macht er sich ja nicht nach deutschem Recht. Man kann ihn auch still ausweisen. Dann hat man die Hoffnung, dass es nicht hinterher der Presse berichtet wird; dann ist das gesichtswahrend für beide Seiten und belastet die Zusammenarbeit in anderen Feldern nicht. Und das Ganze kann passieren - - dass es eher auf höherer Ebene oder eher auf niedrigerer Ebene erklärt wird. Und das gibt es mit diversen Staaten, wobei man sich das immer gut überlegt. Also, wenn wir jeden erkannten und agierenden Nachrichtendienstmitarbeiter, den man in Deutschland, und zwar jetzt vom gesamten Bearbeitungsspektrum - - Wenn wir jeden da still ausweisen würden, dann würden wir fast jeden Tag irgendwas vermelden können.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. - Sie hatten es vorher erwähnt und uns ist es ja auch aus Antworten auf Kleine Anfragen bekannt, dass es nach eben Bekanntwerden der Vorwürfe gegen die NSA ja diese Überflüge oder Umflüge gegeben hat über die US-Botschaft, die wohl auch recht schnell dann stattgefunden haben. Können Sie kurz den Entscheidungsprozess noch mal skizzieren, bzw. wer hat das angeordnet? Waren Sie das, die Hausleitung, das BMI?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es gibt da eine lange Praxis über viele Jahre: Sie wurden einfach gemacht und dann irgendwann auch dem BMI mitgeteilt. Aber da gab es nicht großartig Entscheidungen, sondern es war einfach selbstverständlich, dass man Überflüge oder Drumherumflüge - man ist bewusst nicht drübergefliegen; aber oft ist die Perspektive von der Seite eh besser; also insofern ist das auch kein Malus - - dass die stattfanden. Das war absolute Routine. Erst als dann ein Flug mal etwas lauter war und dann Gegenstand der öffentlichen Diskussion war, da wurde das Ganze dann, weil politisch sensibel - - da wurde das Verfahren etwas komplizierter. Im Ergebnis finden die Flüge statt, die stattfinden müssen.

Ganz konkret der Flug bei Frankfurt: Den hatte es vorher nicht gegeben. Ist auch ganz einfach zu erklären: Wir hatten die Amerikaner nicht auf dem Schirm, nicht gezielt auf dem Schirm als Beobachtungsobjekt. Wenn man in Berlin rumfliegt, kann man fliegen, wie man will, man kommt immer an allen Möglichen vorbei, und dann haben wir die halt mitgemacht, weil wir dachten, irgendwann wird es mal gut sein, wenn wir die Fotos haben. So war es ja auch. Aber extra nach Frankfurt fliegen, das war dann nicht angesagt. Das hat man dann gezielt gemacht, im Übrigen dann auch durchaus mit anderen Dingen verbunden, die nicht zum Untersuchungsgegenstand gehören.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Aber das wäre was oder war jetzt was, was Sie dann entscheiden konnten, oder - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: In dem Fall ist das sehr hochrangig entschieden worden.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aber ich hätte es genauso entschieden.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Also, jetzt Frankfurt-bezogen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Und diese, sage ich mal, Sachen in Berlin, das ist dann eher was, was man irgendwie so routinemäßig alles mal macht.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, inzwischen ist das Interesse auch an höherer Stelle deutlich gewachsen, was im Prinzip ja auch gut ist.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay, aber dann entscheiden Sie das und teilen das dem BMI mit. Nur als es dann, wie Sie gesagt haben, ein bisschen heikler wurde, wurde es auch ein bisschen höher aufgehängt oder - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ob ich es formal entscheide - - Jedenfalls, wenn wir einen Vorschlag machen, würde es gemacht; sagen wir es mal so. Also, es gibt in der Hierarchie weiter oben keinen, der da was gegen hätte, wenn wir das für sinnvoll halten; aber es ist dann immer die Frage, zu welchem Zeitpunkt man es dann vorlegt. Aber, wie gesagt, das sind interne Dinge. Aus Sicht der Spionageabwehr läuft das sachgerecht.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurden denn auch als Reaktion auf die Snowden-Veröffentlichungen die Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen in deutschen Botschaften im Ausland gegen eine mögliche Spionage überprüft? Waren Sie da eingebunden, wenn so was stattgefunden hat, Sie, Ihre Abteilung? Und wer wäre denn dafür zuständig?

Wäre das dann vielleicht sogar das Auswärtige Amt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, in erster Linie ist das Auswärtige Amt dafür zuständig, mit dem wir allerdings einen sehr engen Kontakt haben. Und im Übrigen ist ja auch der BND in zahlreichen Auslandsvertretungen vertreten, und von daher kann man unterstellen, dass es da natürlich dann auch technische Hilfe gäbe.

Nina Warken (CDU/CSU): Also, das wäre dann gar keine Aufgabe Ihrer Abteilung.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Doch.

Nina Warken (CDU/CSU): Also praktisch Spionageabwehr gegen Spähangriffe auf die Mitarbeiter im Ausland wäre auch Ihre Aufgabe.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, unsere Aufgabe ist schon, wenn ein deutscher Diplomat oder auch ein deutscher Staatsbürger im Ausland ausgespioniert wird - - dann sehe ich schon unsere Zuständigkeit. Aber was den technischen Schutz der Botschaften angeht, wäre es, glaube ich, keine gute Idee, wenn das der Inlandsdienst dann sicherstellen müsste.

Nina Warken (CDU/CSU): Wurde das dann im Zuge der Snowden-Veröffentlichungen auch verbessert im Hinblick auf den Schutz der Mitarbeiter im Ausland? Was hat man da genau gemacht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, in Bezug auf die Gefährdung von Auslandsvertretungen hat sich aus Snowden eigentlich nichts Neues ergeben. Wenn man auf ausländischem Hoheitsgebiet eine Botschaft unterhält, dass man da in besonderer Weise den dortigen Gegebenheiten ausgesetzt ist, das wussten wir immer schon, das war fortlaufend Thema, und da haben wir durch Snowden auch nichts dazugelernt.

Nina Warken (CDU/CSU): Gut, dann wäre ich mit meinen zwei Fragen - - und gebe ab an den Kollegen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Ja, vielen Dank. - Herr Dr. Even, ich möchte mal auf zwei Sachen



Nur zur dienstlichen Verwendung

zurückkommen, zum einen, was die Kollegin ansprach, die Überflüge. Sie haben ja dargestellt, dass Sie, wenn Sie das vorgeschlagen haben von der Sach- und Fachebene - - dass dann die Ebenen darüber das entsprechend abgesegnet haben, wie das ist. Also, ich nehme an, das ist eine Vorlage, und das kriegt dann so eine schöne Unterschriftenleiste. Die Autorisierung, die geht ja nach oben. Wie hoch geht denn die Ebene nach oben? Ist das dann immer der Präsident vom BfV, der sozusagen am Ende der Unterschriftenliste steht, oder ein Abteilungsleiter oder - - Dass wir ungefähr mal ein Gefühl bekommen, wie hoch das autorisiert wird und wie wichtig das demzufolge ja auch im Amt ist.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es wird im Moment bis zum Präsidenten kommuniziert und auch ins BMI hinein, bevor es stattfindet.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Kommuniziert und demzufolge auch dann mitgezeichnet.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, und zwar so, dass man es theoretisch verhindern könnte.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, gut.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die konkrete Planung beginnt natürlich vorher; -

Marian Wendt (CDU/CSU): Klar.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - denn man muss ja gucken, dass dann auch entsprechende Gerätschaften zur Verfügung stehen, Personal zur Verfügung steht usw.

Marian Wendt (CDU/CSU): Und „im Moment“ heißt, das war früher mal anders, oder - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, so wie ich eben gesagt habe.

Marian Wendt (CDU/CSU): Genau.

Zeuge Dr. Burkhard Even: In den zehn Jahren vorher haben sich alle gefreut, dass man hin und wieder die Bilder zu sehen bekam; aber es hat

keiner gefragt, wann die auf welche Weise entstanden sind.

Marian Wendt (CDU/CSU): Könnten Sie vielleicht noch mal - Sie sagten eben, es gibt Flüge, die sind von besonderer Aufmerksamkeit gewesen - - dass man mal das technische Verfahren erläutert. Machen Sie das mit einer Drohne, machen Sie das mit einem Hubschrauber, mit einem Kleinflugzeug? Fliegen Sie in 10 Kilometer Höhe und zoomen herunter? Also, weil Sie auch sagten, von oben herab ist schlechter als von der Seite; ganz klar. Welche Technik kommt da zum Einsatz? Wären das Liveaufnahmen, die dann entsprechend ausgewertet werden, oder wie funktioniert das technisch einfach noch mal?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht wäre das, wenn überhaupt, in eingestufter Sitzung - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das Einzige, was ich jetzt hier sagen könnte, ist: Es haben gewisse Botschaften gesehen, dass sie von einem Hubschrauber in relativ niedriger Höhe überflogen wurden und dass daraus eindeutig fotografiert wurde.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das kann ich hier bestätigen. Ob es noch andere Möglichkeiten gibt, sollte man in der Tat hier jetzt nicht diskutieren.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gut, okay. Dann heben wir uns das auf. - Sie hatten vorhin auf die Fragen vom Kollegen Flisek geantwortet, dass die USA im Bereich Spionage, was hier auch betrieben werden sollte, auch nur sehr begrenzte Ressourcen haben und die sich vorrangig auf den Terrorismus, auf den internationalen Terrorismus - IS hatten Sie beispielsweise erwähnt - konzentrieren. Können Sie nach Ihren Erfahrungen und Kenntnissen hier das vielleicht mal einschätzen auch im Verhältnis zu anderen Diensten, welche Ressourcen erstens die USA zur Verfügung haben? Vielleicht kann man das prozentual machen, ja? Ich stelle mir mal vor: Bei der DDR wissen wir; die hatten 100 000 hauptamtliche Mitarbeiter. Die NSA hat 40 000, BND hat



Nur zur dienstlichen Verwendung

6 000. Und da gibt es ja entsprechende Kenntnisse. Dass man nur weiß, was so an Ressourcen, was an Fähigkeiten da ist im Verhältnis auch zu anderen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das wäre Aufgabe eines Auslandsdienstes, das detailliert festzustellen. Aber wenn man es mal so im internationalen Kontext sieht, glaube ich: Jeder Dienst könnte mehr Leute sinnvoll einsetzen, als er hat. Insofern haben auch die Amerikaner, wie auch andere, irgendwo beschränkte Ressourcen. Aber das ist in einer ganz anderen Liga, als beispielsweise die deutschen Dienste sich bewegen. Und wenn man es weltweit betrachtet: Ich glaube, die Amerikaner sind sehr, sehr gut aufgestellt sowohl personell als auch technisch, wovon wir im Übrigen ja auch in weiten Bereichen profitieren. Das muss man eben auch ganz deutlich sagen, so schlecht ich das Thema heute finde und so sehr mich das bedrückt. Aber es gibt eben auch die Kooperation, wo wir davon profitieren, dass es so ist, wie es ist.

Und dann gibt es andere Dienste, die aber auch sehr, sehr stark sind, wenn ich an chinesische und russische Dienste denke. Die sind auch sehr gut aufgestellt und haben dann noch viel weiter gehende Befugnisse, im Übrigen auch ihre eigene Bevölkerung betreffend.

Und dann gibt es noch ein paar weitere Länder, die auch - - die deutlich kleiner sind. Nehmen wir die Briten. Auch die sind sehr gut aufgestellt. Wenn man GCHQ sich anguckt, wie viel Personal die da bezahlen, was die für eine Technik angeschafft haben. Das ist eine ganz klare politische Entscheidung, die da getroffen wurde und die dann eben dazu führt, dass die eben da sehr, sehr gut sind.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gibt es im - - Sie haben eben erwähnt, wir profitieren von der Zusammenarbeit bei den ANDs, indem wir beispielsweise gemeinsam gegen Terroristen vorgehen. Wir haben ja heute ein Beispiel gehabt. Gibt es so was auch auf der Inlandsnachrichtendienstebene, also im Bereich Spionage? Weil die Technik, die eine Botschaft auf ihrem Dach hat, damit kann sie Deutsche überwachen; aber sie

kann natürlich auch aufgrund der örtlichen Nähe, Unter den Linden, vielleicht auch in eine andere Botschaft hineinhören. Gibt es da Erkenntnisse Ihrerseits, dass so was passiert? Gibt es gegebenenfalls auch eventuell einen Austausch, wo Sie wissen, aus dieser Botschaft erfolgt eine Überwachung, eine Spionage, und dass Sie mit anderen Botschaften dann kooperieren, Warnungen aussprechen oder Ähnliches oder Informationen, Erkenntnisse austauschen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich würde mir ja wünschen, dass die Amerikaner mir das Angebot machen: Wir haben hier tolle Technik auf dem Dach; wir sind bereit, das mit euch zusammen zu nutzen; guckt euch's erst mal an.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aber genau weil wir dann ja den Gegenpart auch sehen würden, würde dieses Angebot nie kommen. Und deshalb brauche ich auch diese Frage nicht zu stellen. Es gibt Kooperationen - -

Marian Wendt (CDU/CSU): Nicht immer auf die Amerikaner bezogen. Es gibt ja Hunderte Botschaften. Hunderte nicht, aber über 100 Botschaften hier in Berlin. Vielleicht auch die Ungarn haben in der Nähe, also, wenn wir das mal räumlich beschränken zum Beispiel auf Tiergarten und hier Unter den Linden - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich glaube, jetzt sind wir in einem Bereich, wo ich an dieser Stelle auf keinen Fall weiterreden sollte.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay, gut. - Dann danke ich Ihnen und gebe zurück an den Vorsitzenden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Und wir machen mit der nächsten Fraktion weiter. Es kommt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke. - Ich mache doch noch mal weiter bei dem, wo ich vorhin aufgehört habe, und möchte Ihnen vorlegen eine Urkunde, die ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ihnen nicht vorlesen darf, weil sie Geheim gestempelt ist, aber die Sie lesen dürfen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Dann hoffe ich, dass keiner mit der Kamera da oben sitzt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben wir schon ein paar Mal gemacht. Ich hoffe, Sie sitzen dann davor. - Ob Ihnen dann dazu was einfällt. Es geht um die Frage, ob Sie Hinweise bekommen haben, etwa vom Bundesnachrichtendienst oder anderen, dass US-amerikanische Spionageaktionen hier in Deutschland seien, sind.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Also, das ist MAT A BfV-13d, Tagebuchnummer 195/15, Anlage 1 und dann Blatt 100, und 109 ist das wichtige Blatt. Da brauchen Sie nur oben den Absatz nach dem Gebläuten oder Geschwärtzen sich anzugucken.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich suche erst mal 100.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 100 ist das Anschreiben, und 109 ist dann, wo es mir drauf ankommt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, also den Bericht kenne ich, den habe ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den kennen Sie?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, den - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wir haben damals - - Das war das, was ich eben auch angesprochen habe, als ich gesagt habe, wir haben uns mit dem

BND über das Thema Wirtschaftsspionage, und zwar egal woher, unterhalten, und wir haben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber jetzt das Blatt 109. Da gucken Sie mal, was da steht. Da geht es jetzt nicht allgemein, sondern ziemlich konkret.

(Der Zeuge liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das klingt - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, vielleicht sagen wir mal die Daten; dürfen wir ja wahrscheinlich sagen. Das war 2007, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: 7, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im Oktober 2007, nachdem Sie dort waren.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Gut. Aber das klingt klarer, als es ist. Es ist vor allen Dingen nicht mit konkreten Fällen unterlegt. Und ich hatte ja eben gesagt, es gab zum Teil unterschiedliche Begrifflichkeiten bei BND und uns, und der Aspekt der Wirtschaftsspionage - - oder die Wirtschaftsspionage wurde eben teilweise unterschiedlich interpretiert, und dann fasst man da Fälle drunter, die wir da nicht drunter gefasst hätten. Gerade wenn es um Rüstungsunternehmen geht - so viel kann ich, glaube ich, dann schon öffentlich sagen -, da können auch Sicherheitsaspekte eine Rolle spielen. Ich weiß nicht konkret, welche Fälle es da gibt, und die sind uns auch nie benannt worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber war für Sie das - jetzt mal ganz unabhängig dann, ob das jetzt Wirtschaftsspionage in dem Sinne ist, um Wettbewerbsvorteile zu gewinnen, oder ob das andere Spionage bei Wirtschaftsunternehmen ist aus anderen Gründen - - Hat Sie das nicht veranlasst, nun mit Ihrer Abteilung, in die Sie neu reingekommen waren, zu sagen: „Also, da müssen wir jetzt mal uns drum kümmern“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben damals das gesamte Thema aufgearbeitet, und es hat dazu eben nicht nur einen Austausch von Berichten gegeben, sondern auch Besprechungen, wo auch gefragt wurde: Was sind denn die konkreten Fälle? Und nach meiner Erinnerung sind uns keine konkreten Fälle, die das jetzt erhärtet hätten, benannt worden, sodass wir keinen Anfasser für irgendetwas hatten. Und wohlgemerkt: Die Formulierung klingt klarer, als sie letztlich ist, wenn man sie genau liest.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Ich meine, das war ja, wenn man so sagen kann, vom Kanzleramt ein - ich will es mal etwas dramatisieren - Alarmruf oder - - Sie kriegen ja wahrscheinlich nicht jeden Tag ein Schreiben, wo das Bundesamt, das zuständige Amt, darauf hingewiesen wird: Da ist was, kümmert euch mal drum. - Und da haben Sie nichts gemacht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, das war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie keinen Anlass gehabt, irgendwas zu tun?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es war in einem recht langen Bericht ein kurzer Artikel, ein kurzer Abschnitt ohne Details. Und die Details sind, soweit ich mich erinnern kann, auch nicht im Nachgang geliefert worden oder konnten vielleicht auch nicht geliefert werden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie haben in diesem Zusammenhang nie EADS, Eurocopter gehört?

Zeuge Dr. Burkhard Even: In diesem Kontext nicht, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würde nämlich passen, also sagen wir mal von der Art.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich kann mich an Eurocopter in dem Zeitraum nur an einen russischen Spionagefall, der aber im HUMINT-Bereich lief, erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also gut, ich fasse zusammen: Das hat auch nicht dazu geführt, dieser Hinweis, irgendwas zu unternehmen und -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben letztlich nichts Anfassbares, nichts Greifbares zum Weiterarbeiten in die Hände bekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - mit der Firma vielleicht zu reden oder mit den genannten Firmen, die Ihnen dann genannt worden sind, die da betroffen werden können.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, mit bestimmten Firmen sind wir in einem engen Sensibilisierungskontakt - da können Sie sicher sein -, waren es auch zu dem Zeitpunkt schon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber ohne dass Sie gesagt haben: Jetzt passt mal auf, da könnte was sein.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wie gesagt, ich kenne keinen konkreten zugrundeliegenden Fall, auch Eurocopter jetzt zu dem Zeitpunkt nicht. Insofern kann ich da leider nichts zu sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Haben Sie darüber mal mit Ihrem damaligen Vorgesetzten gesprochen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das Thema Wirtschaftsspionage war eins, was - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Dass Sie allgemein über Wirtschaftsspionage - - das ist schon klar, das haben Sie ja vorhin auch schon gesagt. Sondern mir kommt es darauf an: Das kommt ja nicht jeden Tag vor, vielleicht einmal im Jahr oder so, dass Sie so einen Brief bekommen mit so einem Hinweis. Und dann sagen Sie - - Und haben Sie dann darüber gesprochen, haben gesagt: „Hier, wir haben das geprüft, aber wir haben keinen Anlass, da irgendwas zu machen“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ob ich jetzt konkret über dieses Schreiben mit der damaligen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Amtsleitung gesprochen habe, das - sehen Sie es mir nach - habe ich jetzt nicht in Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, über das Thema haben wir oft gesprochen; das weiß ich. Aber - - und auch über die Zielrichtung, also über den Aspekt, dass auch westliche Dienste, auch amerikanische Dienste eine Rolle spielen könnten, weil es die Behauptungen oder die Verdachtsmomente, in der Presse geäußert, immer mal wieder gab. Also, das war jetzt nicht ein Thema, was nur an einer Stelle jetzt mal einmal erwähnt wurde. Aber ob ich das jetzt zum Anlass genommen habe, wo wir ja nichts Greifbares hatten, weiß ich jetzt definitiv nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann habe ich dazu erst mal hier keine Fragen mehr. - Die Frage, bei der ich vorhin gestoppt wurde, ist die Frage nach dem Kanzlerhandy noch mal. Da gab es ja nun in den Unterlagen von Snowden konkrete Hinweise; die Telefonnummer und auch „Kanzlerin Merkel“ war darin zu lesen. Hatten Sie dann Ermittlungen angestellt, ob das sein kann und ob da tatsächlich abgehört worden ist oder ob das nur mal ein Hinweis war: „Die Kanzlerin hat auch ein Handy, und es hat die und die Telefonnummer“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Tatsache ist ja: Es hat ja diese Abschrift eines Papiere gegeben, die ein *Spiegel*-Journalist gefertigt hatte und die dann über die Medien verbreitet wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und das wurde, ich glaube, vom Kanzleramt dann dem BND, was naheliegt, und dem BSI wegen der technischen Expertise zur Bewertung gegeben, nach dem Motto: „Ist das plausibel?“, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - uns nicht. Wir haben es dann zwar im Nachgang auch bekommen; aber wir waren in die Ermittlungen nicht oder in die Bewertungen nicht einbezogen, wären auch nicht diejenigen gewesen, die jetzt die Frage, ob ein ausländischer Dienst mit genau diesen Selektoren arbeitet und ob das so aussehen würde - - wären wir nicht diejenigen, die das wirklich beurteilen könnten. Insofern hatten wir keinerlei Anknüpfungspunkt für irgendwas.

Wir haben auch das Handy nie in die Hand bekommen. Wäre wahrscheinlich auch zwecklos, weil ich persönlich davon ausgehe, dass da nicht irgendwas draufgespielt wurde, sondern dass das einfach nach der Telefonnummer, überall da, wo amerikanische Technik im Einsatz ist, also Abhörtechnik oder Abgriffstechnik im Einsatz ist - - dass das da eingespeist wurde bis zu dem Zeitpunkt x, wo Obama gesagt hat: „Die Merkel nicht mehr“, und dann kann man auch nicht wirklich was machen. Das ist dann so, dann muss man das als Kanzlerin, als Minister, als Abgeordneter einfach wissen: Meine Nummer interessiert da in besonderer Weise, und wenn ich jetzt dieses Handy nutze, dann muss ich halt wissen, dass zumindest die Verbindungen, gegebenenfalls auch die Inhalte an falscher Stelle landen, und dann muss ich es so nutzen, dass kein Schaden entsteht. - Eine andere Chance hat man da nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie der Sache selber gar nicht nachgegangen, also dass Sie jetzt gefragt haben: „Ist das Handy denn benutzt worden und nur für private Gespräche oder für - -“

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben sowohl mit BSI als auch mit BND, mit den jeweiligen Kollegen da auf der Arbeitsebene, gesprochen, sind da aber nicht schlauer geworden. Ich glaube auch, das Handy ist bei denen gar nicht gewesen. Das weiß ich aber nicht definitiv; müsste man da fragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Haben Sie denn selber nicht mal, also entweder Sie persönlich oder jemand anders oder Ihr Chef, bei der Kanzlerin vorgesprochen und gesagt: „Hier ist so ein Objekt, wir sehen die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Möglichkeit oder den Verdacht, dass das da und darauf hindeutet. Wann haben Sie damit telefoniert? Benutzen Sie das immer, oder - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ein Betroffener ganz unabhängig davon, dass die Betroffene hier ja wahrscheinlich auch sich dafür interessierte: Heißt das wirklich, dass ich abgehört worden bin?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich bin sicher, dass die Kanzlerin sensibilisiert ist, dass sie in besonderer Weise im Fokus diverser und bis zum Zeitpunkt x auch amerikanischer Dienste stand; dafür musste, glaube ich, nicht ich mich bei ihr anmelden. Aus eigener Kompetenz hätten wir auch nichts zusätzlich beitragen können. Das Kanzleramt hat bewusst dem Auslandsdienst, der ja weiß, wie Selektoren aussehen, diese Abschrift gegeben, um eine gewisse Plausibilität dort abzufragen. Und mehr konnte ja keiner in Deutschland tun. Und dann weiß man halt: Okay, bis zu einem Zeitpunkt x ist das halt ein Selektor, einer von ganz vielen, und ab einem Zeitpunkt x dann eben nicht mehr. - Das heißt, den Mehrwert von weiteren Aktivitäten, den sehe ich an dieser Stelle nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - - Also, alle Welt interessiert sich doch dafür bis heute: Stimmt das, oder stimmt das nicht? - Sie sind davon ausgegangen, das stimmt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich persönlich gehe davon aus, es stimmt bis zu dem Zeitpunkt, wo dann Obama gesagt hat: Merkel wird nicht mehr oder wird nicht abgehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das war ja eher eine Bestätigung.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aber ist jetzt kein Wissen, sondern das ist, ich sage mal, Erfahrung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ja, aber Obama ist ja vorher schon mal gefragt worden, und da hat er gesagt, so ähnlich,

wie Sie das vorhin ja auch schon angedeutet haben: Kanzlerin, wenn ich von der was will - ich habe ihre Telefonnummer -, dann rufe ich da an, und dann sagt die mir das.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hatte die Telefonnummer, aber die NSA hatte sie offenbar auch. Oder hat er sie vielleicht weitergegeben; ich weiß es nicht, aber - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich glaube, die NSA konnte die auch anders erfahren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage auch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jedenfalls hatte er die Telefonnummer, und trotzdem wurde abgehört. Hat das Sie zu keinerlei zusätzlichen Aktivitäten veranlasst?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Na, sagen wir so: Was man machen muss, ist, die Sensibilisierung erhöhen; denn selbst wenn jetzt die Kanzlerin nicht von NSA mehr abgehört wird, dann wird sie noch von diversen anderen abgehört. Und wenn ich jetzt auf andere Ebenen gehe - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wird von anderen abgehört?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie sollen sie doch schützen!)

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, und wenn ich an Minister, an Staatssekretäre, an Ministerialbeamte, an mich selber, an Sie denke, unterliegen wir alle mehr oder weniger genau diesem Risiko und müssen uns dessen einfach bewusst sein. Und das kann man objektiv durch nichts verhindern, außer durch Nichttelefonieren oder eben am Telefon nur bestimmte Dinge machen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist einfach so.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt müssten wir wieder wechseln.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, von mir sind noch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen zur SPD. Herr Kollege Zimmermann möchte, glaube ich, Fragen stellen. Herr Kollege Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Aber um an dem Punkt direkt vielleicht noch mal anzusetzen: Wenn ich Sie richtig verstehe, Sie sagen, es gibt eigentlich keinen echten Schutz, wenn ich mit einem unverschlüsselten Mobiltelefon hier telefoniere, richtig?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau so ist es, ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Weil es nicht nur die Amerikaner gibt, sondern im Zweifelsfall auch noch viele andere. - Im Rahmen dieser Argumentation würde ich auch noch mal auf das von vorhin zurückkommen, als wir von den Dächern der Botschaften gesprochen haben. Da haben Sie ja, glaube ich, so ähnlich argumentiert, also unter dem Motto: Es gibt ja nicht nur die britische und die amerikanische Botschaft, sondern es gibt auch noch andere.

Also, ich will Ihnen jetzt nicht alles in den Mund legen. Aber sehe ich das richtig, dass es quasi am Ende des Tages für die Bedrohungslage im Regierungsviertel eigentlich eine akademische Debatte ist, zumindest wenn man nur die Bedrohungslage analysiert, ob oder ob nicht, weil wir davon ausgehen müssen, dass von anderen Botschaftsdächern auf jeden Fall abgehört wird, oder?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, genauso ist es. Wir werden nach meiner Einschätzung nie in die Situation kommen, dass es keine Botschaft mehr hier in Berlin gibt, die technische Aufklärung betreibt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Und wenn man - - Es wird immer vom Regierungsviertel ge-

sprochen, und jetzt liegt in diesem Regierungsviertel ja auch der Deutsche Bundestag. Haben Sie - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir sind immun!)

- Ja, wir sind immun, ist klar.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Leider nicht gegen Cyberangriffe und auch nicht sonstige.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Jetzt haben Sie mir meine Frage fast schon, nein, eigentlich eher die Pointe vorweggenommen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Sorry, ich habe nichts gesagt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, jetzt - - Da würde ich aber noch mal nachhaken. Also, ich meine, wir haben ja nun diesen Fall gehabt hier, wo uns allen vor Augen geführt wurde, dass nicht nur irgendwie passiv abgehört wird oder Informationen gewonnen werden, sondern auch, technisch gesehen, sehr aktiv in der ganzen Zeit, wo das in den Medien alles hochgekommen ist - also, ich rede jetzt nicht von dem Cyberangriff auf den Bundestag, sondern auch schon davor - und man diese Bedrohungsanalysen gemacht hat. Hat man da auch über die Bedrohung des Bundestages sich Gedanken gemacht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja. Also klar ist, dass ausländische Nachrichtendienste sowohl die Regierung als auch das Parlament bei uns im Fokus haben, und das bezieht sich auf den HUMINT-Bereich genauso wie auf den technischen Bereich. Und bei Technik gibt es zum einen SIGINT und zum anderen Cyberangriffe. Ist ganz klar. Und das ist da nicht nur die Institution, sondern im Übrigen auch die Mitarbeiter mit ihren technischen Geräten; die sind dann im Fokus.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Zu welcher Einschätzung ist man am Ende gekommen? Also, wie hoch würde man die Verwundbarkeit oder - keine Ahnung, wie Sie das nennen - einschätzen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, letztlich ist die Verwundbarkeit bei Cyberangriffen fast 100 Prozent, weil ein hochprofessionell gemachter Cyberangriff irgendwann immer erfolgreich ist. Man kann allerdings die Hürden so hoch legen durch diverse technische und Verhaltensmaßnahmen, dass das Risiko geringer wird. Aber wenn ein ausländischer Dienst, der jetzt sehr, sehr stark ist, wirklich eine Person so im Visier hat, dass er sagt: „Wir wollen es auf jeden Fall schaffen“, dann wird er es irgendwann auch schaffen.

Tatsache ist aber, die meisten von uns allen sind an der einen oder anderen Stelle dann eben doch mal nachlässig, oder Mitarbeiter, Familienangehörige sind es. Das heißt also, wenn ich entsprechendes Social Engineering mache, dann wird es immer gelingen, dass man irgendwann mal dazwischenkommt, zumindest für einen bestimmten Zeitpunkt.

Aber, wie gesagt, man kann das Risiko deutlich senken, die Chance des Angreifers deutlich reduzieren, indem man Gegenmaßnahmen ergreift, und das ist - das zeigt allerdings der Cybervorfall auf den Bundestag - nicht optimal gelaufen. Und wir waren als Spionageabwehr nicht besonders erfreut, dass man die Hilfsmöglichkeiten, die wir gehabt hätten - - dass wir die nicht geben konnten.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die CDU-Zentrale nicht zu vergessen!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das kam ja danach noch.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Keiner ist sicher, keiner.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, das ist - - Also, Sie meinen, das ist natürlich - - Das war ja auch eine große Diskussion hier im Hause. Aber ich glaube, das würde jetzt zu weit führen.

Aber wir hatten vorhin die Überflüge oder die Vorbeiflüge, sind es ja, glaube ich. Und Sie haben

dann gesagt, dann ist irgendwann mal - - oder dann kam noch der Vorbeiflug in Frankfurt. Was ich mich noch gefragt habe: Sie haben ja gesagt, man hat die so mitgemacht, weil man bei anderen auch vorbeigeflogen ist hier in Berlin. Aber es gibt ja jetzt auch zum Beispiel ein russisches Konsulat in Frankfurt oder andere Konsulate in Frankfurt. Das war aber - - Das war bisher dann nie ein Thema.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wo wir genauso fliegen, würde ich lieber im zweiten Teil drüber reden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Weil das wäre ja noch mal ganz interessant zu wissen, ob dann in Frankfurt - - ob es da nicht auch was gibt, was interessant ist.

Ich springe noch mal weiter, weil mich das noch mal interessiert. Wir haben über die Snowden-Veröffentlichungen gesprochen. Sie haben gesagt, Sie haben sich oder verschiedene Bereiche und Personen haben sich Grafiken und Folien angeschaut, und die haben so ein bisschen berichtet, wie das bei ihnen mit PowerPoint-Folien ist, dass man, wenn man den Kontext nicht kennt, häufig nicht so genau weiß: Was ist eine Idee, was ist eine Planung, was ist real? Aber es ist ja so ein probates Mittel in der Wissenschaft, Hypothesen aufzustellen und zu versuchen, sie zu widerlegen. Und die Frage ist ja: Haben Sie das mal an gewissen Stellen gemacht? Und wo haben Sie festgestellt: „Na, das, was der Snowden da veröffentlicht hat in den Dokumenten, das konnten wir widerlegen, das kann so gar nicht sein“? Das wäre ja ein Ansatzpunkt. Dass man das nicht mit allen machen kann, ist vollkommen klar. Aber es gibt ja ein paar Folien, die hier auch immer wieder zitiert werden. Ist es irgendwo gemacht worden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die sind alle betrachtet worden, insbesondere vom BSI auch, die sich alles sehr gründlich angeguckt haben, wohl gemerkt technisch bewertet haben. Und mir ist jetzt nicht erinnerlich, dass Dinge jetzt schon technisch überhaupt nicht hätten sein können. Es ist dann eher die Frage, ob es nachrichtendienstlich plausibel ist oder ob es sich zumindest gegen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deutschland sinnvollerweise richten könnte, nicht? Also, da gibt es zum Beispiel einen Vorwurf, der hat damit zu tun, dass die Telekommunikation eines ganzen Landes komplett für einen gewissen Zeitraum erfasst würde. Da können wir uns vorstellen, dass das für bestimmte Länder gilt. Dass das für Deutschland gilt, halte ich für ausgeschlossen aus verschiedenen Gründen. Aber das ist halt eine Sache mal. Wohlgermerkt, das sagt dann ja nicht, dass es insgesamt falsch ist, sondern nur, dass Deutschland davon, von dieser Bedrohung, dann nicht betroffen ist.

Also, in Gänze kann man sagen: Das meiste ist technisch plausibel, vieles ist auch nachrichtendienstlich plausibel, vieles ist auch wahrscheinlich. Aber dann, wenn es ganz konkret wird, ob jetzt mit der einen Firma oder mit der anderen Firma tatsächlich etwas ist - also tatsächlich ein Abkommen ist, dass bestimmte Sachen dann geliefert werden müssen, wo jetzt Selektoren im Einsatz sind, die wir nicht gut finden würden, die aus unserer Sicht politische Spionage wären -, da kommt man eben nicht auf diesen Punkt. So präzise kann man es nicht feststellen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, wir hatten, glaube ich, in der letzten Sitzung - - taucht auch auf dieses Thema Dagger-Komplex in Darmstadt oder in der Nähe von Darmstadt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und da stehen ja ganz viele Fragezeichen hintendran: Sitzen die da irgendwo auf einer Leitung? Kommen die da irgendwo ran? - War das irgendwie mal Thema, dieser spezielle Aspekt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, der Dagger-Komplex ist durchaus interessant. Da sind ja diverse US-Einheiten, die da platziert sind, nicht nur die NSA, sondern auch andere. Das war Thema, natürlich.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das war Thema und - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, vielleicht stellen Sie präzise Fragen. Es fällt mir im Moment

schwer, hier öffentlich dazu viel zu sagen. Ich will aber jetzt nicht pauschal alles in den nicht-öffentlichen Teil dann schieben.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das finde ich sehr gut. Na ja, ich frage deswegen nach - - Also, ich war da auch schon mal, und mein Wahlkreis ist in der Nähe. Und die Amerikaner sind dort irgendwie so hypersensibel. Also, wenn da zwei Leute vor der Tür stehen und da ein bisschen länger stehen, dann kommt die Polizei und nimmt da Personalien auf, und der private Sicherheitsdienst, der ist ziemlich aggressiv. Und das macht mich wiederum jetzt als Abgeordneten, der aufklären soll, so ein bisschen misstrauisch.

Und das Problem ist: Ich kann ja Ihnen die richtige Frage nicht stellen, weil ich sie nicht kenne. Also, ich drehe es mal anders oder ich erweitere es noch mal: Wenn ich richtig informiert bin, planen die Amerikaner ja einen Umzug nach Wiesbaden-Erbenheim mit allem, was dort momentan untergebracht ist.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, ob mit allem oder mit wesentlichen Teilen, weiß ich so zum Beispiel noch nicht mal.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aber eines ist doch auch klar: Das ist eine militärische Einrichtung, wo viele sehr sensible Dinge behandelt werden. Also, dass man dann im Umkreis guckt, wer läuft da rum und wer macht was, kann ich nachvollziehen; ist noch nicht der Beweis, noch nicht mal ein konkreter Anhaltspunkt dafür, dass da spioniert wird. Das kann durchaus auch sein. Aber das ergibt sich nicht aus dem Umstand, dass die ihre Liegenschaft, die ja auch - - Ich sage mal, das Umfeld ist ja gut überschaubar,

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Korrekt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Bewusst so gewählt. Das kann man daraus alleine nicht schließen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, da gebe ich Ihnen recht. Dennoch sehen Sie ja, dass das Vorgehen dazu führt, dass im Deutschen Bundestag dann Nachfragen gestellt werden, nicht?

Aber bleiben wir mal bei dem Umzug nach Erbenheim. Da wäre jetzt noch mal die weitergehende Frage: Wir wissen relativ wenig da. Das ist ja auch eine Anlage, die haben die Amerikaner nach dem Zweiten Weltkrieg, glaube ich, übernommen. Aber in Erbenheim, da wird ja jetzt neu gebaut. Schaut man sich bei so einem Neubau irgendwie mal an - - Also, wir reden einerseits hier über Dächer von Botschaften und dass man da nicht reindarf und mal obendrauf gucken. Aber jetzt wird da eine neue Anlage, irgendwas Neues gebaut. Hat man da in der Anfangszeit vielleicht auch mal draufgeschaut?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich glaube, ich würde einen Fehler machen, wenn ich jetzt dazu Aussagen machen würde. Also, gerne später.

(Christian Flisek (SPD):
Eine Frage der
Perspektive!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich fände das sehr spannend. Aber ich akzeptiere das, wenn Sie mir später dazu was sagen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann vielleicht zum Abschluss noch mal: Sie haben vorhin das Thema Geld angesprochen, Ressourcen. Die Aussage sozusagen, dass man für jeden x-ten Mitarbeiter immer noch was zu tun findet, kann ich nachvollziehen. Aber wie hat sich das so insgesamt entwickelt? Vielleicht können Sie da noch mal was sagen. Also zur, sagen wir mal, Hochzeit der Aufregung - Abhören der Kanzlerin, des Kanzlerinnenhandys oder vermeintliches Abhören des Kanzlerinnenhandys -: Wie haben sich da die Ressourcen bei Ihnen entwickelt danach?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es hat in den letzten beiden Haushalten zusätzliche Stellen für das Bundesamt gegeben, die mit 360 Grad und mit Cyberverstärkung zu tun haben. Und ich

kann jetzt über die konkreten Zahlen abteilungsspezifisch nicht reden; aber da ist auch was angekommen in der Abteilung 4. Es ist noch nicht so viel, wie ich für erforderlich halte; aber es ist schon so, dass man damit sinnvoll was machen kann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wie schnell ist da so die Aufwuchsfähigkeit? Also, ich meine, ich gehe ja davon aus, das sind Stellen, die nicht nur triviale Tätigkeiten machen, die vielleicht auch ein gewisses Vorwissen brauchen. Ist das - - Wie hoch ist da die - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist immer langsamer, als man das sich wünscht, zumal wir ja leider auch aktuell eine Entwicklung in anderen Bereichen des Hauses, insbesondere Abteilung 6, haben: Terroranschläge ziemlich dicht an Deutschland heran und hohe Bedrohung auch bei uns, sodass auch da Stellen für diese Bereiche, und zwar in größerem Umfang, zur Verfügung gestellt wurden - absolut zu Recht, sage ich, obwohl ich sie gerne für mich in der Größenordnung hätte, also für meinen Arbeitsbereich -, sodass es noch nicht so ist, dass wir alle Leute schon an Bord hätten. Wir haben allerdings auch ein paar interne Verschiebungen gemacht. Aber konkreter möchte ich da an dieser Stelle jetzt nicht werden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Und Sie haben vorhin gesagt: Wenn wir jeden AND-Mitarbeiter, den wir erkennen, still ausweisen würden, dann hätten wir jeden Tag was zu berichten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nicht jeden, fast jeden Tag. Nicht jeden.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Fast, okay. Also nicht 365, sondern nur - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay, ja. - Können Sie dazu was sagen - - Wir haben das ja jetzt schon mehrfach gehört: Dieses Thema 360-Grad-Blick, das ist nicht neu. Aber, sage ich mal, der Blick in gewisse Teile dieser 360 Grad, der hat mal zugenommen und der war mal weniger. Und



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn man jetzt sich dieses Aufkommen auch betrachtet, können Sie das einordnen, wie sich das entwickelt? Also, gibt es irgendwelche verstärkten Erkenntnisse im Bereich der Five Eyes in den letzten Jahren? Oder ist das eher, ist das immer so ein gewisses Grundrauschen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wenn ich jetzt den Snowden-Aspekt, das, was wir durch ihn wissen, mal außen vor lasse, haben wir die Five Eyes ganz, ganz selten festgestellt in den letzten zehn, fünfzehn Jahren.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm. - Und wenn Sie jetzt Snowden mit dazunehmen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, gut, ich meine, das ist ja hier Thema.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja, eben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es findet ganz offensichtlich deutlich mehr statt. Also, wir haben immer damit gerechnet, dass Dinge stattfinden. Das hat mich nicht überrascht. Aber Art und Umfang hat uns schon überrascht. Auch dass es ja eine HUMINT-Komponente gibt bei dem Gesamtthema, das hat mich allerdings wirklich vom Sockel gehauen; das hätte ich nicht gedacht. Insofern haben wir jetzt schon eine andere Situation, als wir vorher hatten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Was hat Sie da konkret vom Sockel gehauen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Na ja, also, eine Innenquelle bei einem engen Partner zu führen, das ist schon ein ganz dickes Ding. Mit SIGINT rechnet jeder irgendwo so ein bisschen. Das ist unter Auslandsdiensten halt Standardgeschäft. Aber eine Quelle bei jemandem zu platzieren, das ist schon hochgradig unverschämt; ich sage es mal so klar.

Christian Flisek (SPD): Ich schalte mich gerade noch mal kurz ein. Warum glauben Sie denn, dass das nicht nur die Spitze von einem Eisberg ist? Weil Sie haben ja gerade gesagt auf meine Frage, wie wohl das Verhältnis zwischen Kooperations- und Außer-Kooperations-ND-Tätigkeit

auf Deutschland ist: Das kann ich nur schätzen; wir haben da keine wirklichen Zahlen. - Aber Sie haben dann deutlich gesagt, dass man da eben so gemeinsame Interessen hat und vor allen Dingen Terrorismusbekämpfung im Vordergrund steht. Was macht Sie denn, wenn Sie jetzt sagen, Sie wurden vom Sockel gehauen aufgrund der Tatsache, dass da eben jemand wie Markus R. plötzlich platziert war, so sicher, dass das nicht wirklich nur die Spitze vom Eisberg ist?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Markus R. ist nun, ich sage mal, am Rande irgendwo, aber nicht wirklich Thema im Ausschuss, weil es nichts mit technischer Spionage zu tun hat.

Christian Flisek (SPD): Ist ja auch nur ein Beispiel. Ich will gar nicht über Markus R. fragen, nicht? Ich sage nur - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, gut. Der Fall ist ja durchaus instruktiv, durchaus. Also, wenn Sie mich da heute Abend noch zu fragen würden, dann könnte ich da einen Tick mehr sagen.

Christian Flisek (SPD): Machen wir. - Dann sind wir gerade fertig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit kommen wir zur nächsten Runde. Es beginnt auch in dieser Runde die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Zu den 20 oder mindestens 20 untersuchten Vorgängen aus den Snowden-Dokumenten könnte eines zählen, auf das ich jetzt noch mal kommen will. Ich würde Ihnen das auch gerne geben, ob Sie das kennen. Es geht hier um einen durch *Intercept* veröffentlichten Foliensatz, bei dem es darum geht, dass der GCHQ Satellitenkommunikationsfirmen abgeschöpft hat: Stellar, Cetel und andere. Und das Interessante jetzt: Zu deren Kunden gehörten eben auch nach diesen Dokumenten - das sind diese Kleber - zum Beispiel deutsche Firmen wie Siemens und Telekom. - Ist Ihnen das Dokument bekannt, oder war es unter diesen untersuchten 20 oder mindestens 20 Vorgängen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie da auch eine MAT-Nummer, dass wir nachgucken können?

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist von *Intercept* am 15.09.2014 veröffentlicht. Das kann ich jetzt hier noch sehen. Und die MAT-Nummer, hoffe ich, kann das Sekretariat recherchieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir gucken. Machen wir.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also ich - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, wir haben es. Genau, danke. MAT A Sek-11a und -11b mit deutscher Übersetzung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke.

Martina Renner (DIE LINKE): Treasuremap-Folie des GCHQ, auch zu Teleportern.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das genau hier ist mir persönlich jetzt nicht bekannt, aber das Thema schon. Wir haben uns damit beschäftigt, und *Intercept* ist auch etwas, was wir auch betrachten und heranziehen. Wir sind - - Ich muss jetzt überlegen, was ich hier öffentlich sagen kann; das ist der Punkt. Also, wir haben uns damit beschäftigt.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatte die Beschäftigung ein Ergebnis?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die hatte auch ein Ergebnis, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Ist das vage geblieben, oder hat man ein konkretes Ergebnis erzielt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das Ergebnis ist konkret; aber konkret ist ja auch, wenn man nichts festgestellt hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Also haben Sie nichts festgestellt? Das kann man ja hier sagen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Tatsache ist, es gab den Verdacht, dass da eine bestimmte Software, also ein bestimmter Angriff, passiert ist. Und es wurde nicht festgestellt, dass diese Software, diese Schadsoftware, dann auf den Systemen war. Das ist das, was ich weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Und dazu hat man auch Kontakt mit den betroffenen Unternehmen aufgenommen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wir reden immer mit Opfern, wenn die mit uns reden wollen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, das würde ich gerne noch mal ergänzen, weil das ja hier immer auch als Vorwurf in den Raum gestellt wird mit Blick auf den Trojanerangriff auf den Deutschen Bundestag. Von wegen, man hätte es dem BfV verunmöglicht, hier zu helfen. Erst mal haben natürlich das BSI und andere geholfen; das sind die ersten und originären Ansprechpartner. Aber dass zum Beispiel meine Fraktion als langjähriges Beobachtungsobjekt Ihres Hauses nicht so gerne das BfV an den Rechner lassen möchte, das liegt doch in der Sache, oder? Also, das müssen Sie einfach verstehen, ja?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Tatsache ist, ich hätte keinen meiner Leute - -

Martina Renner (DIE LINKE): Wollte ich nur noch mal ergänzen, weil das immer so als unerklärlicher Vorgang - das haben auch schon andere Zeugen hier gesagt - gesagt wird. Deswegen will ich das einfach noch mal sagen. Es hat Gründe, und die Gründe lagen und liegen darin, dass wir uns jahrelang unberechtigt von Ihnen überwacht fühlten. So.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Gut, also zu der Überwachung sage ich nichts, -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, klar.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: - war auch selber nie beteiligt und habe auch deshalb keine Insiderkenntnis dazu.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich wollte es nur noch mal - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nur eine Sache: Wenn wir mit jemandem reden, der Opfer ist, dann müssen wir nicht unbedingt in seinen Rechner gucken, um unsere Arbeit zu machen. Es würde auch helfen, wenn man einfach miteinander redet, das Opfer bestimmte Dinge nachguckt und dann selber überlegt, was es uns sagt. Das heißt, es wäre keiner von uns, weder ich noch einer meiner Leute, zu Ihnen hingekommen und hätte darum gebeten, eine Kopie von irgendwas zu kriegen. Vielleicht hatte der Vorgang auch damit zu tun, dass man einfach nicht mal nachgefragt hat: Was wollt ihr denn eigentlich machen? - Und ich würde mir wünschen, wenn bei künftigen Fällen das einfach passieren würde.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es hätte uns sehr viel geholfen, wie wir aus anderen Fällen wissen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir hatten ja jetzt die Frage, dass auch Unternehmen gegebenenfalls diese Kooperation nicht wünschen, weil ich gefragt habe, ob Sie zu Siemens und Telekom in der Sache da Kontakt aufgenommen haben. Aber die wollten den Kontakt, und man konnte das auch auf deren Seite klären.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, gehen Sie mal davon aus, die meisten Opfer reden gerne mit uns.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Ist das denn noch ein offener Vorgang? Oder anders herum: Wie viele dieser 20 Prüffälle dauern noch an?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich sage Ihnen heute Abend gerne so ein paar Dinge, die wir aktuell noch machen. Aber ich würde jetzt zu Größenordnungen, auch zu wie viel Fällen - - Also, ich habe es jetzt nicht so systematisiert, könnte es

seriös nicht beantworten, und es würde in der Sache auch nicht weiterhelfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Schauen Sie sich US-amerikanische Telekommunikationsanbieter an, die auch auf dem deutschen Markt agieren?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich glaube, es wäre ein Fehler, wenn ich irgendwas sagen würde, was wir machen oder nicht machen; denn die, um die es geht, hören mit - in diesem Fall sogar öffentlich. Könnte ich ihnen noch nicht mal vorwerfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann müssen wir das nichtöffentlich klären. - Ich habe noch ein etwas älteres Dokument, das auch nur VS-NfD ist und deswegen, denke ich, auch unproblematisch ist hier einzuführen. Es ist ein Sprechzettel des PKGr vom 29.01.2003, richtig lange vor Ihrer Zeit. Bezieht sich auf eine Sendung des ZDF zur US-Spionage in Deutschland. Das ist MAT A BfV-13, Tagebuchnummer 195/15, Band 5, Blatt 195. Und hier wird im Nachgang zu dieser Sendung eben an vielen Stellen eine Stellungnahme des BfV erbeten, was denn die US-Amerikaner möglicherweise machen. Und da ist ein Anstrich - es reicht auch, wenn ich Ihnen das vorlese -:

Ein Spezialist für IT-Sicherheit
der Firma A ...

- und dann geschwärzt -

Datenmanagement stellte die Vermutung auf, die NSA habe Zugriff auf den zentralen Netzknoten der Telekom in Frankfurt. (?)

Dann:

Dem BfV liegen dazu keine Informationen vor. (?)

Ich lese das jetzt deswegen vor, weil ich Sie ja vorhin nach „Eikonol“ gefragt habe, Herr Kollege Ströbele ja auch. Das heißt, 2003 war das für das BfV erstmals Thema. Wissen Sie davon, dass man 2003 schon mal die Frage geklärt hat „Zugriff auf Netzknoten in Frankfurt durch die NSA“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, konkret weiß ich das nicht; ich gehe davon aus, dass man damals aber nicht nur einfach geschrieben hat: „Wir wissen dazu nichts“, sondern dass man sich dann an probater Stelle, also, sprich beim Betreiber, erkundigt hat. Ich habe aber kein konkretes Wissen dazu.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten ja, mit DE-CIX haben Sie auch gesprochen, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aktuell, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): - aktuell, und da gibt es keine Anhaltspunkte. Diese Frage, dass man den BND als Türöffner nutzt, spielt in dem Zusammenhang keine Rolle.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, denn das passiert dann ja unter der Verantwortung des BND, der an deutsches Recht gebunden ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie irgendwelche Möglichkeiten, technisch zu erheben, welche Datenmengen von den US-Diensten in Deutschland in die USA geroutet werden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, haben wir als BfV überhaupt keine Möglichkeit.

Martina Renner (DIE LINKE): Wäre aber, das Leitungssystem und das Volumen sich anzusehen, sicherlich ein Anhaltspunkt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Leitungen begucken, ist schwer, nicht? Die kann man nicht einfach so sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Es gibt Karten zu den Leitungsnetzen der - - Also, sie sind ja oftmals durch die US-Armee angelegt und dann später von anderen übernommen. Also, ich meine, es ist ja nicht - - ist keine große Geheimwissenschaft.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, aber - - Also, klar kann man feststellen, wo Leitungen innerhalb von Deutschland. Nur da hätten wir ja überhaupt eine Möglichkeit - - kann man sich das angucken, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Aber die Schlüsse, die man daraus ziehen kann, die sind nicht allzu groß.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie jetzt ganz konkret nach den Veröffentlichungen in der *Süddeutschen Zeitung* zu den NSA-Selektoren - da gab es ja einige, die schon mal in den Raum gestellt wurden; also, da ging es ja auch um Landwirtschaftsministerium, Finanzministerium und dann aber auch die einzelnen Mitarbeiter und Ähnliches - mit diesen noch mal Kontakt aufgenommen, also um nachzuvollziehen - es waren ja auch Gesprächsinhalte abgedruckt worden oder Gesprächsthemen - - und versucht nachzuvollziehen, ob das, was dort steht, real möglich war und stattgefunden hat?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, gehen Sie mal davon aus, dass bei jedem dieser Veröffentlichungen wir, aber auch andere in der Regierung sich das angeguckt haben, analysiert haben und dass man jeweils geguckt hat: „Kann das so gewesen sein?“ oder: „Wo kann der Ansatzpunkt gewesen sein für diese Dinge?“, natürlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Und war der Ansatzpunkt beim Gesprächspartner oder hier in Berlin?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, über Methodik rede ich sehr ungerne.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Aber ich sage Ihnen, warum ich das frage. Weil wir reden immer über diese Aufbauten auf den Botschaftsdächern, und da geht es meistens darum, dass dort der Mobilfunkverkehr abgefangen wird. Aber diese Selektoren legten ja nahe, dass man Festnetznummern, auch solche aus den sicheren Behördennetzen, abgehört hat. Und die Frage ist: Wie geht denn das - da muss ich ja irgendwie ans Kabel ran; das kann ich ja nicht über ein Radom irgendwie auf einem Botschaftsdach machen, ja? -, und wurde quasi der Gesprächspartner abgehört und darüber das Gespräch? Oder müssen wir davon ausgehen, dass die NSA oder wer auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

immer hier in Berlin ans Kabel geht? Ist ja eine spannende Frage für Sie, oder?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Stimmt. Wir haben aber keine Anhaltspunkte, dass es irgendwo eine Stelle gibt, wo die Amerikaner oder andere an die Kabel in Deutschland rankommen. Denn die Möglichkeit, die hätte ja nicht nur NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, klar.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das muss man ja immer dabei sehen, nicht? Wenn, müssten wir also rund um sämtliche ausländischen Liegenschaften in Deutschland buddeln, wenn wir das komplett erfassen wollten. Also, dafür gibt es keine Anhaltspunkte und auch aus den Veröffentlichungen nicht.

Und klar ist doch auch: Eine Telefonnummer aus dem gesicherten Behördennetz, wenn mit dieser Nummer irgendwie im Ausland zum Beispiel angerufen wird, dann würde es doch helfen, wenn ich einen Selektor habe, der genau diese Telefonnummer beinhaltet. Das heißt, dann kriege ich natürlich nur einen Teil der Telefongespräche mit, aber immerhin, vielleicht sogar gerade die interessantesten. Also, insofern kann man daraus nicht schließen, dass es eine Überwachung von Gesprächen in Deutschland tatsächlich gibt.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich habe erst mal keine weiteren Fragen. Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist gut. Dann brauche ich nämlich nicht auf die Zeit hinzuweisen. - Und wir wären bei der nächsten Fraktion, der CDU/CSU, wobei hier auch keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung sind. - Kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Zunächst eine Nachfrage zu dem, was Sie mit der Kollegin schon erörtert haben: diese Teleporter. Haben Sie oder jetzt Ihre Abteilung da nie festgestellt, dass darauf zugegriffen worden ist? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, der Vorwurf war doch, dass da ein elektronischer Angriff drauf gemacht wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und das können wir ja gar nicht feststellen. Das kann man ja nur feststellen an dem System des Betroffenen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und der Betroffene sucht und findet oder findet nicht. Und bei der Suche lässt man sich sinnvollerweise helfen, technisch helfen. Und es ist nichts gefunden worden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts gefunden worden.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nichts.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Gar nichts. Ist aber auch kein Widerspruch zu anderen Dingen; denn ich meine, es gibt viele - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht zu anderen Aussagen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Elektronische Angriffe haben oft Erfolg und oft auch nicht. Also, von daher - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es kann natürlich auch sein, dass ich trotz Suche etwas nicht - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage das auch aus dem Grunde, weil ich andere Aussagen dazu in Erinnerung habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das ist mein Kenntnisstand, mehr kann ich wirklich nicht - -

(RD Philipp Wolff (BK) und
RR Dr. Karsten Brandt
(BMI) melden sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da sind zwei Hände oben, zwei Hände. Ich unterbreche kurz. - Herr Wolff zuerst, glaube ich.

RD Philipp Wolff (BK): Ich wollte nur darauf hinweisen: Herr Ströbele, wir gehen nicht davon aus, dass Sie jetzt gerade aus einem eingestuften Dokument etwas zitiert haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht um Aussagen, die in nichtöffentlicher Sitzung abgehalten wurden oder gemacht wurden.

RD Philipp Wolff (BK): Genau. Ich habe nur gerade gedacht, ein Wort zu verstehen, dass ich in einem eingestuften Dokument platziert hätte. Ich gehe nicht davon aus, dass ich das richtig verstanden habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gehen nicht davon aus, dass ich das richtig verstanden habe?

RD Philipp Wolff (BK): Dass ich das richtig verstanden habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, nur eines zur Klarstellung: Ich habe mir aktuell gestern noch mal diesen Vorgang angeguckt, und das, was bei uns aktenkundig ist, ist, dass nichts gefunden wurde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts gefunden.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nichts gefunden wurde, definitiv.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja. Gut, also, ich darf Ihnen das jetzt nicht vorhalten und hier auch nicht sagen, um wen es geht.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und vielleicht könnten Sie mir gleich da sagen, wann vom wem das gesagt wurde. Ich kenne die Aussage nicht. Ich weiß nur: Die Akte, die ich mir gestern noch mal angeguckt habe, sagt genau das Gegenteil, also sagt das, was ich gesagt habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Ihre Erinnerung?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Meine Erinnerung auch. Meine Erinnerung auch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wäre - - Also, nehmen wir mal an, da wäre doch was gefunden worden, wäre doch ein erheblicher Vorgang.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das würde ich wissen. Und da würde ich mich, denke ich, auch dran erinnern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Würden Sie sich dran erinnern.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja. Denke ich schon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Denn das war schon einer der besonders interessanten Dinge, die wir hatten in letzter Zeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Tat, ja. Das werden wir dann in nichtöffentlicher Sitzung Ihnen vorhalten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, gerne.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Zweite Frage - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie ein entsprechendes Dokument hätten, Herr Kollege



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ströbele, können Sie es auch jetzt in einem Vorhalt vorhalten. Sie dürfen es nur nicht verlesen. Wenn Sie das Dokument haben - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, können wir auch machen, ja. - Das ist die Aussage - - Ich sage mal, an welchem Tage sie gewesen ist: am 12.Mai 2016.

Zeuge Dr. Burkhard Even: 12. Mai.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also noch nicht so lange her.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Da hätte ich eigentlich hier sein sollen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das ist Seite 9 und dann hinten noch mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der sogenannte stille Vorbehalt; also nicht aus dem Dokument vorlesen oder vortragen jetzt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das sind unsere Protokolle jetzt, aber eben aus geheimer Sitzung.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, so habe ich es jetzt auch verstanden.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

So, könnten Sie mir jetzt sagen, wo das jetzt da steht?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf der rechten - - Also hier Seite 9 auf der rechten Spalte. Wenn Sie das mal lesen. Sie können auch den Namen lesen, wer das - - Das steht auf der linken Spalte und dann rechte Spalte.

(Der Zeuge blättert und liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Das gibt es dann noch mal - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich muss mal ganz klar sagen: Meine Erinnerung ist definitiv anders, und ich habe gestern bewusst selber noch mal nachgeguckt zu dem Thema, weil das eben eines der aus unserer Sicht relevanten Dinge war. Ich vermute, der Betreffende hat - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte Ihnen ja noch einen Rat geben: Von derselben Person ist das Seite 31 auf der rechten Seite. Da sind die erfolgreichen, heldenhaften Bemühungen des Kollegen von Notz, der also eine ganze Reihe von Fragen dazu gefragt hat, wo das dann auch noch ein bisschen konkretisiert wurde.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Gut, also ich gehe im Moment aus, dass der Kollege sich vertan hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass der Kollege sich vertan hat.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, also entweder er oder ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wie gesagt, bewusst lügen tue ich nicht. Ich habe definitiv gestern mich noch mal mit dem Sachverhalt beschäftigt. Und das, was ich gestern gelesen habe, besagte ganz eindeutig: Nichts gefunden.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sagen, was Sie da gelesen haben?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

(RR Dr. Karsten Brandt
(BMI) meldet sich zu Wort)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können wir da noch einmal die Wortmeldung berücksichtigen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Aufzeichnungen genau zu den Gesprächen, die mit - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Moment, Herr Zeuge. Ganz kurz einmal die Wortmeldung von hinten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): Das sind ja jetzt alles Sachverhalte - - Wir reden ja über eine eingestufte Sitzung -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RR Dr. Karsten Brandt (BMI): - und versuchen, da jetzt die Sachverhalte aufzuklären. Es wäre vielleicht günstig, wenn wir das dann eben halt auch in der eingestuften Sitzung machen, weil dieses Abstrahieren führt schon zur Verwirrung. Also, ich glaube nicht, dass - - Also, ich will verhindern, dass wir aneinander vorbeireden. Deswegen schlage ich vor, dass wir das einfach in der eingestuften Sitzung noch mal aufgreifen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das würde ich auch teilen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das Problem ist jetzt ein bisschen - darf ich das mal erläutern? -, dass in öffentlicher Sitzung so eine Aussage gemacht wird, und die bleibt in öffentlicher Sitzung dann stehen: Es war nichts, wir haben nichts festgestellt. - So ist ja seine Aussage. Und wenn wir dazu andere Informationen haben, sollte man ihm doch Gelegenheit geben, zu versuchen, das aufzuklären, vielleicht -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber er ist ja bei seiner Aussage geblieben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - weil es dann im Ergebnis anders aus - - Aber es geht ja auch hier darum, dass wir hier nicht wollen, dass hier falsche Aussagen da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Kann ich vielleicht kurz was dazu sagen? Also, ich verspreche Ihnen, ich werde in nichtöffentlicher Sitzung, wenn Sie wünschen, genau die gleiche Aussage noch mal machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Müssen Sie auch.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, mache ich auch. Weil ich - - Wie gesagt, ich habe gestern unsere internen Berichte darüber noch mal mir angeguckt, und da steht eindeutig was anderes drin. Und ich meine, ich sehe es dem Kollegen nach - sehen Sie es mir vielleicht auch nach -, wenn man hier stundenlang alleine sitzt, befragt wird, dass man irgendwann mal etwas falsch in Erinnerung hat oder sich an etwas nicht richtig erinnert. Kann jedem passieren. Und ich bin ziemlich sicher, eigentlich bin ich 100 Prozent sicher, dass er sich an der Stelle vertan hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dann interessiert doch - - Also, Sie berufen sich ja auf einen Text, den Sie gestern gelesen haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können Sie wohl den noch uns benennen, weil dann können wir das vielleicht nachvollziehen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Tatsache ist: Der Kollege ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie jetzt die Seiten oder die Fundstelle nicht genau haben, aber Sie könnten es uns ja noch - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Der Kollege ist seit einiger Zeit ja auch für den konkreten Bereich nicht mehr zuständig; das muss man auch dabei bedenken.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich weiß jetzt gar nicht, von wann das Dokument war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, ich gehe davon aus, dass wir das Dokument in den Akten ja auch irgendwo haben, vermutlich, die Vorbereitung. Und das können wir wahrscheinlich dann auch relativ schnell jetzt rauskriegen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Bin ich nicht sicher. Ich gehe davon aus, dass es ein späterer Zeitpunkt ist; bin aber jetzt nicht ganz sicher. Also, über Zeitpunkt bin ich nicht sicher. Ich bin nur sicher, ich habe gestern klar die Aussage gelesen: Wir haben nichts gefunden. - Ganz klar. In internen Papieren, die meines Erachtens - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wissen Sie, „Es ist ja noch nichts gefunden“ heißt ja nicht, dass es nicht gewesen ist.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist richtig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich hatte Sie so verstanden, dass Sie was gefunden haben, was das ausschließt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein. Nein, dann habe ich mich missverständlich ausgedrückt. Es ist nichts gefunden worden. Es ist nicht - - Man kann niemals sagen, dass wirklich kein Angriff stattgefunden hat, sondern man wusste nach einer bestimmten Schadsoftware, die es hätte sein müssen, und die hat man definitiv nicht gefunden, und man hat auch keine andere gefunden. Es schließt aber nicht aus, dass irgendetwas auf dem System drauf ist, was keiner kennt und keiner findet. Das kann man nie 100 Prozent ausschließen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mir kommt es jetzt drauf an: In dem Dokument, was Sie gelesen haben, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - was wir ja wahrscheinlich bei uns irgendwo auch in der Akte haben, da steht: Wir haben nichts gefunden.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, es ist nichts - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss nicht stimmen, es kann trotzdem was drauf sein.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da steht: Wir haben nichts gefunden.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es ist nichts gefunden worden; so stand es da drin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann müssten wir das irgendwie versuchen zu verifizieren. Also, wenn Sie es heute nicht können, können Sie uns ja vielleicht die Fundstelle nachliefern, dass wir das mal selber nachlesen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, wenn die Fundstelle bei Ihnen in den Akten ist. Es kann auch sein, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, sonst müssen wir sie noch anfordern. Aber wir dürfen in diesem Punkt vollständige Akten erwarten.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, klar. Ganz klar.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde noch mal ganz kurz - guten Tag, Herr Even! - eine Stelle aus einem öffentlichen Dokument vorlesen, nämlich aus dem *Spiegel* vom 15.09.2014. Die Überschrift lautet „Im Zeichen des Totenkopfs“; dafür kann ich nichts. Das beginnt auf der zweiten Seite - ich zitiere -:

Der SPIEGEL hat Stellar in Hürth bei Köln besucht und dem Geschäftsführer sowie drei der von den Briten aufgeführten Mitarbeitern die sie betreffenden Passagen vorgeführt. Ein Video des Besuchs ist über den QR-Code am Ende dieses Textes zu sehen, es ist vom



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wochenende an auch bei SPIEGEL ONLINE abrufbar.

So weit.

In dem GCHQ-Dokument erkannten Steffen und seine Mitarbeiter unter anderem eine Liste ihrer zentralen Server, darunter auch der Mailserver der Firma - den die Angreifer offenbar gehackt haben.

Zudem enthält das Dokument Spionageergebnisse wie eine interne Tabelle, welche Stellar-Kunden über welche Satellitentransponder versorgt werden. „Das sind Geschäftsgeheimnisse und sensible Informationen“, so der sichtlich schockierte Stellar-IT-Chef Ali Fares, der in dem GCHQ-Dokument namentlich als Zielperson aufgeführt ist.

Endgültig vorbei ist es mit der Gelassenheit der Stellar-Leute, als sie in den Geheimdienstunterlagen die Kennwörter für einen zentralen Server eines wichtigen Kunden sehen.

Ende des Zitats.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Jetzt, wo Sie das vorlesen, erinnere ich mich, dass ich genau das gelesen hatte auch damals. Aber es bleibt dabei: Wir haben auch gesprochen, und uns ist nicht - - Also, uns ist die Auskunft gegeben worden, die ich Ihnen eben gesagt habe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagen, der Artikel ist falsch. Oder was sagen Sie? Oder gibt es da eine Perspektiven- - Ist das eine Definitionsfrage, die ich nur nicht verstehe?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es ist ja denkbar, dass auf andere Weise - - Dass man bestimmte Informationen schon mal hat, das muss ja nicht durch einen Cyberangriff, der feststellbar ist, passiert sein. Außerdem kann es auch sein, dass ein Cyberangriff stattgefunden hat, aber er eben nicht mehr feststellbar war, weil er eben so lange

zurückliegt, dass es dann am System nicht mehr detektierbar war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber er kann dann trotzdem gut stattgefunden haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: So ist es. Ich würde nicht sagen, er hat definitiv nicht stattgefunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich sage nur, es wurde nichts festgestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wurde nichts festgestellt, heißt - - Also, wenn es solche Indizien gibt - ich würde jetzt mal sagen, das sind Indizien -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und am Ende kommen Sie zum Ergebnis „Beweisen kann ich es nicht“, lautet dann Ihr Prüfungsergebnis: „Wir haben nichts festgestellt - in Klammern -, weil nichts bewiesen ist“?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, bei solchen Dingen ist es doch so: Wir können nicht - - Solange man die Schadsoftware auf dem System nicht findet - da war eine bestimmte im Verdacht -, dann kann ich nicht sagen: Wir haben hier einen konkreten Angriff, der stattgefunden hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Moment. - Gleichwohl ist es natürlich so, dass ich aufgrund dieser Erkenntnisse, die der Spiegel hat - und ich sage nicht, die sind falsch; ich sage nur, es konnte nicht festgestellt werden - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Even, pass auf: Wer hat denn untersucht: Sie oder die Firma?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Firma natürlich.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Also, die Firma hat nichts festgestellt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: So ist es. Und die hat sich mit Sicherheit helfen lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also auch nicht aus Ihrer - - Also, Sie reden dann gar nicht aus eigener Erkenntnis, wegen eigener Untersuchung, sondern die Firma hat das nicht getan.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir sind nicht diejenigen, die fremde IT-Systeme selber durchsuchen, in aller Regel jedenfalls nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außer im Deutschen Bundestag.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Bitte?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das war ein Spaß, war ein Spaß.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Auch das nicht, auch das nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten auch mal auf die Zeit gucken.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Auch das nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, der Vorsitzende hat recht. Wir unterbrechen kurz, und dann machen Sie noch mal eine Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wenn es so ist, dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Ich habe eigentlich in öffentlicher Sitzung nur eine weitere Frage, um mir das jetzt noch mal auch vor Augen zu führen. Sie sagen ja immer, wenn wir über bestimmte Punkte der Spionagetätigkeit von Five-Eyes-Diensten reden, dass man dafür jetzt keine Anhaltspunkte hat oder hatte in der Vergangenheit.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Keine konkreten, ja.

Christian Flisek (SPD): Keine konkreten, so. - Jetzt stelle ich mir die Frage: Liegt die Tatsache, dass man vielleicht keine konkreten Anhaltspunkte für etwas hatte, auch daran, dass man eben eventuell gar nicht gezielt danach gesucht hat, oder umgekehrt, wenn man dann weiterhin keine konkreten Anhaltspunkte hat, dass sozusagen also im Sinne eines Zirkelschlusses sich das so fortsetzt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es ist ganz logisch: Wenn man nicht nach Anhaltspunkten sucht, dann findet man sie auch nicht, es sei denn, jemand anderes liefert sie an.

Christian Flisek (SPD): Zufällig ploppt irgendein Snowden auf einmal auf, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau.

Christian Flisek (SPD): - wo man sagt: Hopsala! Was ist das denn?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich könnte Ihnen diverse Staaten rund ums Mittelmeer schildern, wo ich genau weiß, da müssten wir nur hingucken, und wir würden was finden. Und das gilt auch für diverse andere Staaten. Das ist immer so: Wenn man nicht hinguckt, sieht man nur ganz, ganz selten was, und wenn man systematisch hinguckt, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß bei vielen Staaten, dass man was sieht.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Würden Sie das, wenn Sie jetzt mit der Neuaufstellung der Spionageabwehr in Deutschland betraut werden würden, als einen Fehler sehen, dass man eventuell da über Jahre hinweg eben Dinge nicht genau im Visier hatte und dann eben auch aufgrund dieser Tatsache keine konkreten Anhaltspunkte fand?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die Bewertung Fehler würde ich nicht vornehmen. Aber es ist klar: Wenn ich beschränkte Ressourcen einsetze, dann finden bestimmte Dinge nicht statt. Und wenn ich mehr Ressource einsetze, dann kann man deutlich mehr machen und erzielt dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch entsprechende Erfolge, mit großer Wahrscheinlichkeit jedenfalls.

Christian Flisek (SPD): Würden Sie denn in Zeiten, wo um die Ressourcenverteilung gerungen wird, es für lohnend erachten, mehr Ressourcen in die Spionageabwehr gegenüber insbesondere Partnerdiensten der Five-Eyes-Staaten einzusetzen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich würde es für lohnend halten, die Spionageabwehr breiter aufzustellen. Ja. Und wenn - -

Christian Flisek (SPD): Mit dem Fokus Five Eyes auch? Also, nicht nur. Aber wäre das ein Fokus, den Sie für lohnend halten würden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, aktuell sind die Five Eyes mit Sicherheit ein lohnendes Objekt der Bearbeitung, ja.

Christian Flisek (SPD): Warum? Wenn Sie mir das noch mal erläutern.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, wir haben aufgrund der Dinge, die wir nicht nur, aber insbesondere durch Snowden und die Ermittlungen, die es im Umfeld gegeben hat - - haben wir etliche Anhaltspunkte, dass Dinge stattfinden, die wir aus deutscher Sicht nicht gut finden können, und dann macht es auch Sinn, dagegen was zu machen.

Christian Flisek (SPD): Ist das in der Kategorie „nur nicht gut finden“, oder wird da gegen unsere nationalen Interessen gehandelt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das ist für mich synonym. Also, ich meine damit gegen nationale Interessen. Spionageabwehr - -

Christian Flisek (SPD): Drohen handfeste Schäden?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, natürlich. Also, ganz konkretes Beispiel: Wenn es Vertragsverhandlungen gibt zwischen Deutschland und zum Beispiel den Amerikanern und die Amerikaner kennen unsere Verhandlungslinie im Vorhinein,

dann brauchen wir uns nicht wundern, wenn wir zweiter Sieger sind bei den Verhandlungen, ganz klar.

Christian Flisek (SPD): Mhm. - Also, wir haben ja auch Kontakt zu unseren Kolleginnen und Kollegen beispielsweise in den USA. Der NSA-Ausschuss war jetzt auch kürzlich erst in Washington. Wir haben darüber hinaus natürlich auch intensive Kontakte. Auf die Frage, wie sehr die amerikanischen Dienste Deutschland in ihrem Fokus haben, hat mir mal ein Mitglied des Repräsentantenhauses geantwortet - ich gebe das jetzt mal so wieder; er hat gesagt -: Christian, you are a nice guy, but don't forget your grandfather was a Nazi. - Und dann hat er gelacht, und im weiteren Gesprächen haben wir im Prinzip entwickelt, dass er der festen Überzeugung - - und wohl auch mit Wissen substantiiert hinterlegt gesagt hat: Seit 45 haben wir euch im Visier; nach dem Zweiten Weltkrieg hatten wir ja allen Grund, euch im Visier zu haben, wo Deutschland Schlachtfeld des Kalten Krieges war, sowieso; nach der Wiedervereinigung wusste man auch nicht, was daraus wird. Und spätestens - und jetzt kommen wir in den Zeitstrahl, der auch untersuchungsgegenständlich ist - seitdem maßgebliche Attentäter auf das World Trade Center in Hamburg in der Marienstraße Vorbereitungen getroffen haben, war sowieso klar, dass wir auch weiterhin unter dem Deckmantel - ich sage jetzt nicht „Deckmantel“ -, unter der Zielsetzung der Terrorismusbekämpfung und -abwehr maßgeblich observiert werden.

So, und wenn ich mir das jetzt mal überlege, also dass das eigentlich ein stringenter Faden ist, vielleicht die verschiedenen Motive gewechselt haben oder unterschiedliche Qualitäten bekommen haben, und wenn ich mir jetzt überlege, welche Kapazitäten sich sozusagen auch seit den 2000er-Jahren zusätzlich im SIGINT-Bereich - - welche Möglichkeiten sich da ergeben - - Das ist ja ein ganz wesentlicher Bereich unserer Aufgabenstellung hier, das mal zu ermitteln, so eine Art Bilanz zu ziehen: Was ist da eigentlich passiert zwischen 2001 und 2013? Wie würden Sie denn in diesem Zeitstrahl das sehen? Haben Sie da Erkenntnisse? Gab es besonders intensive Perioden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Tatsache ist ja: Wir haben in diesem Zeitstrahl die Amerikaner, auch die anderen Five Eyes nicht beobachtet. Insofern haben wir natürlich keine validen Erkenntnisse. Aber wenn man von der Interessenslage ausgeht: Es ist in der Tat richtig. Ich glaube, die Nazis sind heute nicht mehr der Grund, warum amerikanische Dienste auch bei Deutschland hingucken. Aber die wollen eben ganz sicher sein immer bei vielen Dingen, und die deutsche Politik, auch die europäische Politik ist ja nicht immer kongruent mit amerikanischen Einschätzungen und Interessen. Und dass sie da hingucken, wo wir dann sagen: „Na ja, also wir akzeptieren, dass Partner andere Interessen haben, wir spionieren die nicht aus“, und dass Amerikaner das eben anders sehen, finde ich nicht gut, ist für mich auch Ressourcenverschwendung letztlich, ist aber Fakt. Dem müssen wir uns stellen. Deshalb ist für mich wichtig, dass man, ich sage mal, Grenzen aufzeigt, dass man also gewisse Erkenntnisse sammelt, um einzuschätzen: „Wie ist das Lagebild aus Sicht der Spionageabwehr?“, und dass man dann da, wo es wichtig ist, wo es sinnvoll erscheint, politisch auch denkbar ist, Grenzen aufzeigt. Und das schließt nicht aus, dass man in viel mehr Bereichen ganz eng, auch zukünftig sehr vertrauensvoll zusammenarbeitet und ein Stück weit im Übrigen auch angewiesen ist auf Erkenntnisse, die nicht nur, aber auch die Amerikaner uns liefern. Aber, wie gesagt, das darf nicht heißen, dass wir uns alles bieten lassen. Und das ist dann etwas, was ich auch als Aufgabe bei uns im Amt ganz klar sehe.

Christian Flisek (SPD): Die Tatsache, dass man das jahrelang nicht wirklich im Fokus hatte, sind das Relikte noch aus der Besatzungszeit?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Glaube ich eher nicht. Wir hatten in den 90er-Jahren, also vor dem Untersuchungszeitraum, ja auch mal eine Phase, wo etliche Dinge im HUMINT-Bereich - das hatte mit Technik jetzt nichts zu tun; da gab es Echelon, anderes Thema - - im HUMINT-Bereich eine Reihe von Fällen, die auch zu entsprechenden Ermittlungen hier geführt haben und die auch damals ja zum Rauswurf von mehreren Amerikanern geführt haben. Also, insofern: Das hat es auch vor der Wende gegeben oder kurz nach der

Wende gegeben, auch in früheren Zeiten. Ich sehe das eher als eine Frage der Stärkeverhältnisse und bei uns jetzt ganz konkret Priorisierung. Wenn man die Spionageabwehr deutlich verringert, sehr deutlich verringert, dann muss man gucken, ob man mit der Gießkanne alles bedient oder ob man Schwerpunkte setzt. Und dann haben wir die Schwerpunkte da gesetzt, wo die größten Risiken von uns gesehen wurden. Und das ist auch politisch kommuniziert worden. Es ist also nicht so, dass wir das in der Abteilung 4 gemacht hätten und keinem gesagt hätten, sondern da gab es einen breiten Konsens, und das war auch in der Politik bekannt, nicht nur im Ministerium. Dass man das aus heutiger Sicht nicht so radikal hätte machen können oder nicht machen sollen, das sehe ich auch so; aber es ist nun mal so.

Christian Flisek (SPD): Wir haben ja gelernt, dass es im SIGINT-Bereich bei der Erfassung und auch bei der Analyse Kooperationsprojekte gibt zwischen Diensten. Gibt es solche internationalen Kooperationen auch im Bereich der Spionageabwehr?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, im technischen Bereich nicht.

Christian Flisek (SPD): Was ist da der Grund für?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das hängt mit unserer Arbeitsmethodik zusammen. Unser Schwerpunkt ist zum einen der HUMINT-Bereich. Und da gibt es Kooperationen mit diversen Partnern, auch mit Five-Eyes-Partnern. Und im Cyberbereich gibt es natürlich auch eine Zusammenarbeit; aber da geht es ja drum, dass man bestimmte Schadsoftware und bestimmte Kampagnen, die von anderen Diensten gestartet werden, zum Beispiel die Sofacy-Kampagne - ich komme noch mal auf den Bundestagsfall -, dass man die natürlich mit Partnern analysiert, dass man darüber redet. Aber das ist jetzt nicht ein technisches Projekt, wie Sie es meiner Einschätzung nach gemeint haben, sondern da unterhält man sich über technische Parameter.

Christian Flisek (SPD): Ich meine jetzt nicht unbedingt ein technisches Projekt. Ich meine, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

es überhaupt Kooperationen gibt, internationale Kooperationen, und zwar nicht im Sinne von „Man besucht sich mal oder greift zum Hörer“, sondern Kooperationen, so wie wir sie auch untersucht haben, denen beispielsweise ein Vertrag zugrunde liegt, ein Memorandum oder Ähnliches. Gibt es so was im Bereich der Spionageabwehr?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ein Memorandum haben wir meines Wissens mit niemandem geschlossen, brauchen es nicht. Es gibt im Rahmen des Berner Clubs natürlich Spielregeln; aber da gibt es jetzt nicht ein Memorandum speziell für die Spionageabwehr. Wir machen operative Zusammenarbeit auf verschiedenen Feldern in meiner Abteilung - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dazu hat Herr Akmann - -

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, das sind jetzt doch Fragen, die weit über den Untersuchungsgegenstand hinausgehen, und er hat auch schon weit darüber hinaus geantwortet. Ich denke, dabei sollten Sie es belassen.

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie, Herr Akmann, vielleicht das noch erläutern, warum das aus Ihrer Ansicht weit über den Untersuchungsgegenstand hinausgeht.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, Sie haben es nicht eingegrenzt, MoUs nicht eingegrenzt auf Five-Eyes-Staaten, sondern generell.

Christian Flisek (SPD): Bitte?

MR Torsten Akmann (BMI): Sie haben das Thema MoU nicht eingegrenzt auf Five-Eyes-Staaten.

Christian Flisek (SPD): Ja, das impliziert - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich habe den Kollegen Flisek so verstanden, dass er natürlich nur nach den Five-Eyes-Staaten fragt.

Christian Flisek (SPD): Herr Akmann, das impliziert jede meiner Fragestellungen, dass sie sich

im Rahmen des Untersuchungsgegenstandes bewegt, und insofern würde ich - -

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist neu. Gut.

Christian Flisek (SPD): Ja? Also, Herr Dr. Even, ich meine, auch noch mal jetzt als Replik auf Herrn Akmann, das ist also nur im Rahmen unseres Untersuchungsgegenstandes gemeint.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich hoffe, ich habe mich nicht strafbar gemacht.

Christian Flisek (SPD): Ich hoffe das auch nicht. Würde mich aber auch wundern, wenn. Also, noch mal meine Frage: Gibt es Kooperationen zwischen deutschen Diensten, namentlich dem Bundesamt für Verfassungsschutz, und Five-Eyes-Diensten im Bereich der Spionageabwehr?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Antwort: Ja. Und es wäre aus meiner Sicht auch sehr schlecht, wenn das anders wäre.

Christian Flisek (SPD): So. Und welcher Art sind diese Kooperationen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es sind ganz überwiegend Kooperationen im HUMINT-Bereich.

Christian Flisek (SPD): Ganz überwiegend bedeutet aber nicht ausschließlich.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist richtig.

Christian Flisek (SPD): Das heißt, es gibt auch Kooperationen im SIGINT-Bereich.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nicht im SIGINT-Bereich.

Christian Flisek (SPD): Sondern?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es gibt Kooperationen im Cyberbereich. Nehmen wir die Sofacy-Kampagne. Das war ja eben das Stichwort, auch wenn da jetzt nicht die Five Eyes eine Rolle spielen, aber als Kooperationspartner. Das ist eine Kampagne, die viele Ziele weltweit hat, seit etlichen Jahren, wo sich diverse Dienste der Welt intensiv



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit beschäftigen und wo wir deshalb auch eine ganze Menge Wissen zu haben. Und da wäre es fatal gewesen, wenn wir uns nicht unter anderem auch mit Five-Eyes-Partnern genau über diese Kampagne unterhalten hätten.

Christian Flisek (SPD): Noch mal: Meine Fragestellung impliziert gar nicht, dass das irgendwie ein Vorwurf ist oder so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, habe ich auch nicht so verstanden.

Christian Flisek (SPD): Deswegen muss man sozusagen mit fatal oder so - - sondern es geht jetzt einfach mal - - um einen Sachverhalt zu ermitteln. - So. Das heißt, wenn man sich da im Bereich der Cyberabwehr, -sicherheit vernetzt, was tut man da?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, da kommen wir dann an Methoden, wo ich ungern jetzt was zu sagen will.

Christian Flisek (SPD): Na, welche Zielrichtung verfolgt man da?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Zielrichtung ist, dass man die Kampagnen richtig einsortiert, dass man also weiß, wer steht dahinter.

Christian Flisek (SPD): Was sind Kampagnen? Erläutern Sie das, bitte.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Sofacy ist eine Cyberangriffskampagne, in diesem Fall jetzt russischer Herkunft, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - wo diverse Ziele im militärischen, aber auch politischen Bereich weltweit angegriffen wurden in den letzten Jahren, unter anderem auch der Deutsche Bundestag, -

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - und da macht es ganz viel Sinn, sich über die technischen Parameter, aber auch über die Opfer der jeweiligen Kampagnen international auszutauschen, weil sie ja international gefahren wird. Und die Kenntnis, die uns andere Partner dazu geben, hilft uns, solche Sachen dann in Deutschland richtig einordnen zu können.

Christian Flisek (SPD): Und da findet Informationsaustausch statt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Genau. Indem man sich über - - Da geht es jetzt nicht um personenbezogene Daten, sondern es geht um die technischen Parameter der Schadsoftware, aber natürlich auch um die Auswahl der Opfer. Also - -

Christian Flisek (SPD): Also, muss ich mir das irgendwie vorstellen, dass da so Einheiten in Echtzeit irgendwie miteinander kommunizieren, um die Parameter von solchen Kampagnen auszutauschen?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es gibt bilaterale Gespräche. Man trifft sich an verschiedenen Orten, und man tauscht eben auch konkrete Angriffe aus. Wenn wir zum Beispiel durch Maßnahmen, die wir machen, feststellen, dass ein Angriff im Ausland stattgefunden hat auf ein bestimmtes Unternehmen, eine bestimmte Behörde, Regierungsstelle, wie auch immer, dann würden wir dem jeweiligen Land - das hat mit Five Eyes nicht unbedingt was zu tun, aber eben auch - genau das mitteilen, damit die eben dann gucken können, was ist da, und Abwehr machen können. Und die Amerikaner und andere machen es umgekehrt genauso, und das hilft wechselseitig.

Christian Flisek (SPD): Also, Herr Dr. Even, beschränkt sich das auf reinen Informationsaustausch, oder findet dort auch ein, ich sage mal, Technikaustausch statt, Softwareaustausch? Ich meine, Cyberabwehr kann ja auch was mit Software zu tun haben beispielsweise.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, wir haben kein gemeinsames technisches Projekt, und in meiner Abteilung gibt es keine Software, die wir jetzt



Nur zur dienstlichen Verwendung

von den Five Eyes bekommen hätten, die wir irgendwie da nutzen würden. Ob die Abteilung 3 Tools nutzt, kann ich nicht einschätzen, weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Okay. Erst mal keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann wären wir am Ende dieser Fragerunde und kommen zur nächsten Frageunde. Auch bei dieser Fragerunde würde die Fraktion Die Linke wieder beginnen. Die ist aber gerade rausgelaufen. Von daher sind wir jetzt bei der Fraktion der Union. - Da gibt es jetzt erneut noch eine Frage.

Marian Wendt (CDU/CSU): Entschuldigung, es ist vorhin untergegangen. Die Überflüge mit dem Fluggerät, haben Sie die nur in Berlin durchgeführt und Frankfurt, oder werden die grundsätzlich auch an anderen Generalkonsulatsstandorten durchgeführt: Leipzig, Hamburg, München, Düsseldorf?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, die meisten anderen Standorte lohnen sich gar nicht zu überliegen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Es macht bei bestimmten Liegenschaften Sinn, nicht bei allen.

Marian Wendt (CDU/CSU): Gut. Und welche wären das? Wo lohnt es sich?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lohnte; wenn, müssen wir ja „lohnte“ sagen. Also, wo sie sich lohnen, interessiert uns natürlich total, aber im PKGr.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich sage gerne im Gesamtkontext später was. Und das allermeiste hat dann auch nichts mit diesem Ausschuss zu tun.

Marian Wendt (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, ganz herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Even, ich habe - - Sie haben das ja jetzt mehrfach betont, dass Sie mit der NSA, den Amerikanern, auch sogar in der Spionageabwehr zusammenarbeiten und dass das auch gut sei und gut ging. Wir haben von anderen Zeugen auch gehört, dass ja auch bei Ihnen auf dem Gelände NSA-Leute sind, jetzt in anderem Zusammenhang, XKeyscore und so. Haben Sie denn mal, nachdem Sie sich so intensiv jetzt damit beschäftigt haben und mit den Snowden-Dokumenten und den ganzen Einzelaspekten, mit einer ganzen Anzahl von Mitarbeitern, mit der NSA darüber geredet? Also, ich nehme mal an, Sie kennen da den einen oder anderen auch, wenn Sie zusammengearbeitet haben.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, ich selber kenne von der NSA gar nicht so viele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Die Kooperation zwischen NSA und BfV, die hat vor allen Dingen zu tun mit dem Bereich islamistischer Terrorismus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Spionage meine ich jetzt. Sie sagten ja auch, auch im Spionagebereich. Dann müssten Sie doch dann - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, mit Amerikanern, aber mit NSA weniger.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Wir arbeiten in allererster Linie mit anderen Partnern bei den Amerikanern zusammen, und die benutzen dann natürlich SIGINT-Erkenntnisse, die von NSA stammen, und das sieht man dann auch. Aber dass wir direkt mit NSA zu tun haben, gibt es nur punktuell, ist also nicht so die tägliche Routine.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wissen, dass da bei Ihnen auch auf dem Gelände NSA-Mitarbeiter sind.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das weiß ich, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, dass das so war jedenfalls.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Haben Sie zu denen Kontakt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, also, ich glaube, aus meiner Abteilung hat zu den Verbindungspersonen, die es da gab, niemand Kontakt gehabt. Es war ja auch nicht in Köln, sondern in Berlin.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich nehme an, Sie sind auch hin und wieder in Berlin.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, aber es gab keine - - Also, die Arbeitskontakte, die die Spionageabwehr mit amerikanischen Diensten hat, sind in erster Linie mit anderen, und die nutzen dann die NSA-Sachen. Und dann brauchen wir den Verbindungsbeamten von der NSA, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - der eine bestimmte Aufgabe hat oder hatte, nicht. Der ist für uns dann kein interessanter Partner, und umgekehrt im Zweifel auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das sind dann andere, wahrscheinlich CIA, vermute ich, oder FBI oder wer.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Könnte schon sein, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, könnte schon sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Ich will da gar nicht so jetzt in die Einzelheiten eindringen, jedenfalls noch nicht. Es liegt doch nahe: Also, wenn ich jetzt intensiv ermitteln würde gegen einen US-Dienst, der verdächtigt wird, hier in Deutschland tätig zu sein von der Botschaft aus oder wo auch immer - Sie haben ja selber gesagt, Sie haben auch bei der Botschaft - - sind da nicht nur drum rungeflogen, sondern auch versucht, mit denen zu reden und da reinzukommen ins Gebäude und sich das mal anzusehen - - Redet man da über so was, also, dass Sie einen wesentlichen Teil Ihrer täglichen Arbeitszeit damit verbringen, aufzuklären, was denn nun die USA oder insbesondere die NSA da treiben oder nicht treiben, -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder ist das ein Tabuthema?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, das ist kein Tabuthema. Also, ich traue mich, auch den Amerikanern zu sagen, wenn mir Sachen nicht gefallen -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das geht gar nicht.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - sonst hätte ich eben ein paar Aussagen ja auch nicht so deutlich gemacht -, und das habe ich denen auch ins Gesicht gesagt. Nur klar ist doch: Wenn ich mit dem Chef von JIS zum Beispiel spreche und ihm das sage, dann hört der sich das freundlich an und wird die NSA nicht einfangen und die Selektoren nicht verändern.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das habe ich auch nicht erwartet, dass, weil Sie jetzt mit dem reden, das sofort anders wird. Aber -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Auch wenn andere reden, nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - es könnte ja sein, dass die dann sagen: „Stimmt gar nicht“, oder: „Was der Spiegel da



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon wieder schreibt, haben wir auch gelesen, haben die sich zusammengesponnen“, oder: „Der Snowden ist sowieso ein Verräter und was der alles Schreckliches schreibt“, oder so. Also, Sie sagen ja jetzt selber, Sie haben auch mit denen darüber gesprochen und fanden das gar nicht gut und haben denen das auch gesagt. Gingen die denn davon aus, das stimmt, oder haben die das dementiert?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, Dementis hat es nicht gegeben, aber eben auch keine Bestätigungen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und, wie gesagt: Die Bewertung, die wir in der SAW bei der Arbeit gehabt haben, ist ja, dass das meiste absolut plausibel ist und in welchem Umfang auch immer gegen deutsche Interessen, aber im gewissen Umfang auf jeden Fall stattfindet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da sind wir einer Meinung.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und dass die uns über den Umfang - das ist ja die interessante Frage -, dass die uns darüber nichts sagen, ist völlig klar. Das würde kein spionierender Dienst machen, weltweit nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, da sind wir einer Meinung. Das bin ich nicht sehr häufig mit Leuten aus Ihrem Amt. Aber dass das eigentlich sehr plausibel ist und vieles dafür spricht, was jetzt kein Gerichtsbeweis vielleicht ist, aber sehr nahe dran, davon gehe ich auch aus. Also, die haben auch - - Es gab ja auch die Sachen zum Beispiel, dass der *Spiegel* angeblich falsch berichtet hat mit den 500 Millionen Daten, glaube ich, vom Oktober 2012 oder so was. Da wurde dann auch nicht drüber gesprochen: „Jetzt hat sich ja hier herausgestellt, stimmt gar nicht“, oder irgend so was?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das mit den 500 Millionen Daten -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich dran?

Zeuge Dr. Burkhard Even: - ist jetzt nicht mein Thema. Aber wenn ich das richtig verstanden habe, muss man das in Relation setzen zu der Gesamtzahl, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: - und dann ist das ein relativ geringer Prozentsatz. Insofern: Die Zahl kann stimmen, und die Einordnung und Bewertung trotzdem nicht. Aber wie gesagt, das ist ein Vorgang, der nicht bei uns läuft und auch nicht unser Thema ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben nie irgendeine Äußerung, weder eine bestätigende noch eine dementierende, hinsichtlich der Sachen, mit denen Sie befasst waren, von der US-Seite bekommen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, was den SIGINT-Bereich angeht, ist das genau so, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass Sie - - Sie haben ja gesagt, bei den Botschaften haben Sie sogar konkret gefragt, ob Sie da nicht mal reindürfen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das - - Also, die war ja bekannt, Spionageabwehr ermittelt da und will mal rein. Haben Sie das - - Dem entnehme ich, Sie haben sich vor solchen Fragen nicht gedrückt, sondern - - Den Fachleuten auch - - haben Sie die befragt, und dann haben die nichts gesagt? Oder wurde nur so Meinungs austausch da gemacht?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, es ist völlig klar von Anfang an, dass man eine solche Betretung und Inspektion nicht zulassen würde. Es war von uns ernst gemeint, und wenn die wirklich gar nichts machen würden, dann hätten sie das machen können. Auch dann hätten sie es nicht machen müssen; aber dann hätten sie es machen



Nur zur dienstlichen Verwendung

können. In dem Moment, wo auch nur ein bisschen stattfindet, was gegen uns gerichtet sein könnte, ist völlig klar, dass sie es nicht machen. Und insofern: Wir haben an diesem Punkt nicht insistiert - das wäre gelogen, wenn ich das behaupten würde -, aber wir haben schon deutlich gemacht, dass das sehr helfen würde, insbesondere als Signal an die deutsche Öffentlichkeit: Wir haben wirklich nichts zu verbergen. - Und das Signal ist nicht gekommen, und das interpretiere ich als Spionageabwehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nun haben - - Ich war auch in den USA und habe dann so Äußerungen gehört, jetzt so im Laufe der Zeit, nachdem ja sehr viel mehr bekannt geworden ist, dass eine Reaktion dort gewesen ist, dass sie gesagt haben: Ihr macht es ja auch. - Gab es so was? Also, von wegen: Freunde hört man nicht ab oder spioniert nicht aus.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das hat man mir nicht gesagt; aber die wissen ja auch, dass ich für so was nicht zuständig wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, geht es da immer nach Zuständigkeit, also - -

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja, doch, das wird manchmal beachtet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin ja auch nicht direkt zuständig. Trotzdem wird so was gesagt: Also, jetzt guckt doch mal auf eure eigenen Dienste, die machen ja das Gleiche mit Freunden, also mit den USA, mit weiß ich wem.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Sie sind zuständiger als ich, weil Sie auch für den BND zuständig sind als Kontrolleur.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, der langen Rede kurzer Sinn: Da war überhaupt nichts zu holen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein, da war keine Chance, und das muss man einfach so hinnehmen. - Im Übrigen: Bei allen anderen, wo ich mal

gerne aufs Dach würde, käme ich genauso wenig drauf. Das muss man einfach realistisch sehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie sich außer mit der NSA und den Amerikanern auch mal mit den Briten beschäftigt, also insbesondere - da haben Sie ja vorhin auch schon zu Stellung genommen - Knotenpunkt in Südengland und so.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Haben wir uns auch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja noch ein engerer Partner, ist ja noch EU-Mitglied. Und auch da müsste es eigentlich einen Draht geben, wo man über so was mal reden kann.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Das ist richtig; aber die Briten sind halt ein ganz besonderes EU-Mitglied, auch in anderer Hinsicht, ja. Also, Tatsache ist: Ermittlungen konnten wir da ja auch nicht ernsthaft machen. Es ist einfach Fakt, dass die das da machen. Und dass die uns verraten, was sie gegen uns unternehmen, ist bei den Briten genauso wenig zu erwarten wie bei allen anderen Staaten der Welt. Das muss man leider akzeptieren. Man muss sich dann eben durch Prävention versuchen zu schützen; eine andere Chance gibt es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin mehrfach von sich aus gesagt, dass in den USA ja andere Vorschriften gelten und so und dass Sie die gar nicht so genau kennen und auch nicht wissen, ob die sich da immer an ihre Vorschriften halten und so. Die Rechtslage ist ja bei den Deutschen und den Briten ein bisschen anders. Also, da gibt es sicher auch Unterschiede, aber es gibt auch Gemeinsames. Es gibt die europäischen Verträge, wo man ja auch verpflichtet ist zu Solidarität und gutem Umgang miteinander. Spielte das da mal eine Rolle?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, erst mal: Ich gehe davon aus, dass die Briten durchaus britisches Recht einhalten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie vorhin schon gesagt.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ja. Da gehe ich von aus, dass sie es tun. Ein, ich sage mal, internationales, europaweites No-Spy-Abkommen gibt es leider nicht. Also, Solidarität wird auch von Briten auch uns gegenüber, denke ich, gelebt; aber Spionage wird dann anders bewertet, als wir das tun, sodass man da, glaube ich, nicht zusammenkommt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie denn persönlich auch zu Briten aus diesem Bereich Kontakt?

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich habe sowohl mit dem Chef von JIS als auch mit der damaligen Kollegin - jetzt ist ein Kollege - bei den Briten sehr engen Austausch, und ich habe gerade nach Mitte 2013 die meisten Gespräche sogar mit Zielrichtung geführt, die hier, ich sage mal, mit der Ausschussthematik zu tun haben und weniger mit der Frage der Zusammenarbeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja. Gab es da irgend-

Zeuge Dr. Burkhard Even: Also, das ist oft angesprochen worden. Es frustriert mich nicht sehr, dass das Ergebnis gering ist; das war leider nicht anders zu erwarten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie auch direkt angesprochen auf Stellungnahmen.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Auf verschiedene Dinge, die dann aber nicht passiert sind, was im Übrigen auch nicht in deren Hand lag; das muss man natürlich auch sehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Und es ist ja auch deutlich höherrangig über diese Dinge gesprochen worden, und auch das hat bestimmte Effekte gehabt, aber nicht so, dass man aus deutscher Sicht da wirklich zufrieden sein könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, keine Bestätigung.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch keine indirekte.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ist auch nicht zu erwarten; das muss man einfach ganz realistisch sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal in die Runde, ob es noch Fragen bei anderen Fraktionen gibt. Dann kann ich den Herrn Kollegen Ströbele nämlich weiterfragen lassen. - Keine Fragen mehr. Gut.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung besprochen werden können, dann sollten wir einen Beschluss fassen, die Öffentlichkeit für die weitere Befragung, weil, ich glaube, weitere Fragen in nichtöffentlicher Sitzung bestehen, dementsprechend auszuschließen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Even am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dafür ist, so zu stimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Sehe ich keine. Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der öffentlichen Vernehmung, Herr Dr. Even. Ganz herzlichen Dank, dass Sie insoweit uns viele, viele Fragen beantwortet haben. Sie haben jetzt eine Pause. Es geht dann nach der Vernehmung der beiden weiteren Zeugen in die nichtöffentliche, gegebenenfalls eingestufte Sitzung. Da bräuchten wir Sie allerdings wieder, also nicht zu weit vom Bundestag weggehen. Danke schön insoweit.

Zeuge Dr. Burkhard Even: Ich werde die Spree rauf- und runtergehen. Danke.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, kommen Sie aber nicht zu Schaden dabei. - Und wir würden in circa zehn Minuten weitermachen. Dann hat auch jeder die Gelegenheit, sich mal einen frischen Kaffee und einen warmen Kaffee zu holen. Zehn Minuten Unterbrechung. Um halb geht es weiter. Danke.

(Unterbrechung von
16.19 bis 16.37 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

Vernehmung des Zeugen Henrik Isselburg

Begrüßen darf ich unseren nächsten Zeugen, Herrn Isselburg. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. - Herr Isselburg, Sie haben den Erhalt der Ladung am 18. Mai bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen. Seien Sie herzlich begrüßt.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls dann auch gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, dann 14 Tage Zeit, etwaige Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen. - Gibt es hierzu Fragen Ihrerseits?

Zeuge Henrik Isselburg: Bisher nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, wunderbar. Ich sehe, Sie sind von einem Rechtsbeistand begleitet. - Frau Anwältin, ob Sie sich kurz einmal vorstellen auch.

RA Alexandra Wagner: Alexandra Wagner, Rechtsanwältin aus dem Büro Krause & Kollegen. Mein Kollege Daniel Krause wird mich später ablösen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar, ganz herzlichen Dank. Dann seien auch Sie begrüßt. Schön, dass Sie da sind. - Herr Isselburg, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und Sie dürfen nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht käme in der konkreten Situation.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, dann bitte ich Sie, dem Ausschuss einen Hinweis zu geben, sodass der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also die Sitzung in nichtöffentlicher Weise oder in eingestufte Form fortführen kann und Ihnen dann die Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Henrik Isselburg: Noch immer nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Gleich müssen Sie irgendwann das Mikro andrücken, damit wir Sie hören. Jetzt kann ich das noch konkludent nachvollziehen, dass Sie Nein sagen. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben zum gesamten Beweisthema, wo Sie dann auch nicht durch Nachfragen unterbrochen werden. Danach würde ich Sie befragen, anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen. Das Eingangsstatement ist freiwillig, falls da jetzt gerade eine Unruhe aufkommt. Das ist nur - - Wenn Sie das wollen, können Sie ein Eingangsstatement abgeben. Das müssen Sie nicht, aber Sie können das.

Ich darf Sie dann jetzt nun bitten, sich dem Ausschuss einmal zuerst vorzustellen mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift. In Ihrem Fall genügen die Angabe des Arbeitsnamens sowie die Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge Henrik Isselburg: Diesmal mit Mikrofon. - Henrik Isselburg, geboren am [REDACTED] 73, ladungsfähige Anschrift ist das BfV in Berlin-Treptow. Von der Ausbildung her bin ich Historiker.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann wären wir jetzt nämlich bei dem Punkt, wo Sie die Gelegenheit hätten, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, ohne von Nachfragen unterbrochen zu werden. Möchten Sie ein sogenanntes Eingangsstatement abgeben?

Zeuge Henrik Isselburg: Das möchte ich nicht, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann kämen wir direkt jetzt schon zu den Fragen, und ich würde mit einigen Fragen beginnen. Sie haben gesagt, Sie sind Historiker. Nach dem Studium, was haben Sie da beruflich gemacht? Sind Sie direkt zum Amt oder haben Sie erst noch andere Etappen gehabt?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich habe noch eine andere Etappe gehabt nach dem Studium, und zwar habe ich eine Journalistenausbildung gemacht und bin dann im Juni 2004 zum BfV gegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie sind dann im BfV in welchen Themenbereich, also welches Referat mit anderen Worten, gegangen? Damit man so ein bisschen guckt, passt das jetzt von den nächsten Fragen, deswegen stelle ich die Frage.

Zeuge Henrik Isselburg: Gut, das, was ich am Anfang im BfV gemacht habe, dürfte weniger passen. Das war die Projekteinheit 23D in der Abteilung 2. Da habe ich mich beschäftigt mit intellektuellem Rechtsextremismus, Revisionismus, Antisemitismus, Holocaust-Leugnung etc. Und zum 1. Januar 2006 bin ich nach Berlin gegangen und dort in das Referat 6D2, sogenannte operative Auswertung, wo ich mich viele Jahre lang mit Bezügen aus dem dschihadistischen Kontext aus Afghanistan, Pakistan nach Deutschland beschäftigt habe, das heißt alle Personen oder einige Personen, die in Beziehung standen zu in Afghanistan, Pakistan ansässigen Organisationen wie Kern-al-Qaida, Islamische Bewegung Usbekistans und Ähnliches. Das Ganze natürlich logischerweise aus dem Blickpunkt des Inlanddienstes.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Und nach quasi einem halben Jahr sind Sie dann auch Referatsleiter geworden -

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - von 6D2, richtig?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Relativ schnell, nicht? Oder ist das normal?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja und nein. Das hängt von vielen Faktoren ab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das Referat vakant, also die Referatsleiterstelle, schon länger?

Zeuge Henrik Isselburg: Sie ist zu dem Zeitpunkt vakant geworden, weil mein Vorgänger in einen anderen Bereich gewechselt ist, und dann bot es sich quasi an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber eine ordentliche Übergabe, deswegen frage ich, das hat schon mit dem Vorgänger stattgefunden?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Bisschen leise!)

- Bin ich schlecht zu verstehen?

(Dr. Jens Zimmermann
(SPD): Bisschen leise!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt haben wir es, glaube ich. Wunderbar. - Sie haben gesagt, das Referat 6D2 beschäftigt sich im Kern mit islamistischem Terrorismus, wenn ich das richtig sehe, -

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - mit terroristischen Netzwerken, mit Strukturen. Gibt es da auch einen geografischen Bezug? Weltweit? Oder - -

Zeuge Henrik Isselburg: Zum damaligen Zeitpunkt waren die Zuständigkeiten bei uns so aufgeteilt, dass mein Referat 6D2 sich speziell mit terroristischen Netzwerken mit Bezug zu Afghanistan und Pakistan beschäftigt hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal so rum: Ist Ihnen bekannt, oder - - Inwiefern haben Sie mit ausländischen Nachrichtendiensten der Five Eyes zusammengearbeitet in diesem Feld islamistischer Terrorismus?

Zeuge Henrik Isselburg: Von Anfang an, jeweils abhängig vom Fall, der bearbeitet wurde, mit einigen der Five-Eyes-Dienste regelmäßig, würde ich das ausdrücken, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unmittelbar dann?

Zeuge Henrik Isselburg: Unmittelbar im Sinne persönlicher Kontakte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder über den BND immer?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, unmittelbar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unmittelbar. - Was für Daten wurden damals ausgetauscht mit den Nachrichtendiensten der Five-Eyes-Staaten? Es gibt ja konkrete Ereignisse in der Zeit, wo Sie Referatsleiter waren.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Beispiel: Sauerland-Gruppe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Normaler Austausch zwischen Nachrichtendiensten, die zumindest auf professioneller Basis zusammenarbeiten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Waren das Meldungen? Oder waren das Rohdaten? Waren das Metadaten?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein. Über Rohdaten verfügen wir in der Auswertung normalerweise gar nicht. Das heißt, in der Auswertung landen Daten bei uns, die jeweils aus anderen Bereichen kommen, beispielsweise Meldungen von menschlichen Quellen. Die Rohdaten, wenn man so will, also wann genau, wie, unter welchen Umständen die Quelle getroffen wurde oder Ähnliches, das ist etwas, was regelmäßig bei uns nicht vorliegt. Bei uns landet das Ergebnis, ebenso aus anderen nachrichtendienstlichen Mitteln, ebenso aus öffentlich zugänglichen Quellen. Und wenn es der jeweilige Fall erfordert und wenn es natürlich auch rechtlich möglich ist, dann werden solche Daten auch mit Diensten der Five Eyes ausgetauscht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und das sind dann quasi schon - - Das ist fast der Meldungscharakter, oder? Nicht der Bewertungsteil, aber das ist Finished Intelligence, oder was ist es?

Zeuge Henrik Isselburg: Finished Intelligence im Sinne von - - Sind natürlich Auswertungsergebnisse, die bei uns entstanden sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mhm. Und die haben Sie auch quasi genommen. Also das sind Einzelfälle, in denen getauscht wurde, es ist nicht irgendwie ein massenhafter Austausch.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, es ist jeweils ein Einzelfall, und es wird auch jeweils im Einzelfall entschieden, ob das in diesem Fall ausgetauscht werden sollte, wenn nicht sogar muss, oder auch nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Betraf das auch Personen, die vielleicht deutsche Staatsbürger waren, das deutsche Staatsgebiet verlassen haben, ins Ausland gegangen sind, wo man gemeinsam geschaut hat: Was macht denn der? Kommt der vielleicht wieder? Kommt der vielleicht in ein anderes Land? Hat das auch solche Fälle in dem Untersuchungszeitraum betroffen?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Selbstverständlich, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Da werden auch zum Beispiel Handydaten ausgetauscht? Wenn man sie weiß.

Zeuge Henrik Isselburg: Wenn man sie weiß und wenn das angezeigt erscheint und rechtlich möglich ist, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Macht man sich da Gedanken, ob diese Handydaten auch zur Ortung der Personen genutzt werden? Klar, dafür sind sie wahrscheinlich da, vermute ich mal. Man will sie ja nicht anrufen.

Zeuge Henrik Isselburg: Primär sind sie nicht zur Ortung gedacht, sondern, wenn ich Ihnen ein Beispiel geben darf: Wenn jemand Deutschland verlassen hat mit dem Ziel eines Dschihad-Gebietes oder vielleicht sogar mit dem Ziel, an einer terroristischen Ausbildung teilzunehmen - was wir im günstigsten Fall bereits zu diesem Zeitpunkt wissen -, dann interessiert es uns als Inlandsdienst natürlich, mit wem kommuniziert diese Person aus dem Ausland, und zwar über was? Das heißt, es ist primär nicht so relevant, wo genau befindet er sich. Natürlich würden wir schon gerne wissen: Ist er jetzt in Afghanistan, ist er in Pakistan, vielleicht auch von der größeren räumlichen Gegend, also ist er in einem Gebiet zu verorten, von dem wir wissen, dass es sich in islamistisch-dschihadistischer Hand befindet

oder nicht? Primär sind wir aber an Kommunikationsinhalten interessiert und daran, ob er noch mit Personen in Kontakt steht, die uns vielleicht bis dahin unbekannt sind, die ihn vielleicht - ihn und die Organisation, zu der er dann gehört - finanziell oder auf andere Weise unterstützen, sprich: um Ermittlungsansätze für uns im Inland zu generieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Und jetzt könnte es aber doch auch sein, dass ein Partnerdienst sagt: Ist ja super; über die Handynummer orte ich mal die Person, die sich irgendwo in Afghanistan, im pakistanischen Grenzgebiet befindet, und ich sehe zu, dass ich die aus der Welt schaffe. - Macht man sich da Gedanken drüber?

Zeuge Henrik Isselburg: Natürlich macht man sich da Gedanken drüber. Ich gehe aber davon aus - und ich bin auch damals davon ausgegangen -, dass das allein anhand der Übermittlung einer Mobilfunknummer nicht möglich ist. Eine grobe räumliche Ortung, ja. Beispiel: auch in Deutschland, eine Funkzelle, in der sich ein Handy einbucht. Nur ist das in Deutschland relativ einfach, weil die Funkzellen relativ nah beieinander liegen, zumal im Großstadtbereich etc. Im Bereich Afghanistan, Pakistan decken solche Funkzellen allerdings mehrere Kilometer, bis zu 20, 30 Kilometer, ab. Das heißt, das reicht dann gegebenenfalls, um zu sagen: „Okay, die Person hält sich im Bereich Mir Ali auf etc.“, aber nicht so konkret, dass das ortungsfähig in einem beispielsweise militärischen Sinne wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist Ihnen bekannt, im Untersuchungszeitraum, ob Personen, die Sie auf dem Schirm hatten, zum Beispiel Handynummern, E-Mail-Adressen, die dann ins Ausland gegangen sind, die dort im Ausland zu Tode gekommen sind durch gezielte Angriffe, die Sie dann quasi aus Ihrer Liste streichen konnten, gibt es nicht mehr?

Zeuge Henrik Isselburg: Es ist mir bekannt, dass Personen, die auch wir bearbeitet haben, im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet ums Leben gekommen sind. Ich weiß nicht, ob es sich dabei um gezielte Angriffe auf diese Personen oder auf



Nur zur dienstlichen Verwendung

andere Personen handelte, und ich sehe auch tatsächlich keine Kausalität zwischen der Bearbeitung durch uns und dem Tod der Personen in der Dschihad-Region.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen das Stichwort Romann-Erlass etwas?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was?

Zeuge Henrik Isselburg: Und was. - Wir haben mehrfach - - Zumindest in zwei Punkten haben wir das BMI um Zustimmung zur Übermittlung von Kommunikations- und Personendaten an Dienste der Five Eyes gebeten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz kurze Zwischenfrage: Wer ist „wir“?

Zeuge Henrik Isselburg: Wir, Entschuldigung, mein Referat bzw. die Sonderauswertung, die ich damals geleitet habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage, weil bei dem entsprechenden Schreiben zwischen 6D5 und 6D2 so ein bisschen Unklarheit besteht; aber 6D2 ist wohl gemeint, also Ihr Referat.

Zeuge Henrik Isselburg: Das kann ich erklären.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Henrik Isselburg: Darf ich? Wir haben im September 2009 - - Nein, im September 2010, Entschuldigung. Wir haben im September 2010 eine Sonderauswertung ins Leben gerufen, weil wir seit Anfang 2009 eine stetig steigende Zahl von Ausreisenden in die Dschihad-Gebiete Afghanistan, Pakistan zu verzeichnen hatten. Parallel dazu hatten wir schon Anfang 2009 erste Hinweise auf möglicherweise laufende Anschlagplanungen gegenüber Westeuropa inklusive Deutschland. Das hat sich im Laufe des Jahres 2009, speziell aber im Frühjahr und Sommer 2010, so verstärkt und hat so an Dynamik gewonnen, dass auch mehrere Partner da auch sehr personalintensiv mit befasst waren, sodass schlicht

und einfach die Masse der eingehenden und abzugleichenden Informationen so zugenommen hat, dass wir das in einer Referatsstruktur nicht mehr adäquat bewältigen konnten.

Deswegen haben wir eine Sonderauswertung gegründet. Diese Sonderauswertung bestand neben Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen meines Referates auch aus Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen anderer Referate, unter anderem 6D5. Also ich habe diese Sonderauswertung geleitet. So erklärt sich aber, wie zum Beispiel Aktenzeichen von 6D5 da mit reinkommen, weil bestimmte Schreiben dann eben von dem Sachbearbeiter oder der Sachbearbeiterin des anderen Referates verfasst wurden und auch dort gebucht wurden. Steht aber alles im Zusammenhang mit der Sonderauswertung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Was wollten Sie, also wir, jetzt erreichen? Wie kam es jetzt zu diesem Romann-Erlass?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich versuche, das kurzzufassen. Die Anschlagplanungen, die ich gerade erwähnt habe, gliederten sich in zwei Stränge, die - - sowohl Anschlagplanungen oder Ziele im Mumbai-Stil, also Sie wissen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Gut, ist bekannt - - für Westeuropa gedacht hatten als auch in langfristige Planungen, speziell auch mit Bezug zu Deutschland, für deren Ausführung sich Personen möglicherweise bereits in Deutschland befinden sollten oder aber nach Deutschland zurückkehren sollten. Wir hatten es also mit einer Art Raster zu tun, das heißt ein paar Anhaltspunkte, nach wem oder was wir suchen sollten. Anhand dieser Anhaltspunkte haben wir eine Liste erstellt mit Personen, auf die die Kriterien zugetroffen haben, die wir gesucht haben. Und zu diesen Personen haben wir einen Datenaustausch mit anderen Diensten und auch dem BND vereinbart.

Wir hatten - das hatte ich ja vorhin schon gesagt - sonst auch schon regelmäßig in Einzelfällen, wenn das nötig und rechtlich möglich war und geboten war, Personendaten, inklusive auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kommunikationsmitteln, Passdaten etc., mit anderen Diensten getauscht. Was wir allerdings noch nicht getan hatten bis zu diesem Zeitpunkt, war, das Ganze in umfangreicher Listenform zu tun. Das ist der Grund gewesen, warum wir bei der ersten Übermittlung einer etwas umfangreicheren Personendatenliste, inklusive Kommunikationsmitteln und Passdaten, weil das ja schon ein über das normale Maß hinausgehender Eingriff ist, uns noch mal rückversichert haben beim BMI und uns von dort die Genehmigung erbeten, diese Daten genau in dieser Form zu übermitteln. Entsprechend haben wir das BMI angefragt, und ja, haben zurückbekommen das, was Sie gerade als Romann-Erlass bezeichnet haben. Allerdings in der Form, in der Ihnen das möglicherweise vorliegt, in der schriftlichen Form, kenne ich das erst deutlich später. Ich habe es zur Kenntnis genommen aus einer Notiz unseres damaligen Präsidenten auf unsere Anfrage, aus der sich entnehmen lässt, dass Dr. Romann fernmündlich der Übermittlung zugestimmt hat, sofern sichergestellt ist, dass mit den übermittelten Daten keine Ortung der Person möglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Ich würde sagen, ich gebe jetzt erst mal das Wort an die Fraktionen. Wir beginnen mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner fängt an.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Isselburg, wir bleiben beim Thema Erlass und Vorgeschichte. Wie viele Personen auf diesen Listen oder vorher in den Einzelübersendungen, die Sie gegenüber den insbesondere Amerikanern weitergeben haben, wurden durch bewaffnete Drohnen getötet?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich meine sechs oder sieben, wobei ich einschränken muss: Ich weiß nicht, ob diese Personen durch gezielte Drohnenangriffe getötet wurden. Ich weiß von sechs oder sieben Personen, dass sie im Konfliktgebiet umgekommen sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Es gibt ein umfangreiches parlamentarisches Fragewesen in 2010 und 2011 zu diesen Fällen, und da geht das Auswärtige Amt davon aus, dass mit hoher Wahrscheinlichkeit diese Personen durch Drohneneinsätze getötet wurden. Ich glaube, das können wir

mal als sicher jetzt hier annehmen. Sie gehen von sechs oder sieben aus?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie viele waren vor dem Erlass, und wie viele waren nach dem Erlass?

Zeuge Henrik Isselburg: Aus dem Zuständigkeitsbereich meines Referates und auch der Sonderauswertung, über die ich gerade sprach, eine Person vor dem Erlass und eine Person nach dem Erlass.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind aber nur zwei!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind ja nur zwei.

Zeuge Henrik Isselburg: Das sind zwei.

Martina Renner (DIE LINKE): Hattour und Barki waren beide nach dem Erlass, oder?

Zeuge Henrik Isselburg: Richtig. Befinden sich oder befanden sich aber weder im Zuständigkeitsbereich meines Referates noch der Sonderauswertung.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber zu diesen Personen sind Daten übermittelt worden?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich weiß es schlicht und einfach nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich würde Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen - so heißt es, wenn wir Ihnen eine eingestufte Akte zeigen; -

Zeuge Henrik Isselburg: Gern.

Martina Renner (DIE LINKE): - wissen Sie schon, okay -, und Sie gerne dazu dann etwas fragen. Das ist die Tagebuchnummer 258/16, MAT A BfV-21/2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Soll ich nach vorne kommen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, die kommt zu Ihnen, die Akte. Ja, in anderen Ausschüssen, in denen ich schon war, konnten wir zu den Zeugen kommen und selbst den Vorhalt machen. Das war dann manchmal ganz interessant.

Zeuge Henrik Isselburg: Okay. Von mir aus dürfen Sie gerne.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er liest in diesen Unterlagen)

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht mir darum, dort gibt es einen Absender - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssen wir ganz kurz unterbrechen. Das ist eine eingestufte Akte, -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - der Zeuge darf die sehen, aber, ich glaube, Sie als Anwältin nicht, weil Sie keine Konferenzbescheinigung für Geheim haben. Sorry.

RAn Alexandra Wagner: Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Tut mir leid. Also, Sie müssen ein wenig in die andere Richtung gucken.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht mir darum - dort steht ja 62D [sic!] -, ob Sie das sind? Der Name ist geschwärzt und auch die letzte Ziffer des Absenders, und ich kann natürlich nicht erkennen, ob Sie das sind.

Zeuge Henrik Isselburg: Kleinen Moment, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, das bin ich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist prima. Dann bräuchte ich jetzt die Akte zurück, weil dann können wir in die Sache einsteigen. Es geht mir darum, dass ich gerne noch einmal von Ihnen wissen wollte: Was waren die Gründe dafür, dass es am 11. November mündlich und am 24. November schriftlich zu diesem Erlass seitens des BMI an das BfV kam? Sie sagten eben, Anlass war, dass erstmalig Listen übersandt wurden, und man wollte sich absichern. Aus dem Schriftverkehr rund um diesen Erlass ergibt sich eher der Eindruck, dass es mit der Tötung von Bünyamin Erdogan und Dashti im Oktober 2010 zusammenhängt. Könnten Sie noch mal ausführen - Sie sind ja an diesem Schriftwechsel beteiligt -, wieso es diesen sogenannten Romann-Erlass gab, und vielleicht noch mal überlegen, ob es andere Gründe gab als die Frage der Listenübersendung?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, also, wie ich bereits ausgeführt habe, einen Zusammenhang - um das vielleicht vorwegzunehmen, was Sie als Letztes fragten - mit unserer Frage beim BMI, ob wir diese Listen in dieser Form übermitteln können, mit der im zeitlichen Zusammenhang ungefähr erfolgten Tötung von Bünyamin Erdogan, hat es nicht gegeben. Soll ich noch mal ausführen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Sie sagen: Hat es nicht gegeben.

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne einen weiteren Vorhalt machen. Das ist die Akte 257/16, MAT A BMI-21/4 und dort die Seite 44. Dort ist ein handschriftlicher Vermerk an der Seite, den ich nicht zuordnen kann, und dort das Wort Drohnenangriff. Ich würde Sie bitten, mir zu sagen, wer diesen Vermerk anfertigt.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich schaue ihn mir gerne an.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht - - dass Sie auch die Handschrift erkennen, was ich nicht kann, und mir sagen können, wer das dort zeichnet.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann die Handschrift auch nicht erkennen; also meine ist es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Es könnte Herr Romann sein. Was ist Ihre Interpretation? Ist offen.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann da nichts interpretieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann bräuchte ich die Akte mal kurz zurück. Im Zusammenhang mit dieser Weisung geht es eben nicht nur darum, zu sagen: „Wir dürfen keine Daten übergeben, die für eine Lokalisierung geeignet sind oder Ortung“ - das Wort fällt auch an einigen Stellen -, sondern explizit Bezugnahme wird dort genommen auf: keine Daten, die geeignet sind für Nutzung durch einen Drohnenangriff. Das liegt ja schon sehr nahe, dass man nicht sehr allgemein irgendeine Weisung erteilt hat, sondern dass man ganz konkret eine Weisung formuliert hat auf bestimmte Vorgänge hin, die man festgestellt hat. Deswegen würde ich noch mal bitten, dass Sie sich erinnern, ob diese Weisung nicht vielleicht mit Drohnenangriffen im Zusammenhang stand und der Frage, dass man in Zukunft nicht mehr Daten liefern möchte, die dann nahelegen, dass Deutschland an diesen - aus unsere Sicht wenigstens - völkerrechtswidrigen Aktionen beteiligt ist.

Zeuge Henrik Isselburg: Dann würde ich über mögliche Gedankengänge Dr. Romanns spekulieren, was ich nicht kann. Unsere Anfrage beim BMI zur Datenübermittlung stand in keinem Zusammenhang mit der Tötung Bünyamin Erdogans.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Was sich Herr Romann dabei gedacht hat, als er das aufschrieb, falls er es denn gewesen ist - -

Martina Renner (DIE LINKE): Es sieht so aus.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann es nicht entziffern, weil so gut kenne ich seine Handschrift nicht. Ich weiß nicht, ob er es war. Wer auch immer das war, der das hingeschrieben hat: Was derjenige sich dabei gedacht hat, erschließt sich mir nicht; da möchte ich auch nicht spekulieren.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine Frage. Man sagt dann in der Weisung: Keine Daten zu diesem Zielgebiet Waziristan, also Pakistan, Afghanistan, die geeignet sind zur Geolokalisierung, sollen in Zukunft übergeben werden. Das ist Inhalt der Weisung?

Zeuge Henrik Isselburg: Inhalt der Weisung, so wie sie mir überbracht wurde, Annotation des Präsidenten, fernmündlich von Herrn Dr. Romann: Es ist sicherzustellen, dass die Daten nicht zur Ortung genutzt werden können.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Für ein bestimmtes Zielgebiet. Und das hieß dann im Nachgang, man hat solche Daten nicht mehr übersandt? Also, Telekommunikationsdaten, Metadaten, Handynummern, die zur Lokalisierung geeignet sind, hat man dann ab Datum der Weisung, mündlich 11.11. bzw. schriftlich 24.11., nicht mehr übermittelt.

Zeuge Henrik Isselburg: Aus unserer Sicht haben wir auch vorher keine Daten übermittelt, die für eine unmittelbare Lokalisierung im Sinne dessen, was Sie zu meinen scheinen, geeignet gewesen wären.

Martina Renner (DIE LINKE): Was wäre denn geeignet gewesen zur Ortung?

Zeuge Henrik Isselburg: Aus unserer Sicht beispielsweise GPS-Daten oder Ähnliches, also Daten, die geeignet sind, jemanden so zu lokalisieren, dass er gegebenenfalls auch taktisch-militärisch geortet und durch eine Drohne oder was auch immer getroffen werden könnte. Über solche Daten verfügen wir nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt wäre die Zeit - -

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage gerne noch, aber dann ist die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Frage noch: Es gab mehrere Möglichkeiten damals technisch, Personen zu orten durch eine Drohne. Bei einem spielt das Handy eine Rolle, das sich einloggt an der Drohne selbst über einen IMSI-Catcher. - Jetzt zucken Sie mit den Schultern. Das wusste das BfV nicht - das haben wir von anderen Zeugen auch schon gehört -, was wir nicht glauben, dass das BfV technisch so wenig Expertise hat, dass sie das nicht wissen.

Aber es gab auch noch eine andere Methode, die war folgendermaßen: Wenn man wusste, wo eine Person sich aufhält, auf welchem Gehöft, auf welchem Gelände, dann hat man dort einen Sender abgeworfen, und dieser war dann geeignet für die Drohne zur Zielerfassung. In dem Zusammenhang spielen Angaben zum Aufenthaltsort der Person, ihre Handynummer natürlich eine zentrale Rolle, um dann entsprechend diesen Sender zu platzieren. War diese Methode, über diesen Sender die Drohne zu führen, Ihnen bekannt? Und ich sage Ihnen, diese Methode ist aktenkundig bei uns hinterlegt, auch in Aussagen von Personen, die sich damals in dieser Region aufgehalten haben - - waren dem BfV aktenkundig. Wussten Sie, wie eine Drohne ihr Ziel findet?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein. Ich habe auch, ehrlich gesagt, in dem, was Sie jetzt gerade sagten, den Zusammenhang zwischen einer Mobilfunknummer und einer Zielmarkierung für Drohnen nicht verstanden. Das mag an mir liegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn ich die Gespräche abhöre von dieser Mobilfunknummer und die Personen berichten, sie sind gerade auf dem Gehöft soundso -

Zeuge Henrik Isselburg: Ah, so rum.

Martina Renner (DIE LINKE): - und Ähnliches mehr. Man kann natürlich auch irgendwie über die Funkzelle - es gibt ja nicht so viele Gehöfte zum Beispiel in den Regionen - - Selbst wenn die Funkzelle relativ hoch ist, kann man die bewohnten Gebiete relativ eingrenzen und Ähnliches mehr. Es gibt vielerlei Möglichkeiten, wie man aus den Daten, die damals das BfV übermittelt hat, die Person geolokalisieren kann. War Ihnen das bekannt, dass die Daten, die Sie übermitteln, zur Geolokalisierung geeignet sind?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, das ist mir bis heute auch nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, das machen wir dann in der nächsten Runde weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann kommen wir jetzt in der ersten Runde zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Zimmermann.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe auf meinem Zettel auch IMSI-Catcher stehen, und deswegen würde ich vielleicht doch noch einmal an der Stelle weitermachen und würde es mal umdrehen und würde sagen: Welche - - Sie haben eben gesagt, zur Lokalisierung sind Ihrer Meinung nach GPS-Daten geeignet. Ich glaube, das ist ja quasi ein Kreuz auf der Karte, so, okay, Haken dran. Sind Ihnen denn noch weitere Möglichkeiten darüber hinaus bekannt?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, mittelbare. Beispielsweise - fiktiv-: Ich weiß von einer Quelle, dass jemand jeden Morgen zum selben Bäcker geht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.

Zeuge Henrik Isselburg: Oder ich weiß, dass er regelmäßig irgendwelche Anlaufpunkte hat, wo ich dann beispielsweise mit anderen Mitteln ansetzen kann, mit einer Observation etc. pp. Ansonsten, Entschuldigung, aber die taktisch-militärische Ortung, auf die Sie ja hinaus zu wollen scheinen - wenn nicht, unterbrechen Sie mich bitte sofort -, ist für uns als Inlandsdienst schlicht nicht relevant.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Die Frage - - Also warum ich die Frage stelle, ist ja: Wenn Sie einen Erlass haben, dass Sie keine Daten übermitteln dürfen, die zur Geolokalisierung geeignet sind, dann ist Ihr Wissensstand natürlich entscheidend dafür, was Sie am Ende entscheiden, was dafür geeignet ist oder nicht. Nach dem, was Sie mir jetzt gesagt haben, können Sie ja eigentlich - außer präzisen GPS-Daten und dem Tagesablauf der Person, die Sie vielleicht haben - alles übermitteln.

Zeuge Henrik Isselburg: Es hat sich auch tatsächlich durch diesen Erlass nichts an unserer Übermittlungspraxis geändert, aus dem einfachen Grund: Wir hatten weder vorher in diesem Sinne lokalisierbare Daten, noch hatten wir sie nachher. Das heißt, insofern gab es auch keinen Grund, durch diesen Erlass irgendetwas nicht weiter zu übermitteln, weil wir hatten nichts, was in Ihrem Sinne ortungsfähig gewesen wäre.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das ist ja nicht mein Sinne, sondern - - Also, wir sitzen hier ja relativ oft zusammen, und da, wo Sie jetzt sitzen, hat zum Beispiel Herr Bryant, dieser Drohnenpilot, gesessen, und der hat sehr viel erzählt, wie seiner Meinung nach das funktioniert. Und ich frage mich natürlich jetzt schon: Warum gab es diesen Erlass, wenn Sie sagen, er hatte auf das, was Sie übermitteln, überhaupt keinen Einfluss?

Zeuge Henrik Isselburg: Warum es den Erlass in dieser Form und in dieser Wortwahl gibt, müssten Sie gegebenenfalls Herrn Dr. Romann fragen. Das erschließt sich mir nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Gut, möglicherweise, aber wenn Sie so einen Erlass bekommen, dann hätte es ja sein können, dass Sie die Frage stellen: Offensichtlich ist da eine Stelle der Meinung, dass es Daten gibt, die Sie haben könnten, die zu dieser Geolokalisierung geeignet sind und die Sie in Zukunft nicht mehr übermitteln sollen.

Zeuge Henrik Isselburg: Der erste Teil der Frage: Falls irgendjemand die Meinung gehabt haben sollte, dass wir über ortungsfähige Daten in diesem Sinne verfügen, dann lautet die Antwort -

und auch nach Erhalt dieses Erlasses -: Nein, haben wir nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm.

Zeuge Henrik Isselburg: Und insofern hat sich deswegen auch an der Übermittlungspraxis nach diesem Erlass nichts geändert.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. - Aber Sie sagen auch quasi bis heute: Handynummer übermitteln ist kein Problem; da kann kein AND mit einer Handynummer eine Geolokalisierung vornehmen.

Zeuge Henrik Isselburg: Nach meiner Kenntnis ist das nicht möglich, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und das heißt aber jetzt - - Also, ich bin so ein bisschen verwundert, weil das würde ja im Umkehrschluss heißen, dass diese ganzen Drohnengeschichten der Amerikaner, die laufen immer nur - - also da spielen Handys keine Rolle, das läuft immer nur über genaue Informationen über den Aufenthalt. Also das Problem ist ja - - Die Frage ist ja, die wir uns ja stellen: Haben Informationen, die das BfV übermittelt hat, dazu beigetragen? Und das ist halt - - Deswegen bin ich so ein bisschen verwirrt. Das passt so nicht hundertprozentig zu dem, was wir bisher gehört haben; aber Ihre Aussage war ja klar.

Haben Sie - - Sie haben das ja vorhin auch schon angesprochen, Sie kennen ja die Fälle, wo auch deutsche Staatsbürger betroffen waren. Es wäre ja auch eine Möglichkeit dann noch mal gewesen, zu sagen: Wir sind uns zwar sicher, dass die Informationen, die wir übermittelt haben, keine Rolle gespielt haben; aber wir gehen der Sache jetzt noch mal nach, wir überprüfen das intern noch mal, wir überprüfen das noch mal auf Plausibilität, ob da irgendwas dabei war, was das entscheidende Puzzleteil gewesen sein könnte. - Haben Sie das gemacht?

Zeuge Henrik Isselburg: Im Rahmen des uns Möglichen. Beispielsweise die eine Person, die ich vorhin erwähnt habe, die vor diesem Erlass zu Tode gekommen ist gemeinsam mit Bünyamin



Nur zur dienstlichen Verwendung

Erdogan. Auch da haben wir geschaut: Wann wurde unsererseits was übermittelt? Und zwischen der Übermittlung einer Rufnummer dieser Person und dem Zeitpunkt ihres Zu-Tode-Kommens lag über ein Jahr. In diesem Jahr - - Die einzige Meldung, die wir von einem ausländischen Partner bekommen haben, dass diese Rufnummer überhaupt im Zielgebiet aktiv war, war, ich glaube, einen Tag nach der Ausreise. Danach, bis zum Zeitpunkt seines Todes, gar nichts mehr, weshalb wir davon ausgehen - und, ich denke, gut begründet -, dass die Nummer im Zielgebiet nie wieder genutzt wurde, weswegen sie aus unserer Sicht dann auch für nichts hätte genutzt werden können, abgesehen von der Tatsache, dass sie aus unserer Sicht ohnehin nicht für eine taktisch-militärische Ortung genutzt werden könnte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Noch mal eine andere Frage: Wie ist das - - Ich sage mal, es könnte ja auch die Situation jetzt eintreten, dass Sie Informationen haben, wo Sie sagen: Da ist Gefahr im Verzug, da wollen wir alle Informationen, die wir haben, übermitteln. - Wäre das nach diesem Erlass noch möglich gewesen?

Zeuge Henrik Isselburg: Wenn wir über Informationen verfügen würden, wie zum Beispiel GPS-Daten, die aus unserer Sicht klar geeignet sind, um jemanden auch taktisch-militärisch zu orten, dann wäre natürlich auch das eine unter den Gesichtspunkten des § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz zu beurteilende Abwägungsentscheidung, die sehr wahrscheinlich negativ ausfallen würde.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Um vielleicht noch mal ein bisschen grundlegender an die Sache heranzugehen: Können Sie vielleicht noch mal ein bisschen skizzieren, wie die Zusammenarbeit zwischen Ihnen, zwischen dem BfV und der NSA, so abgelaufen ist? Also, war das - - Kann man sich das vorstellen wie - - Wir kennen das ja auch vom BND. Ist das so: Informationen gegen Technik? Oder wie kann man sich das vorstellen?

Zeuge Henrik Isselburg: Die NSA zählt, ebenso wie andere Partnerdienste, zu den Partnern, mit

denen wir uns regelmäßig austauschen. Allerdings handelt es sich bei der NSA um einen SIGINT-Dienst. Das BfV ist keiner. Sprich: SIGINT-Dienste kommunizieren untereinander direkt, SIGINT-Dienste mit Nicht-SIGINT-Diensten nicht. Deswegen haben wir auch nie unmittelbar allein und direkt mit der NSA kommuniziert, sondern immer entweder mit oder über den technischen Bereich des BND.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie vorher anders gesagt!)

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ansonsten keine direkten Kontakte?

Zeuge Henrik Isselburg: Direkt im Sinne von persönlich, ja, immer aber im Beisein des BND. Ich kann das gegebenenfalls noch genauer erläutern; das würde ich dann allerdings lieber im nicht-öffentlichen Teil tun.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wie - - Die Frage ist ja so ein bisschen: Wie läuft der Austausch von Erkenntnissen, von Informationen? Ist das ein Geben und Nehmen? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

Zeuge Henrik Isselburg: Das nachrichtendienstliche Miteinander ist immer ein Geben und Nehmen. Der Austausch ist meistens schriftlich: zu Einzelpersonen, zu allgemeinen Sachverhalten, Analysen, Einschätzungen, was entwickelt sich wohin, wer sollte auf was am besten Acht geben, wer braucht gegebenenfalls welche Informationen, um selbst weiterarbeiten zu können. In dem Sinne, ja, es ist ein Geben und Nehmen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und hat sich das im Verhältnis zur NSA rein auf den Informationsaustausch begrenzt oder eben auch, was Technik angeht?

Zeuge Henrik Isselburg: Von technischen Aspekten gibt es zumindest nichts, wovon ich wüsste.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Die NSA ist für uns - wie gesagt, ich arbeite in der operativen Auswertung - ein Partner nicht ganz wie jeder andere, aber wie andere Nachrichtendienste auch, das heißt, wir tauschen Informationen miteinander, nicht Technik.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Das heißt, bei Ihnen wird nirgends NSA-Technologie eingesetzt?

Zeuge Henrik Isselburg: In der Auswertung, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Irgendeine amerikanische Software auch nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm.

Zeuge Henrik Isselburg: Also in meinem Bereich, den ich zu verantworten habe und überblicken kann, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie haben auch noch nicht davon gehört, dass es in anderen Bereichen eingesetzt wird, irgendwie als Stand-alone-System oder so?

Zeuge Henrik Isselburg: Doch, klar. Thema XKeyscore, auf das Sie ja vermutlich hinauswollen.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Dazu kann ich nur schlicht und einfach nicht wirklich viel sagen, weil - - Ich weiß, dass das eingesetzt wird im BfV, -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: - ich weiß auch grob, wofür es gut ist; möglicherweise erhalte ich auch tatsächlich Ergebnisse aus der Arbeit mit XKeyscore. Ich weiß auch, dass es auf einem Stand-alone-Rechner betrieben wird, aber wie genau das funktioniert, das - -

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Ich glaube, da haben wir mittlerweile eine relativ gute Idee davon. Aber das ist eben der Punkt. Es war ja eine ganz allgemeine Frage: Information gegen Technik? Aber das ist jetzt so in dem Bereich, wo Sie zuständig sind, ist das eine ganz - -

Zeuge Henrik Isselburg: Also einen Deal „Information gegen Technik“ kann ich mir auch schlicht nicht vorstellen, weil es liegt im absoluten Eigeninteresse der amerikanischen Dienste, dafür zu sorgen, dass wir laufen können, dass wir ermitteln können. Es gibt also aus meiner Sicht keinen Grund, warum man da ein Quidproquo machen sollte.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Es könnte ja sein, dass die Amerikaner ein Interesse daran haben, dass Sie eine gute Ausstattung haben, dass Sie möglichst gute Ergebnisse erzielen und diese Informationen dann zurück in die USA melden oder an die Amerikaner melden.

Zeuge Henrik Isselburg: Erstens, ja. Zweitens, nein. Also ja, Sie haben ein großes Interesse daran, dass wir unsere Arbeit ordentlich machen können. Zweitens: In einem Kausalzusammenhang dafür Erkenntnisse, die dadurch gewonnen werden, quasi zu beanspruchen, haben zu wollen, nein.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Okay. Das ist Ihnen nicht bekannt, dass es so was gibt.

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist mir nicht bekannt, das würde auch schlicht nicht funktionieren, weil - wie ich vorhin schon mal gesagt habe - alle Erkenntnisse, die wir gewinnen - - Bevor wir sie irgendwohin übermitteln, wird das nach den entsprechenden Grundlagen überprüft, ob das a) nötig, b) sinnvoll, gegebenenfalls sogar geboten und rechtlich zulässig ist. Wenn dem nicht so ist, wird auch nichts übermittelt.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Aber Sie wissen jetzt auch nicht, ob Informationen, die mit XKeyscore-Hilfe zum Beispiel gewonnen wurden oder analysiert wurden, wenn Sie die bekommen, dass die möglicherweise auch gleichzeitig an die Amerikaner weitergeleitet werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Ich bin mir nicht mal sicher, ob ich überhaupt schon direkt in meinem Verantwortungsbereich Informationen aus XKey-score bekommen habe. Ich meine nicht, weil, soviel ich weiß, läuft das Ganze immer noch - aus meiner Sicht leider - in einer Testphase. Wenn das System irgendwann mal tatsächlich laufen sollte, dann hoffe ich, Informationen daraus zu bekommen, und auch die würden dann der Einzelfallbeurteilung unterliegen, ob wir sie weitergeben können oder nicht.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Können Sie vielleicht noch mal ein bisschen - oder können Sie dazu noch mal was sagen? Sie waren ja da eine ganze Zeit lang - skizzieren, wie sich Übermittlung oder Weitergabe von Informationen, von personenbezogenen Daten - über die haben wir ja die ganze Zeit gesprochen - an die Five Eyes, ANDs, wie sich das so - nach dem 11. September auch - entwickelt, verändert hat in dem Zeitraum, den Sie überblicken können? War das immer alles gleich, oder gab es da Entwicklungen?

Zeuge Henrik Isselburg: Gut, also naturgemäß kann ich über die Jahre direkt nach 9/11 nicht allzu viel sagen. Ich habe, wie gesagt, 2004 beim BfV angefangen und bin erst seit 2006 im Bereich islamistischer Terrorismus. Seit 2006, würde ich sagen, hat das relativ schnell, seit ich dort angefangen habe, zugenommen, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Einer der Hauptgründe dafür, warum wir die Sauerland-Gruppe rechtzeitig entdecken, bearbeiten und unschädlich machen konnten.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und vielleicht können Sie das auch abstrakt noch mal skizzieren. Sie haben ja jetzt dieses Beispiel genannt. Ich will jetzt keine Details darüber wissen. Aber wie läuft diese Zusammenarbeit im operativen, im täglichen Geschäft ab? Welche Daten werden da übermittelt? Ist das proaktiv, oder ist das auf Nachfrage? Werden da auch Daten deutscher oder ausländischer Staatsangehöriger konkret nachgefragt? Vielleicht können Sie da ein bisschen was noch zu sagen.

Zeuge Henrik Isselburg: Nachgefragt wird konkret eigentlich wenig. Proaktiv, weiß ich nicht,

ob ich das so bezeichnen würde. Fiktiv - - Wie gesagt, gegebenenfalls gern mehr dann in nicht-öffentlicher Sitzung. Aber gesetzt den Fall, wir lernen eine Person kennen, die wir nicht früh genug kennengelernt haben, und wir lernen sie mit ihrer Ausreise in ein Dschihad-Gebiet kennen, das heißt, wir wissen, da ist jemand aus Deutschland, deutscher Staatsbürger oder nicht, er befindet sich auf dem Weg in ein Dschihad-Gebiet, um sich dort am bewaffneten Kampf zu beteiligen beispielsweise oder um sich dort terroristisch ausbilden zu lassen, dann sind wir es, die gegebenenfalls Informationen sowohl an den BND als auch an andere Nachrichtendienste inklusive auch der Amerikaner, der NSA und CIA, schicken mit der Frage: Kennt ihr den? Könnt ihr uns etwas zu dem sagen? Wenn wir eine Telefonnummer haben, dann übermitteln wir im Zweifelsfall auch die Telefonnummer und fragen: Ist die in euren Maßnahmen schon mal aufgetaucht? Gibt es da Kommunikation? Gibt es Verbindung nach Deutschland, die wir für weitere Ermittlungen nutzen können? Wie gesagt, das betrifft nicht nur die Amerikaner, das betrifft diverse andere Partnerdienste, und vor allem betrifft es auch den BND.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Und wir haben in den Akten des BND einen Hinweis gefunden, dass es bei Datenübermittlungen so eine Art Zweckbindung gibt, so eine Art Disclaimer. Ist das bei Ihnen auch der Fall?

Zeuge Henrik Isselburg: In jedem Einzelfall. Der Disclaimer bei solchen - - Es gibt zwei, einen, grob gesagt, für alle Informationen, die nicht G-10-relevant sind, und einen für Informationen, die aus Telekommunikationsüberwachungsmaßnahmen stammen. Beide Disclaimer weisen deutlich darauf hin, dass die Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie übermittelt wurden. Und es handelt sich natürlich immer um nachrichtendienstliche Zwecke. Und nachrichtendienstliche Zwecke - das ist ein deutscher Disclaimer; das ist auch dem Partner klar - sind deutsche nachrichtendienstliche Zwecke. Das heißt, das, wozu wir in unserem Aufgabenbereich diese Daten verwenden dürfen, dafür dürfen sie die Partner auch verwenden, und für



Nur zur dienstlichen Verwendung

sonst nichts, außer sie fragen vorher bei uns nach und bekommen explizit eine Genehmigung dafür.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Man kann sich ja total gut vorstellen - - Also, ich will nicht sarkastisch sein. Aber die Frage, die sich da ja aufdrängt, ist: Sind Ihnen auch Fälle bekannt, wo man sich nicht daran gehalten hat, an diesen Disclaimer?

Zeuge Henrik Isselburg: Kein einziger. Ich kann Ihnen auch sagen, warum. Passiert das einmal - - Es gibt zwar keine Freundschaft zwischen Nachrichtendiensten, aber es gibt eine Art professionelles Vertrauen. Das ist der Kernbestand des professionellen Vertrauens. Wenn ich mir nicht sicher sein kann, dass eine Information nicht so, und zwar ausschließlich und genau so, wie ich sie übermittelt habe, verwendet wird, sondern an irgendjemand anderen geht, für andere Zwecke verwendet wird, dann passiert das genau einmal.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Mhm.

Zeuge Henrik Isselburg: Und dann gibt es einen Riss in diesem Vertrauen. Und dann - - Der ist auch schwer bis nicht zu kitten, gegebenenfalls. Ich kenne aus meinen gesamten Jahren der Tätigkeit keinen einzigen Fall. Was ich aber kenne, ist das Gegenteil, sprich: Ich kenne mannigfaltige Anfragen insbesondere auch der Amerikaner, die uns explizit auch zu Teilen von von uns übermittelten Schreiben fragen, ob es in Ordnung ist, unsere Zustimmung, und zwar schriftlich, findet, wenn diese Information mit einem anderen Dienst XY getauscht werden würde. Und ich habe - ich sage es noch mal - keinen einzigen Hinweis darauf, dass das in irgendeinem Fall nicht geschehen wäre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir dann gleich wechseln.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Dann wäre meine letzte Nachfrage: Aber die Möglichkeit, das wirklich am Ende des Tages überprüfen oder genau einschätzen zu können, ob das der Fall war oder nicht, die ist, sage ich mal, begrenzt. Da mache ich Ihnen auch keinen Vorwurf. Aber wenn die Amerikaner Informationen, die Sie ihnen liefern,

in ihre riesigen Datenbanken einschleusen, ob das am Ende dann bei irgendeinem - ich gebe zu: das ist wieder abstrakt -, aber ob das dann bei irgendeinem Drohnenangriff das entscheidende Puzzleteil war, das bleibt ja am Ende das Geheimnis der Amerikaner oder anderer Five-Eyes-Staaten.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich halte das für sehr spekulativ, und, wie gesagt, ich kann mich nur an das halten, was ich weiß. Und was ich weiß, ist: Es hat keinen einzigen Fall gegeben, in dem wir auch nur den Verdacht gehabt hätten, dass dem so hätte sein können.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Isselburg, um diese letzte These mal zu hinterfragen. Also, wir beschäftigen uns ja hier mit den Snowden-Veröffentlichungen, und im Verlauf dieser Beschäftigung ist rausgekommen, dass die Amerikaner eine Quelle im Bundesnachrichtendienst geführt haben - Markus R., haben Sie vielleicht schon mal gehört -, dass die Kanzlerin abgehört worden ist, dass es da Übergriffigkeiten ohne Ende gegeben hat. Also, vielleicht habe ich es verpasst, aber was waren genau die Konsequenzen, die das BfV aus diesen Erkenntnissen gezogen hat die letzten Jahre? Wo ist da die Konsequenz des Abbruchs, des konsequenten Abbruchs, dieses Vertrauensbruchs? Können Sie mir da eine Sache sagen, die sich bei Ihnen im Haus-Prozedere geändert hat durch diese Dinge, die rausgekommen sind?

Zeuge Henrik Isselburg: Vielleicht muss ich noch mal einschränken. Das, was ich gerade über professionelles Vertrauen gesagt habe, bezieht sich auf meinen Arbeitsbereich. In meinem Arbeitsbereich, das heißt im Arbeitsbereich des islamistischen Terrorismus, habe ich keinen Grund, auch nur eine Sekunde daran zu zweifeln, dass dieses Vertrauen begründet ist und Bestand hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem wollen wir jetzt gemeinsam auf den Grund gehen, auch wenn ich diese Einschränkung schon mal hilfreich finde, wenn Sie das jetzt auf Ihr Referat beziehen. Das relativiert das ja schon mal ein bisschen.

Können Sie mir vielleicht einmal kurz die Rechtsgrundlage nennen, auf die Sie zurückgreifen, um überhaupt solche umfangreichen Datenbestände an die USA weiterzugeben?

Zeuge Henrik Isselburg: Das sind umfangreiche Datenbestände in dem Sinne, dass es eine Zusammenstellung von Einzelfällen ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar, aber was ist die Rechtsgrundlage?

Zeuge Henrik Isselburg: Die Rechtsgrundlage ist § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach geben Sie also auch diese Listen, für die es dann auch diesen Erlass gegeben hat, den Romann-Erlass, die geben Sie nach § 19 Absatz 3 - -

Zeuge Henrik Isselburg: Nach jeweiliger einzel-fallbezogener Überprüfung nach § 19 III. Das heißt, wir überprüfen nicht die gesamte Liste, ob das okay ist, dass wir die rüberreichen können, sondern es wird zu jeder einzelnen Person auf der Liste überprüft, ob es okay ist, die Daten dieser Person weiterzugeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Vermerke über diese Überprüfung sind dann auch einzelne Vorgänge?

Zeuge Henrik Isselburg: Ab dem Zeitpunkt, an dem wir das als Vermerkform angelegt haben, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab wann ist das denn?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich meine - bin mir aber nicht sicher -: Ab 2011, 2012 vielleicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab 2011, 2012 haben Sie dann für jeden einzelnen, -

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - für jedes einzelne Datum einen einzelnen Kontrollvorgang angelegt?

Zeuge Henrik Isselburg: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt mal insgesamt von den Leuten, die das BfV unter Wind hatte oder über die man Daten hatte: Wie viele Leute sind denn insgesamt umgekommen, im Ausland befindlich?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist die Frage, die vorhin schon mal gestellt wurde. Mir sind sechs bis sieben bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, die ist, glaube ich, ein bisschen anders.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann leider keine Aussage treffen zum Gesamtarbeitsbereich des gesamten BfV zu Personen, die möglicherweise irgendwo im Ausland umgekommen sind. Ich kann nur sagen: Aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus sind mir sechs bis sieben Personen bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihnen sind sechs bis sieben Personen bekannt von den Leuten, die Sie unter Beobachtung hatten, die verstorben sind?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das beinhaltet auch Verkehrsunfälle oder im Kampf gefallen, oder reden wir jetzt über Drohrentote?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann nicht über Drohrentote reden, solange ich nicht explizit weiß, dass es sich um Drohnenangriffe gehandelt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen von keinem einzigen Fall, das BfV weiß nicht, ob die Leute, die man unter Wind hatte, ob die von Drohnen getötet worden sind, ob die sich beim Putzen ihrer Waffe selbst erschossen haben oder - -

Zeuge Henrik Isselburg: Auch das hat es übrigens - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, jede Wette. Deswegen wundere ich mich über diese Zahl. Ich könnte mir vorstellen, dass da sehr viel mehr Menschen umgekommen sind. Und deswegen wundere ich mich auch über die Zahl, dass Sie sagen: Es sind sechs bis sieben, die im Ausland verstorben sind. - Und wir haben sechs bis sieben, bei denen wir uns sicher sind, dass sie von Drohnen getötet wurden.

Zeuge Henrik Isselburg: Mhm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Jetzt frage ich mich: Reden Sie jetzt von Drohnen-toten und sagen, Sie wissen nichts von Drohnen-toten, oder reden Sie von allen Todesfällen, die Sie kennen? Wie kommen Sie auf die Zahl sechs bis sieben? Steht das so in den Akten, oder?

Zeuge Henrik Isselburg: Das sind die sechs bis sieben Personen, von denen ich weiß, dass sie im Kampfgebiet ums Leben gekommen sind. Wie genau sie dort ums Leben gekommen sind, erschließt sich mir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sagten eben, beim Putzen der Waffe; das hätte es gegeben. Haben Sie da einen konkreten Fall vor Augen?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein. Das soll es schon mal gegeben haben, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, Sie wissen nicht davon, dass mehr Menschen im Ausland gestorben sind, sondern Sie sagen, von all den Leuten, die Sie weiter- - von denen Sie Daten weitergeleitet haben,

sind es nur sechs bis sieben gewesen, die gestorben sind im Ausland?

Zeuge Henrik Isselburg: Das sind die, die mir bekannt sind, die aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus im Dschihad-Gebiet umgekommen sind. Auf welche Weise genau, erschließt sich mir nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wird das denn irgendwie vermerkt, wie die Menschen zu Tode gekommen sind?

Zeuge Henrik Isselburg: Sofern wir Kenntnis davon erhalten, selbstverständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wie würden Sie davon Kenntnis erhalten? Und dann könnten Sie mir gleich helfen, wie ich es in der Akte finde. Steht dann da: „Drohnen-tod“ oder - -

Zeuge Henrik Isselburg: Ich überlege ein Beispiel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich frage mal anders.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie den Amerikanern oder dem Bundesnachrichtendienst - - Ich habe es jetzt so verstanden, Sie geben eigentlich die Daten erst dem Bundesnachrichtendienst, und dann gehen sie an die NSA. Oder geben Sie - -

Zeuge Henrik Isselburg: Die Daten gehen über den Bundesnachrichtendienst -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

Zeuge Henrik Isselburg: - zur NSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie mir den Unterschied erklären?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. - Nach dem, was Sie sagen, würden wir die Daten erst an den BND geben, und der leitet sie dann weiter an die NSA. Das ist aber ein Vorgang, der quasi zeitgleich stattfindet. Das heißt, wir leiten die Daten über den Bereich, den zuständigen Bereich im BND, an die NSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der BND als willenloses Werkzeug, juristisch gesprochen, oder wie meinen Sie das?

Zeuge Henrik Isselburg: Nicht als willenloses Werkzeug, sondern der BND als der eigentliche SIGINT-Partner der NSA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Aber nimmt der BND denn zur Kenntnis, was Sie da weiterleiten?

Zeuge Henrik Isselburg: Der technische Bereich nicht, weil der technische Bereich erfüllt genau die Weiterleitungsfunktion. Der Auswertungsbereich, dem das ebenso parallel zugeht, selbstverständlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also eine Weiterleitung Ihrer Erkenntnisse an die NSA ist auch gleichzeitig eine Weitergabe an den Bundesnachrichtendienst?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mhm. - Und sozusagen weil das ja irgendwie eine Rolle gespielt hat und Sie ja auch so Wert darauf gelegt haben, dass Geodaten nicht weitergegeben werden, weil man irgendwie schon wusste, dass die Amerikaner diese Drohentötungen machen, und da wollte man nicht Teil sein, das habe ich schon richtig verstanden, ja?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, offenbar nicht, Entschuldigung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also ein Geodatum: Der Typ XY befindet sich in dem Haus, 47. Breitengrad, 7 Uhr, keine

Ahnung, wie das - - Aber so - - Das hätten Sie nicht weitergegeben?

Zeuge Henrik Isselburg: Wir verfügen über solche Daten nicht. Insofern stellt sich die Frage nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wieso verfügen Sie über solche Daten nicht? Wenn Sie ein Gespräch abhören und der sagt: „Hier, ich bin übrigens exakt an dem Ort in der und der Region in dem Haus, schicke mir bitte ein Päckchen an die und die Adresse“, dann haben Sie so ein Datum.

Zeuge Henrik Isselburg: Entschuldigung - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, was mich interessiert, weil ich nur acht Minuten habe, Herr Isselburg - -

Zeuge Henrik Isselburg: Ist mir noch nicht untergekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen noch nicht untergekommen?

Zeuge Henrik Isselburg: In der Form, wie Sie es sagten - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie geben alle Daten weiter?

Zeuge Henrik Isselburg: Wir geben alle Daten weiter, von denen wir das für nötig und rechtlich geboten halten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie würden eben solche Daten weitergeben. Ein Geodatum ist Ihnen noch nie untergekommen.

Zeuge Henrik Isselburg: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Henrik Isselburg: Auch solche Gespräche, wie Sie sie gerade erwähnt haben, liegen uns in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Form nicht vor. Die hat es bisher noch nicht gegeben. Wenn es sie geben würde - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich mir ausgedacht. Das mag sein. Aber Vergleichsfälle lassen sich ja vielleicht auch konstruieren. Aber ich nehme das zur Kenntnis. Ich habe Ihren Job nicht gemacht. Deswegen ist es Ihnen noch nicht untergekommen.

Aber sozusagen, wenn Sie wussten um den Umstand, dass man Geodaten nicht weiterleitet, weil die Amerikaner da einen völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg betreiben in verschiedenen Regionen dieser Welt, das war schon Kenntnislage des BfV, oder nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann die Frage nicht ganz verstehen, ehrlich gesagt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wussten Sie, dass es ein Problem gibt mit dem Drohnenkrieg der Amerikaner?

Zeuge Henrik Isselburg: Wir wussten selbstverständlich, wie jeder aus der Presse weiß, dass die Amerikaner gegebenenfalls auch Drohnen einsetzen, um Personen zu liquidieren, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wollten Sie ein Teil dieses Drohnenkrieges sein?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre jetzt die letzte Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich habe - - Eine muss ich noch nachschieben. Sorry, tut mir leid.

(Heiterkeit)

Zeuge Henrik Isselburg: Ist das eine Frage, die ich ernsthaft beantworten soll?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte Sie!

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, selbstverständlich will und wollte das BfV kein Teil des Drohnenkrieges der Amerikaner sein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Worin kam das zum Ausdruck?

Zeuge Henrik Isselburg: Darin, dass wir keine ortungsfähigen Daten übermittelt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben ja gesagt, Sie haben überhaupt keine.

Zeuge Henrik Isselburg: Richtig. Deswegen konnten wir auch keine übermitteln.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie ein Gutachten anfertigen lassen im Haus oder irgendwie eine sachkundige Einschätzung, was es braucht, um eine Drohne ins Ziel zu bringen?

Zeuge Henrik Isselburg: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen so was mal begegnet?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als derjenige, der verantwortlich Daten übermittelt und ja nicht Teil dieses Drohnenkrieges werden will, haben Sie mal gefragt: „Mhm, vielleicht übermitteln wir die ganze Zeit Daten, die Teil dieser Veranstaltung sind, wo wir gar nicht Teil sein wollen, und wie funktioniert das eigentlich“? Denn ich würde Ihnen gern - - Das wäre mein letztes Ding. Darf ich das noch strapazieren?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das sind jetzt aber zwölf Minuten. Nun ist es gut.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann lese ich Ihnen zum Gilgamesh-Pod in eineinhalb Stunden etwas vor.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann geht es weiter bei der CDU/CSU. Frau Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Ja. Vielen Dank. - Herr Isselburg, guten Tag auch von meiner Seite!

Vielleicht, lieber Kollege von Notz, kann ich an dem in etwa anknüpfen, was bereits eben Gegenstand der Befragung war. Der Kollege wollte, glaube ich, wenn ich es richtig verstanden habe, darauf hinaus, inwiefern Sie einschätzen konnten seitens des BfV, mit welchen Daten überhaupt etwa die Amerikaner in der Lage waren oder sind, dann die weitergegebenen Daten etwa für Drohnenentötungen zu verwenden. Also muss man nicht, um das einschätzen zu können: „Welche Daten bringen was und welche nicht?“, jetzt mal vereinfacht gesagt, muss man da nicht einschätzen können, welche technischen Fähigkeiten dann der US-Partnerdienst hat? Können Sie das einschätzen? Woher haben Sie Ihre Kenntnisse? Oder - -

Zeuge Henrik Isselburg: Die genauen technischen Fähigkeiten von anderen Diensten wie auch des BND sind so was wie die Kronjuwelen jedes Nachrichtendienstes. Das heißt, was genau welcher Dienst wie kann, ist exakt das, was niemand nachfragen sollte, weil es darauf ganz sicher keine Antwort geben würde.

Wir haben natürlich auch in Gesprächen bei uns im Haus auf der Basis dessen, was wir selbst an Technik einsetzen, überlegt: Ist das möglich oder ist das nicht möglich, anhand einer Handynummer jemanden so genau orten zu können, dass man gegebenenfalls Waffen einsetzen könnte? Und unser Ergebnis lautete und lautet bis heute: Wir sind überzeugt davon, das war nicht möglich, und wir sind auch überzeugt davon, das ist nicht möglich.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ignoranz nennt man das!)

Nina Warken (CDU/CSU): Gut. - Also, Sie - -Ich stelle fest, Sie haben -

Zeuge Henrik Isselburg: Wie bitte?

Nina Warken (CDU/CSU): - durchaus die Diskussion auch im Haus geführt,

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ignoranz, nennt man das!)

inwiefern man Daten weitergeben kann, inwiefern die Daten genutzt werden können. Sie sagen: Natürlich kann man nicht bis ins letzte Detail wissen, was die Amerikaner für Fähigkeiten haben. Aber Sie halten es also nicht für möglich, wenn ich Sie richtig verstanden habe, dass die US-Nachrichtendienste über technische Möglichkeiten verfügen, mittels derer man eine Person allein anhand der vom BfV weitergegebenen Handydaten zielgenau lokalisieren könnte.

Zeuge Henrik Isselburg: Ist nach meinem Kenntnisstand nicht möglich.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Ich will noch mal kurz darauf zurückkommen für mein Verständnis, um es genau auch einordnen zu können, zu dem Erlass, der hier schon breiter besprochen wurde. Jetzt hatten Sie gesagt, wenn ich es richtig verstanden habe, dass der erforderlich gewesen sei, weil man erstmals so eine Liste übermitteln wollte, also eine ganze Liste mit Daten, wenn ich das vorhin richtig verstanden habe.

Der Zeuge Dettmer, der aber auch schon hier war, hat diese Anfrage an das BMI schon auch in den Zusammenhang mit dem Tod von Bünyamin E. gestellt und der daraus folgenden öffentlichen und auch politischen Diskussionen und hat dann gesagt, man wollte einfach Handlungssicherheit herstellen auch für die Mitarbeiter des Hauses.

Können Sie es vielleicht noch mal genauer erläutern: Was war tatsächlich der Auslöser? War das wirklich jetzt nur eine andere Form der Übermittlung, oder hat doch auch die Diskussion eine Rolle gespielt?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann Ihnen recht genau sagen, warum die Diskussion so keine Rolle



Nur zur dienstlichen Verwendung

gespielt hat, weil der Zeitpunkt, an dem wir besprochen haben mit den Partnerdiensten, dass wir uns gegenseitig ein bestimmtes Quantum an Informationen zu den verdächtigen Personen zukommen lassen wollen, sofern das jeweils nach den rechtlichen Möglichkeiten geht, lag noch vor dem Tod des Bünyamin Erdogan. Insofern ist der zeitliche Zusammenhang schlicht ein unglücklicher Zufall.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein unglücklicher
Zufall!)

Das heißt, die Tatsache, dass wir Listen übermitteln wollen, liegt zeitlich vor dem Tod des Bünyamin Erdogan. Wir haben diese Listen auch vor seinem Tod bereits begonnen zusammenzustellen.

Noch mal: Dass wir das BMI gefragt haben, ob wir die Listen in dieser Form übermitteln dürfen, hatte unsererseits keinen Zusammenhang damit, dass wir eventuell befürchtet hätten, dass eines der darin enthaltenen Daten zu einer Ortung der Personen hätte führen können. Das ist nicht der Fall.

Nina Warken (CDU/CSU): Dann hätte, sage ich mal, diese Anfrage so und so stattgefunden, auch wenn der Tod nicht gewesen wäre? Also, wenn die öffentliche Diskussion nicht gewesen wäre, hätten Sie trotzdem beabsichtigt, das BMI zu fragen? Auch wenn der Erlass oder das Schreiben deutlich nach dem Tod von Bünyamin E. am 4. Oktober war, sagen Sie trotzdem: „Das war ein unabhängiger Vorgang“?

Zeuge Henrik Isselburg: Das Schreiben wäre definitiv unabhängig von allem anderen genau so rausgegangen.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Aber man kann schon sagen, Sie haben auch vorher schon Handydaten übermittelt, haben es danach getan, nach dem Schreiben. Hat sich da irgendwas geändert an der Art der Daten? Sie haben gesagt: Es wurde immer der Disclaimer beigefügt. - Der

wurde ja dann wohl auch der Liste beigefügt, wenn ich mich recht aus den Akten erinnere.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Hat sich da, sage ich mal, in der Praxis der Übermittlung irgendwas geändert oder nicht? Oder ging es einfach nur darum, dass man sich das einfach noch mal genehmigen lassen wollte, dass man jetzt auch die Liste übermitteln kann? Oder hat sich an den Daten irgendwas geändert?

Zeuge Henrik Isselburg: Der Punkt der Genehmigung der Liste oder warum wir beim BMI nachgefragt haben, ob wir genau diese Liste so übermitteln können, wie wir es übrigens danach dann noch für eine weitere Liste getan haben, ist, dass erstmals in Listenform, das heißt nicht - - Wir hätten auch, weiß ich nicht, 20 Einzelschreiben schicken können. Haben wir aber nicht. Wir haben das in einer Liste zusammengefasst und haben in diese Liste auch Kommunikationsmittel- und Passdaten übernommen.

Noch mal: Wir hätten das auch mit jeweiligen Einzelschreiben machen können. Da es aber das erste Mal war, dass wir das quasi gebündelt als Liste übergeben haben und alles bezogen auf einen Fall, haben wir wegen des ersten Males beim BMI nachgefragt, ob das genau in dieser Form so rausgehen kann. Wenn die Antwort übrigens „Nein“ gelautet hätte, dann hätten wir gefragt, ob es in Ordnung ist, wenn wir das dann jeweils als Einzelschreiben rausschicken. Es ist nur bürokratisch nicht sinnvoll.

Nina Warken (CDU/CSU): Es ging mir nur darum, klarzustellen, dass es nicht um die Art der Daten ging, sondern eben nur um die Frage der Listenübermittlung. - Gut.

Vielleicht noch eine Frage allgemein zu den Voraussetzungen der Datenübermittlung an ausländische Nachrichtendienste, die ja im § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz geregelt ist, den ich kurz zitieren darf:



Nur zur dienstlichen Verwendung

(3) Das Bundesamt für Verfassungsschutz darf personenbezogene Daten an ausländische öffentliche Stellen sowie an über- und zwischenstaatliche Stellen übermitteln, wenn die Übermittlung zur Erfüllung seiner Aufgaben oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers erforderlich ist. Die Übermittlung unterbleibt, wenn auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland oder überwiegende schutzwürdige Interessen des Betroffenen entgegenstehen. Die Übermittlung ist aktenkundig zu machen. Der Empfänger ist darauf hinzuweisen, dass die übermittelten Daten nur zu dem Zweck verwendet werden dürfen, zu dem sie ihm übermittelt wurden, und das Bundesamt für Verfassungsschutz sich vorbehält, um Auskunft über die vorgenommene Verwendung der Daten zu bitten.

Also, man muss im Prinzip feststellen, dass die Übermittlung zur Erfüllung der Aufgaben des BfV oder zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des ausländischen Partners erforderlich ist. Wie muss ich mir das in der Praxis vorstellen? Wie stellt man insbesondere fest, ob etwas zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des ausländischen Partners erforderlich ist? Wie läuft das in der Praxis ab? Wer entscheidet? Können Sie das entscheiden?

Zeuge Henrik Isselburg: Fiktives Beispiel: Wenn eine Person westlichen Aussehens aus Deutschland ausreist mit dem erklärten Willen, sich in ein Dschihad-Gebiet zu begeben, um dort beispielsweise gegen die Amerikaner zu kämpfen, dann ist die Wahrscheinlichkeit oder die Gefahr relativ hoch, dass er aufgrund seines westlichen Aussehens, Sprachkenntnissen etc. pp. auch tatsächlich gegebenenfalls nah genug beispielsweise an eine Kaserne der dort stationierten Truppen rankommt, jedenfalls näher, als das einem Local möglich wäre.

Das wären zum Beispiel erhebliche Sicherheitsinteressen des Empfängers, in diesem Fall der

Amerikaner. Oder wenn wir konkrete Hinweise haben, dass es, weiß ich nicht, gegen eine kanadische Kaserne gehen soll oder wie auch immer, dann wären das die erheblichen Sicherheitsinteressen der Kanadier, die in diesem Fall zum Tragen kämen.

Wer das entscheidet? Das entscheiden bei uns tatsächlich die Sachbearbeiter und ihre Vorgesetzten, sprich ich. Die §-19-III-Prüfung wird in jedem Einzelfall von den Sachbearbeitern vorgenommen, von mir kontrolliert, gegebenenfalls ergänzt, für gut befunden oder nicht. Dann geht das Ganze, weil Schreiben an ausländische Dienste - - noch über die Gruppenleitung, die selbige Prüfung noch mal vornimmt, und dann geht es auf einem Wege - wenn Sie wollen, kann ich den auch gern schildern - - aber dann geht es weiter. Aber jedenfalls sind es letzten Endes drei Ebenen, die sich damit beschäftigen.

Nina Warken (CDU/CSU): Was wären denn schutzwürdige Belange des Betroffenen, die entgegenstehen? Können Sie da auch Beispiele nennen?

Zeuge Henrik Isselburg: Ein Beispiel: Wir wissen von jemandem, dass er in sein Heimatland fährt. Wir wissen nicht genau: „Will er dort Kontakte im islamistisch-terroristisch relevanten Sinne pflegen, oder will er dort nur seine Familie besuchen?“ etc., und wir wissen, dass das ein Land ist, in dem die Demokratie zumindest nicht so weit fortgeschritten ist, dass die dortigen Sicherheitsbehörden sich nicht direkt auf nicht hinnehmbare Weise auch der Familien annehmen, um es mal so zu formulieren; dann würden in diesem Fall die Schutzbedürfnisse des Betroffenen überwiegen und wir würden nicht übermitteln.

Nina Warken (CDU/CSU): Und wie findet dieser Abwägungsprozess dann bei Ihnen im Hause statt? Ist es dann ähnlich dem, was Sie eben beschrieben haben?

Zeuge Henrik Isselburg: Ähnlich dem, was ich - - Oder gleich dem, was ich soeben beschrieben habe, und fußend auf umfangreichsten Erfahrungswerten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nina Warken (CDU/CSU): Werden diese Erwägungen irgendwo auch dokumentiert?

Zeuge Henrik Isselburg: Die stehen dann genau in der Prüfung nach § 19 Absatz 3. Die ist nämlich zu machen, egal ob sie positiv oder negativ ausfällt. Das heißt, wenn sie negativ ausfällt, ist auch das schriftlich zu vermerken, warum in diesem Fall nicht übermittelt wird. Es sei denn, es ist von vornherein so klar, dass dieses Schreiben gar nicht erst erstellt wird.

Nina Warken (CDU/CSU): Habt ihr noch Fragen? - Gut, dann gebe ich mal ab.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Zeuge, es geht um einen Zeitraum aus dem Jahr 2007. Da waren Sie ja für mehrere Monate Mitglied in der Projektgruppe „Alberich“ im BfV, die mit den Ermittlungen zu der sogenannten Sauerland-Gruppe befasst war. Durch die Zusammenarbeit der deutschen Nachrichtendienste und der CIA konnte ja dann laut einem *Spiegel*-Bericht - ich zitiere - „der wohl gefährlichste Anschlag der bundesdeutschen Geschichte“ verhindert werden. Jetzt würde uns doch mal interessieren, aus Ihrer praktischen Erfahrung heraus, wie Sie denn diese Zusammenarbeit mit den ausländischen Partnerdiensten bewerten, wozu auch der gegenseitige Informationsaustausch gehört. Wie wichtig ist eine derartige Kooperation für die Aufgabenerfüllung des BfV?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich ganz kurz sagen: Dann stelle ich auch Fragen zur Sauerland-Gruppe, wenn das untersuchungsgegenständlich ist! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau! Gleiches Recht für alle! - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil da habe ich eine Menge Fragen zur Sauerland-Gruppe! Das ist super, wenn das Gegenstand ist!)

- Bisher hat sich doch weder die Bundesregierung noch die Vorsitzende gemeldet. Ich weiß jetzt nicht, wo das Problem liegt. Es geht ja jetzt abstrakt um die Zusammenarbeit zwischen den Partnerdiensten, wie wichtig das aus der praktischen Erfahrung des Zeugen ist, dass er das beschreiben kann. Denn wir haben ja hier auch eine Art Zusammenarbeit.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Und jetzt meldet sich Herr Akmann.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich würde mich ganz kurz mit dem Zeugen beraten wollen, wenn das okay ist.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Bitte.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Zeuge Henrik Isselburg: Herr Schipanski, wenn ich Ihre Frage richtig verstanden habe, bezieht sich das ja weniger auf die konkreten Umstände der Sauerland-Gruppe, sondern auf die Frage der Wichtigkeit der Zusammenarbeit oder der Relevanz der Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten inklusive und insbesondere der NSA für das BfV. Richtig? - Das kann ich, glaube ich, relativ kurz machen. Insofern ist die Sauerland-Gruppe tatsächlich ein gutes Beispiel, wenn gleich wir nicht inhaltlich auf sie eingehen müssen. Es wäre weder im Fall der Sauerland-Gruppe noch in einigen anderen Fällen, bis heute andauernd, möglich gewesen, die Aufklärungsarbeit zu leisten, die wir geleistet haben, auch gemeinsam mit BND und BKA, wenn wir die Informationen, in diesem Fall der amerikanischen Dienste, in anderen Fällen anderer ausländischer Partner, nicht gehabt hätten. Das ist eine absolut essenzielle Basis unserer Arbeit und bis heute geblieben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Die rechtlichen Rahmenbedingungen - Sie haben das gerade mit der Frau Warken erörtert -, die Ihnen



Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt zur Verfügung stehen, § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz, haben wir gesagt, betrachten Sie das als Praktiker für ausreichend bei diesen Informationsübermittlungen, Datenübermittlungen, oder sehen Sie da Nachbesserungsbedarf?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann mit den rechtlichen Rahmenbedingungen, wie sie uns jetzt gegeben sind, gut leben. Also, an diesem Punkt sehe ich auch professionell wenig Nachbesserungsbedarf. Im technischen Bereich würde es mich freuen, wenn wir mehr dieser Informationen nicht von ausländischen Diensten, sondern beispielsweise primär auch vom BND bekämen. Dem ist aber leider nicht so.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann sind wir mit unseren Fragen erst mal durch.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke, Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Isselburg, Sie sagten, im November 2011 war erstmalig die Situation, vorbereitet schon in den Wochen vorher, dass man ganze Listen zu Personen, die ausreisen wollen, ausgereist sind oder schwerwiegende Straftaten begehen wollen, übergeben wollte.

Ich möchte Ihnen jetzt vorhalten die Übergabe einer Liste vom 23.08.2010 von 6D2 an CIA. Das ist Tagebuchnummer 231/16, MAT A BfV-17, Seite 189. Sie werden auf dem Dokument selbst das Datum nicht finden und auch nicht den Empfänger. Das mussten wir erst nachfragen beim Innenministerium. Aber dazu gibt es eine weitere Unterlage, die das Datum und den Empfänger CIA ausweist. Und im Nachgang, nach Seite 189 finden Sie dann nach Blattentnahmen auf Seite 209 die übersandte Liste von mehreren Dutzend Personen.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Zeuge Henrik Isselburg: Ich glaube, das habe ich sogar direkt erinnerlich; aber ich schaue trotzdem gern noch einmal rein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja um die Frage: Vorher gab es nur Einzelübergaben und erst ab November 2011 eine Liste. Und das ist aus 2010. Das ist mein Thema.

Der nächste Vorhalt ist auch in der Akte; die kann dann gleich da bleiben.

Zeuge Henrik Isselburg: Soll ich, darf ich dazu schon was sagen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gern.

Zeuge Henrik Isselburg: Vielleicht habe ich mich nicht konkret genug ausgedrückt.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann sein.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich hoffe allerdings, schon. - Das Neue war nicht, dass wir eine Liste übermittelt haben, sondern das Neue war, dass wir eine Liste übermittelt haben, die Kommunikations- und Passdaten zu den Personen beinhaltet. Die Liste, die mir hier gerade vorgelegt wurde, die von uns im August 2010 übergeben wurde, beinhaltete weder Kommunikationsdaten noch Passdaten.

Das ist eine Liste, die auf einer bei uns regelmäßig geführten Liste von Ausreisenden und Rückkehrern in und aus Dschihad-Gebieten beruht, zu denen, ich würde sagen, nahezu ausschließlich ohnehin schon jeweils einzelfallbezogener Kontakt bestand. Das heißt, das ist einfach nur noch mal eine Zusammenfassung der Personen, über die im Einzelfall ohnehin schon Kontakt besteht zu anderen Diensten, zu Partnerdiensten, und diese Liste beinhaltet keine Kommunikationsmittel-, keine Passdaten. Genau das ist aber der Punkt, der als neuer Punkt hinzugekommen ist, weswegen wir das BMI dann um Genehmigung, explizite Genehmigung zur Übermittlung dieser weiteren Liste gebeten haben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich lasse Ihnen jetzt die Akte noch mal dort. Ich frage dann dazu



Nur zur dienstlichen Verwendung

gleich noch mal weiter, wenn ich sie wieder in der Hand habe.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich habe sie noch hier, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagten, die Datenweitergabe - jetzt noch mal zweites Thema - vom BfV lief direkt an JIS oder über den BND, wie war es?

Zeuge Henrik Isselburg: In diesem konkreten Fall?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, insgesamt. Wie lief die Weitergabe der Einzelfallmeldungen oder der Listen ab? An wen hat man diese adressiert?

Zeuge Henrik Isselburg: Gut. - In Einzelfällen, wenn einzelne Schreiben übergeben oder geschickt werden, ist unser Ansprechpartner JIS.

Martina Renner (DIE LINKE): Und bei Listen?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist normalerweise auch unser Ansprechpartner JIS, außer die Liste geht direkt an die NSA; dann geht sie nicht direkt an die NSA, sondern, wie ich vorhin beschrieben habe, mittels BND.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Dann würde ich Sie jetzt bitten, die Stelle aufzurufen, die mit „08.04.10 Reisegruppe“ markiert ist.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

(Der Zeuge blättert und liest in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Henrik Isselburg: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Das schickt das BfV an JIS mit dem Hinweis: „Bitte direkt an NSA weiterreichen“.

Zeuge Henrik Isselburg: Konkret steht hier: „Bitte auch weiter an NSA“.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist zu einem Zeitpunkt gewesen, als der von mir vorhin beschriebene Informationskanal noch nicht eingerichtet war.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Es gab also auch eine direkte - - Mir geht es jetzt darum: Vorhin war die Aussage: An die NSA geht über den BND. Das ist ein Fall, bei dem Nachrichten vom BfV über JIS an NSA gingen.

Zeuge Henrik Isselburg: Noch mal konkret - -

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja nur darum - - Ja?

Zeuge Henrik Isselburg: Inzwischen gibt es eine Möglichkeit der mehr oder weniger direkten elektronischen Weiterleitung von uns über den BND an die NSA. Diese Möglichkeit gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht, weswegen wir - - Übrigens, Sie können auch davon ausgehen: Alle Schreiben, die Sie hier finden, die von uns an JIS, Berlin, adressiert sind, sind auch parallel an den BND gegangen, aber in dem Fall nicht an den BND mit der Bitte um Übergabe an die NSA, sondern JIS mit der Bitte um Beteiligung der NSA, weil wir eben noch keinen direkten Kontakt hatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wieso sagt man: „Das soll auch an die NSA gehen“?

Zeuge Henrik Isselburg: Weil wir uns in diesem Fall zu den darin enthaltenen Daten möglicherweise auch Erkenntnisse der NSA erhofft haben und sichergehen wollten, dass die NSA dieses Schreiben auch erhält. Wohlgedenkt: Wir hatten noch keinen direkten Kommunikationskanal zu ihnen, also mittels CIA.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann gehen wir jetzt zurück zu dieser Listenübermittlung am



Nur zur dienstlichen Verwendung

23.08.2010. Das ist ja ein ein bisschen ungewöhnlicher Weg. Können Sie mal erläutern, warum der gewählt wurde?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, der steht einfach - -

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sind offenbar mit der Sache so vertraut. Also, da steht ja für uns nicht ersichtbar, wer Urheber des Ganzen ist. Aber Sie scheinen das zu wissen.

Zeuge Henrik Isselburg: Mhm.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie wahrscheinlich selbst?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich war selbst bei der Übergabe dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wieso Übergabe?

Zeuge Henrik Isselburg: Weil es zum damaligen Zeitpunkt eine - im öffentlichen Bereich schwer erklärable - Dynamik in dem Fall gegeben hat, die zu sehr kurzfristigen, recht häufigen Treffen sowohl hier als auch in Washington als auch in London geführt hat. Es stand schlicht und einfach ein deutlicher inhaltlicher wie auch zeitlicher Druck dahinter.

Martina Renner (DIE LINKE): Bei solchen persönlichen Übergaben von Listen, wie erfolgt dort die Abwägung nach § 19 III, wie erfolgt die Übermittlung der Zweckbindung und Ähnliches mehr, wenn das nicht schriftlich fixiert ist, sondern die Listen persönlich übergeben werden?

Zeuge Henrik Isselburg: Die Abwägung nach § 19 III erfolgt nicht bei Übergabe der Liste, sondern bei Erstellung der Liste.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Das heißt, die Liste wird natürlich - - die wird ja nicht in Washington erstellt, sondern die wird bei uns im Büro erstellt. Und jede Person, die auf dieser Liste enthalten

ist, hat einen bestimmten Bearbeiter bei uns. Dieser Bearbeiter ist gehalten, die Prüfung nach § 19 III für diesen Zweck der Aufnahme in die Liste und der nachfolgenden Übermittlung dieser Liste vorzunehmen und gegebenenfalls nachzuhalten. Das heißt, die §-19-III-Prüfung ist in diesem Fall auch bei jeder einzelnen Person erfolgt.

Die Übergabe erfolgt mit Empfangsschein, mit allem Drum und Dran und ist begleitet von einem Schreiben, unter dem sich der hier bereits mehrfach zitierte Disclaimer befindet.²

Martina Renner (DIE LINKE): Und das findet sich leider nicht in unserer Akte. Weder die Abwägung nach § 19 III noch dieses Empfangsschreiben, wo drinsteht, dass die personenbezogenen Daten nur zweckgebunden eingesetzt werden dürfen, oder Ähnliches ist dort zu finden.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. - Die Prüfung nach § 19 III können Sie da noch nicht finden, weil zu diesem Zeitpunkt sie noch nicht schriftlich nachgehalten wurde.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, man hat erst die Daten übergeben und dann schriftlich die Abwägung nach § 19 III fixiert?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich verstehe es nicht.

Zeuge Henrik Isselburg: Noch mal, ich erkläre es noch mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gerne.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, sehr gern, auch von meiner Seite. - Die Prüfung nach § 19 Absatz 3 findet in dem Moment statt, und zwar bei dem jeweils für die Person zuständigen Sachbearbeiter oder der Sachbearbeiterin gern auch, bevor diese Person in diese Liste aufgenommen wird. Beim zuständigen Sachbearbeiter wird diese Prüfung

2) vgl. Anmerkung des Zeugen, Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

seit, ich glaube, 2011 oder 2012 dann auch verpflichtend schriftlich nachgehalten, zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Im Übrigen sieht die Rechtslage das auch nicht vor, dass das schriftlich nachzuhalten ist. Wir machen das seit, ich weiß nicht genau, seit wann, aber jedenfalls nach diesem Zeitpunkt. Gleichwohl hat diese Prüfung beim jeweils zuständigen Sachbearbeiter stattgefunden. Wenn sie negativ ausgefallen wäre, würde sich die betreffende Person nicht auf dieser Liste wiederfinden. Das heißt, die Liste, die übergeben wird oder übergeben wurde an diesem Zeitpunkt, bestand ausschließlich aus Personen, zu denen jeweils eine mit positivem Ergebnis vorgenommene §-19-III-Prüfung erfolgt ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, dann sind wir bei dem Thema. Wir würden dann gern mal solche Abwägungen nach § 19 III sehen; aber das ist ein anderes Thema. - Dann die Frage: Wo ist die Empfangsbescheinigung der Amerikaner mit der Verpflichtung?

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Das wäre dann jetzt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, ich habe dann noch eine kleine - - Ich würde gern wissen, wo die ist. Also, Sie erinnern sich, dass es schriftlich ausgehändigt wurde, die Empfangsbescheinigung an Sie damals, als Sie in Washington waren oder man sich hier getroffen hat, ja?

Zeuge Henrik Isselburg: Die Daten sind in Washington übergeben worden, und üblicherweise geschieht das mit einer Empfangsbescheinigung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wo ist die?

(Der Zeuge wendet sich an
MR Torsten Akmann
(BMD))

Vielleicht, das wäre vielleicht - -

MR Torsten Akmann (BMD): Frau Renner, ich habe es leider gerade nicht verstanden. Ich habe hier gerade hinten - -

Martina Renner (DIE LINKE): Es sind Listen zu Personen mit personenbezogenen Daten übergeben worden am 23.08.2010 in Washington oder hier; es klingt nach Washington. Die sind händisch anscheinend übergeben worden; das Wort haben wir hier auch gelernt. Und es gibt keine Empfangsbescheinigung, also auch keine Verpflichtung der amerikanischen Seite, die Daten nur zweckgebunden zu nutzen. Wir fragen, wo die ist.

MR Torsten Akmann (BMD): Genau deswegen habe ich mich gerade umgedreht. Wir prüfen das. Sie kriegen dann die Antwort.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir kriegen die Antwort.

MR Torsten Akmann (BMD): Ich kann es Ihnen momentan nicht beantworten.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Gut, dann machen wir in der nächsten Runde da weiter. Dann kann ich zwischenzeitlich mal wieder in der Akte lesen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:
Dann geht es weiter bei der CDU/CSU.

Nina Warken (CDU/CSU): Nur noch mal eine Verständnisfrage zu dem, was die Frau Kollegin Renner gerade gefragt hat. Wenn Sie die Liste übergeben, beinhaltet die Liste doch am Ende diesen Disclaimer, oder nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, tut sie.³

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. Gut. - Weitere Fragen im Moment nicht in der öffentlichen Sitzung.

3) vgl. Anmerkung des Zeugen, Anlage 2.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag:

Dann geht es weiter beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer möchte? - Herr Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Isselburg, ich komme noch mal auf den Bünyamin zurück. Erinnern Sie sich daran, dass, nachdem Sie, jetzt Sie persönlich oder Ihre Abteilung, wer auch immer, Informationen über Handys weitergegeben haben und dann Bünyamin Erdogan von einer Drohne getötet worden ist, übrigens nicht in Afghanistan, sondern in Waziristan, es danach Anfragen aus dem Deutschen Bundestag gegeben hat, mit denen Sie und andere befasst gewesen sind, zu diesem Tod? Er war ja deutscher Staatsangehöriger.

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist mir bekannt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist mir bekannt, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie an der Beantwortung der Fragen beteiligt?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie kannten die?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich weiß, dass es Anfragen gegeben hat. Aber Bünyamin Erdogan lief nicht im Verantwortungsbereich meines Referats. Insofern war ich an der Beantwortung auch nicht beteiligt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht hat man bei Ihnen nachgefragt, ob Sie wissen - - irgendwelche Daten. Ich habe zum Beispiel eine Anfrage gestellt, wo ich auch genau diesen Zusammenhang erfragt habe. Hat man bei Ihnen nachgefragt: „Haben wir da irgendwelche Daten hingegeben, die vielleicht was damit zu tun haben können, dass der da am 4. Oktober 2010 getötet worden ist?“?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist mir nicht konkret innerlich, aber kann sein, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann sein, ja. - Ist Ihnen erinnerlich - - Sie haben vorhin mal gesagt, dass bei Ihnen darüber geredet worden ist, ob diese Daten ausreichen für eine Ortung. Ist diese Diskussion oder sind diese Gespräche bei Ihnen in der Abteilung, bei Ihnen im Amt im Anschluss geführt worden, vielleicht auch aus Anlass dieser Anfragen aus dem Bundestag?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, also zumindest in dem Bereich, den ich überblicken kann, auch in meinem Referat hat diese Diskussion stattgefunden, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und die Diskussion kam zu dem Ergebnis: „Wir liefern ja nichts, was da zur Ortung beitragen kann“, oder wie?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist korrekt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dieser Erlass von Herrn Romann, der war ja auch im zeitlichen Zusammenhang - - Also der Tod war am 04.10. Am 24. November 2010, nachdem diese Anfragen da alle drin waren, auch beantwortet worden sind, zufällig fragt auch Herr Romann nach, oder gibt Ihnen diese Anweisung, schickt Ihnen diesen Brief. Glauben Sie, dass das was damit zu tun hatte, mit dieser Diskussion, die bei Ihnen war und die in der Öffentlichkeit war, die im Bundestag war?

Zeuge Henrik Isselburg: Wie gesagt, da müsste ich jetzt spekulieren. Das sind Gedankengänge, wenn überhaupt, dann von Herrn Dr. Romann, den Sie dann am besten selbst fragen. Ich weiß nicht, warum er das so aufgeschrieben hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war ja, wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe, keine Eigeninitiative, dass der dachte: „Geben wir mal einen Erlass raus“ oder so, sondern Sie hatten da angefragt, nicht?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Wir hatten konkret angefragt, ob wir diese Liste in der dem BMI auch zu diesem Zeitpunkt mitgeteilten Form übermitteln können. Zurück bekamen wir den Erlass, wie er vorhin auch zitiert worden ist. Wie genau und warum der Erlass diesen Wortlaut trägt, erschließt sich mir nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denn diesen Erlass so aufgefasst, dass damit genau das verhindert werden sollte in Zukunft, mindestens in Zukunft, was da vorher geschehen war? Sie liefern Daten, ein deutscher Staatsangehöriger ist danach tot, andere auch noch, auch aufgrund, möglicherweise aufgrund der Daten, die Sie geliefert haben.

Zeuge Henrik Isselburg: Das halte ich weiterhin für hochspekulativ.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Bei wem haben Sie sich da eigentlich mal erkundigt oder schlau gemacht?

Zeuge Henrik Isselburg: Worüber genau?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob diese Daten zur Ortung beitragen können.

Zeuge Henrik Isselburg: Unter anderem im Bereich unserer Abteilung 3. Wir setzen ja auch IMSI-Catcher ein, beispielsweise. Also, da haben wir auf Arbeitsebene gefragt: Okay, geht das oder geht das nicht? Die Antwort - wie gesagt, ich bin kein Techniker -, die Antwort war: Nein, das klappt nicht so genau, dass man jemanden orten könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was geht nicht? Was haben die denn gesagt, was geht nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Jemanden anhand, nur in Kenntnis der Mobilfunknummer jemanden so zu orten, dass man ihn so genau orten könnte, dass man ihn auch tatsächlich treffen könnte, militärisch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch gefragt, ob zum Beispiel die Ortung dann so stattfindet, dass dann die Drohne in die Nähe fliegt? Und die Drohne hat ja Augen, wie wir wissen, und sucht dann das Gebiet ab und stellt dann eine Person fest - soll ja möglich sein mit Augen -, und dann schickt sie die Raketen dahin.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich weiß nicht, wie Drohnen funktionieren. Zählt auch schlicht nicht zu meinem Bereich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht hätten Sie das mal machen sollen.

Zeuge Henrik Isselburg: Ist das eine Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie es gemacht? Warum sind Sie nicht auf die Idee gekommen, sich mal kundig zu machen? Es ging ja immer um diese Killerdrohnen, die ausgeschickt werden, um Menschen illegal hinzurichten. Und: Wie das funktioniert, haben Sie sich da nicht mal kundig gemacht? Dass vielleicht die Daten eines Handys, die Telefonnummer zum Beispiel, dass die vielleicht nicht ausreicht, um das genau zu fixieren, aber wenigstens mal den Ort so ungefähr und dann möglicherweise mit IMSI-Catcher oder auch einfach mit dem Auge - - Da ist ja eine Kamera dran, und die meldet fast zeitgleich die Bilder dann zu dem Drohnenpiloten, der - wir haben den hier gehört, einen von denen - dann in den USA sitzt und den Abschuss vornimmt.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich muss noch mal sagen: Ich hatte und habe keinerlei Anlass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keinen Anlass? Da war jemand, zu dem Sie Daten geliefert haben und der anschließend tot war und durch eine Drohne getötet worden war.

Zeuge Henrik Isselburg: Und Sie sehen offenbar einen kausalen Zusammenhang, und ich sehe keinen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Henrik Isselburg: Sie sehen offenbar einen kausalen Zusammenhang, den ich nicht erkennen kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber Sie haben Daten geliefert. Dann müssen Sie doch mal fragen: Können wir da irgendwie zu beigetragen haben?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Und das Ergebnis unserer Überlegungen dazu lautet: Nein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Überlegungen!)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Überlegungen hatten ja überhaupt keine Substanz, weil Sie sagten, Sie wussten gar nicht, wie eine Drohne funktioniert, interessierte Sie auch gar nicht.

(Martina Renner (DIE LINKE): Das ist der Punkt!)

Ich sage Ihnen: Das geht. Das hat der Drohnenpilot - - Der saß da, auf Ihrem Stuhl.

Zeuge Henrik Isselburg: Auch das, was der Zeuge hier vorher ausgesagt hat, ist meines Wissens nirgendwo anders verifiziert worden. Insofern - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwo anders.

Zeuge Henrik Isselburg: Mir ist - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sonst noch nachgefragt?

Zeuge Henrik Isselburg: Mir ist schlicht nicht bekannt, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das haben Sie doch selber gemacht.

Zeuge Henrik Isselburg: - dass auch die Aussage des Zeugen hier vorher in irgendeiner Weise verifiziert worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zeuge, der hat 1 600 solcher Angriffe geleitet, Drohneneinsätze.

Zeuge Henrik Isselburg: Weiß ich nicht. Ich kenne ihn ja nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Natürlich kennen Sie ihn nicht. Aber das ist für Sie kein Anlass, jetzt wenigstens mal darüber nachzudenken, ob da nicht doch ein Zusammenhang besteht? Ist Ihnen das eigentlich egal, oder nehmen Sie es billigend in Kauf, sagt der Jurist, dass da Menschen illegal hingerichtet werden?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob eigene moralische Einschätzungen hier zum Untersuchungsgegenstand beitragen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, doch, das trägt schon dazu bei, dass wir uns ein Bild darüber machen können: Was geht im Kopf eines Mitarbeiters des Bundesamtes für Verfassungsschutz vor, der solche Daten liefert und dann feststellt, dass eine erhebliche Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit besteht, dass diese Datenlieferung zu Toten geführt hat?

Zeuge Henrik Isselburg: Herr Ströbele, bei allem Respekt, aber den Kausalzusammenhang, betone ich noch mal, ich glaube, zum fünften Mal, stelle ich nicht her.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt - -

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Moment mal eben. Herr Akmann hat sich gemeldet.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er will das nicht verstehen! Das ist ja das Problem! - Unruhe)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Jetzt ist Herr Akmann dran.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Ich glaube, der Zeuge hat Recht, er muss sich hier nur zu Tatsachen äußern. Deswegen ist er hier.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Au, das fällt Ihnen aber früh ein.

MR Torsten Akmann (BMI): Und die Fragen zielen darauf nicht ab.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war hier noch nie üblich, dass nur nach Tatsachen gefragt wird.

(Heiterkeit)

Da können wir mal die ganzen Protokolle durchkämmen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Ströbele, die Zeit ist langsam um. Sie haben noch eine Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Außerdem steht Ihnen das gar nicht zu, das zu beanstanden. Wenn, dann steht das der Vorsitzenden zu. Sie haben da überhaupt kein Einmischungsrecht. Wir sind - - Sie sind hier - - Die Bundesregierung ist hier nicht Herrin des Verfahrens, Herr Akmann. - Nein, tut mir leid, ist sie nicht.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Herr Ströbele, die Zeit ist langsam um. Haben Sie noch eine Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Abschließend, weil ja meist noch eine kommt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ist Ihnen bekannt, dass die CIA und andere US-Stellen, zum Beispiel die Army, Todeslisten führen, auf die man - - wo man - - Der steht ganz oben, und dann geht das runter bis 30,

40 oder runter, wo man dann Erkenntnisse sammelt, und dann wird die abgearbeitet, die Liste?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, in dieser Form nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt: in dieser Form?

Zeuge Henrik Isselburg: Das, was pressebekannt ist oder darüber geschrieben wurde, ist mir am Rande bekannt, aber ansonsten: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dass dann für diese Todesliste Telefonnummern, Handynummern gesammelt werden und von Ihnen geliefert werden, ist Ihnen das bekannt?

Zeuge Henrik Isselburg: Sie können mir das gern darlegen, dann beschäftige ich mich damit -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob Ihnen das bekannt ist, habe ich jetzt gefragt.

Zeuge Henrik Isselburg: - und treffe dazu eine Aussage. - Nein, in der Form, wie Sie das äußern, ist mir das nicht bekannt, nein.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann wäre die Zeit so weit rum. - Dann kommt die SPD-Fraktion.

Dr. Jens Zimmermann (SPD): Frau Vorsitzende, wir haben in der öffentlichen Sitzung keine weiteren Fragen.

Stellvertretende Vorsitzende Susanne Mittag: Dann geht es weiter bei der Fraktion Die Linke. Frau Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Isselburg, unter den Telekommunikationsdaten, die Sie weitergegeben haben, befanden sich da auch IMEI-Nummern?

Zeuge Henrik Isselburg: Meines Wissens nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gern einen Vorhalt machen aus der Akte Tagebuchnummer 231/16, MAT A BfV-17, Seite 137.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Da ist viel geschwärzt. Deswegen können Sie die wenigen Dinge, die man da lesen kann, schnell finden, in der Mitte.

Zeuge Henrik Isselburg: Sie haben Recht, eine IMEI-Nummer steht drin, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. - Und was macht man mit so einer IMEI-Nummer?

Zeuge Henrik Isselburg: Üblicherweise kann man über eine IMEI-Nummer rausfinden, welche Telefonnummer in dem Telefon genutzt wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Was kann man noch über eine IMEI-Nummer machen?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist das, wofür wir IMEI-Nummern einsetzen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich kann ein Handy lokalisieren, auch wenn die SIM-Karte gewechselt wird?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann es nicht lokalisieren, wenn eine SIM-Karte gewechselt wird, sondern ich erhalte weiterhin die Daten, die von dem Handy ausgeleitet werden. Das heißt, ich erfahre dadurch beispielsweise, dass derjenige die SIM-Karte gewechselt hat und was die Erreichbarkeit der neuen SIM-Karte ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Perfekt. - Was geht dann noch an die Amerikaner? Die Mobilfunknummer, die IMEI-Nummer, und was noch? Wie sieht es mit IMSI aus?

Zeuge Henrik Isselburg: Weiß ich jetzt schlicht nicht. Ich weiß es nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie nicht. - Sonst noch irgendwelche Telekommunikationsmerkmale außer Mobilfunknummer, IMEI - IMSI wissen Sie nicht -, was vielleicht auch an die Amerikaner geht?

Zeuge Henrik Isselburg: Gegebenenfalls Mailadressen, gegebenenfalls Nicknames, die genutzt werden in Foren, was auch immer.

Martina Renner (DIE LINKE): Chats, Foren?

Zeuge Henrik Isselburg: In Chats, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Metadaten?

Zeuge Henrik Isselburg: Metadaten in welchem Sinne?

Martina Renner (DIE LINKE): Informationen aus Kommunikationsvorgängen, wer mit wem E-Mails tauscht, wer mit wem chattet?

Zeuge Henrik Isselburg: Also Kontaktdaten der jeweiligen Person?

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Sofern diese Kontaktdaten als relevant erachtet werden, gegebenenfalls ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Summe dieser Informationen - Mobilfunknummer, IMEI, IMSI, Nicknames in Chats, E-Mail-Adresse, Kontaktpersonen -, sind die zur Lokalisierung geeignet?

Zeuge Henrik Isselburg: Aus unserer Sicht, nein, nicht unmittelbar, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Es ist erstaunlich, dass überhaupt jemals eine Hellfire-Rakete ihr Ziel erreicht hat, oder?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist was, was Sie gegebenenfalls diejenigen fragen sollten, die die Hellfire-Raketen einsetzen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das haben wir ja gemacht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das haben wir ja gemacht, genau.

Sagt Ihnen der Sterne-Komplex etwas?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Er wohnt auf einem anderen!)

Martina Renner (DIE LINKE): Den Begriff haben Sie noch nie gehört?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die EG „Komet“?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch nie gehört?

Zeuge Henrik Isselburg: Das heißt, doch. EG „Komet“, ja, sagt - - Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist denn die EG „Komet“?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich habe gerade gesagt: Ich habe das mal gehört. Ich bringe es im Moment aber mit nichts Sachlichem zusammen. Sie können mir gern auf die Sprünge helfen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich frage Sie. Mir sagt das relativ - -

Zeuge Henrik Isselburg: Der Begriff EG „Komet“: „EG“ wird für Ermittlungsgruppe stehen, ist ein Ermittlungsverfahren des BKA. Ich weiß es wirklich nicht, ob das das Ermittlungsverfahren rund um Bünyamin Erdogan war oder nicht. Das ist das, was mir als Erstes in den Kopf kommt, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie oft waren Sie denn in Washington zur Übergabe von solchen Listen?

Zeuge Henrik Isselburg: Zur Übergabe von solchen Listen?

Martina Renner (DIE LINKE): Oder Einzelfällen?

Zeuge Henrik Isselburg: Genau, Singular. Zur Übergabe einer solchen Liste war ich genau einmal in Washington, ansonsten bei anderen Gelegenheiten.

Martina Renner (DIE LINKE): Und zu Einzelfällen, gab es da Übergaben?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein. Besprechungen ja, Übergaben nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Besprechungen ja, Übergaben nein. Das war ein einmaliger Vorgang, dass eine Liste händisch übergeben wurde.

Zeuge Henrik Isselburg: Wie ich bereits erläutert habe, geschuldet der Dynamik in der Fallentwicklung zu diesem Zeitpunkt.

Martina Renner (DIE LINKE): Na ja, man fliegt ja so ein paar Stunden über den Teich. Mit Dynamik hat das relativ wenig zu tun, finde ich.

Zeuge Henrik Isselburg: Es gibt auch bürokratische Dynamik.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann erklären Sie mal, was die besondere Situation war. Weil mit zeitlicher Dynamik kann man das nicht erklären, dass man sich auf den Weg macht, ein Ticket bucht, irgendwie dort jemanden trifft. Da geht doch irgendwie digitale Übersendung weitaus schneller, da kann ich das ja sogar jemandem am Kryptotelefon vorlesen.

Zeuge Henrik Isselburg: Das bedürfte des Nachweises. - Es war schlicht - - An dem Zeitpunkt war es die schnellstmögliche Variante, die Daten zu übergeben. Sie wissen, dass die Stücke jeweils ver-PDFt werden und je nach Einstufungsgrad dann entweder elektronisch oder per Fax oder wie auch immer - - Das dauert, und ist gegebenenfalls technisch auch nicht immer möglich. Zu diesem Zeitpunkt war es das Sinnvollste, sie anlässlich einer ohnehin zu diesem Fallkomplex



Nur zur dienstlichen Verwendung

damals anberaumten Besprechung händisch zu übergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Sie haben sich dann getroffen mit der CIA?

Zeuge Henrik Isselburg: Unter anderem.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer war da noch dabei?

Zeuge Henrik Isselburg: Meiner Erinnerung nach CIA, NSA. Ja, ich glaube, die beiden, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Und auf deutscher Seite? Das BfV auch begleitet durch BND oder allein unterwegs?

Zeuge Henrik Isselburg: BfV und BND.

Martina Renner (DIE LINKE): BfV und BND waren zusammen unterwegs.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Das ist häufig so.

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Eingangsbestätigung sucht das Innenministerium;

das ist gut. - Hat man denn auch was zurückbekommen, also auf dem Rückweg was mitgenommen, Listen?

Zeuge Henrik Isselburg: Wir haben keine Listen mit zurückgenommen, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das Angaben zu Personen - - Ich nenne das jetzt mal „Beschaffungsauftrag“. Also, die Amerikaner geben ihr Wunschprofil ab und sagen: „Zu diesen Personen hätten wir gern Informationen“, und dann sind diese Informationen danach übergeben worden, oder waren das Informationen, die man ohne Anforderung durch die Amerikaner generiert hatte und aus eigener Entscheidung übergeben hat? Push und pull, Sie kennen diese Frage.

Zeuge Henrik Isselburg: Das habe ich vorhin bereits erläutert. Wir hatten zu dem Zeitpunkt in dem Fall, den wir gemeinsam bearbeitet haben,

ein bestimmtes Profil von Personen, die infrage kamen.

Martina Renner (DIE LINKE): Und woher kam dieses Profil?

Zeuge Henrik Isselburg: Aus der Sammlung aller zu diesem Fallkomplex vorliegenden Informationen aus unterschiedlichsten Quellen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist nicht die Antwort auf meine Frage. Ich wollte wissen, ob die Amerikaner konkret zu diesem Profil angefragt haben.

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, haben sie nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben sie nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Das Profil ist gemeinsam zwischen allen beteiligten Diensten anhand der Informationen, die allen gemeinsam vorlagen, erstellt worden, und dann ist besprochen worden, dass es fachlich, professionell am sinnvollsten wäre, die jeweils bei den Beteiligten vorliegenden Daten zu Personen, die in dieses Profil fallen könnten, auszutauschen. Genau das ist erfolgt. Das heißt, es ist keine einseitige Anforderung der Amerikaner oder wessen auch immer gewesen, sondern ein gemeinsam erstelltes Profil mit der Vereinbarung des Austausches der jeweils in den Zuständigkeitsbereichen möglicherweise darauf passenden Personen. - Beantwortet das die Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, und da wird es gleich noch einen Vorhalt zu geben. Ich habe nur gerade die Akte nicht. Das ist BND-17; die bräuchte ich dann auch noch mal. Aber das werden wir wahrscheinlich in der nächsten Runde machen. - Das BKA war bei diesem Termin nicht dabei?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist mir nicht Erinnerung, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Der BND, hat er auch Informationen übergeben anlässlich dieses Termins oder waren das nur Unterlagen des BfV?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Ich weiß es nicht mehr. Ich denke aber, es waren nur Informationen des BfV, was aber auch nachvollziehbar ist, weil wir der Inlandsdienst sind, der naturgemäß über die Informationen zu den Personen in Deutschland oder die aus Deutschland ausgereist sind, verfügt.

Martina Renner (DIE LINKE): Neben dieser Liste, die dort angehängt ist - da sind ja viele Entnahmen; das sehen Sie ja, da fehlen ja mehrere Seiten -, wurden dort auch weitere Informationen zu den Personen wie Informationen aus Kommunikationsaufkommen weitergegeben? Oder ist diese Liste alles, was Sie damals übergeben haben an die CIA?

Zeuge Henrik Isselburg: Soweit ich mich erinnere, ist die Liste alles, was wir dort vor Ort übergeben haben. Ansonsten hat es natürlich zu Einzelpersonen Schriftverkehr gegeben, der aber nicht im Wege des persönlichen Handovers dort geschehen wäre, ja. - Das ist auch unüblich.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu dem Zeitpunkt 23.08.2010, hätte es die Möglichkeit gegeben, die Daten sicher an die JIS zu übersenden? Also, wenn man sie einscannet und schickt?

Zeuge Henrik Isselburg: Wäre aus meiner Erinnerung technisch etwas schwierig gewesen aufgrund des Umfangs der zu übermittelnden Daten.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist doch nur eine Seite. Also, ich habe in der Akte eine Seite. Ich weiß nicht, das scanne ich Ihnen in drei Sekunden ein.

Zeuge Henrik Isselburg: Wir haben es nicht in drei Sekunden eingescannt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein, es ist hinter der Seite 198, und dann ist das eine Seite.

(Der Zeuge blättert in den ihm zuvor vorgelegten Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt danach dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, ich brauche dann nachher ja sowieso noch mal die andere Akte. - Was ist denn da alles übergeben worden, dass es so schwierig gewesen ist, das einzuscannen oder dem JIS-Präsidenten hier in die Hand zu drücken in Berlin? Sie sitzen doch auch in Berlin. Warum fliegt man nach Washington?

Zeuge Henrik Isselburg: Die Besprechung war ohnehin angesetzt. Insofern bot - -

Martina Renner (DIE LINKE): Hat sich das ergeben.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann danke erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur CDU/CSU-Fraktion. Gibt es im öffentlichen Teil noch Fragen an den Zeugen? - Nein. Dann sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Isselburg, Sie sprachen vorhin bei diesen Listen davon, dass die Daten gebündelt der Liste bezogen auf einen Fall weitergegeben wurden.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Einen Fallkomplex, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeuge Henrik Isselburg: Einen Fallkomplex, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einen Fallkomplex, genau. So eine Liste umfasst dann - - So eine Liste wird von einem Sachzusammenhang umfasst praktisch?

Zeuge Henrik Isselburg: Korrekt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt sozusagen die interessante Info: Wer kommt denn dann in so eine Bündelung mit



Nur zur dienstlichen Verwendung

rein? Also, es geht dann ja um mehr als eine Person. Und was qualifiziert, auf so eine Liste zu kommen, was für eine Definition, wonach entscheidet man das?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich gebe Ihnen gern ein Beispiel. Wenn wir zum Beispiel wissen, dass die Personen, die von Kern-al-Qaida oder von wem auch immer ausgesucht worden sein sollen, um in Deutschland oder in Westeuropa Anschläge zu begehen, sich ab einem bestimmten Zeitpunkt irgendwo aufgehalten haben sollen, möglicherweise über bestimmte Sprachkenntnisse verfügen sollen etc. pp. Solche einschränkenden Kriterien ergeben am Ende ein Profil, nach dem man schauen kann - was wir auch getan haben -: Wer passt auf dieses Profil? Das heißt, wenn das Profil beispielsweise ist: 20 bis 25 Jahre alter Mann marokkanischer Herkunft mit englischen Sprachkenntnissen oder was, dann fällt natürlich jemand, der 35 ist und ägyptischer Herkunft ohne englische Sprachkenntnisse ist, da raus. So wendet man eigentlich Profile an.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Aber könnte es dann sein, dass mehrere Personen unter dieses Profil fallen?

Zeuge Henrik Isselburg: Selbstverständlich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ohne dass man genau weiß, wer jetzt - - Sie haben das vorhin auch so gesagt - da habe ich mich auch schon drüber gewundert -, dass, wenn man zu spät feststellt, dass jemand ein gewaltbereiter Dschihadist ist, der jetzt nach Syrien reist oder so - - Ich frage mich eigentlich, wie das rechtsstaatlich ist. Wie können Sie das feststellen? Sie können doch nur einen Verdacht entwickeln; also jetzt einmal juristisch einen Moment gedacht. Sie können doch nur Verdachtsmomente haben gegen eine Person.

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist die Hauptaufgabe des BfV.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, logo. Nur, daraus entsteht natürlich irgendwie auch ein Problem. Wenn Sie jetzt sagen,

Sie suchen einen marokkanischstämmigen 28-Jährigen mit Englischkenntnissen, und darauf passen sieben Leute und diese sieben Kontakte geben Sie weiter, dann ist es ja nicht nur so, dass Sie bei dem einen nur den Verdacht haben, sondern eigentlich wissen Sie, dass nur der eine gemeint ist und es bei sechs Leuten wahrscheinlich nicht stimmt. Verstehen Sie, was ich sagen will?

Zeuge Henrik Isselburg: Nicht ganz, ehrlich gesagt. Ich ahne, wohin Sie wollen, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es darum: Welche Kriterien muss ich erfüllen - ich jetzt abstrahiert -, damit ich von Ihnen in irgendeiner Liste lande, die in die USA geht?

Zeuge Henrik Isselburg: Sie abstrahiert?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Sie müssten sich in ein Dschihad-Gebiet beispielsweise begeben haben mit dem Ziel, dort gegen Koalitionskräfte Gewalt anzuwenden, und Sie müssten gegebenenfalls Englisch können und zwischen 20 und 25 sein, dann - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Erste ist ja eine Tatsache. Da sage ich Ihnen: Kolleginnen und Kollegen von mir begeben sich ab und zu in ein Dschihad-Gebiet. Das ist hoffentlich nicht das einzige - -

Zeuge Henrik Isselburg: Aus islamistischer Motivation, sollte ich vielleicht hinzufügen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Korrekt. Aber das ist ja nur etwas, was Sie sozusagen verdachtsmomentig - - Das ist ja nicht gerichtlich festgestellt, ob jemand ein Dschihadist ist.

Zeuge Henrik Isselburg: Richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sammeln als Behörde Verdachtsmomente, Sie hören sein Telefon ab, Sie machen



Nur zur dienstlichen Verwendung

alle möglichen Dinge, Sie sehen, er geht in die und die Moschee, wobei ich jetzt - - Die meisten Gewaltbereiten gehen ja gar nicht in Moscheen, sondern machen irgendwelche anderen Sachen. So. Aber Sie sammeln ja nur Verdachtsmomente. Und deswegen die Frage: Wo beginnt Ihr Gefährderbegriff? Oder wo ist die Schwelle?

Denn das ist ja ein krasser Eingriff. Wenn mein Name am Ende in so einer Liste landet, die an die USA weitergegeben wird, habe ich ja irgendwie ein Problem, und zwar nicht nur, weil ich nicht nach Amerika einreisen kann, sondern wenn ich in einem Dschihad-Gebiet lande, dann, glaube ich, lebe ich gefährlich, wenn die Amerikaner da meine Kontaktdaten haben. Deswegen die Frage: Wo sind diese Kriterien festgeschrieben, oder wie kommt man da zu einer Abwägung?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich komme wieder auf § 19 Absatz 3 Bundesverfassungsschutzgesetz. Es ist der Kernbestand nachrichtendienstlicher Arbeit, mit Bewertungen, Analysen, Vermutungen, Verdachtsmomenten umzugehen, Verdachtsmomente zu verdichten bis zu einem Punkt, an dem man dann möglicherweise in einer Verhältnismäßigkeitsprüfung nach § 19 III zu dem Ergebnis kommt: Die Verdachtsmomente sind so überwiegend, dass mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit usw. das eine erfüllt ist und das andere nicht oder umgekehrt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich. Das ist auch Aufgabe im präventiven Bereich. Das Problem ist, das BfV ist eben hier Teil einer Maschinerie, die nachher Urteile exekutiert, die sozusagen nicht von einem Gericht getroffen wurden. Das ist das Problem, Herr Isselburg. Und deswegen frage ich mich - - § 19 III ist jetzt eine etwas abstrakte Norm für so einen konkreten Eingriff, der da am Ende stattfindet. Deswegen: Ist irgendwo aufgeschrieben, nach welchen Kriterien das genau läuft? Weil das ist ja das Problem. Wenn diese Person irgendwie dann weiter beobachtet würde oder so - na ja, gut, okay, das leuchtet mir auch ein. Dass, wenn der Fall konkret wird, Sie ihn an die Polizeien abgeben, wenn das hier in Deutschland stattfindet - okay, leuchtet mir alles ein. Ich bin auch ein um Sicherheit besorgter Mensch. Aber das Problem

ist ja: Wenn Sie mit der NSA kooperieren bzw. mit der CIA, kann es dazu führen, dass am Ende des Tages dieser Mensch von einer Drohne getroffen wird, und das ist ja auch passiert. Und jetzt frage ich mich: Hat das BfV irgendwo mal Kriterien aufgeschrieben, nach denen man auf so Listen landen kann? Also ist das irgendwo festgehalten? Ich habe es nämlich in den Akten nicht gefunden.

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, das liegt daran, dass es in den Akten nicht steht, weil es das nicht gibt. Unsere Rechtsgrundlagen sind hier schon mehrfach erläutert worden. § 19 III halte ich, wie auch schon erläutert, für hinreichend, hilfreich, sinnvoll und ausreichend, um solche Entscheidungen treffen zu können. Ich muss noch einmal betonen: Die Kausalkette, die Sie aufmachen von „Das BfV ist Teil einer Maschinerie, an deren Ende Personen zu Tode kommen“, kann ich nicht nachvollziehen. Ich möchte das auch so nicht stehen lassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, das verstehe ich, sozusagen emotional, und ich würde mir auch wünschen, dass es anders wäre. Aber es ist nun mal so, dass die Amerikaner diesen Drohnenkrieg betreiben und viele Tausend Menschen so umgebracht haben und leider mit einer hohen Fehlerquote auch. Ich selbst schätze die USA sehr, aber das finde ich also nicht so gut. Deswegen versuchen wir, der Sache auf den Grund zu gehen, ob nicht der deutsche Dienst doch mit diesem Datenaustausch irgendwie ein Teil davon ist. Deswegen ist es auch so interessant für uns, dass wir in den Akten Namen finden von Leuten, die nachher durch Drohnen getötet wurden. Ich sage Ihnen mal: Haben Sie denn in den letzten - das fällt jetzt nicht in unseren Untersuchungszeitraum -, aber haben Sie denn in den letzten Monaten irgendwas an Ihrem Prozedere verändert?

Zeuge Henrik Isselburg: Da das nicht in den Untersuchungszeitraum fällt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das hätte ich jetzt - - Also, ich wollte nur die Möglichkeit zur Exkulpation geben. Denn am - - Das Datum habe ich hier gar nicht, aber in



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Vernehmung von Brandon Bryant - ich lese das jetzt mal vor - hat er Folgendes gesagt auf Seite 38 von 158 Seiten - ich zitiere -:

Auf dem Fluggerät

- das Fluggerät ist die Drohne -

gibt es einen sogenannten Gilgamesh-Pod, das ist ein Signalsystem, das wie ein mobiler Funkmast funktioniert. Und damit können wir Mobiltelefonnummern, PIN-Nummern von Mobiltelefonen verfolgen, die etwas anderes sind als die SIM. Wir können mitverfolgen, wer angerufen wird, wie lange die Anrufe dauern, wem SMS geschrieben werden - nicht unbedingt den Inhalt der SMS -, wie lange es dauert, bis die SMS beantwortet wird. Metadaten sind also eine sehr große und breite Kategorie; aber es ist nicht das, was tatsächlich gesprochen wird. Aber wir verfolgten das Signal, das aus diesem Gebäude kam, über das Signalsystem.

Zitat Ende.

Unter dieser Drohne hängt ein Gilgamesh-Pod. Ich stelle mir das so vor als technischer Laie wie einen IMSI-Catcher. Der übernimmt das Funksignal des Handys und kann dann eben auch am Ende, weil die Drohne ja große Strecken fliegen kann, eine Triangulationsortung machen und damit ziemlich genau bestimmen, wo sich jemand aufhält. Jetzt können Sie sagen: Das haben Sie bis zur Vernehmung von Brandon Bryant nie gehört. - Ich hatte es vorher nicht gehört, ich arbeite aber auch nicht bei einem Geheimdienst. Aber jetzt ist das ja irgendwie in der Welt. Vor diesem Hintergrund: Hat das BfV irgendwas geändert an seinem Prozedere?

Zeuge Henrik Isselburg: Abgesehen davon, dass es nicht Untersuchungsgegenstand ist, möchte ich gern noch mal wiederholen, dass ich die Aussage des Zeugen hier zur Kenntnis genommen habe, mir aber keinerlei Verifizierung dessen, was der Zeuge hier gesagt hat, bekannt ist.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da könnte man mal nachfragen!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber was wäre eine Verifizierung? Müsste Herr Hayden das hier bestätigen? Würden Sie dann sagen: „Ja gut, da ist wohl was dran“? Oder würden Sie auch sagen: „Das ist halt irgendein Zeuge, der irgendwas erzählt“? Brauchen Sie ein Gutachten?

Wir können ja hier als Untersuchungsausschuss Gutachten in Auftrag geben - vielleicht wäre das hilfreich, auch für die Bundesregierung - und einfach mal gucken, ob das technisch so sein könnte. Sollen wir das als Bundestag als Dienstleistung an das BfV mal machen, ob das technisch möglich ist, und dann würden Sie anfangen, darüber nachzudenken, da vielleicht etwas zu verändern?

Zeuge Henrik Isselburg: Erstens. Die Erstellung eines technischen Sachverständigengutachtens steht Ihnen frei.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wohl wahr, ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Das würde uns auch tatsächlich interessieren. Sie würden das allerdings nicht für das BfV machen, sondern weil es sicher allgemein - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir würden Ihnen eine Kopie schicken.

Zeuge Henrik Isselburg: Das wäre sehr freundlich; die würden wir auch lesen. Und wenn das BfV dann irgendetwas in seiner Praxis der Informationsübermittlung ändern würde, ist das etwas, was unsere Leitungsebene ganz sicher entscheiden, beschließen, durchsetzen und auch vertreten würde.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich glaube, wir ziehen das ernsthaft in Erwägung. Ich werde mich auf jeden Fall dafür starkmachen.

Vielleicht noch eine Frage, weil meine Zeit, glaube ich, schon wieder zu Ende geht. Wie frage ich das? - Sie sagen - - Ich überlege ja: Wenn ich lese, wie Ihr Prozedere war seit 2010, 2011 bei der Weitergabe von Listen: Warum Herr de Maizière gerade ein MoU unterschreiben musste in den USA? Also könnte es vielleicht doch sein - ich bewege mich wieder in den Untersuchungszeitraum -, dass in der Vergangenheit zumindest auf Verwaltungsebene etwas gefehlt hat, was man jetzt hat?

Zeuge Henrik Isselburg: Es tut mir leid, ich kann Ihnen nicht folgen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie gehört, dass der Bundesinnenminister ein MoU mit den Amerikanern abgeschlossen hat vor zwei, drei Wochen in den USA zum Datenaustausch?

Zeuge Henrik Isselburg: Habe ich pressemäßig verfolgt, aber - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie sich gefragt, wozu das gut sein kann, wo Sie doch schon so Daten austauschen?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist hier, glaube ich, tatsächlich nicht Gegenstand, oder?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Frage. - Ja, Herr Akmann - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht genügt auch ein Blick in § 14 BKA-Gesetz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, der Umstand - - Bitte?

(Tankred Schipanski
(CDU/CSU): § 14 BKA-Gesetz, da steht alles drin!)

- Was steht da alles drin? Warum Herr de Maizière in den USA ein MoU unterschrieben hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, da stehen die Grundlagen und in der Kommentierung, in dem kleinen grünen Kommentar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In dem kleinen grünen Kommentar, da steht die Begründung drin und wie das erfolgt und auf welcher rechtlichen Grundlage, zu § 14 BKA-Gesetz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da steht drin, warum Herr de Maizière das gemacht hat?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So natürlich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor zwei Wochen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Du weißt ja, was ich meine. Da steht das drin, was die Erwägungen des MoU sind. Das stand doch in dem, was wir in Washington ausgeteilt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, ich weiß.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na also. Dann frag doch nicht!

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können wir ja gleich in der nächsten Runde noch vertiefen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das eine wirft eben ein Licht in die Vergangenheit, so würde ich es formulieren. Herr Akmann sieht das anders.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, Herr Akmann.



Nur zur dienstlichen Verwendung

MR Torsten Akmann (BMI): Ich wollte noch ergänzen, das MoU hat ja mitnichten etwas zu tun mit dem BfV, sondern wenn, dann nur auf der polizeilichen Schiene.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt.

MR Torsten Akmann (BMI): Das wissen Sie doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die Dinge stehen ja in einem Zusammenhang. Ich meine, man könnte ja auch - die Kiste wollte ich jetzt gar nicht aufmachen - Rückfolgerungen ziehen aus dem BKA-Urteil im Hinblick auf die Weitergabe von Daten an ein Land, das einen völkerrechtswidrigen Drohnenkrieg führt. Ich könnte die Entscheidung so lesen, dass das, was Herr Isselburg ihr alles erzählt, eigentlich gar nicht rechtens ist, weil im Hinblick auf diese Leute, die da betroffen sind, eben Praktiken bestehen, die nicht dieselben rechtlichen Standards - - den Standards entsprechen, die wir hier haben. Also insofern - - Ja, insofern gibt es einen Zusammenhang mit ganz vielen Dingen, Herr Akmann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Gut. Dann frage ich jetzt mal die SPD: Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil? - Nicht. Dann sind wir mit der Runde durch und kommen zur nächsten Runde, und es beginnt die Fraktion Die Linke eigentlich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass wir noch Zeit haben?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach zwölf Minuten sind die acht Minuten deutlich überschritten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber danke für den Hinweis, Herr Kollege Ströbele. - Frau Kollegin Renner ist dran.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir sind noch mal im - -

RA Alexandra Wagner: Entschuldigung, könnten wir vielleicht eine kleine Pause machen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, klar.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist okay, nicht?

(Unterbrechung von
18.50 Uhr bis 18.59 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt. Der angekündigte Wechsel des Rechtsbeistandes hat auch stattgefunden. Sehr geehrter Herr Rechtsanwalt, wenn Sie sich ganz kurz dem Ausschuss vorstellen, damit wir auch wissen, wer Sie sind.

RA Dr. Daniel Krause: Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. Mein Name ist Dr. Daniel Krause. Ich bin Rechtsanwalt in Berlin und habe die Ehre, nicht zum ersten Mal hier zu sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank für die Vorstellung. Wir freuen uns, dass Sie heute Abend bei uns sind. - Wir machen weiter mit den Fragen der Fraktionen und sind in der dritten Fragerunde. Die Fraktion Die Linke bekommt das Fragerecht. Frau Kollegin Renner hat das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke von mir. - Herzlich willkommen, Herr Dr. Krause. Ich hoffe, es wird Ihnen auch am Ende des Tages eine Freude gewesen sein.

Ich würde jetzt gern bei dem Termin in Washington bleiben, 23.08.2010, und Ihnen einen Vorhalt machen aus der Akte Tagebuchnummer 232/16, MAT A BND-52 und Sie bitten, mir zu sagen, ob das das Gesprächsprotokoll von diesem Termin ist.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand lesen darin)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Es kann losgehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Wunderbar. - Dann würde ich Sie bitten, jetzt auf die Seite zu gehen, die dort mit einer Zwei und einem gelben Zettel vermerkt ist. Das ist die Seite 16 der Akte.

(Der Zeuge blättert in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Henrik Isselburg: Hier gibt es nur einen gelben Zettel, da steht eine Eins drauf.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau, das ist gut.

Zeuge Henrik Isselburg: Aha.

Martina Renner (DIE LINKE): Da sind wir richtig. Das ist eine Präsentation - -

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein? Okay. Dann ist der vielleicht rausgefallen auf dem Weg nach vorn. - Dann bitte ich Sie, die Seite 16 der Paginierung mal aufzuschlagen.

(Der Zeuge blättert weiter in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Ist das richtig?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein. Also hier geht es bis Seite 15. Da ist ein gelber Zettel mit einer Zwei drauf und dann kommt nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau da. Das ist so eine Art Präsentation, ja? Kennen Sie diese Präsentation?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist offenkundig eine BND-Präsentation.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist das eine BND-Präsentation, oder von wem ist die? Sie können ja gern mal vorwärts-, rückwärtsblättern.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kenne die Präsentation nicht, und es ist offenkundig eine BND-Präsentation.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie kennen die nicht? - Sie sind ja bei diesem Termin am 23.08. zusammen mit dem BND. Der BND hat zu dem ganzen fraglichen Vorgang eine eigene Ermittlung, zu dieser Reisegruppe oder - -

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, naturgemäß. Davon gehe ich aus, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Und Sie arbeiten sehr eng zusammen?

Zeuge Henrik Isselburg: Auch das, im Regelfall.

Martina Renner (DIE LINKE): Im Regelfall. Wann nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Wir arbeiten gut zusammen.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in dieser Sache hat man eng zusammengearbeitet?

Zeuge Henrik Isselburg: Welche Sache meinen Sie konkret?

Martina Renner (DIE LINKE): Diese Ermittlungen zu dieser Reisegruppe.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Selbstverständlich, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Vielleicht erklären Sie mir mal, was sich hinter bestimmten Abkürzungen verbirgt. Was ist denn USA CENTCOM/EUCOM?

Zeuge Henrik Isselburg: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist TEBA?

Zeuge Henrik Isselburg: Das bezieht sich auf die Organisationsstruktur des BND.

MR Torsten Akmann (BMI): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Die Unterlage ist eingestuft, Frau



Nur zur dienstlichen Verwendung

Renner. Wir können über Inhalte hier nicht reden. Es kann nur ein stiller Vorhalt sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Das sind doch nur Abkürzungen.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, das sind auch Inhalte. Sie fragen nach den Inhalten. Die soll er doch gerade erklären. Das geht hier nicht, tut mir leid.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich die Akte noch mal kurz haben? - Also der Begriff USA CENTCOM/EUCOM sagt Ihnen nichts?

Zeuge Henrik Isselburg: Nicht so, dass ich ihn übersetzen könnte, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also haben Sie nicht gehört?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann bleiben wir mal lieber wieder im BfV -

Zeuge Henrik Isselburg: Liegt mir näher.

Martina Renner (DIE LINKE): - wenn das so schwierig ist. - Diese Listen, die im November 2010 übersandt wurden, die hatten - das haben Sie ja richtig dargestellt - einen gewissen Vorlauf, und im Rahmen dieses Vorlaufs wurde auch ein Bericht angefertigt am 15.10.2010. Das ist richtig?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Also konkret das Datum - - es ist eine Weile her, aber ja, haben wir.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben einen Bericht dazu angefertigt?

Zeuge Henrik Isselburg: Ans BMI? - Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ans BMI.

Zeuge Henrik Isselburg: Haben wir getan, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann hätten wir den sehr gern, Herr Akmann. - Dieser Bericht

vom 15.10.2010 befindet sich leider nicht in unseren Akten. Oder ich habe es übersehen, das ist immer möglich.

MR Torsten Akmann (BMI): Vom 15.10., da kennen wir das Bezugsschreiben. Das liegt dem Ausschuss vor.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, aber ich will den Bericht: „Unser Bericht vom 15.10.“

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, das ist damit gemeint. Das ist Behördensprache. Das ist Behördensprache, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

MR Torsten Akmann (BMI): Das ist Behördensprache. „Unser Bericht“ ist dann sozusagen dieses Schreiben vom 15.10.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Bericht ist doch nicht dabei!)

Vielleicht legen Sie es dem Zeugen mal vor. Ich denke, er wird dazu auch etwas sagen können.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber das vom 15.10. ist eine Seite. Das kann doch kein Bericht sein. - Wir legen das dem Zeugen vor, und er sagt, ob das vom 15.10. der gemeinte Bericht ist.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und sein Rechtsbeistand sowie Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Also, dieses Anschreiben ist drei Seiten vorher. Aber das habe ich nicht für einen Bericht gehalten.

Zeuge Henrik Isselburg: Darf ich das vielleicht aufklären?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, gerne.

Zeuge Henrik Isselburg: Zu Beginn meiner Laufbahn im BfV ist mir etwas grundsätzlich erklärt



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden: Alles, was vom BMI kommt, ist ein Erlass, und zwar egal in welcher Form, und alles, was vom BfV an das BMI geht, ist ein Bericht, egal in welcher Form.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah, okay.

Zeuge Henrik Isselburg: Möglicherweise liegt da das Missverständnis. Also ein Bericht ist wahrscheinlich nicht zwingend das, was Sie unter einem Bericht verstehen, nämlich ein Bericht über etwas, sondern jede Mitteilung von uns an das BMI ist automatisch immer ein Bericht, so wie alles, was vom BMI kommt, immer ein Erlass ist. - Am 15.10. haben wir meiner Erinnerung nach das BMI um Zustimmung zur Übermittlung der Liste gebeten. Insofern ist das in unserem Deutsch ein Bericht, in Ihrem vermutlich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay, dann hat sich das geklärt. - Zu diesem Termin 23.08.2010 in Washington. Gab es da weitere Treffen in Washington, an denen Sie teilgenommen haben, vorher oder nachher?

Zeuge Henrik Isselburg: Ganz ehrlich? Das weiß ich nicht mehr. Ich meine, es war ein Treffen.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es Treffen dazu hier in Berlin?

Zeuge Henrik Isselburg: Mit Sicherheit mehrere. Es gab auch welche in London, beispielsweise.

Martina Renner (DIE LINKE): An diesem Briefing im Mai 2010 haben Sie nicht teilgenommen, wo ich Ihnen vorhin die Folien vorgelegt habe?

Zeuge Henrik Isselburg: Nicht dass ich mich daran erinnern würde, sonst würde ich vermutlich die Folien auch erkennen, erinnern. - Wo hat denn dieses Treffen im Mai stattgefunden?

Martina Renner (DIE LINKE): Gute Frage, nächste Frage. Das lässt sich, da die Folie quasi ohne Einführung hier in der Akte ist und ohne Erläuterung, wo das Briefing war, nicht klären. Das weiß vielleicht das BMI. Das geht direkt mit

der Seite 1 der Folie vor: Briefing USA CENTCOM/EUCOM, Mai 2010, Travel Movements. Who are these travellers?

MR Torsten Akmann (BMI): Es ist ja eine Geheim-Akte, um das noch einmal zu sagen. Das ist ja eine BND-Akte. Deswegen ist das BMI jetzt hier der falsche Ansprechpartner.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - An solchen Briefings haben Sie nicht teilgenommen?

Zeuge Henrik Isselburg: Konkret bitte?

Martina Renner (DIE LINKE): An Briefings des USA CENTCOM/EUCOM?

Zeuge Henrik Isselburg: Da mir der Begriff nichts sagt - -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut, haben Sie daran nicht teilgenommen. - Ich frage es gern zweimal; denn wir hatten bis jetzt die Situation: Vorhin habe ich Sie auch gefragt: „Haben Sie IMEI übergeben?“, da haben Sie „Nein“ gesagt. Dann kommt der Vorhalt, und dann sagen Sie: „Doch.“ Sie haben vorhin gesagt: „Wir haben keine Listen vor November 2011 übergeben.“ Dann kommt der Vorhalt, dann sagen Sie: „Doch, das war eine Ausnahme.“ Deswegen frage ich lieber zweimal.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich muss Sie leider korrigieren, was den zweiten Punkt betrifft. Ich habe nicht gesagt: Wir haben vorher keine Listen übergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, ja, sorry.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich habe gesagt: Wir haben vorher keine Listen mit Kommunikationsmittel- und Passdaten übergeben.

Martina Renner (DIE LINKE): Stimmt.

Zeuge Henrik Isselburg: Insofern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann bleibt die IMEI-Nummer bestehen. Deswegen ist manchmal zweimal fragen immer ganz gut, weil sich das dann manchmal noch klärt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aus dieser Reisegruppe sind ja auch Personen dann durch Drohneneinsatz gestorben. Das ist Ihnen bekannt, oder ist Ihnen das nicht bekannt?

Zeuge Henrik Isselburg: Plural wäre mir neu.

Martina Renner (DIE LINKE): Bitte?

Zeuge Henrik Isselburg: Plural wäre mir neu.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Person?

Zeuge Henrik Isselburg: Eine Person.

Martina Renner (DIE LINKE): Eine Person ist aus dieser Reisegruppe verstorben durch einen Drohneneinsatz.

Zeuge Henrik Isselburg: Sie ist verstorben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, dann würde ich jetzt tatsächlich mal gern die eingestuften Antworten auf die Kleinen Anfragen beziehen für die nächste Runde zu der Frage, ob sie durch einen Drohneneinsatz verstorben sind, ja oder nein. Dann müssen wir das jetzt wahrscheinlich mal klären. Ich würde dann an dieser Stelle erst einmal aufhören und mir die entsprechenden Unterlagen beziehen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Die Union hat, glaube ich, keine Fragen mehr im öffentlichen Teil. Dann kommen wir zu Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele wollte, glaube ich, eben schon ansetzen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich versuche immer noch, Erkenntnisgewinne zu erzielen im Zusammenhang mit dem Schreiben des Herrn Romann, den wir ja gleich noch als Zeugen haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der wartet schon.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben. Davon gehe ich doch aus. - Wissen Sie, was das Bezugsschreiben war, auf das er Bezug nimmt in seinem Schreiben, was da drin stand?

Zeuge Henrik Isselburg: Das Bezugsschreiben ist das, was ja auch schon mehrfach erwähnt worden ist: Unsere Bitte um Zustimmung zur Übermittlung der Listen in der auch schon mehrfach genannten Form.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wissen Sie, wie groß die Liste war, was da drin ist? Ich hab hier gerade, offenbar gestern geliefert, Unterlagen, da ist aber alles schwarz. Also es sind ganze Seiten, die sind nur schwarz. Da steht aber noch drauf lesbar: Geheim. Können Sie da irgendwas zu sagen? Ich will jetzt nicht, dass Sie die Zahlen und die Namen oder so alle sagen, sondern - -

Zeuge Henrik Isselburg: Das könnte ich auch jetzt nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War das eine Liste von 10 - es sind mehrere Blätter, es ist wahrscheinlich mehr - oder 100 oder 1 000?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann Ihnen keine konkrete Zahl sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren das so viele Personen? Oder waren das - - Was war da jeweils drin: Nur Telefonnummern oder Adressen oder irgend so was? Können Sie uns da irgendwie weiterhelfen, auf was der Bezug nimmt in seinem Schreiben? Weil er nimmt ja in dem ersten Satz Bezug und dann - -

Zeuge Henrik Isselburg: Die Liste umfasst die Personen, auf die das auch schon mehrfach erwähnte gemeinsam erstellte Profil zugetroffen hat - also die Personendaten zu diesen Personen: Name, Geburtsdatum -, zuzüglich der uns bekannten Kommunikationsmittel- und, sofern uns bekannt, Passdaten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und kann das sein, dass das Hunderte oder 800 oder so was sind? Weil irgendwo sehe ich - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Ich kann Ihnen tatsächlich keine konkrete Zahl sagen aus der Erinnerung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja ungefähr. Sind es ein paar Dutzend oder ein paar Hundert?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich weiß es schlicht und einfach nicht mehr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht mehr. - Also der Herr Romann bekommt, weil das Bezugsschreiben ist ja an ihn gerichtet, so eine Liste und nimmt darauf Bezug, und dann schreibt er Ihnen zurück: Die können Sie weitergeben, es ist allerdings sicherzustellen - „sicherstellen“ steht da -, dass die nicht zu einer geografischen Ortung geeignet sind oder genutzt werden. - Was war denn der Sinn jetzt? Ein Sinn war sicher, Ihnen zu sagen: Können Sie weitergeben. Und diese Einschränkung, „sicherstellen“: Was hieß das?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich glaube, das müssen Sie Herrn Romann fragen, was er damit genau intendiert hat.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wendete sich doch an Sie. Das war doch die Bedingung. Haben Sie da nachgefragt, wenn Sie es nicht wissen, oder war Ihnen das klar, was das heißt: „sicherstellen“? Heißt sicherstellen, dass Sie annehmen, das geht nicht, oder dass Sie das absichern, das geht, oder dass Sie Gutachten dazu einholen bei den einzelnen Namen, dass man damit nicht - - oder bei den Informationen, auch den persönlichen Informationen? Was heißt „sicherstellen“? Was haben Sie darunter verstanden?

Zeuge Henrik Isselburg: Darunter haben wir verstanden, dass wir Acht darauf geben, dass wir keine Daten übermitteln, und zwar nach bestem Wissen und Gewissen und insbesondere nach einer Prüfung nach § 19 III, auch schon mehrfach erwähnt, die zu einer unmittelbaren Ortung hätten führen können. Das haben wir aus meiner Sicht getan.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das war nur Ihr - - Also der Maßstab des Sicherstellens war nur Ihre Einschätzung, Ihr Glauben?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich würde nicht „nur“ sagen, und es war auch kein Glauben, sondern basierend auf allem Wissen, allen Erfahrungen, die uns zu diesem Zeitpunkt vorlagen, ist diese Entscheidung so getroffen worden, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Aber Sie hören ja jetzt, wir haben hier schon gehört - - die anderer Meinung waren. Das ist nun sehr viel später gewesen, aber vielleicht hätten Sie auch bei irgendeiner Stelle nachfragen können oder müssen. Weil, wissen Sie, wenn ich mich jetzt in - wir kriegen ihn ja gleich - den Herrn Romann versetze: Der ist ja danach wahrscheinlich davon ausgegangen, das ist ganz sicher - das heißt ja „sicherstellen“ -, es ist ganz sicher, dass sie nicht dazu benutzt werden. Und wenn der jetzt hört, dass hier Zeugen etwas anderes gesagt haben, dann muss er ja eigentlich sagen: Jetzt bin ich reingelegt worden, es war offenbar doch nicht sicher. - Also mussten Sie da nicht mehr tun als nur Ihre Annahme?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, weil es aus unserer Sicht eine begründete Annahme war. Wir hatten zum damaligen Zeitpunkt keinerlei Anhaltspunkt dafür, dass eine übermittelte Handynummer zu einer Ortung geeignet gewesen wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wozu haben Sie dann diese einzelnen Daten - Sie haben ja nicht nur die Nummern von den Handys, sondern auch andere Informationen dazu gegeben - dann gegeben? Was war Ihre Vorstellung, was damit geschehen soll?

Zeuge Henrik Isselburg: Beispielsweise durch die Übermittlung von Passnummern ist es gegebenenfalls möglich - anderen Diensten, vielleicht auch dem BND -, Grenzübertritte in möglicherweise relevanten Regionen festzustellen, was uns wiederum einen Erkenntnisgewinn beschert hätte über die Reisewege, die die Personen genutzt haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Telefonnummern, die werden an der Grenze ja nicht festgestellt.

Zeuge Henrik Isselburg: Sie haben mich gefragt, was die sonstigen Daten noch für einen Erkenntnisgewinn - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich meine jetzt auch die Handynummern.

Zeuge Henrik Isselburg: Gut. Die Handynummern - auch das habe ich vorhin bereits erläutert - - Manchmal dem BND, manchmal anderen Diensten ist es möglich, sofern diese Handynummern im Ausland noch genutzt werden, diese gegebenenfalls zu erfassen oder in Kommunikation mit anderen von diesen Diensten bearbeiteten Personen zu erfassen und uns dann Rückmeldung über gegebenenfalls relevante Inhalte zu geben. Das ist der Sinn und Zweck der Übermittlung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen bekannt, dass die Bundesregierung auf Anfragen von Parlamentariern, auch von mir, auf die Frage, ob mitgelieferte Handynummern zur Ortung benutzt worden sein können oder benutzt worden sind, geschrieben hat: „Das kann die Bundesregierung nicht ausschließen“?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist mir nicht bekannt, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht bekannt. Das wäre dann aber falsch?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist schlicht nicht mein Kenntnisstand.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können ja nur das sagen, was Sie wissen.

Zeuge Henrik Isselburg: Richtig. Und nach dem, was ich weiß, reicht es nicht aus für eine Ortung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konnten Sie das ausschließen? Das würden Sie auf Ihr Gewissen nehmen?

Zeuge Henrik Isselburg: Hundertprozentig ausschließen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Mein damaliger Kenntnisstand war, dass wir keinerlei Anhaltspunkte dafür haben, dass es möglich ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Herr Zeuge, wir müssen ja jetzt nicht Wortklaubereien betreiben. Sie wissen genau: Ausschließen heißt, dass es nicht passiert. Sie sagen jetzt - das ist ja eine absolute Einschränkung -, dass Sie keine Anhaltspunkte dafür hatten. Sie müssten ja Anhaltspunkte dafür haben oder Beweise dafür haben, Belege dafür haben, dass Sie es ausschließen können. Sonst können Sie doch nicht sagen, es ist auszuschließen. Sonst hätten Sie reinschreiben müssen: Wir können das nicht ausschließen, weil wir keine Anhaltspunkte haben. - Das ist ja etwas völlig anderes als sicherstellen oder ausschließen.

Zeuge Henrik Isselburg: Wie genau lautet die Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie Sie dazu kommen, zu sagen: Das ist nach Ihrer damaligen Meinung sichergestellt, wenn Sie nur keine Anhaltspunkte hatten.

Zeuge Henrik Isselburg: Nach unserem damaligen Kenntnisstand war das nicht möglich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und nach Ihrem heutigen?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist nicht Untersuchungsgegenstand. Aber wie ich bereits mehrfach gesagt habe, hat sich an diesem Kenntnisstand nichts Wesentliches geändert.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das Unwesentliche?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Henrik Isselburg: Wir haben zur Kenntnis genommen, dass hier ein Zeuge etwas ausgesagt hat, was, wie gesagt, von keiner anderen Stelle bisher verifiziert worden ist. Insofern ist das hinzugekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mal Veranlassung gehabt, das überprüfen zu lassen oder sich sachkundig zu machen, ob das stimmt, was der Zeuge gesagt hat, oder ob das stimmen kann?

Zeuge Henrik Isselburg: Wie Ihr Kollege vorhin bereits angeregt hat: Ein Sachverständigengutachten würden wir sicherlich gern zur Kenntnis nehmen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben keine Veranlassung, das selber zu machen, einzuholen, nach Ihrem jetzigen Kenntnisstand?

Zeuge Henrik Isselburg: Das zählt auch schlicht nicht zu meinem Aufgabenbereich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das ist nur die Weitergabe von Daten!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die Daten geben Sie weiterhin weiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - zur Fraktion der SPD. Da gibt es, glaube ich, keine Fragen im öffentlichen Teil mehr. Dann sind wir wieder bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Zeuge, in Ihrem Haus werden ja auch Personen geortet.

Zeuge Henrik Isselburg: In unserem Haus?

Martina Renner (DIE LINKE): Mit Personen und Technik in Ihrem Haus werden - - Ich habe es

verkürzt wegen acht Minuten; das ist immer unser Problem. In Ihrem Haus werden auch Personen wahrscheinlich geortet; das ist aber ein anderes Thema.

(Heiterkeit)

Sie nutzen ja Technik wie IMSI-Catcher und Ähnliches.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Kann man sich da nicht mal ein bisschen schlaumachen?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist die Frage, ob man sich da mal schlaumachen kann?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Anders: Über die Möglichkeiten der Geolokalisation kann man natürlich Gutachten von Sachverständigen beauftragen, kann man Fachpresse, meist englischsprachig, lesen, kann man aber auch sicherlich im eigenen Haus Leute fragen, die mit Geolokalisation beschäftigt sind.

Zeuge Henrik Isselburg: Genau das habe ich vorhin bereits erwähnt: dass wir auf Arbeitsebene genau solche Gespräche geführt haben und das Ergebnis war, dass auch aus Sicht der bei uns mit dieser Technik umgehenden Personen eine Ortung in dem von Ihnen beschriebenen Sinne nicht möglich ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Die sind auch zu dem Ergebnis gekommen. Okay.

Haben Sie bei diesen Gesprächen in Washington auch mit Vertretern eines Militäргеheimdienstes zu tun gehabt?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hatten Sie bei den Gesprächen in Deutschland mit einem Militäргеheimdienst der USA zu tun?

Zeuge Henrik Isselburg: In diesem Fallkomplex? Ich denke nicht, nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In anderen Fallkomplexen?

Zeuge Henrik Isselburg: Sind hier nicht Untersuchungsgegenstand.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie wussten ja vorher nicht, was EUCOM ist.

Zeuge Henrik Isselburg: Ich weiß es auch jetzt nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, was AFRICOM ist?

Zeuge Henrik Isselburg: Habe ich in der Presse, so wie wahrscheinlich alle anderen auch, gelesen, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Was ist das?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich habe es so gelesen, dass ich es jetzt nicht mal beschreiben kann. Irgendeine Militär-

Martina Renner (DIE LINKE): Eine militärische Einheit.

Zeuge Henrik Isselburg: Eine militärische Einrichtung der Amerikaner -

Martina Renner (DIE LINKE): In Stuttgart.

Zeuge Henrik Isselburg: - „COM“ steht vermutlich für Kommando -, die für den Bereich Afrika zuständig sind.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeuge Henrik Isselburg: Näher - -

Martina Renner (DIE LINKE): EUCOM ist auch eine Einheit eines militärischen Kommandos mit Sitz in Stuttgart, ähnlich wie AFRICOM dort auch sitzt, und für militärische Aktionen zuständig ist.

Zeuge Henrik Isselburg: Ist das eine Frage?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist jetzt erst mal eine Feststellung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber außerhalb des Zeitkontingents inzwischen schon, wie ich gerade sehe.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Uhr zeigt hier - - Zeitkontingent - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe doch gerade erst angefangen, vor einer Minute. Das kann jetzt wirklich nicht sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Geht die Uhr falsch?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Unsere Uhr geht falsch, sorry.

Martina Renner (DIE LINKE): Alles klar, geklärt.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit fliegt!)

Der BND hat offenbar im Zusammenhang mit diesen Reisegruppen Kontakt zu diesem EUCOM, einer militärischen Einheit. Was macht denn Militär? Was könnte der Kontakt oder der Inhalt sein dahin gehend, dass man zu militärischen Einheiten im Rahmen von Briefings, Zusammenkünften Kontakt hält, bei denen es um Daten zu Personengruppen in diesem Kriegsgebiet geht?

Zeuge Henrik Isselburg: Da wir diese Kontakte nicht pflegen, ist das etwas, was Sie den BND fragen müssten.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten nie Kontakte zu AFRICOM, EUCOM, US Air Force, Ramstein?

Zeuge Henrik Isselburg: In diesem Fallkomplex, nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): In anderen Fallkomplexen ja?

Zeuge Henrik Isselburg: Das ist hier nicht Untersuchungsgegenstand.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kann das denn sein, dass das in diesem Komplex nicht so ist, aber in anderen ja? Weil die Einsatzgebiete und die Fragestellung decken sich ja mit unserem Untersuchungsauftrag. Ich bitte das noch mal - -

RA Dr. Daniel Krause: Verzeihen Sie, Frau Renner, der Zeuge hat nicht gesagt, dass er in anderen Komplexen Kontakte hatte. Er hat gesagt, dazu kann ich nichts sagen, weil es nicht Untersuchungsgegenstand ist. Deshalb ist Ihr Vorhalt nicht ganz richtig.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie können den Zeugen beraten, aber mir nicht antworten. - Bei diesen Kontakten, die Sie hatten: Ging es da um militärische Aktionen gegen Personen, zu denen durch Ihre Abteilung Informationen erhoben wurden?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein, in keinem Fall.

Martina Renner (DIE LINKE): Ging es bei diesen Kontakten um Anfragen zu Personen, die Sie beantworten sollten?

Zeuge Henrik Isselburg: Dazu kann ich nichts sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wäre für uns aber interessant. Das würde unseren Untersuchungsgegenstand „geheimer Krieg“ dann möglicherweise betreffen. Ich bitte noch mal, dass Sie vielleicht -

Zeuge Henrik Isselburg: Dann berate ich mich gern.

Martina Renner (DIE LINKE): - genau - sich beraten, ob das nicht vielleicht doch untersuchungsgegenständlich ist. Gegebenenfalls halten wir die Stelle aus dem Untersuchungsauftrag noch mal vor.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Zeuge Henrik Isselburg: Gut, jetzt können wir das vielleicht klären. - Wir hatten in einem anderen Fall, nämlich dem der Sauerland-Gruppe, die heute auch schon Thema gewesen ist, hatten wir Kontakte auch zum Military-Liaison-Bereich, was schlicht und einfach daran lag, dass Ziel der Sauerland-Gruppe, Anschlagziel in Deutschland US-Einrichtungen, auch Militäreinrichtungen gewesen sind, für deren Sicherheit unter anderem auch der militärische Bereich zuständig ist. In diesem Zusammenhang hatten wir Kontakte, deswegen: ja. Aber in den anderen von Ihnen genannten Bereichen: schlicht Fehlanzeige.

Martina Renner (DIE LINKE): Also zu diesen Reisegruppen, nenne ich es jetzt mal, von Dschihadisten hatten Sie weder Kontakt zu AFRICOM noch zu EUCOM noch zu CENTCOM?

Zeuge Henrik Isselburg: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Korrekt. Da gibt es vom BfV keine Berührung?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wussten Sie, dass der BND zu diesen Reisegruppen - -

Zeuge Henrik Isselburg: Einen ganz kleinen Moment, bitte.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Zeuge Henrik Isselburg: Gut, nach kurzer Beratung: Sie haben ja konkret in dem Zusammenhang mit der Reisegruppe gefragt. Das ist das, was ich beantworten kann, weil die in meinem Zuständigkeitsbereich lief. In diesem Fall und in diesem Zuständigkeitsbereich hat es keine Kontakte gegeben. Ob es aus irgendeinem anderen Bereich des BfV möglicherweise irgendwelche Kontakte zu wem auch immer gibt, dafür bin ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

gegebenenfalls nicht der richtige Ansprechpartner, schlicht weil ich es nicht weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Also nicht, weil Sie es nicht sagen wollen, -

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - sondern weil Sie es nicht wissen.

Zeuge Henrik Isselburg: Schlicht, weil ich es nicht weiß.

Martina Renner (DIE LINKE): Wussten Sie, dass der BND zu diesen Reisegruppen Kontakt zu EUCOM und CENTCOM unterhält?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Daten, die Sie erhoben haben, also diese Passdaten, die Telekommunikationsmittel, sind auch immer mit dem BND geteilt worden.

Zeuge Henrik Isselburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie Informationen aus G-10-Maßnahmen hatten: Sind diese auch mit dem BND geteilt worden?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja, unter den Maßgaben des G-10-Gesetzes.

Martina Renner (DIE LINKE): War Ihnen bekannt, ob der BND diese Informationen an Dritte weitergibt?

Zeuge Henrik Isselburg: Nein. Und wenn er das getan hätte, würde auch beim BND dazu eine entsprechende Prüfung nach § 19 III Bundesverfassungsschutzgesetz stattfinden müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Muss der BND, wenn er Daten aus dem BfV an Dritte weitergibt, das BfV informieren?

Zeuge Henrik Isselburg: Normalerweise ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Denke ich nämlich auch.

Zeuge Henrik Isselburg: Also, wir müssen die Zustimmung dazu geben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wissen Sie zu diesen Datenweitergaben an den BND irgendein Beispiel, wo Sie dann informiert wurden vom BND, dass Informationen weitergegeben wurden?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Wir werden regelmäßig auch in anderen Fallkomplexen gefragt, ob Daten an jemand anderen weitergegeben werden dürfen, und entweder stimmen wir dann zu oder nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wird auch schriftlich fixiert?

Zeuge Henrik Isselburg: Das wird auch schriftlich fixiert.

Martina Renner (DIE LINKE): Sowohl die Anfrage wie die Antwort?

Zeuge Henrik Isselburg: Üblicherweise ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Üblicherweise ja?

Zeuge Henrik Isselburg: Ja. Es wird fixiert, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Was ist denn das Verbindungsbüro EAE in München?

Zeuge Henrik Isselburg: Habe ich keine Kenntnis von. Ich kann mit der Abkürzung nichts anfangen.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ich finde in den Akten vom BND wenige solcher Anfragen ans BfV und Antwortschreiben des BfV, was die Datenweitergabe angeht. Sie finden die aber in Ihren Unterlagen? Also, Sie könnten uns so was mal nachreichen?

Zeuge Henrik Isselburg: Zu anderen Fallkomplexen, in denen das schon erfolgt ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau, in den besagten Komplexen. Wir haben da ja sechs oder sieben Personen identifiziert, und da müsste es ja diesen Schriftwechsel zwischen BfV und BND geben. Das müsste ja noch vorgehalten sein.

Zeuge Henrik Isselburg: Wie ich gerade gesagt habe: In dem hier behandelten Fallkomplex -

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Henrik Isselburg: - ist mir nicht bekannt, dass es so etwas gegeben hat. Wie ich gerade gesagt habe, in anderen Fallkomplexen ist das üblich. Ob wir aus diesen anderen Fallkomplexen beispielhaft etwas vorlegen können oder nicht, ist nicht meine Entscheidung. Die müsste an anderer Stelle getroffen werden.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in dem Fallkomplex haben Sie aus Ihrer Erinnerung keine solchen Schriftwechsel mehr mit dem BND?

Zeuge Henrik Isselburg: Ist mir nicht erinnerlich, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso gerade in diesem Komplex nicht?

Zeuge Henrik Isselburg: Ich verstehe die Frage nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie sagen, zu anderen Komplexen könnte man das vorlegen, aber zu diesem nicht.

Zeuge Henrik Isselburg: Sie haben gefragt, ob das üblich ist, ob das so gemacht wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Henrik Isselburg: Und ich habe gesagt: Mir ist es aus anderen Fallkomplexen bekannt, ja. Aus diesem Fallkomplex ist es mir nicht bekannt.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Und was unterscheidet diesen von anderen? Ich versuche, das zu verstehen. Also, ich versuche ja auch, zu verstehen, warum - -

Zeuge Henrik Isselburg: In der logischen Schlussfolgerung heißt das für mich, dass es in diesem Fallkomplex keine solchen Anfragen gegeben hat, zumindest keine, die mir bekannt sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir einmal schauen, -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - ob die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen hat. - Nein. Dann bleiben wir bei der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner, nur Sie haben noch Fragen. Oder auch nicht?

Martina Renner (DIE LINKE): Da die Antworten zu den Kleinen Anfragen und schriftlichen Fragen jetzt noch nicht da sind, müssen wir das gegebenenfalls dann in die eingestufte Sitzung verschieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann sehe ich, dass wir hier eine eingestufte Sitzung gleich im Nachgang brauchen. Dann müssten wir jetzt an der Stelle einen Beschluss fassen, dass die Vernehmung dann in eingestufte Sitzung weitergeführt wird bzw. eben in nichtöffentlicher Sitzung. Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Isselburg am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Damit sind wir jetzt am Ende Ihrer Vernehmung im öffentlichen Teil. Wir kommen dann nach der Vernehmung des nächsten Zeugen, Herrn Dr. Romann, zum nichtöffentlichen Teil. Da beginnt allerdings der Zeuge vor Ihnen, und Sie kämen dann als zweiter Zeuge im nichtöffentlichen bzw.



Nur zur dienstlichen Verwendung

direkt eingestuften Teil dran. Ich bitte, sich so lange bereitzuhalten. - Danke schön, dass Sie bereit waren, hier auszusagen.

Als Nächstes bitte ich, den Zeugen Dr. Romann in den Sitzungssaal zu führen. Er ist schon da. Deswegen brauchen wir nicht großartig zu unterbrechen und können die Sitzung direkt fortführen. Nur Herr Dr. Romann muss eben reinkommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Dr. Dieter Romann

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Dr. Romann, nehmen Sie Platz. Wir legen auch direkt los. Wir haben nach dem letzten Zeugen gar nicht unterbrochen, sondern wir machen direkt stante pede weiter.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr Vorsitzender, gewähren Sie Anzugerleichterung?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, auf jeden Fall. Für alle gilt die Möglichkeit der Anzugerleichterung, was das Jackett betrifft.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir sind freie Abgeordnete! Wir machen das auch ohne!)

- Bei den kurzen Ärmeln bin ich schon kritisch.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, ich darf nun unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn Dr. Romann. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Dr. Romann, Sie haben den Erhalt der Ladung am 23. Mai 2016 bestätigt. Ich darf mich herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie der Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen. Seien Sie herzlich begrüßt.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Fertigstellung des Protokolls dann auch gelöscht.

Sollten Ihnen Getränke fehlen, geben Sie mir ein Zeichen. Das kommt dann auch noch nicht ins Protokoll. - Kaffee fehlt? Was fehlt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Der Flaschenöffner fehlt. Ich bitte um Nachsicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sind die gemeinen Vernehmungsmethoden dieses Ausschusses. Mit kleinen Dingen probieren wir, die Zeugen zu schnellen Aussagen zu bringen. - Kommt sofort.

Noch mal zurück zum Protokoll, dass Sie das auch wissen, aber ich vermute, Sie kennen es ja: Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, etwaige Ergänzungen oder Korrekturen am Protokoll vorzunehmen, wenn dies denn nötig sein sollte. - Ich gehe davon aus: Hierzu haben Sie keine Fragen.

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Nein. - Herr Dr. Romann, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn das in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestufteten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

um ein Zeichen, sodass der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen kann und dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung fortfahren kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie die Möglichkeit, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, also zum Beweisthema in Gänze vorzutragen, ohne durch Fragen der Ausschussmitglieder unterbrochen zu werden. Danach werde ich Ihnen Fragen stellen. Danach schließen sich die Mitglieder der einzelnen Fraktionen an. Das geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, reihum immer eine Fraktion nach der anderen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann bitte ich Sie nun, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Mein Name ist Dieter Romann, geboren am 4. Mai 62. Ich bin Berufsbeamter, derzeitige Verwendung Präsident des Bundespolizeipräsidiums, vorher 20 Jahre im Bundesministerium des Innern, davor Jurastudium, zwei Examen, davor Wehrpflicht, davor Abitur.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. - Möchten Sie von der Gelegenheit Gebrauch machen, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, wie es § 24 Absatz 4 vorsieht, also zum Beweisthema in Gänze ohne Unterbrechung vorzutragen zu können?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr Vorsitzender, das mache ich gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Dann haben Sie jetzt das Wort.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Bitte gestatten Sie mir zu Beginn, dass ich Sie einen kurzen Augenblick mit in die damalige Zeit zurücknehme, über die wir gleich dann intensiv sprechen.

2007: Festnahme der Sauerland-Gruppe, deren angedachte Sprengmittel für eine halbe Kleinstadt ausreichend gewesen wären. Die belastbaren Ersthinweise und weiteren Erkenntnisse, die zur Festnahme der Sauerland-Gruppe führten, kamen von einem US-Dienst. Dem damaligen stellvertretenden Leiter der JIS an der Botschaft in Berlin wurde zum Dank für die Rettung von Menschenleben in Deutschland im Herbst 2010 dafür das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland durch den Bundespräsidenten verliehen und durch den Bundesminister des Innern überreicht.

März 2008: Der erste Dschihadist aus Deutschland sprengt sich in Afghanistan in die Luft und reißt zwei ISAF-Soldaten der USA mit in den Tod. Der Mann hieß Ciftci, aus Ansbach, in Freising in Bayern geboren, türkischer Staatsangehöriger, hatte die deutsche Staatsbürgerschaft bereits beantragt, danach den Antrag freiwillig widerrufen und sich auf den falschen Weg gemacht: über die Türkei nach Afghanistan.

September 2009: Bundestagswahl. Deutschsprachige dschihadistische Drohvideos gegen die Bundesregierung und die Wähler in Deutschland, um einen Rückzug der deutschen Soldaten aus Afghanistan zu erzwingen; andernfalls mit Anschlägen gedroht, wie seinerzeit die Anschläge 2004 in Madrid, die zum Regierungswechsel in Spanien führten.

Ende 2009: das Horrorszenario in Chost/Afghanistan. Unter einer Legende, wichtige Informationen im dortigen US-Camp in Afghanistan übergeben zu wollen, sprengt sich ein Selbstmordattentäter im Kreise von sieben hochrangigen Offizieren in die Luft. Sieben Offiziere sind sofort tot. Dieses Szenario des Innentäters, der sich unter einer Legende Zugang verschafft, prägt bis heute die Sicherheitsvorkehrungen, insbesondere



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch von deutschen Auslandsvertretungen, in der Krisenregion.

2. April 2010: Sprengstoffanschlag auf die Bundeswehr in Afghanistan mit drei toten deutschen Soldaten. Zu dem Anschlag auf die deutschen ISAF-Kräfte bekennt sich kurze Zeit später die IBU, die Islamische Bewegung Usbekistan, in der viele Dschihadisten aus Deutschland kämpften, unter anderem Dashti S. S.

Die öffentliche Terrorwarnung des Bundesministers des Innern Ende 2010 bis Anfang 2011 - Sie werden sich erinnern -: Schutz der deutschen Weihnachtsmärkte, Schutz auch dieses Hauses und des Reichstages.

Die außenwirksamen Schutzmaßnahmen in ganz Deutschland konnten wir Ende Januar 2011 zurückfahren, weil wir erste belastbare Hinweise auf die maßgebliche Terrorzelle in Deutschland erhalten haben - von US-Diensten. Diese führten nach weiteren Aufklärungen in Deutschland Anfang Mai 2011 zur Festnahme von el-Kebir und weiteren terroristischen potenziellen Attentätern: die „Düsseldorfer Zelle“. Die Festnahme erfolgte wenige Tage nach der Tötung von Osama Bin Laden in Abbottabad.

Seit 2011 bis heute haben die deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere der Bundesnachrichtendienst, in Zusammenarbeit mit anderen ausländischen Nachrichtendiensten insgesamt 38 Anschläge auf deutsche Soldaten in Afghanistan verhindert.

Warum dieser kleine historische Abriss, wo jeder der von mir genannten Punkte nur Pars pro Toto für viele andere steht? Um zu verdeutlichen, wozu es hier geht: um asymmetrische Bedrohungen deutscher Interessen im In- und Ausland an Leib und Leben bis heute, zuletzt Istanbul, zehn deutsche Staatsangehörige; um asymmetrische Bedrohungen europäischer Interessen im Inland wie im Ausland an Leib und Leben, zuletzt Paris und Brüssel; um asymmetrische Bedrohungen US-amerikanischer Interessen im In- und Ausland, permanent.

Was folgt daraus? Was folgt daraus seit 9/11? Need to Share. Need to Share: Informationsverdichtung durch Teilung von Informationen, um im Rückweg sich ein Gesamtbild verschaffen zu können. Das gilt für alle inländischen Sicherheitsbehörden, zuletzt zu Recht kritisiert im Bereich NSU. Dies gilt aber auch im Verhältnis zu anderen ausländischen Behörden, insbesondere zu ausländischen Diensten, auf der Basis des geltenden Rechts. Die Kooperation mit den USA ist hierbei für uns existenziell.

Welchem Zweck, welchem Ziel dient diese Informationsverdichtung durch Teilen? Der Zweck sind die Aufklärung von Anschlagplänen, um Anschläge zu verhindern; die Aufklärung von Beziehungsgeflechten und die Aufklärung von weiteren Unterstützern, von weiteren Kombattanten, von weiteren Kontaktpersonen, sei es zu AQ, sei es zu IBU oder heute IS; zur Aufklärung von Rekrutierungspotenzialen; zum Erkennen von weiter rekrutierten Personen; zum Erkennen von Finanzierungsquellen bis hin zu Finanzermittlungen und natürlich zu Straftaten, zu Strafverfahren; und in dieser Zeit allen voran auch zum Schutze vor Anschlägen auf deutsche Bundeswehrsoldaten wie auch auf Soldaten der ISAF-Truppen anderer Nationen.

Wenn wir unsere Soldaten nach Afghanistan schicken, sollten wir auch das für uns rechtlich Mögliche tun, um unsere Soldaten bestmöglich zu schützen. Das gilt im Übrigen auch für Polizeivollzugsbeamte des Bundeskriminalamtes und der Bundespolizei, die im Rahmen ihrer Schutzaufträge für die deutschen Auslandsvertretungen dort ums Leben gekommen sind.

Damit möchte ich als drittem Punkt zu meinem Erlass vom 24.11.2010 kommen, der in mehreren Bundestagsdrucksachen Erwähnung findet. Um ihn zu verstehen, ein Rückblick, eine kleine Entstehungsgeschichte zum Erlass selbst vom 24.11.2010:

Am 04.10.2010 sollen - wir sind in einer öffentlichen Sitzung; in einer geheimen werde ich dann genauer; deswegen: sollen - Bünyamin E., deutscher Staatsangehöriger, und der iranische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Staatsangehörige Dashti S. S. mit Deutschlandbezug durch einen Drohnenangriff im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet getötet worden sein - wahrscheinlich insgesamt acht Personen. Am 08.11.2010 waren Internetbilder von dschihadistischen Webseiten gesichtet worden, die dieses nahelegen könnten. Zu beiden genannten Personen sind durch das BfV vorher Daten an ausländische Behörden gegangen. In der geheimen Sitzung dazu mehr.

Am 15.10.2010 ging ein Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz an mein damals von mir geführtes Referat ÖS II 3, nachrichtlich auch an meine Vorgesetzten. In diesem Bericht an das BMI bittet das BfV um Zustimmung zur Übersendung personenbezogener Daten zum Zwecke des Erkenntnisaustausches an - offene Sitzung - ausländische Behörden. Der Bericht trägt das Aktenzeichen 6D2. Dieser Bericht ist von meinem damaligen Vertreter an dem Tag entgegengenommen worden. Ich war offensichtlich nicht da, bin aber kurze Zeit später über den Eingang des Berichtes auch informiert worden.

Am 11.11.2010 kam es zu einem Telefonat zwischen mir und dem damaligen Präsidenten des BfV Fromm. Wer wen angerufen hat, das weiß ich jetzt aus der Erinnerung nicht mehr, ist aber von der Kommunikation und der Sachlage auch nicht relevant. In diesem Telefonat habe ich nach Rücksprache mit meinen beamteten Vorgesetzten der Übermittlung der im Bericht vom 15.10.2010 genannten personenbezogenen Daten an ausländische Stellen unter der Voraussetzung zugestimmt - fernmündlich -: wenn die Daten keine genaue, unmittelbare Lokalisierung in der in Rede stehenden Region erlauben.

Mit Datum vom 22. November 2010 ging ein neuerlicher Bericht des BfV an mein damaliges Referat ÖS II 3, nachrichtlich an meine Vorgesetzten, wo erneut um Zustimmung gebeten worden ist, zwei weitere Auflistungen personenbezogener Daten an ausländische Behörden zu übermitteln.

Mit Erlass vom 24. November 2010 habe ich auch dieser Übermittlung für das Bundesministerium des Innern grundsätzlich zugestimmt, aber

gleichzeitig die Bitte geäußert, dass keine Daten dort enthalten sind, die unmittelbar für eine geografische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können, gemeint unter anderem GPS, wie sie sich in Satellitentelefonen befindet.

Dieses war gemessen an der Rechtslage eine rein deklaratorische Zustimmung, eine rein deklaratorische Wiederholung, mit anderen Worten der geltenden Rechtslage, und diente auch dazu, bereits öffentlichen Spekulationen entgegenzutreten und der aus diesem Grunde anfragenden Geschäftsbereichsbehörde wieder Handlungssicherheit zurückzugeben. Es hätte für die Übermittlung der Daten weder dieser Berichte bedurft noch eines solchen fernmündlichen oder später auch schriftlichen Erlasses. Eine entsprechende Praxis bestand seit längerem vorher, und nach meiner Kenntnis besteht diese Praxis bis heute ungebrochen fort.

Die Übermittlung der Daten war erforderlich zur Aufgabenwahrnehmung des BfV - hier Bereich Gefahrenabwehr, § 3 - und zur Wahrung erheblicher Sicherheitsinteressen des Empfängers. Da keine lokalisierungsfähigen Daten übermittelt werden durften, standen insofern auch keine schutzwürdigen Interessen des Betroffenen entgegen.

Damit bin ich viertens bei der Rechtslage. Aus guten Gründen möchte ich hierbei mit der subjektiven Seite anfangen. Keiner meiner Referatsmitarbeiter, mich eingeschlossen, keiner meiner Vorgesetzten und nach meinem Kenntnisstand auch keine Kollegin oder Kollege, die mit den Angelegenheiten im BfV oder/und dem BKA befasst waren, hatten irgendeine Kenntnis über oder auch gar Einfluss über oder auf den genauen Einsatz von militärischen Kampfdrohnen der USA zur gezielten Tötung, deren Steuerung oder Modalitäten zur Zielauswahl oder die zugrunde liegenden Informationen und dortigen militärischen Entscheidungsprozesse. Keiner meiner Mitarbeiter und der genannten Personen hatten irgendeine Kenntnis oder gar einen Einfluss darauf, zu eventuellen zweckwidrigen Verwendungen von insbesondere Mobilfunkdaten, die nach unserer Kenntnis nur mithilfe Dritter - Provider,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Netzbetreiber - und nur im größeren Radius von bis zu 30 Kilometer eine Lokalisierung in dieser Region zugelassen haben - -

Da wir bei der Rechtslage sind, komme ich auch auf die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Wiesbaden vom 27.01.2011 zu sprechen. Hier hatte die Staatsanwaltschaft Wiesbaden ein Verfahren gegen den damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamtes wegen des abstrusen Vorwurfes der Beihilfe zum Mord abgelehnt. Danach, nach der Staatsanwaltschaft Wiesbaden, haben sich weder der damalige Präsident des Bundeskriminalamtes noch andere Mitarbeiter deutscher Sicherheitsbehörden strafbar gemacht, weil - und hier fasse ich summarisch die Entscheidungen der Staatsanwaltschaft Wiesbaden zusammen - die Informationsweitergabe deutscher Sicherheitsbehörden an ausländische Stellen eine eventuelle Tötung weder gefördert noch erleichtert haben; weil die Weitergabe von eventuellen Reisezielen nichts über den tatsächlichen späteren Aufenthalt besagt; weil die Einreise und der Aufenthalt in Pakistan ausländischen Diensten auch ohne unseren Beitrag oder ohne den deutschen Beitrag bekannt geworden wären; weil die Weitergabe von Informationen diese Personen nicht automatisch in den Fokus der über den Einsatz von militärischen Kriegswaffen entscheidenden Stellen setzt; weil eine Reise nach Waziristan die Gefahr birgt, Opfer von Waffengewalt zu werden - hier durch eigenverantwortliche Selbstgefährdung -; weil ein Gehilfenvorsatz deutscher Behörden für diesen Drohnenangriff fehlt - also fehlender Vorsatz, eine angebliche Haupttat zu unterstützen -; weil die Weitergabe der Informationen allein der Gefahrenabwehr diente; weil - ich bin immer noch bei der Staatsanwaltschaft Wiesbaden - auch ein Unterlassungsdelikt ausscheidet, da deutsche Behörden keine Kenntnis über einen Drohneneinsatz hatten und deshalb auch keine Warnmöglichkeit der betroffenen Person hatten.

Auch ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft Wiesbaden fraglich, ob die Drohnenangriffe überhaupt den deutschen Staatsangehörigen oder Personen mit Deutschlandbezug gegolten haben oder diese gegebenenfalls Kollateralschäden seien, im

Übrigen amtsbekannt ist - so die Staatsanwaltschaft Wiesbaden -, dass deutsche Sicherheitsbehörden versuchen, die Ausreise von Reiseschihadisten aus Deutschland zu verhindern, wenn dies rechtlich möglich ist, auch der GBA, der Generalbundesanwalt beim BGH, bislang zu dem Zeitpunkt, Januar 2011, kein Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Völkerstrafgesetzbuch eingeleitet hat.

Damit bin ich nun bei meinem letzten Punkt des Eingangsstatements, bei dem Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof. Der hat erstmals auch in Pakistan hier im Grenzgebiet das Vorliegen eines nichtinternationalen bewaffneten Konfliktes bejaht - auf pakistanischem Gebiet - sowie einen sogenannten Spill-over-Effekt des afghanischen nichtinternationalen Konfliktes über die Grenze nach Pakistan hinaus ebenfalls anerkannt.

Nun zitiere ich auszugsweise - damit bin ich dann auch am Ende meines Eingangsstatements - aus der öffentlichen Pressemitteilung des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof vom 01.07.2013:

Nach dem Ergebnis der zeitaufwändigen und umfangreichen Überprüfungen handelte es sich bei dem getöteten deutschen Staatsangehörigen

- Bünyamin E. -

nicht um einen vom humanitären Völkerrecht geschützten Zivilisten, sondern um einen Angehörigen einer organisierten bewaffneten Gruppe. Gezielte Angriffe gegen solche Personen in einem bewaffneten Konflikt sind kein Kriegsverbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch.

Es bestanden „zwei sich überschneidende nicht-internationale bewaffnete Auseinandersetzungen“:

Dies waren der aus Afghanistan herüberreichende Konflikt zwischen Aufständischen, die hauptsächlich vom pakistanischen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Grenzgebiet aus agieren, und der von der ISAF unterstützten afghanischen Regierung sowie ein innerpakistanischer Konflikt, bei dem sich eine Allianz aus pakistanischen Taliban sowie afghanischen Aufständischen und die pakistanische Regierung gegenüberstanden, die faktisch von den USA unterstützt wurde. Der Drohneinsatz, der zum Tode des deutschen Staatsangehörigen Bünyamin E. führte, war Teil dieser Auseinandersetzungen.

Nach den Ergebnissen der Untersuchungen der Bundesanwaltschaft steht fest - ich zitiere -,

dass Bünyamin E. nach Pakistan reiste, um sich im Sinne des gewaltsamen Jihad an den dortigen militärischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Nacheinander schloss er sich mehreren aufständischen Gruppierungen an, die die pakistanische Armee und die in Afghanistan stationierten ISAF-Streitkräfte bekämpften. Er ließ sich zum ... bewaffneten Kampf ausbilden, wurde mit einer Waffe ausgestattet und war mit seinem Einverständnis für einen Selbstmordanschlag vorgesehen. Seine gesamten Aktivitäten in Pakistan waren darauf ausgerichtet, an feindseligen Handlungen teilzunehmen. Zum Zeitpunkt des Drohneinsatzes am 4. Oktober 2010 nahm er an einem Treffen von acht männlichen Personen teil, darunter Mitglieder von Al Qaida und den Taliban. Dabei sollten die Planungen für ein Selbstmordattentat unter seiner Beteiligung auf Angehörige der pakistanischen Armee oder der ISAF-Streitkräfte vorangetrieben werden.

Bünyamin E. war demnach Angehöriger einer organisierten bewaffneten Gruppe, die als Partei an einem bewaffneten Konflikt teilnahm. Deshalb war seine Tötung am 4. Oktober 2010 nach den Re-

geln des Konfliktvölkerrechts gerechtfertigt und stellt kein Kriegsverbrechen dar. Bei dieser Sachlage ist auch für eine Strafbarkeit nach allgemeinem Strafrecht kein Raum. Das Ermittlungsverfahren war deshalb einzustellen.

So der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.

Ich danke Ihnen für die Gelegenheit zum Statement. - Herr Vorsitzender, ich begeben mich wieder in Ihre Hände.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Wir haben Ihnen auch sehr aufmerksam zugehört. Zumindest von meiner Seite kann ich sagen: Da sind ganz viele Aspekte angesprochen worden, die ich auch angesprochen hätte. Die haben Sie aber schon aus meiner Sicht sehr deutlich und klar dargestellt.

Es wird ja immer so ein bisschen vermutet, dass die Weitergabe von personenbezogenen Daten schon aus sich heraus Teufelswerk ist. Warum machen Sie so was überhaupt, personenbezogene Daten weitergeben?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr Vorsitzender, könnten Sie die Frage bitte noch mal wiederholen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich mache den ersten Teil. Es wird ja immer so in den Raum gestellt, dass die Weitergabe von personenbezogenen Daten Teufelswerk ist, per se böse. Warum machen Sie so etwas, personenbezogene Daten weitergeben?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Da kann ich auf das zurückkommen, was ich im Eingangsstatement ausgeführt habe: Need to Share, um weitere Potenziale von rekrutierungsfähigen Personen zu erkennen, um Anschlagpläne zu verhindern, um aufzuklären - Finanzermittlungen -: Wo kommen die Quellen her? Hauptziel ist die Verhinderung künftiger Anschläge.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was für personenbezogene Daten werden denn dann mit Partnerdiensten geteilt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das kommt auf den Einzelfall an.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie wägen jeden Einzelfall ab?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist gesetzliche Voraussetzung im Sinne des § 19 Absatz 3, glaube ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was für Abwägungskriterien werden denn dann zugrunde gelegt bei dieser Abwägung?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Aufgaben des BfV, § 3, schutzwürdige Interessen des Betroffenen, Sicherheitsbedürfnisse der Empfängerbehörde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nur damit ich es verstehe: Kann man das noch mal an einem Beispiel deutlich machen? Sie haben das ja eben auch an einem Beispiel gemacht. Kann man das noch mal an einem Beispiel deutlich machen, diesen Abwägungsprozess?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Dafür bin ich nicht die berufene Person, weil nicht das Bundesministerium des Innern - in der Funktion sitze ich ja hier, die ich damals innehatte -, sondern die nachgeordneten Behörden diesen Abwägungsprozess treffen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber es geht doch irgendwie um eine Gefahrenabwehr, die sich sehr konkretisiert hat. Oder ist das abstrakt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich mache es mal abstrakt; wir sind in einer öffentlichen Sitzung. Wenn Erkenntnisse vorliegen, dass Personen die Absicht haben, sich am Dschihad zu beteiligen, über entsprechende Reiseabsichten verfügen, Reiseziele feststehen, Reisezeitpunkte feststehen und die Erkenntnisse nicht für eine gerichtsfeste Ausreiseuntersagung ausreichen - manchmal auch, wenn sie ausreichen, die Person es aber

trotzdem aufgrund des Schengen-Acquis geschafft hat, die Ausreise zu bewerkstelligen -, kommt es zu solchen Datenübermittlungen unseres Auslandsdienstes oder unseres Inlandsdienstes oder in strafprozessualen Fällen auch des Bundeskriminalamtes mit ausländischen Behörden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir hatten eben mal bei dem Zeugen vor Ihnen im Raum stehen: Ja, wie ist das denn, wenn Abgeordnete nach Waziristan fahren oder nach Syrien oder sonst wohin? Werden dann die personenbezogenen Daten auch weitergegeben? Oder was unterscheidet dann diesen Fall des reisenden Abgeordneten?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das Aufgabenprofil des BfV in § 3.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und die Beteiligung - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Im Übrigen: Wenn Abgeordnete in diese Regionen fahren, sind regelmäßig Personenschutzkräfte der Bundespolizei dabei.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei mir nicht!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wenn die nicht dabei wären, weil der Abgeordnete sagt: „Die will ich nicht dabeihaben“? Ist ja seine Entscheidung.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Fällt es nicht unter den Aufgabenkanon des BfV; es sei denn - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Er will sich am Dschihad beteiligen.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie messen Sie so was? Gibt es da einen Indikator dafür, also nicht bei Abgeordneten, sondern bei den anderen Personen? Ich meine, man sieht einem ja nicht an: Ich will mich am Dschihad beteiligen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein, Herr Vorsitzender, das ist einzelfallabhängig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Diese Einzelfallabwägungen trifft ja nicht das Bundesministerium des Innern in jedem Einzelfall, sondern die zuständigen Behörden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und was passiert dann mit den Daten, die Sie weitergeben, die Sie teilen? Wissen Sie das?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Sie sind mit einer engen Zweckbindung in der jeweiligen Landessprache, an die sie gehen, verbunden. Das heißt, sie dürfen nicht für Strafverfolgung verwendet werden, ohne dass die Zustimmung der Dateneigentümer - hier der deutschen Behörden - vorliegt. Es darf nicht zu einem Verstoß gegen das Exzessverbot kommen. Ja, so in etwa. Und nur zu nachrichtendienstlichen Zwecken natürlich; das von vornherein, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich das gerade nicht genau verstanden. Die Daten, die Sie weitergeben, dürfen nicht zur Strafverfolgung genutzt werden?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nicht ohne Zustimmung der Absendebehörde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und erst recht nicht zur Strafvollstreckung im Zweiten ohne Strafverfolgung.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Zum Beispiel nicht mal zur Strafverfolgung, wenn die Todesstrafe in dem entsprechenden Staat droht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also klassisches IPR, würde man fast sagen, und Rechtshilfe in Strafrechtsverfahren nach dem Europarat-Abkommen, wo das ja auch alles zugrunde gelegt ist.

(Der Zeuge nickt)

Und bei den Fällen, die Sie eben geschildert haben, sagen Sie: Das ist nicht Exzess; das ist nicht darüber hinaus; das ist Problem Krisengebiet. - Habe ich das richtig verstanden? Ich habe es jetzt mal zusammen verdichtet.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, haben Sie richtig verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wenn ich also in Syrien hinter den Feuerzonen und vor den Feuerzonen rumlaufe, dann muss ich mich nicht wundern, wenn es brenzlich wird.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Kein Widerspruch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hat es da Fälle gegeben, wo Sie auch schon mal den Austausch personenbezogener Daten abgelehnt haben oder wo der abgelehnt worden ist? Wissen Sie das?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nicht in meiner dreijährigen Amtszeit als dortiger Referatsleiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wissen Sie von umgekehrten Fällen, wo deutsche Stellen nachgefragt haben über personenbezogene Daten und keine gekriegt haben, bezogen auf die Five Eyes?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, es gab solche Fälle. Dann hat der entsprechende AND das regelmäßig mit der Third Party Rule begründet oder Quellenschutz, je nachdem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hatten Sie Sorge zu der damaligen Zeit in diesen oder anderen Fällen, dass die Daten, die geliefert werden, zur Lokalisierung der Personen genutzt werden - worin ich noch nicht das Problem sehe; es ist ja wichtig, zu wissen, wo sie sind -, aber dann auch zur gezielten Tötung?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das wurde im BMI diskutiert eine gewisse Zeit nach dem 4. Oktober.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 4. Oktober 2010?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, ja. Entschuldigung, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich bin auch davon ausgegangen, 4. Oktober 2010; aber ich frage lieber noch mal.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, ja, ist korrekt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Ich frage, weil in diesem Erlass vom 24. November 2010 ja dann auch drinsteht:

Vor einer Übermittlung ist sicherzustellen, dass die Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar für eine geografische Ortung in der in Rede stehenden Region verwendet werden können.

Unmittelbar, also mittelbar irgendwie immer; klar.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Unmittelbar - ich glaube, ich habe es eben erwähnt; wenn nicht, bitte ich um Nachsicht -: Insbesondere Satellitentelefone sind damit gemeint, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie gesagt.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - Thuraya, GPS-Sender. Ja, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht das normale Handy, sondern das Satellitentelefon. Oder ist es jetzt - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Gemeint, zulässig nach dem Erlass ist wie vorher und nachher die Übermittlung von Mobilfunkdaten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sowohl das, was sich direkt mit dem Satellit verbindet, als auch das mit der Funkzelle?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Alles, was nicht einer unmittelbaren Ortung zugänglich ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Oder auch nicht. Erklären Sie mir das noch mal. Was

nicht einer unmittelbaren Ortung zugänglich ist? Oder wie haben Sie es formuliert? Was war vom Erlass jetzt genau erfasst?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Freigabe der Daten, wie sie geschickt waren, mit der Bitte, vorher sicherzustellen, dass dabei keine unmittelbar lokalisierungsfähigen Daten mit übermittelt werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie mussten die Daten sein, dass keine unmittelbare Lokalisierung stattfinden kann?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Kein GPS-Sender.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kein GPS-Sender. Okay. - Das schließt jede Roamingortung auch aus, oder nicht?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nach unserem Kenntnisstand damals war im Rahmen einer Kreuzpeilung, wenn Netzbetreiber mitwirkten, in etwa 10 bis 30 Kilometer Umkreis, je nach Region, die Messlatte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zu großräumig also?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Zu großräumig zur genauen Attacke, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Hatten Sie Erkenntnisse, dass dann weitere Methoden zur Lokalisierung einfach dazugenommen werden können und dann eine genaue Lokalisierung stattfinden kann?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Kreuzpeilung durch einen Provider, ja - mit dem Raum 10 bis 30 Kilometer.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Aber genauer nicht?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nach unserem damaligen Kenntnisstand nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wie kann es dann sein, dass der ehemalige Direktor



Nur zur dienstlichen Verwendung

der NSA gesagt hat: „We kill people based on metadata“? Meint der da was anderes mit? Oder meint der genau - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Habe ich keine Erklärung für.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Oder sind die vielleicht da pfiffiger, dass die sagen - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Habe ich keine Erklärung für.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Müssen Sie auch nicht, aber hätte ja sein können. Okay. - Gut. Ich lasse es erst mal dabei bewenden, und wir kommen zu den Fragen der Fraktionen. Über den Punkt mache ich mir mal Gedanken. Es beginnt als erste Fraktion die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Romann, ich würde beginnen mit einem Vorhalt aus Tagebuchnummer 257/16, MAT A BMI-1/21-4. Das ist ein Schreiben des BfV an das BMI, an Sie. Dort finden sich auf der rechten Seite eine ganze Reihe von handschriftlichen Anmerkungen und Paraphen. Wenn Sie mir erläutern könnten, wer alles hier zeichnet, und insbesondere, wer sich hinter diesem Hinweis „sicherzustellen, dass keine Daten verwandt werden, die unmittelbar Drohnenangriff genutzt ...“ verbirgt. Ich kann diese ganzen Handschriften nicht zuordnen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage mich jetzt, ob das Dokument Geheim ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da können wir, glaube ich, nicht sagen, wer es alles gezeichnet hat.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Stiller Vorhalt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, klar; aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Also, wenn er jetzt die Handschriften zuordnet und nicht, was - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Er und Vertreter der Bundesregierung nehmen Einblick)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ob es seine Kenntnis ist und seine Handschrift, okay; aber wenn man andere nennt, habe ich Probleme damit.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Dann erstmal: Wer sind Sie?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das kann ich sofort erkennen. Das ist meine Handschrift.

Martina Renner (DIE LINKE): Ah. Okay.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Meine Handschrift. Ja, ist meine Handschrift.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. - Es ging ja bei dieser Frage „geolokalisierbare Daten“ explizit um das Thema Drohnenangriffe. Sie verwenden ja da den Begriff.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und Ausgangspunkt war tatsächlich der Vorfall am 4. Oktober 2010?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das war Anlass für die Diskussion im BMI, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war denn an dieser Diskussion alles beteiligt? Herr Engelke? Sie?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein, an der Diskussion im BMI waren beteiligt meine Person, ein, zwei Angehörige meines Referates, -

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie immer noch die Namen dazusagen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das kriege ich jetzt nicht mehr zugeordnet.

Martina Renner (DIE LINKE): Mhm.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - meine beamteten Vorgesetzten, der zuständige Unterabteilungsleiter, der zuständige Abteilungsleiter und der zuständige beamtete Innenstaatssekretär.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war zu dem Zeitpunkt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr ST F.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Fritsche.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr ST F. Wir sind in einer öffentlichen Sitzung, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Also, Herr Fritsche ist ja nun kein Tarnname, und ich glaube, wer ihn -

(Christian Flisek (SPD):
Das wissen wir nicht! -
Heiterkeit)

- Okay. - Also, Herr Fritsche war an dieser Diskussion auch beteiligt. Und können Sie die anderen Personen noch für uns identifizierbar machen, die im BMI daran beteiligt waren?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das waren die maßgeblichen Diskutanten.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Aber Sie haben ja jetzt gesagt, noch Unterabteilungsleiter und Ähnliches mehr. Also, Herr Engelke -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein, nein, nein, nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): - vom BfV war auch beteiligt? Oder nicht?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein. Zu diesem Zeitpunkt war der genannte Kollege im BfV.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Aber hat man gemeinsam diskutiert, oder hat man nur im BMI diskutiert? Darum geht es mir.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich kann mich nur an Diskussionen dieser Art innerhalb des Bundesministeriums des Innern erinnern. Ich sprach ja im Eingangsstatement auch von einem Telefonat, das ich mit dem damaligen Präsidenten geführt hatte - ich glaube, am 11.11.2010 -, weil es natürlich den nachgeordneten Bereich auch etwas pressierte im Kontext der Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn es Ihnen wichtig war, auszuschließen oder sicherzustellen, wie es hier heißt, dass keine Daten verwandt werden, die unmittelbar für Drohnenangriffe genutzt werden: Welche Sachstandsermittlungen haben Sie denn vorgenommen, welche Daten für Drohnenangriffe geeignet sind? Wer hat Sie denn da beraten in dieser Frage?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Diese Frage ist in dieser Zeit auch im PKGr diskutiert worden, mehrfach. Beraten haben uns zu dem Zeitpunkt in den unmittelbaren Gesprächen nach meiner Erinnerung auch das BSI, auch das BfV, auch der Bundesnachrichtendienst.

Martina Renner (DIE LINKE): Und alle drei haben gesagt: „Außer GPS gibt es keine Daten, die zur Ortung geeignet sind“?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das war unser damaliger Kenntnisstand.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat der sich dann noch mal verändert?

Zeuge Dr. Dieter Romann: In meiner Amtszeit bis zum 31. Juli 2012 nach meinem Kenntnisstand nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Hat man die guten Kontakte zu den US-amerikanischen Partnern mal genutzt, nachzufragen, wie eine Drohne funktioniert?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Andere?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Entzieht sich meiner Kenntnis. Hielte ich aber auch für wenig aussichtsreich.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben sich ja dann sicherlich - da sind ja auch, wie man hier sieht, Anlagen übergeben worden - damals im Zusammenhang mit diesem Vorgang im Oktober 2010 intensiv beschäftigt. Sind denn nach Ihrer Kenntnis Informationen seitens deutscher Sicherheitsbehörden an die US-amerikanische Seite zum tatsächlichen Aufenthaltsort von Bünyamin Erdogan gegangen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Soweit ich mich erinnere, hatten unsere Behörden nur temporär Kenntnis von Circa-Aufenthaltsorten durch entsprechende entweder gerichtlich genehmigte oder parlamentarisch genehmigte besondere Erhebungen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren die Informationen der Art, dass man wusste, dass er sich in Mir Ali aufhält?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist zutreffend.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie hatten ja vorherhin gesagt, relevante Daten könnten Daten zum tatsächlichen Aufenthalt sein. Die hatte man in diesem Fall, dass man den tatsächlichen Aufenthalt der Person - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Zeitweise durch, wie ich eben sagte - wir sind in einer offenen Sitzung -, eventuelle gerichtlich oder parlamentarisch genehmigte Sondermaßnahmen.

Martina Renner (DIE LINKE): Richtig. G-10-Maßnahmen und möglicherweise TKÜ im Rahmen der Strafprozessordnung. Das sind die zwei Varianten.

(Der Zeuge nickt)

Hatte man in dieser Region Mir Ali darüber hinaus Informationen, auf welchem Gelände,

welchem Bereich, auf welchem Gehöft sich Bünyamin Erdogan befindet?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein. Mir ist erinnerlich, mal von einem Public Office oder Call Office gehört zu haben.

Martina Renner (DIE LINKE): In Mir Ali?

Zeuge Dr. Dieter Romann: In der Region. Wo das ist, weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu dem man eine Mobilfunknummer zuordnen konnte? Also eine Mobilfunknummer, die dort -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Negativ.

Martina Renner (DIE LINKE): - erworben wurde?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Negativ.

Martina Renner (DIE LINKE): Negativ?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Negativ.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses Public Call Office steht ja im Zusammenhang - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Public Call funktioniert regelmäßig über Festnetz.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. Na ja, dieses Public Call Office ist ein Festnetzanschluss?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nach meiner Erinnerung war das so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt wieder wechseln.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, schade.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, zum ersten Mal wechseln. Ist ja erst die erste Runde.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir nachher weiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das machen wir. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

Christian Flisek (SPD): Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. - Herr Dr. Romann, auch von unserer Seite guten Abend! Sie haben gerade ja eine rechtliche, wenn ich zugehört habe, eine völkerrechtliche Einordnung vorgenommen - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Beides.

Christian Flisek (SPD): Lassen Sie mich mal gerade ausreden. - Sie haben eine völkerrechtliche Einordnung vorgenommen, inwieweit die Tötung von Herrn Erdogan völkerrechtsgemäß oder -widrig ist. Und wenn ich Sie gerade richtig verstanden habe, dann sind Sie zu dem Ergebnis gekommen: Was Sie an Sachverhalt dargelegt haben und was Sie dann subsumiert haben, sagen Sie, das wäre nicht völkerrechtswidrig gewesen. Richtig?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich habe den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof zitiert und mir zu eigen gemacht.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie haben sich das zu eigen gemacht - mit dem Ergebnis, dass Sie sagen, die Tötung von Herrn Erdogan wäre nicht völkerrechtswidrig.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Die Einstellungsverfügung des Generalbundesanwaltes beim Bundesgerichtshof stammt aus dem Juli 2013. Wir reden über den maßgeblichen Zeitpunkt 2010. Wir haben innerhalb des BMI natürlich auch unsere Abteilung für Verfassungsrecht und Völkerrecht hinzugezogen, die im Kern zu diesem Zeitpunkt auch schon zu diesem Ergebnis gekommen ist, was den GBA im Juli 2013 letztlich zur Einstellung veranlasste.

Christian Flisek (SPD): Ich wiederhole noch mal: Das Ergebnis ist, dass die Tötung von Herrn Erdogan nicht völkerrechtswidrig war.

Zeuge Dr. Dieter Romann: So der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof.

Christian Flisek (SPD): Und so auch Ihr Haus?

Zeuge Dr. Dieter Romann: So auch zum damaligen Zeitpunkt mein Mutterhaus.

Christian Flisek (SPD): Zum damaligen Zeitpunkt; das sagen Sie jetzt zu Recht. - So, Sie werden ja wahrscheinlich auch sagen, dass es grundsätzlich zulässig ist, Daten deutscher Staatsbürger an andere Dienste zu übermitteln im Rahmen der bestehenden Vorschriften.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): So. Jetzt kommt noch mal die andere Seite. Was sind denn sozusagen die rechtlichen Pflichten des deutschen Staates gegenüber deutschen Staatsbürgern, dann doch wieder dafür zu sorgen, dass sie geschützt werden? Was sind die Schutzpflichten des deutschen Staates? Woraus ergeben sich die?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Transformiert finden Sie die im § 19 Absatz 3 des Gesetzes zu dem Bundesamt für Verfassungsschutz, in § 14 des Bundeskriminalamtgesetzes und in einer vergleichbaren Norm, ich glaube, dem § 9 des Bundesnachrichtendienstgesetzes in Verbindung mit dem § 19 Absatz 3 des BfV-Gesetzes.

Christian Flisek (SPD): Das sind jetzt mal so die Hausnummern. Was steht da sinngemäß drin?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Die Abwägungskriterien für die Datenübermittlungen in diesen Fällen, die ich eingangs nannte: Gefahrenabwehraufgaben, § 3 des BfV-Gesetzes, berechnete Sicherheitsinteressen des Empfängers in Abwägung zu berechtigten schutzwürdigen Interessen der Personen, um die es geht.

Christian Flisek (SPD): Und die berechtigten schutzwürdigen Interessen der Personen, um die es geht, sind sicherlich immer das Interesse an einer Integrität von Leib und Leben.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Selbstverständlich.

Christian Flisek (SPD): Und in dieser Abwägung, die Sie jetzt dargestellt haben - Sie haben ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Erdogan jetzt als jemanden, der sich im Dschihad befand, dargestellt, als jemanden, der dann einer kämpfenden Einheit angehört hat oder sich angeschlossen hatte -: Was bedeutet das unter dem Gesichtspunkt der Gefahrenabwehr einerseits, unter dem Gesichtspunkt des Interesses der zu schützenden Person, insbesondere Recht an Leib und Leben, auf der anderen Seite? Wie geht diese Abwägung aus?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Diese Abwägung haben die Sicherheitsbehörden vorgenommen in jedem Einzelfall, nicht das Bundesministerium des Innern.

Christian Flisek (SPD): Welche Sicherheitsbehörden im Einzelfall, in diesem Fall?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Die genannten: BfV, BKA, BND.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber was heißt das konkret in diesem Fall? Immerhin ist das Bundesministerium des Innern ja auch die Aufsichtsbehörde des Bundesamtes für Verfassungsschutz, von dem Sie sagen, dass es diese Abwägung im konkreten Fall vorzunehmen hat. Was heißt das, damit wir das hier mal nachvollziehen können?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, Herr Abgeordneter, das hängt von jedem Einzelfall ab, -

Christian Flisek (SPD): Was heißt das in diesem Fall?

Zeuge Dr. Dieter Romann: - welche Erkenntnisverdichtung zu bestimmten Personen und deren Absichten vorliegt im Verhältnis zu den Schutzgütern, die hier möglicherweise in Gefahr sind, und eventuell berechtigten schutzwürdigen Interessen der betroffenen Personen.

Christian Flisek (SPD): Heißt das, wenn Sie sagen, das hänge von jedem Einzelfall ab, dass es nicht grundsätzlich so ist, dass deutsche Stellen alles zu tun haben, um eine Tötung deutscher Staatsbürger zu verhindern, weil man, wenn es im Einzelfall davon abhängt, auch zum Ergebnis kommen kann, dass die Tötung gerechtfertigt ist?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Wenn man Kenntnis über eine bevorstehende Tötung hat, wäre jede deutsche Dienststelle verpflichtet, zu versuchen, diese Person aus dieser Tötung oder aus dieser Gefahr des Todes herauszubringen. Aber auch diese Form ist von der Staatsanwaltschaft Wiesbaden und von der Bundesanwaltschaft bei ihren Verfügungen mit bedacht worden.

Christian Flisek (SPD): Ich stelle mir natürlich die Frage, was das für die Datenübermittlung heißt. Ich stelle mir die Frage: Was heißt es, Daten, welcher Qualität jetzt auch immer, an einen anderen Dienst zu übermitteln über einen deutschen Staatsbürger, der sich in einer solchen Situation befindet - kämpfend, wie Sie es geschildert haben -, wenn ich mir aber als übermittelnde Stelle selber eigentlich nicht wirklich im Klaren bin, welche technischen Mittel und Kompetenzen der Datenempfänger im konkreten Fall hat, um diese Daten auch zu nutzen? - Verstehen Sie, was ich meine?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nicht richtig.

Christian Flisek (SPD): Ich übersetze das mal. Wenn ich nicht weiß als BND, als Bundesamt für Verfassungsschutz, als deutsche Stelle, die Daten übermittelt wie zum Beispiel eine Handynummer, mir nicht sicher bin, was für technische Kompetenzen im Detail der Datenempfänger eigentlich hat - sprich: beispielsweise die NSA oder ein anderer Five-Eyes-Dienst -, das heißt, wenn ich dieses Informationsleck habe - ich habe keine Gewissheit, weil ich eben nicht hineingucken kann und die mich auch nicht hineinschauen lassen -, dann stelle ich mir die Frage in einer solchen Situation der Ungewissheit: : Wie hoch ist das Risiko, wenn ich dann trotzdem Daten übermittele, und wie weitreichend sind da etwaige Schutzpflichten deutscher Stellen in Bezug auf deutsche Staatsbürger?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich sage noch mal, Herr Abgeordneter: Das hängt von der Erkenntnisverdichtung in jedem Einzelfall ab. Je höher die Erkenntnisverdichtung ist, dass diese Person ISAF-Kräfte angreifen will und damit gegebenenfalls auch deutsche Soldaten, wie vorgekommen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dann haben wir ein starkes Interesse an möglichst rascher Erkenntnisverdichtung. Dann kann der Abwägungsprozess zur Datenübermittlung ausfallen. Wenn Sie ein Nichtwissen beschreiben - Sie haben eben von einem Nichtwissen über militärtechnische Möglichkeiten eines NATO-Partners gesprochen -, dann haben Sie zwei Möglichkeiten: Sie können ihn fragen. Die Berufs- und Lebenserfahrung in diesen Fällen spricht dafür, dass Sie nicht mal eine Antwort bekommen. Und die zweite Möglichkeit, die Sie haben: Sie betreiben Militärspionage gegen einen NATO-Partner.

Christian Flisek (SPD): Die Frage ist halt aus meiner Sicht etwas anders zu stellen angesichts der zur Abwägung stehenden Rechtsgüter. Ich stimme ja zu, dass jemand wie Herr Erdogan dort unten sicherlich in höchst gefährlicher Mission unterwegs ist.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

- Vielleicht.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht!)

- Ach, seien Sie mal ruhig, Herr Ströbele! Sie können ja gleich Ihre Fragen stellen. Der macht da unten bestimmt keinen Urlaub. - Aber wenn Sie eine solche Situation haben und es tatsächlich um Leib und Leben dieses Staatsbürgers geht und Sie jetzt keine unmittelbar bevorstehende Gefährdung haben - und das wird, ich vermute mal, zum Zeitpunkt der Datenübermittlung an den anderen Dienst nicht der Fall gewesen sein -, dann frage ich mich, was Sie gerade gemeint haben mit „Wenn es um Erkenntnisverdichtung geht, dann fällt der Abwägungsprozess im Zweifel aus“. - Soll ich das so übersetzen: „Wenn Sie glauben als deutsche Stelle, da stehe unmittelbar was bevor, dann liefern Sie auch das Material, das notwendig ist, um die Person dann auszuschalten“?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Die Erkenntnisse zur Person, um die es geht, fußen in der Regel - und

ich bleibe jetzt in der öffentlichen Sitzung theoretisch - möglicherweise auf Erkenntnisquellen, die richterlich genehmigt worden sind vorher oder parlamentarisch.

Christian Flisek (SPD): Erkenntnisquellen, die richterlich - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: TKÜ-Billigung oder G 10.

Christian Flisek (SPD): Ja, das ist ja richtig. Ich streite ja gar nicht ab, dass Sie dort Daten übermitteln, die Sie nicht [sic!] rechtskonform erlangt haben. Das ist aber nicht die Frage. Die Frage ist - noch einmal -: Wenn ich nicht mit völliger Sicherheit ausschließen kann, dass der Datenempfänger aufgrund seiner technischen Fähigkeiten in der Lage ist, die übermittelten Daten zu nutzen, um einen tödlichen Schlag auf einen deutschen Staatsbürger zu führen, wenn ich das nicht ausschließen kann, welche Schutzpflichten habe ich konkret als deutsche Stelle?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das hängt von den Erkenntnissen ab, die Sie zu dieser Person haben.

Christian Flisek (SPD): Und welche können das sein? Machen Sie das mal konkret, exemplarisch.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das kann ich in der öffentlichen Sitzung allenfalls theoretisch machen.

Christian Flisek (SPD): Ja, dann machen Sie es theoretisch.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Es liegen Erkenntnisse vor, dass die Person beabsichtigt, ISAF-Kräfte anzugreifen, unter anderem deutsche Staatsangehörige.

(Hans-Christian Ströbele
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stimmt doch gar nicht!)

Christian Flisek (SPD): Entschuldigung; hier hinten war gerade Gemurmel. Ich habe es jetzt nicht verstanden. Können Sie es bitte noch mal wiederholen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Wenn - theoretisch - Informationen vorliegen aus entsprechend genehmigten besonderen Maßnahmen, die darauf hindeuten, dass die Person sich an Kampfhandlungen gegen deutsche Bundeswehrsoldaten oder ISAF-Kräfte anderer Nationen richtet.

Christian Flisek (SPD): Dann?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Übermittle ich diese Daten auf der Basis des geltenden Rechts.

Christian Flisek (SPD): Auch wenn Sie davon ausgehen müssen, dass diese Daten geeignet sind, die Person zu - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein, wir sind nicht davon ausgegangen, dass sie geeignet sind, sie zu lokalisieren. Wir sind vom Gegenteil ausgegangen. Und das Nichtwissen - -

Christian Flisek (SPD): Wovon sind Sie denn ausgegangen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das Nichtwissen, Herr Abgeordneter - -

Christian Flisek (SPD): Jetzt lassen Sie mich -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Jetzt müssen Sie mich ausreden lassen. Das Nichtwissen - -

Christian Flisek (SPD): - dann bitte mal kurz nachfragen. Von was konkret gehen Sie denn bei der Datenübermittlung aus, für was werden diese Daten denn genutzt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das habe ich eingangs genannt.

Christian Flisek (SPD): Ja, dann wiederholen Sie es noch mal auf meine Frage hin, wenn Ihnen das nicht zu viel ist.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Gerne. Zur Verhinderung von Anschlägen, zur Aufklärung von Anschlagplänen, -

Christian Flisek (SPD): Das heißt, zur Kommunikationsüberwachung?

Zeuge Dr. Dieter Romann: - zur Aufklärung weiterer Kontaktpersonen, zur Aufklärung weiterer möglicher Kombattanten, zur Aufklärung weiterer Rekrutierungspotenziale hier wie dort, zur Aufklärung von möglichen Finanzierungsquellen, zur Aufklärung zum Zwecke der Strafverfahren und zur Verhinderung von Anschlägen auf deutsche Soldaten in Afghanistan.

Christian Flisek (SPD): So. Und was macht Sie so sicher, dass diese Daten nicht doch durch den anderen Dienst genutzt werden können, um eben zum Beispiel eine Person für einen tödlichen Drohneneinsatz zu lokalisieren, gegebenenfalls durch Anreicherung anderer Daten, die Sie gar nicht kennen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich wiederhole noch einmal den Kenntnisstand, Herr Abgeordneter: Wir sind damals davon ausgegangen, dass es in dieser Region mit reinen Mobilfunkdaten allenfalls durch Zuhilfenahme Dritter, Netzbetreiber, eine Kreuzpeilung, Lokalisierung möglich ist in einem Umfeld von 10 bis 30 Kilometern in dieser Region.

Christian Flisek (SPD): Haben Sie jemals irgendwelche Garantien vonseiten der Amerikaner eingefordert, schriftlich, dass man Ihnen zusichert: „Diese Daten werden nicht genutzt“?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Aus diesem Grunde gab es die Zweckbestimmung -

Christian Flisek (SPD): Den Disclaimer.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - wie auch immer der Begriff im Angelsächsischen heißen mag -, gab es diese Zweckbestimmung mit den drei Punkten, die ich ebenfalls nannte. Ich glaube, ich hatte auch eingangs im Statement erwähnt, dass keiner meiner Mitarbeiter, mich eingeschlossen, keiner meiner unmittelbaren Vorgesetzten jemals Kenntnis hatte von einer möglichen zweckwidrigen militärischen Verwendung.

Christian Flisek (SPD): Wenn es heißt, dass keine Daten übermittelt werden sollen, die eine geographische Ortung ermöglichen unmittelbar, wenn das



Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen die Weisung ist: Wäre denn das Bundesamt für Verfassungsschutz - ja, nehmen wir das Bundesamt für Verfassungsschutz - in der Lage gewesen, Daten einer solchen Qualität überhaupt zu übermitteln?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Diese Frage habe ich nicht verstanden, Herr Abgeordneter. Können Sie die noch mal bitte wiederholen?

Christian Flisek (SPD): Ja. Wenn Sie eine Weisung erteilen, in der es heißt, bei der Datenübermittlung soll sichergestellt werden, dass die übermittelten Listen keine Daten enthalten, die unmittelbar eine geografische Ortung der Personen ermöglichen, heißt das ja: Sie ordnen an, dass man sozusagen ein Weniger übermittelt. - Und jetzt stelle ich die Frage, ob es denn überhaupt möglich gewesen wäre, Daten zu übermitteln, die eine solche geografische Ortung ermöglichen würden. Verfügt das Bundesamt für Verfassungsschutz über solche Daten beispielsweise über Herrn Erdogan?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Wenn man zum Beispiel wüsste, dass diese Person in der Region ein Thuraya-Handy, ein Satellitentelefon, benutzt, in dem sich regelmäßig ein GPS-Sender befindet.

Christian Flisek (SPD): Können Sie mir das noch mal erläutern, damit ich das jetzt noch mal nachvollziehen kann? Was heißt das konkret?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, wie beim Auto-Navi: eine genaue Lokalisierung des Standortes über den GPS-Peiler.

Christian Flisek (SPD): Also über GPS-Koordinaten?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt: Das Wörtchen „unmittelbar“ würde dann eben übersetzt heißen „keine GPS-Koordinaten“? Verstehe ich das richtig?

Zeuge Dr. Dieter Romann: So hatte ich es eingangs auch erwähnt, ja.

Christian Flisek (SPD): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir an der Stelle wechseln. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, guten Abend! Weil Sie etwas allgemeiner angefangen haben, würde ich das auch gerne tun. Ich will vorausschicken, weil der Vorsitzende das vorhin so etwas komisch gesagt hat, dass - ich zumindest, oder ich würde sogar für meine Fraktion sprechen - wir nicht denken, dass Datenaustausch grundsätzlich Teufelswerk ist, sondern dass Datenaustausch manchmal notwendig ist. Es muss halt nur rechtsstaatlich vor sich gehen. Das teilen Sie bestimmt. Wir versuchen eben, uns in diesen nicht ganz unkomplizierten Fragen irgendwie zu erschließen, ob das in der Vergangenheit immer so war. Deswegen wollte ich jetzt bezüglich dieses Need to Share, das Sie ansprachen, seit dem 11. September fragen: Das ist der Grundsatz, nach dem Sicherheitsbehörden seither verstärkt kooperieren? So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, zumindest im internationalen islamistisch-terroristischen Bereich, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und trotzdem haben Sie eine ganze Reihe von Anschlägen aufgezählt, die seither geschehen sind, trotz dieses Need to Share. Das System hat also auch Lücken und Fehler und Probleme.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, natürlich gibt auch das keine hundertprozentige Erfolgsquote, weil natürlich auch in der Summe aller Partner nicht alle Informationen zeitgerecht vorliegen. Aber ich hatte, glaube ich, auch erwähnt, dass durch diese internationale Kooperation in Afghanistan 38 Anschläge auf die Bundeswehr verhindert werden konnten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Und ich hatte, glaube ich, eingangs auch erwähnt, dass durch die Informationen, die wir zum Beispiel bekommen haben, unter anderem auch die Sauerland-Gruppe von ihren schwersten Straftaten durch Festnahme abgehalten werden konnte, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt, wobei wir uns ja schwerpunktmäßig mit SIGINT beschäftigen, und wenn ich es richtig weiß, wissen wir nicht genau, woher die ursprüngliche Information der Amerikaner kam, ob das sozusagen eine SIGINT-Erkennung war oder ob das anders war, sage ich nur. Und in den USA gab es ja sehr intensive Debatten darüber, wie viele Anschläge in den USA mit solchen Massendatenerfassungen, Vorratsdatenspeicherungen bezüglich von Amerikanern erreicht wurden. Diese Zahlen sind alle sehr in sich zusammengesurrt. Damit sage ich nicht, dass das alles sozusagen null und nichtig und irrelevant ist, sondern nur, weil Sie es eben eingangs so erzählten in der Logik: Irgendwie hat das Problem eben auch seine Schwächen, und manche Sachen scheinen eben nicht sehr gut zu funktionieren, und da gibt es Lücken.

Vielleicht mal im Hinblick auf den Drohnenkrieg, der da läuft, oder das Gesamtsetting: Haben Sie das Gefühl, dass der Ort seit dem 11. September ein sichererer Ort geworden ist? Also jetzt auch im Hinblick auf Deutschland. Sind wir heute aufgrund der ganzen Datenerfassungen und des Teilens von Daten sicherer? Ist das besser als vor 15 Jahren?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also, ich würde es umgekehrt formulieren: Ohne den Informationsaustausch wäre die Situation noch wesentlich unsicherer.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eine These, oder?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, ähnlich wie die Ihrige, wenn Sie mir das gestatten -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gestatte ich.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - zu sagen: Es ist nicht dadurch sicherer geworden, dass wir Daten austauschen. - Das hängt ja nun auch primär davon ab, welchen Bedrohungsszenarien Sie gegenübergesetzt sind und an welchen Orten die stattfinden. Seit dem Konflikt in Afghanistan sind ja leider noch einige weitere dazugekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das teile ich. Trotzdem: Ich habe ja den Drohnenkrieg bewusst mit einbezogen, den Drohnenkrieg, bei dem, ich glaube, selbst eine Uni wie Stanford sagt, auf einen getöteten Terroristen mindestens 20 Zivilisten kommen. Glauben Sie, dass das effektive Mittel der Terrorbekämpfung sind oder meinetwegen auch der Force Protection? Oder glauben Sie, dass man mit solchen Methoden vielleicht eher, na ja, den Dschihadisten, den Faschisten des Dschihadismus eine Rekrutierungsvorlage liefert darüber, wie bigott der Westen agiert? - Ich würde Sie so was Politisches niemals fragen. Aber Sie haben so politisch begonnen. Deswegen interessiert mich einfach Ihre Meinung.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist natürlich schwierig zu sagen. Ich nähere mich erst noch mal über die Rechtsfrage der Angelegenheit. Völkerrechtlich ist es völlig ohne jeden Belang, durch was oder wen die gezielte Tötung erfolgt, ob nun durch einen Gewehrschuss oder durch eine Drohne oder sonst was. Da spielt das Instrument keine Rolle. Ob Drohnen an sich weitere Rekrutierungsräume im dschihadistischen Raum produzieren, kann ich belastbar nicht bewerten; ich bitte um Nachsicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Das verstehe ich. Ich sage Ihnen nur: Mich macht unsere Situation heute eher nachdenklich, und ich überlege, ob das eigentlich gut läuft. Ich finde, dass alle, die mit Sicherheit befasst sind - und Sie sind in einer sehr wichtigen Funktion - diese Nachdenklichkeit könnte man schon entwickeln, wenn man sich anguckt, wie es heute aussieht und wie sich das entwickelt hat. - Aber ich sage das alles nicht, um mit Ihnen zu philosophieren, sondern weil Sie so eben begonnen haben. Und das sind die Dinge, die uns ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

im Hintergrund der einzelnen Sachfragen hier bewegen.

Vielleicht noch mal Bezug nehmend auf Ihre Einführung und die Frage, dass man sich eben entschieden hat, nicht Geodaten weiterzugeben, also Geolokalisationsdaten, mit denen man exakt feststellen kann, wo sich jemand befindet: Was wäre daran eigentlich das Problem gewesen, jetzt juristisch? Warum hat man gesagt: „Das machen wir nicht“?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich muss schon an der Stelle ansetzen in Ihrer Darstellung, die andeutete, diese Überlegungen hätte es erst ab dem 4. Oktober 2010 gegeben. Nach den mir bekannten Erkenntnissen sind die Mobilfunkdatenweitergaben davor auch schon gängige Praxis gewesen von mehreren Behörden. Aber ebenso war es vor dem 04.10.2010, lange vorher, gängige Praxis, dass GPS-Daten in bestimmte Krisenregionen nicht übermittelt worden sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das verstehe ich. Ich will - - Das Problem ist immer bei uns: Wir haben so wenig Zeit. Man versucht, einen Gedanken zu entwickeln, und gleich sagt Herr Sensburg wieder, ich müsse abgeben. Dann ist eine Stunde Pause. - Deswegen verkürze ich das jetzt etwas.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es wäre ja von der Zeit auch schon fast so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das habe ich mir schon gedacht. - Ich drehe den Gedanken um. Wenn man sagt: „Das Weitergeben von Geodaten ist rechtlich nicht in Ordnung, weil es die genaue Lokalisation einer Person ermöglicht in bestimmten Regionen; das Weiterleiten anderer Daten ist okay, weil es das nicht ermöglicht“, und man irrt über die zweite Unmöglichkeit, hat man dann eigentlich ein Problem? Das sage ich jetzt, weil Sie vorhin in der Vergangenheitsform geredet haben. Ist denn auch Ihr Erkenntnisstand heute, dass ich mit einer IMEI-Nummer, mit einer Telefonnummer, mit einem IMSI-Catcher unter der Drohne und Triangulationsortung nicht doch vielleicht -

nicht auf 50 Zentimeter, aber sehr präzise - ermitteln kann, wo sich eine Person aufhält, wenn ich nur ihre Mobilfunknummer oder IMEI-Nummer habe? Könnte das nicht eigentlich der technische Stand heute und vielleicht schon seit ein paar Jahren sein?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Zunächst: Ich hätte kein Problem damit, GPS-Informationen zu einer Person in Frankreich weiterzugeben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Zu Ihrer letzten Teilfrage: Mir sind natürlich durch Medien, ich sage mal, Behauptungen oder Vermutungen bekannt, die das heute etwas anders darstellen. Ob diese Vermutungen oder diese Behauptungen zutreffend sind, kann ich abschließend nicht beurteilen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

Nina Warken (CDU/CSU): Vielen Dank. - Guten Abend, Herr Dr. Romann! Ich habe nur ein paar konkrete Fragen, zunächst noch mal zur Entstehungsgeschichte des Erlasses, über den wir ja schon gesprochen haben. Wir haben aus meiner Sicht jetzt zwei unterschiedliche Aussagen oder Begründungen, wie es dazu kam. Der Zeuge Dettmer, der vor kurzem hier war, sagte, dass man vor allem aufgrund des Todes von Bünyamin E. und der öffentlichen Diskussion und der politischen Diskussion eine Art Handlungssicherheit für die Mitarbeiter des Amtes herstellen wollte und deswegen die Anfrage an Sie gerichtet hatte. Und Herr Isselburg, der vorhin da war, meinte, dass es bis zu dem Zeitpunkt so war, dass man immer nur einzelne Daten zu einzelnen Personen übermittelt habe und man nunmehr erstmals eine Liste übermitteln wollte mit einer Vielzahl von Personen und man sich das eben auch noch mal



Nur zur dienstlichen Verwendung

freigeben lassen wollte, verkürzt gesagt. Können Sie vielleicht klarstellen, wie es aus Ihrer Sicht war?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Auf Anhieb vermag ich im Moment keinen Widerspruch zu erkennen. Es kann durchaus sein, was der Vorzeuge sagte - erstmals Listen, in bestimmter Kategorisierung von mir aus. Wichtig ist nur, dass hinter jedem personenbezogenen Datum eine Einzelfallabwägung steht. Ob man die dann am Ende nach mehreren Einzelfallabwägungen summarisch übermittelt, ist etwas ganz anderes.

Ich kann mich noch erinnern, dass wir im Rahmen der Diskussionen im BMI nach dem 04.10. natürlich auch eine gewisse Verunsicherung im BfV wahrgenommen haben. Insofern hat es uns damals auch nicht verwundert, dass - nicht wegen der Excel-Auflistung, nenne ich das jetzt mal - eine solche Bitte um Zustimmung zur Datenübermittlung reingekommen ist ins Mutterhaus. Das habe ich jedenfalls, also ich persönlich jedenfalls, nicht als Primärgrund gesehen, solange eine Einzelabwägung in jedem Einzelfall stattgefunden hat. Die Fragen, die wir im BMI diskutiert haben, waren natürlich weniger rechtlich, sondern eher die politische Fragestellung: Ist es unter dem Eindruck dessen, was da möglicherweise am 4. Oktober 2010 passiert ist, was auch natürlich regelmäßiger Erörterungsgegenstand im PKGr war zu diesem Zeitpunkt, vielleicht politisch nicht opportun, jetzt mit dieser Kooperation in diesem Umfang fortzusetzen? - Und diese Entscheidung fiel zugunsten weiterer Datenübermittlung aus.

Nina Warken (CDU/CSU): Der Zeuge Isselburg meinte dann auch, dass es eben ohnehin stattgefunden hätte, dass man diese Anfrage zu den Listen an Sie stellte, und es parallel dann wohl auch diese Diskussion gab. - Sie hatten ja diese praktisch dann genehmigt eben mit der Einschränkung, dass die Liste keine Daten enthalten darf, die unmittelbar für die geografische Ortung verwendet werden können. Was genau - wenn Sie das noch mal erläutern können - waren die Gründe für die Einschränkung, bzw. wie war es

denn vorher? War das eine Änderung der Weisungslage aus Ihrer Sicht oder einfach nur noch mal eine Klarstellung?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Es hätte der Bitte um Zustimmung nicht bedurft, um mit der Datenübermittlung fortzusetzen. Wäre der Bericht nicht gekommen, hätte es auch einen solchen Erlass nicht gegeben, der, juristisch betrachtet, rein deklaratorischer Natur ist, weil das Gesetz oder der Gesetzgeber diesen Vorgang klar geregelt hat in dem Bereich „spezifische Normen der drei genannten Sicherheitsbehörden“. Wir haben im Bundesministerium des Innern damals gegenüber einer möglicherweise in ihrer Handlungsweise durch die Ereignisse am 04.10.2010 verunsicherten Geschäftsbereichsbehörde politisches Verständnis für diesen Bericht oder die beiden Berichte gehabt und haben versucht, erst mit dem von mir fernmündlichen Erlass gegenüber Präsident Fromm und später auch schriftlich der Behörde auch Handlungssicherheit zu geben. Die Behörde sollte sich der politischen Rückenbedeckung des Mutterhauses sicher sein können.

Nina Warken (CDU/CSU): Die Frage der Datenübermittlung an ausländische Dienste und die Frage, wie die Daten verwendet werden - können sie zur Ortung verwendet werden? -, kamen die erst mit dem Fall Erdogan auf? Oder gab es die schon vorher?

Zeuge Dr. Dieter Romann: In meiner dreijährigen Amtszeit in diesem Referat für mich persönlich das erste Mal.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie vorhin berichtet, dass man sich dann natürlich auch Gedanken gemacht hat um die Frage: Welche Daten können dann von den Amerikanern wie verwendet werden? Sie haben sich da beraten, auch mit dem BSI, dem BND, dem BfV, was technisch möglich ist und was nicht. Können Sie das zeitlich einordnen? Habe ich es richtig verstanden, dass das dann auch nach Erdogan erst war? Oder war das schon vorher?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nach meiner Erinnerung erst nach der ersten Kenntnisnahme zu den Ereignissen am 4. Oktober 2010. Das betrifft aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

nur das Erinnerungsvermögen meiner Person. Es mag bei anderen Personen anders gewesen sein.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt ist es ja tatsächlich so, dass, wenn man solche Daten weitergibt und eben ausgeschlossen sein soll, dass eine Ortung möglich ist, man das irgendwie beurteilen muss seitens des BfV: Was können die Amerikaner und was nicht? - Darüber haben Sie dann auch gesprochen, haben Sie geschildert. Haben Sie dann für sich ausschließen können - - Sind Sie zu dem Ergebnis gekommen, dass es auszuschließen ist, dass die US-Nachrichtendienste über die technischen Möglichkeiten verfügen, mit den Daten, die dann tatsächlich übermittelt wurden, Personen zielgenau zu lokalisieren?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Wir haben das zu dem Zeitpunkt nicht angenommen, nicht angenommen, dass diese Kompetenz möglicherweise besteht. Wissen tue ich das bis heute nicht, ich glaube, die Bundesregierung auch nicht.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt erfolgen die Datenübermittlungen ja immer zweckgebunden an die ausländischen Partner. Es wird ja darauf mit so einem Disclaimer hingewiesen. Die beiden Zeugen Dettmer und Isselburg hatten berichtet, dass es ihrer Erfahrung nach keine Anhaltspunkte gibt, dass diese Verwendungsbeschränkungen dann vonseiten der Partner nicht eingehalten werden würden. Können Sie das aus Ihrer Sicht bestätigen, dass dann tatsächlich die Partner sich an die Vorgaben des BfV hinsichtlich der Zweckbindung der übermittelten Informationen halten? Oder gibt es Anhaltspunkte dafür, dass es in Einzelfällen vielleicht doch zu einer Nutzung darüber hinaus gekommen ist, zu einer Nutzung, die nicht beabsichtigt war, mit den Vorgaben nicht vereinbar war?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich hatte zum damaligen Zeitpunkt - aber auch bis heute - keinen Zweifel, dass die betreffenden Partnerbehörden ausländischer Art und Güte sich nicht an diese Zweckbindung halten würden.

Nina Warken (CDU/CSU): Haben Sie die Frage auch mit dem BfV erörtert? Oder wie bildet man sich da eine Meinung?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, vielleicht am Gesprächsrande. Aber wir hatten auch immer Hinweise, dass insbesondere auch von den US-amerikanischen Dienststellen sowohl auf der BND-Schiene wie auf der BfV-Schiene durchaus nachgefragt worden ist, ob eine Zweckerweiterung möglich ist. Allein durch diese Nachfrage wird schon deutlich, dass sich die Partnerdienste bemühen, sich an die engen Zweckbindungen zu halten, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Jetzt hatten Sie gerade in der Antwort auf meine Frage zuvor eine doppelte Verneinung: Sie hatten keinen Zweifel, dass sie sich nicht daran halten würden. War das das, was Sie sagen wollten? Oder wollten Sie sagen - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich hatte keinen Zweifel, dass die Amerikaner sich nicht daran halten, um es einfacher zu formulieren, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Dass sie sich nicht daran halten?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Keinen Zweifel, dass sie sich -

Nina Warken (CDU/CSU): Daran halten.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - daran halten. Entschuldigung, ja.

Nina Warken (CDU/CSU): Okay. - Dann wäre ich so weit durch mit meinen Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Fragen sind alle zum großen Teil in dem Eingangsstatement beantwortet worden. Das war alles aus meiner Sicht klar. - Dann kommen wir zur zweiten Runde und zur Fraktion der Linken. Frau Kollegin Renner hat das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Dr. Romann, vorhin haben Sie ja mit mir ein bisschen Ratespiel veranstaltet, was die Frage, wer zuständiger Staatssekretär gewesen ist, war. Sie sprachen ja dann von Ihrem Unterabteilungsleiter und Ihrem Abteilungsleiter. Ich will das jetzt mal auflösen. Der Unterabteilungsleiter war Dr. Maaßen -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): - und der Abteilungsleiter Herr Schindler?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Korrekt.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Damit wir auch mal festgehalten haben, wer an dieser Diskussion im BMI beteiligt war. - Der Herr Pawlowsky, war der auch an dieser Diskussion beteiligt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Im Referat, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Perfekt. Dann habe ich jetzt eine Vorstellung, wer alles damit befasst war. - Da würde ich Ihnen jetzt gerne einen Vorhalt machen, und zwar aus MAT A AA-3-1f_2.pdf, Blatt 185. Es geht hier um die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage meines ausgeschiedenen Kollegen Herrn Nešković zum Thema des Tages. Herr Pawlowsky hat dann zu den einzelnen Fragen Anmerkungen übersandt, auch an Sie in CC und auch an einige andere. Und da geht es insbesondere um seine Hinweise zur Beantwortung der Frage 9. Ich darf Ihnen die Frage mal vorlesen:

Verfügen die USA nach Kenntnis der Bundesregierung über die technischen Fähigkeiten, ein Mobiltelefon zu orten, wenn dessen Rufnummer bekannt ist?

Noch mal zur Einordnung: Die Anfrage ist aus dem November 2011. - Daraufhin gibt Herr Pawlowsky folgenden Hinweis aus Ihrem Haus, der die Diskussion rund um den Erlass ja wohl mit begleitet hat:

Hinweis: Die Frage zielt darauf ab zu erfahren, ob die BReg weiß, dass die USA in der Lage sind, anhand aus dem Ausland übermittelter Mobilfunknummern „Gefährder“ geographisch so zu lokalisieren, dass die USA diese Personen mittels einer unbemannten bewaffneten Drohne eliminieren können.

Aus hiesiger Sicht bietet es sich daher an, zu antworten, dass die genauen technischen Fähigkeiten der USA der BReg nicht bekannt sind und im Fall des Bünyamin E. keine geeigneten Informationen zu dessen Lokalisierung im afg-pak Grenzgebiet, das zudem eine im Vergleich zu Ballungsgebieten eher dünne und lückenhafte Netzabdeckung aufweist, übermittelt wurden.

Die Antwort auf diese Frage 9 fiel dann auch entsprechend aus.

Aus diesem Hinweis ergibt sich ja, dass Herr Pawlowsky genau weiß, um was es geht, nämlich die Frage, dass man mit Mobilfunknummern Gefährder geografisch lokalisieren kann. Und er sagt dann: Es bietet sich an, so zu antworten, dass man in der Antwort nicht dahinterkommt. - Deswegen noch mal die Frage: Ab wann wussten Sie eigentlich in Ihrem Haus davon, dass auch Mobilfunknummern durchaus geeignete Instrumente sein können, Personen über Drohnen zu lokalisieren? Weil wenn er das nicht wüsste, hätte er das ja in dem Hinweis nicht geschrieben. Dann hätte er ja nie darüber spekuliert.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Frau Abgeordnete, ich bitte um Nachsicht; aber ich kann Ihre Schlussfolgerung, die Sie aus dem vorgelesenen Text ziehen, so nicht teilen. Sie interpretieren die Formulierung von Herrn Dr. Pawlowsky so, dass er wisse, dass die Amerikaner aus Mobilfunkdaten eine genaue Ortung rekonstruieren können. Diesen Text, den er dort geschrieben hat, habe ich nicht so interpretiert. Er hat nur versucht, dem Leser klarzumachen, worum es hier politisch geht.

Martina Renner (DIE LINKE): Dieses „Aus hiesiger Sicht bietet es sich daher an, zu antworten...“ - - Also, ich habe immer gedacht, man antwortet: „Deine Rede sei ja, ja oder nein, nein“, und man macht nicht einen Antwortvorschlag; Es bietet sich an, folgendermaßen zu antworten. - Das klingt ja danach: Um der politischen Diskus-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sion auszuweichen, bietet es sich an, folgendermaßen zu antworten. - Das ist vollkommen falsch interpretiert?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich kann Ihnen versichern, dass das eher die höfliche Formulierungskunst oder der Versuch derselben in einem Ministerium ist. Das ist die Formulierung einfach schlicht für einen Antwortvorschlag. Aber, dass jemand eine Antwort vorschlägt oder entwirft, daraus zu interpretieren, dass er das Gegenteil dessen weiß, was er aufschreibt, den Rückschluss würde ich nicht ziehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das ist noch nie vorgekommen, dass man in Kleinen Antworten opportun geantwortet hat und nicht wahrheitsgemäß?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Natürlich spielen in der Antwort oder in den Antwortvorschlägen auch politische Opportunitätsabwägungen eine Rolle, aber niemals in Grenzüberschreitung zur Unwahrheit.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo ist denn da die Grenze?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Wenn aus wahr unwahr wird.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wenn man etwas weglässt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das kommt dann auf die Fragestellung an.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Genau das haben wir an vielen Stellen in der Beantwortung von Kleinen Anfragen leider als Problem feststellen müssen.

Sie sind ja auch - das habe ich auch schon den Vorzeugen aus der Geschäftsbereichsbehörde, unglaubliche Formulierung, gefragt - natürlich technisch nicht ganz unbewandert, weil man sich ja auch hier in Deutschland mit der Ortung von Personen befasst als Sicherheitsbehörde, wie das funktioniert. Von wem holt man sich dann Expertise, wenn man etwas in dem Bereich erfahren

will, also: Wie funktioniert eine Drohne, wie lokalisiere ich jemanden im Ausland?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Lokalisierung ist ja unabhängig von dem Fortbewegungsmittel, ob Sie nun aus einem fahrenden Auto heraus versuchen, was zu lokalisieren, oder aus der Luft heraus oder, oder, oder. Ich kann mich noch daran erinnern, wie das Parlamentarische Kontrollgremium mal Vertreter des BSI sogar eingeladen hat, um dort Auskunft zu geben in Anwesenheit der Regierungsvertreter zu potenziellen Lokalisierungsmöglichkeiten, anhand welcher Daten. Das ist so der Klassiker an Informationsgewinnung.

Ich selbst mache Ihnen mal ein Beispiel, wenn Sie gestatten, jetzt in meiner jetzigen Verwendung, nur um das etwas deutlicher zu machen: Wir hatten im letzten Jahr in einer deutschen Großstadt im Norden Deutschlands die Festnahme einer Person als Bundespolizei. Den Zugriff sollte die GSG 9 machen. Die Person hielt sich im Hotel auf. Wir wussten nicht, in welchem Zimmer. Dann kam ein IMSI-Catcher zum Einsatz, um die Person und damit das Zimmer zu lokalisieren, damit man nicht jede Tür aufmachen muss. Und man musste so dicht ran, dass man erst nach einer gewissen Zeit, nachdem man Zimmer abgelaufen ist auf den Etagen, dann eher genau eine Vermutung hatte, wo die Person ist. Also, wir waren im Prinzip - oder die GSG 9 - wenige Meter von dem Mobilfunknetz entfernt, um dann erst sicherstellen zu können, dass die Person oder das Handy sich in diesem Zimmer befindet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir wieder wechseln. Die Zeit ist um.

Martina Renner (DIE LINKE): Echt? - Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Ich schaue mal. - Da gibt es keine Fragen mehr. Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Danke. - Herr Romann, ich habe auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch ein paar Fragen. Also, ich wundere mich schon, dass Sie hier sich eine Auffassung zu eigen machen über das, was Herr Bünyamin vorgehabt haben soll, die durch keine Fakten belegt ist, jedenfalls durch keine Fakten, die valide sind, auch wenn der Generalbundesanwalt das festgestellt hat - ich vermute, auf welcher Grundlage. Nur: Wir sind uns ja darüber einig, dass die Grundlage offenbar aus einer Quelle stammt - ich sage das mal sehr vorsichtig und sehr zurückhaltend -, von der inzwischen klar ist, dass sie auch der Urheber der Drohung gegen den Deutschen Bundestag ist, weswegen hier zwei Jahre lang strenge Bewachung war, und die inzwischen verurteilt worden ist vom Oberlandesgericht in Frankfurt wegen Vortäuschung einer Straftat, weil das, was sie da erzählt hat, alles nicht wahr war. Also, da sollten Sie ein bisschen vorsichtiger sein, bevor Sie auf solch windiger Grundlage hier Auffassungen vertreten.

Aber wir sitzen ja hier nicht im Strafverfahren und wollen nicht das aufklären, was da - und warum - geschehen ist und was Herr Bünyamin vorgehabt hat, sondern es geht hier darum, ob eine Mitverantwortung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und möglicherweise auch des Innenministeriums für die Tötung möglich ist und auch spätere Tötungen. Dazu meine erste Frage: War Ihnen damals bekannt, und zwar zu dem Zeitpunkt, bevor dieser Drohneneinsatz in Waziristan gewesen ist, dass Herr Bünyamin Erdogan sich dort befindet, und war das auch eine Mitteilung, die Sie weitergegeben haben, nach Ihren Kenntnissen damals?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich darf direkt antworten?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Mir persönlich war das vorher nicht bekannt. Das ist bekannt geworden im Nachgang, auch eine Involvierung in bestimmte Dinge, durch Berichterstattungen sowohl der strafprozessualen Behörde wie der dienstlichen Behörde, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich frage jetzt: Gab es Ihrer Kenntnis nach - vielleicht wissen Sie ja nicht alles - eine Mitteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz auch an die US-Seite, NSA oder CIA, dass dieser Mensch sich in Waziristan befindet, bevor er getötet wurde, außer der Handynummer, um die es die ganze Zeit ging?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich meine, ich hätte es im Eingangsstatement angedeutet, vielleicht zu undeutlich. Ich bin mir sogar ex tunc sicher, dass zu der Person Bünyamin E. und zu Dashti S. S. vorher schon, vor dem 04.10., zum Teil auch weit vorher oder weiter vorher, Informationen des BfV an ausländische Stellen gegangen sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Darunter Handydaten, oder was?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, das habe ich jetzt natürlich nicht im Kopf. Könnten Sie mich auf diese Frage in der nichtöffentlichen Sitzung noch mal ansprechen, Herr Abgeordneter?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht ja die ganze Zeit darum, ob Handydaten gegeben wurden und ob die geeignet sind und ausreichend sind, um einen Drohnenangriff durchzuführen.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Aus der bloßen Erinnerung heraus und aus der Nachbetrachtung und der Vorbereitung auf diese Sitzung - jetzt nicht 100 Prozent belastbar - sind zu Bünyamin E. mehrere Mobilfunknummern wie auch Festnetznummern vorher weitergegeben worden, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und geben Sie mir auch recht, dass, nachdem das dann bekannt wurde - das ging ja durch alle Zeitungen; auch mehrere Bundestagsabgeordnete haben sich darum gekümmert, ich auch -, dann der Verdacht aufkam und öffentlich diskutiert wurde und auch Gegenstand von Nachfragen bei der Bundesregierung war - eine haben wir ja gerade gehört -, dass möglicherweise diese Daten, die weitergegeben worden sind, Grundlage für



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Tötung gewesen sind durch die Drohne. Haben Sie darüber diskutiert bei sich im Ministerium?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Wir haben innerhalb des Mutterhauses die politische Opportunität aus ganz anderen Erwägungen diskutiert, die Übermittlungspraxis fortzusetzen. Die Diskutanten, die eben ja auch namentlich benannt worden sind, waren sich unabhängig davon immer sicher, dass diese Form der Datenübermittlung nicht unmittelbar ursächlich für das Ereignis am 04.10. war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe ja jetzt erst mal gefragt, ob nach der Tötung und nachdem das in den Zeitungen stand und diskutiert wurde, auch von Abgeordneten nachgefragt wurde, das in Ihrem Haus ein Thema gewesen ist, ein Diskussionsthema, wo andere gesagt haben: „Oh, das müssen wir aber jetzt genau mal klären“ und „Es besteht da eine Gefahr“.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, hat auch im BMI, wie sicherlich auch in allen Geschäftsbereichsbehörden, darüber eine Diskussion stattgefunden. Diese Diskussion war ja gerade der Grund für die verspätete Beantwortung auf die Zustimmungsbitte mit dem Bericht vom 15.10.2010, mit der ja das BMI erstmals um Billigung weiterer Datenübermittlung gebeten worden ist. In der Zeitspanne zwischen dem 15.10.2010, dem Datum des ersten Berichtes des BfV, und meinem Telefonat mit Präsident Fromm am 11.11.2010, in dieser Zeitspanne wurde innerhalb des Mutterhauses die Frage erörtert der Fortsetzung dieser Form der Datenübermittlung. Aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anlässlich dieser Tötung?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, natürlich; klar, klar. Es gab ja dann auch Erkenntnisse. Aber ich sage noch einmal: Das waren eher politische Abwägungsfragen. Es gab zu keinem Zeitpunkt Zweifel an der rechtlichen Zulässigkeit der Datenübermittlung. Und es gab auch zu diesem Zeitpunkt und nach meiner Erinnerung keinen

Hinweis darauf, dass diese vorherige Datenübermittlung unmittelbar ursächlich für den Tod der beiden genannten Personen sein könnte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen damals bekannt, dass es bei den USA, bei der CIA und beim Militär, sogenannte Killing-Listen gab - „killing“ von „töten“, oder man kann sagen: Todeslisten -, in Afghanistan unter anderem?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also, das kann ich jetzt nicht bestätigen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie es nicht, oder wie?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Bitte?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie es nicht - positiv, negativ?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also, es gab immer Medienspekulationen. Aber das ist kein Beleg dafür, dass es so etwas tatsächlich gibt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind denn zu solchen Listen mal Daten geliefert worden, also unter anderem Handydaten?

Zeuge Dr. Dieter Romann: In meiner Amtszeit aus meinem Referat heraus in meiner Zuständigkeit: nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder hat man gesagt: „Für Leute, die auf der Killing-Liste stehen, liefern wir keine Daten“? Hätte ja auch sein können.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich kannte zu dem Zeitpunkt keine solchen Listen - bis heute nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht wussten Sie von der Liste nicht. Weiß ich nicht. Ich gehe mal davon aus, dass das in Ihrem Haus bekannt war, beim Bundesamt für Verfassungsschutz auch. Es gibt auch Hinweise in den Akten. Die Frage ist jetzt, ab wann das war. Aber haben Sie denn mal, vielleicht ohne



Nur zur dienstlichen Verwendung

das Wort „Liste“ zu benutzen, gesagt: „Zu Personen, die getötet werden sollen durch Drohnen“ - diese Deutschen waren ja nicht die Einzigen - „liefern wir keine Daten, also zu Personen, von denen wir wissen, dass die getötet werden sollen oder dass die - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also, ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass, selbst wenn es solche Listen gegeben haben sollte in der Sphäre eines NATO-Partnerstaates, der Partnerstaat anderen, ausländischen Stellen auch nur ansatzweise über deren Existenz oder deren Zustandekommen oder aber über entsprechende Entscheidungsprozesse irgendeine Information gegeben hat. Das kann ich mir nicht vorstellen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, hat er.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Mir nicht; tut mir leid.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein - da weiß ich nicht mehr genau, ob das in dem Zeitpunkt war, weil ich es jetzt nicht hier habe -, dass die Bundesregierung, das heißt Ihr Ministerium oder das Ministerium, in dem Sie beschäftigt waren, mir mal geantwortet hat auf eine Frage auch zu dem Kausalzusammenhang, dass die Bundesregierung nicht ausschließen kann, dass Informationen, die aus Deutschland gegeben werden an die USA, an die CIA, zur Tötung genutzt werden?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Kann ich jetzt nur - ich bitte um Nachsicht - mit Nichtwissen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waren Sie nicht mit beschäftigt?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich müsste einen Vorhalt bekommen, in welcher Zeit das war, und dann recherchieren, aus welchem Referat, und dann eventuell, wenn es das meinige gewesen sein sollte, da nachsteuern. Aber aus der Lamäng - ich bitte um Nachsicht - kann ich das nicht tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssten wir aber in der nächsten Runde machen; denn

wir müssen jetzt wieder wechseln und kommen in dieser Runde zur Fraktion der SPD, wenn noch Fragen im öffentlichen Teil sind.

(Christian Flisek (SPD): In öffentlicher Sitzung keine!)

- Keine mehr. Ich glaube, ich kann das jetzt auf zwei Fraktionen beschränken, wenn ich das richtig sehe. Das sind die Fraktion Die Linke, glaube ich, und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ich frage mal: Wie viele Fragen sind das? Sollen wir eine Fraktion durchfragen lassen, oder sollen wir wechseln?

(Martina Renner (DIE LINKE): Wir wechseln!)

- Ja, okay. Dann die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Weil wir auch immer wieder die Vorhalte sortieren müssen. Das ist dann angenehmer. Danke, Herr Vorsitzender. - Der Bundesnachrichtendienst hat ja auch Daten mit den USA geteilt, auch Daten, die zur Geolokalisation fähig sind. Er kommt irgendwann zu dem Ergebnis, dass man diese Daten verfälscht weitergibt in Sorge, dass sie genutzt werden zur Lokalisierung von Personen für den bewaffneten Drohnenkrieg. Hat man sich darüber auch mal ausgetauscht? Wussten Sie, dass dort Daten zum Beispiel nur noch durch das Ixen der letzten Ziffern oder der konkreten letzten Ziffern von Telefonnummern oder nach Verfälschen zum Beispiel von geografischen Koordinaten durch den BND weitergeben wurden?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Frau Abgeordnete, das kann ich nicht bestätigen, jedenfalls nach meinem damaligen und bis heutigen Kenntnisstand, dass der Bundesnachrichtendienst in diese Regionen geogene, geolokalisierbare Daten weitergegeben hätte. Das ist nicht mein Kenntnisstand.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Bundesnachrichtendienst hat das zum Beispiel durch sein Tarnmittel HBW getan, indem er Flüchtlinge dort



Nur zur dienstlichen Verwendung

auf Google-Maps-Karten, 3D-Karten, Einzeichnungen hat vornehmen lassen. Und das waren natürlich geografisch sehr genaue Angaben, die man dann auch zur Geolokalisierung nutzen konnte. Also nur mal so zur Information.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Kann ich nicht bestätigen. Aber der BND gehörte auch nicht damals zu meinem fachaufsichtlichen Bereich.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Es geht ja nur darum, ob man im Rahmen von gemeinsamen Terminen sich vielleicht mal ausgetauscht hat zur Frage der Behandlung geolokalisierbarer Daten. Man ist ja - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist nicht der Fall. Ich bitte um Nachsicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war nicht der Fall. - Sie sagten, es gab da mal eine PKGr-Beratung zu dieser Frage, und da hätte auch das BSI vorgetragen. Gab es dort einen schriftlichen Bericht des BSI zur Frage der Ortung? Oder war das nur mündlich vorgetragen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich kann mich an eine Sitzung erinnern, an der ich selbst dabei war. Dort hat der damalige Behördenleiter oder sein Vertreter jedenfalls mündlich zu diesem Thema vorgetragen. Ein schriftlicher Bericht des BSI ist mir nicht erinnerlich. Das schließt aber nicht aus, dass es den gegeben hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war auch nicht - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Dann in einer anderen Abteilung, IT.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Das war auch im Zusammenhang mit der Diskussion damals im Herbst 2010? Oder früher oder später?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Im Zusammenhang der Ereignisse im Nachgang vom 04.10.2010, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann müsste es ja entsprechend im BSI dann auch irgendeine Expertise zu der Frage geben.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Im PKGr muss es Aufzeichnungen dazu geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Da würde uns interessieren: Wer hat was damals - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, ich habe dazu mal eine Frage! Entschuldigung!

- Kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Deswegen kriegt ja auch die Fraktion gleich Fragerecht.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will gar nicht das Fragerecht haben!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mich interessiert, wie die Haltung des Vorsitzenden bzw. des Ausschusses hier dazu ist, dass hier über Inhalte im PKG berichtet wird. Ich würde das auch gerne machen, aber nach meiner Kenntnis steht im Gesetz, dass alles, was im PKG verhandelt wird, geheim ist, und das gilt für alle. Also auch Mitarbeiter, etwa des Gremiums, sind daran gebunden und, ich glaube, auch die Mitglieder. Es ist nicht nur so, dass Abgeordnete nichts sagen dürfen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie müssen es ja wissen, Herr Ströbele. Wie ist das denn?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich kann nur auf das Gesetz verweisen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie ist das denn?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber vielleicht hat der Zeuge irgendeine Chance - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da ich natürlich nicht die Inhalte der Sitzung sagen kann: Ist denn hier gerade aus einer Sitzung wortwörtlich gesprochen worden und geredet worden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich würde ja gerne, ich sehe mich daran aber gehindert, weil ich mich an die Schweigepflicht halte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, Nein, Herr Ströbele, Sie dürfen das auch nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben. Aber der Zeuge darf das, oder wie?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist mir jetzt nicht aufgefallen, weil ich ja die Inhalte nicht kenne. Ich bemerke das ja nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, er erzählt doch dauernd, was da erzählt worden ist und wie er da war und wie das so ist. Das würde ich auch gern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir ist das jetzt nicht bekannt oder aufgefallen, dass von Inhalten der Sitzung geredet wurde.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr Vorsitzender, ich glaube, Herr Abgeordneter Ströbele hat recht. Ich bin, glaube ich, da ein Stück zu weit gegangen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Dann lassen wir das ab jetzt.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann würden wir gerne bei Gelegenheit die Unterlagen aus dem BSI zu dieser Berichterstattung im PKGr haben wollen, zu der Frage „Geolokalisierbarkeit mittels Daten, die von deutschen Sicherheitsbehörden übergeben werden“. Das wäre total spannend für uns, wer das auch immer da drüben jetzt mitnimmt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Akmann nimmt es anscheinend mit.

MR Torsten Akmann (BMI): Ja, Frau Abgeordnete Renner, da benötigen wir natürlich einen Beweisbeschluss von Ihnen.

Martina Renner (DIE LINKE): Machen wir. Kein Problem.

Herr Dr. Romann, wir kennen ja nur die Fälle von deutschen Staatsbürgern bzw. Personen, wie Sie es nennen, mit Deutschlandbezug, die als Dschihadisten in die Krisen- und Kriegsgebiete ausgereist sind und durch Drohnen getötet wurden, die pressebekannt sind, und wir kennen auch nur zu diesen Personen jeweils Dokumente aus BfV und BND und BKA, was die Frage angeht, welche Daten wann übermittelt wurden. Diese Listen, die an JIS, also CIA und damit auch NSA, gegangen sind - und vielleicht auch Dritte -, sind aber sehr, sehr, sehr umfangreich. Sie kennen diese Listen ja, weil man ja im November 2010 dazu beraten hat, ob man diese Listen inklusive Telekommunikationsmittel und Passmerkmalen usw. weitergibt.

Aus Ihrer Kenntnis im BMI: Wie viele Personen auf diesen Listen, die übergeben wurden an die JIS, wurden im Krisen- und Kriegsgebiet getötet?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also, mir persönlich sind nur die beiden hier schon namentlich benannten Fälle bekannt. Das schließt natürlich nicht aus, dass unter den getöteten Personen auch noch weitere sein könnten, zu denen es entsprechende Übermittlungen gab. Aber ich betone noch mal: die nach unserem Kenntnisstand in keinerlei Kausalität zu dem Ereignis stehen oder stünden.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich mal informiert, dass - - Nein, andersherum gefragt: Haben Sie sich einmal informiert, ob Personen auf den Listen, die nach Ihrem Erlass datenmäßig übermittelt wurden - - es erneut zu Tötungen durch dann, wie in der Presse wiedergegeben, vermutlich Drohnen gekommen ist? Wir reden ja jetzt vom Erlass. Da sagen Sie, da kennen Sie zwei Fälle. Ich rede jetzt von nach Erlass. Was ist mit denen, die ganz konkret auf diesen Listen standen, die im November 2010 übermittelt wurden? Sind die tot?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich kann Ihnen die Frage, ehrlich gesagt, nicht beantworten, Frau Abgeordnete. Ich weiß es schlicht nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte man ja mal irgendwann nachfragen müssen. Sie machen einen Erlass, in dem Sie sagen, es ist auszuschließen, dass Daten übermittelt werden, die zur Ortung - Sie benutzen sogar das Wort „Drohneinsatz“ - genutzt werden, und dann werden Listen mit Namen übermittelt, freigegeben quasi durch Sie. Und man hätte ja dann nach gewisser Zeit mal fragen können: Wie sieht es denn aus? Ist irgendetwas auf dieser Liste durch eine Drohne umgekommen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Frau Abgeordnete, das entsprach nicht der Praxis im Verhältnis zum BfV damals. Das hätte das BfV unaufgefordert angemeldet, ebenso das Bundeskriminalamt. Und ich darf daran erinnern, dass jedenfalls zu meiner damaligen Amtszeit - und ich weiß nicht genau, ob das bis heute auch noch der Fall ist; aber das liegt in Ermangelung der Zuständigkeiten - bis heute keine formalen Todeserklärungen zu diesen Fällen vorliegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt müssten wir dann - -

Martina Renner (DIE LINKE): Kurzer Satz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Einen noch.

Martina Renner (DIE LINKE): Zwei Namen auf dieser Liste: Barki und Hattour sind Drohnenopfer. Zwei Namen auf der Liste - -

Zeuge Dr. Dieter Romann: Dürfte ich die Namen noch mal hören?

Martina Renner (DIE LINKE): Barki und Hattour sind Drohnenopfer. Sie standen auf dieser Liste, die im November 2010 dann übermittelt wurde, nachdem die Weisung erfolgte, dass die Daten, die zu diesen Personen übermittelt werden, nicht geeignet sein dürfen zur Geolokalisierung, insbesondere zum Drohneinsatz. - Ist Ihnen neu?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Kann ich jetzt nichts zu sagen. Aber - - Kann ich im Moment nicht bestätigen; kann ich nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nächste Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Herzlichen Dank. - Dann ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dran. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht im Nachgang zu der vorletzten Frage: Herr Romann, gibt es denn bei solchen Drohnenopfern überhaupt mal eine schriftliche Bestätigung? Ich weiß nur, dass die Bundesregierung mir, glaube ich, noch lange Zeit, nachdem alle davon ausgingen, dass Bünyamin umgebracht worden ist, also getötet worden ist, noch geantwortet hat: Uns liegt bisher keine amtliche Bestätigung dafür vor. - Das wird sie wahrscheinlich heute noch tun. Eine amtliche Bestätigung werden die pakistanischen - - Oder: Ich weiß nicht, wer die geben sollte. Irgendein Arzt in - - oder - - Ich weiß nicht, wie die Bundesregierung sich das vorstellt.

Kennen Sie überhaupt mal Bestätigungen, dass eine Todeserklärung Ihnen übermittelt worden ist?

Zeuge Dr. Dieter Romann: In meiner Zeit ist mir eine formale Todeserklärung nicht bekannt. Den Fall oder die Fälle, die Sie gerade zu Recht ansprechen, was die pakistanischen Stellen angeht: Dort sind es ja dann Informationen über den dortigen Nachrichtendienst, die keine deutsche formale Für-tot-Erklärung ersetzen können. Deutsche Stellen sind in den Tribal Areas in den FATA-Gebieten natürlich auch für uns nicht zugänglich, um die normalen Todesermittlungen zu übernehmen.

Ich meine mich aber zu erinnern, Herr Abgeordneter, dass nicht in einer öffentlichen Antwort der Bundesregierung, aber in einer Teilantwort bei der Geheimschutzstelle des Deutschen Bundestages auf Ihre und auf Nachfrage des damaligen MdB Nešković eine Information hinterlegt ist, die Ihren Wissenswunsch in diesem Umfang



Nur zur dienstlichen Verwendung

so gut wie möglich und ehrlich beantwortet hat. Ich selber war damals der Autor.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Na ja, weil Sie jetzt sagen: Da lag ja keine amtliche Todeserklärung da. Das erinnert mich an frühere Antworten, die ich da bekommen habe, und ich habe da auch immer nur mit dem Kopf geschüttelt.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Sicherlich aber auch an die Teilantwort, die bei der Geheimchutzstelle des Deutschen Bundestages aus diesem Grunde gesondert hinterlegt worden ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich habe daraufhin an den Generalbundesanwalt Fotos geschickt, mehrere, von der Leiche des Getöteten. Ich weiß nicht, ob das reicht, um zu beweisen, dass da jemand tot ist.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nach meinen Erinnerungen: Die Fotos, die mir zur Kenntnis gelangt sind: War nicht eindeutig klärbar, ob diese Fotos post mortem entstanden sind.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, also, ich kann sie Ihnen ja noch mal vorlegen. Da konnte man keinen Zweifel haben, dass der Mann nicht mehr lebt. Aber gut, das wollen wir jetzt nicht vertiefen.

Sie haben vorhin auch weiter gesagt, der sei ja verdächtig gewesen oder sei auf dem Sprung gewesen, deutsche Bundeswehrsoldaten anzugreifen oder andere ISAF-Truppen anzugreifen. Also, nach meiner Kenntnis waren in Waziristan - - Vielleicht wissen Sie das besser als Aufsicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dass in Waziristan keine Bundeswehrsoldaten waren und auch nie hingehen sollten - und auch keine ISAF-Soldaten.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nein, Herr Abgeordneter, das natürlich nicht. Aber wie ich, glaube ich, auch eingangs erwähnt hatte, gab es natürlich - und das hat der Bundesanwalt auch angenommen und auch als solches bestätigt aus den Gesamterkenntnissen aller Verfahren - - dass dieser nicht internationale bewaffnete Konflikt von

Afghanistan natürlich rüberschwappt und auch entsprechende Kräfte sich auf pakistanisches Gebiet zurückziehen, um dann Angriffe auf ISAF-Soldaten, darunter leider auch deutsche, auf afghanischem Gebiet vorzunehmen, also quasi Waziristan auch als Rückzugsraum nutzend.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dafür haben Sie Belege, oder wie, dass der das vorhat?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich habe eben den GBA beim Bundesgerichtshof zitiert, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie haben sich das zu eigen gemacht.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - der in einem langen Verfahren, in einem langen Gutachten unter Zugrundelegung seiner Erkenntnisquellen zu diesem Ergebnis kommt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben sich das zu eigen gemacht. Mehrfach betont.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, ich habe keinen Zweifel, dass der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof und seine Bundesanwälte aus den Erkenntnisquellen der entsprechenden Behörden heraus ein Gutachten gefertigt haben, das im Ergebnis den Tatsachen entspricht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese entsprechende Behörde war das Bundesamt für Verfassungsschutz, oder wer?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Es sind Quellen aus beiden Behörden genannt: BKA und BfV.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die sind zu diesem Ergebnis gekommen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Mhm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie das mal gesehen, das Gutachten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen das?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und daher haben Sie uns hier heute das vorgetragen, aus der Kenntnis dieses Gutachtens?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dieses Gutachten hat die Quelle, die ich Ihnen vorhin schon gesagt habe?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eines überführten Falschbeschuldigers.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich glaube, Herr Abgeordneter - - Ich wollte eigentlich nicht widersprechen, aber Emrah E. ist ja nun nicht nur wegen Vortäuschung einer Straftat verurteilt worden, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wegen dieser Sache ist er verurteilt worden.

Zeuge Dr. Dieter Romann: - sondern vor allen Dingen - das hat ja das Strafmaß ergeben - wegen der Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber alles, was er hier zu Berlin gedroht hat, soll nach Auffassung des Gerichts in Frankfurt erfunden gewesen sein.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist der kleine Teilaspekt Reichstag.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Darauf kommt es jetzt an. Ich will ja jetzt nicht die politische oder terroristische Karriere von dem Bruder hier noch darlegen. Der ist ja da noch.

Ich habe nur jetzt noch eine Frage, nämlich zu dem, was ich vorhin schon Ihren Kollegen gefragt habe - oder den Kollegen vom Verfassungsschutz gefragt habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das wäre dann die letzte Frage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesem Schreiben, um das es die ganze Zeit geht, vom 22., glaube ich, 22.11., schreiben Sie, es soll sichergestellt sein. Wie war dieses „sichergestellt“ zu verstehen? Sollte das sicher sein oder - - Also, zunächst, wenn man dem Wortlaut folgt, dann darf es da keinen Zweifel dran geben. „Sichergestellt“! Es war ja nicht halbwegs sichergestellt oder ungefähr oder glaubhaft oder irgend so was.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Herr Abgeordneter, man kann dann sicher sein, wenn die Telefonnummer, die man weitergibt, kein Satellitentelefon, Thuraya oder Vergleichbares ist, was über einen GPS-Peilsender verfügt. Wenn man dieses nicht weitergibt, war man zum damaligen Zeitpunkt sicher, dass die Mobilfunknummer nicht zur unmittelbaren Lokalisierung fähig ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir wissen ja, dass diese Annahme mindestens von - auch hier ja - einem Zeugen, der es wissen muss, dementiert wird und gesagt wird: Das ist sehr wohl möglich; so haben wir das immer gemacht, ohne GPS, sondern wir haben ganz normale - - Aufgrund von Handynummern haben wir Ortungen vorgenommen, durch die Drohne selber, weil die Drohne ist ja nicht eine Rakete, die man irgendwo abschickt und die man dann so disponieren muss, dass sie von selber ins Ziel findet, sondern das ist ja ein fliegendes Auge, wenn man so will, außer dass sie noch Raketen dabei hat.

Das heißt, die Rakete kann, selbst wenn das stimmt, was Sie sagen, mit den 30 Kilometern - das ist auch zweifelhaft, aber gehen wir mal davon aus -, die 30 Kilometer überfliegen, zwei, drei, fünf Stunden, und dort Erkenntnisse sammeln und vielleicht dann Personen - - Wenn gar



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht so viele da sind, wenn es nicht gerade Berlin ist oder so, kann sie auch einzelne Personen feststellen, die da sind, und dann kann sie die Drohne draufschieken, die Rakete draufschieken. Ist das mal erörtert worden?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, wir müssten jetzt mal wieder wechseln.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Zum damaligen Zeitpunkt in meiner Anwesenheit nicht, Herr Abgeordneter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eigentlich nur noch zwei kleine letzte Fragen. - Was ist denn der Sterne-Komplex?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist nach meiner Erinnerung - jetzt muss ich mal die Augen schließen - - Jedes Ermittlungsverfahren, sei es beim Bundeskriminalamt, oder jede vertiefte Ermittlung beim BfV für bestimmte Komplexe bekommt einen besonderen Namen, damit - - So. In dieser Zeit hatten nach meiner groben Erinnerung beide Behörden, BKA und BfV, entsprechende Verfahrensnamen gewählt, die immer irgendwo etwas mit dem Weltraum zu tun hatten.

Martina Renner (DIE LINKE): Das heißt, „EG Komet“ ist die Reisegruppe um Bünyamin Erdogan?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das ist wahrscheinlich das bei der anderen Behörde, ja. Aber - -

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. - Und dafür gab es auch so was wie einen Ansprechpartner in jeder Behörde?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Selbstverständlich. Jeder Ermittlungskomplex wurde bei der einen oder bei der anderen Behörde durch bestimmte Arbeitseinheiten mit bestimmten Personen natürlich betreut - und in diesem Kreise auch zwischen den Behörden untereinander Erkenntnisaustausch betrieben.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau. - Wir haben ja hier das Wort „SPoC“ gelernt: Single Point of Contact. „SPoC“ - nicht der mit den Ohren.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gab es beim BfV - das könnten Sie ja vielleicht wissen - so einen Single Point of Contact für diese Sterne-Fragen?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Selbstverständlich gab es bei jeder der genannten Behörden Arbeitseinheiten, die dann der Single Point of Contact waren, aber der Kreis der SPoC-Teilnehmer und der entsprechenden dahinter stehenden Behörden inländischer und ausländischer Art war ja dann doch größer.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer war denn - - Hatte das BMI auch einen SPoC?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Das BMI?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Nach meiner Erinnerung gab es SPoC-Runden zwischen den beteiligten deutschen Sicherheitsbehörden, auch zum Teil gemeinsam mit US-amerikanischen Behörden, und ich meine mich zu erinnern, dass ich mindestens einmal, wenn nicht sogar zweimal an einer solchen SPoC-Sitzung selbst teilgenommen habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Und wer war SPoC im BfV? Herr Isselburg oder Herr Engelke?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also der erste Name ist mir nicht geläufig, wahrscheinlich weil es der Kampfname ist oder die Tarnidentität oder wie immer Sie wollen. Das waren regelmäßig die Referatsleiter oder deren Vertreter der bestimmten Referate im Bundeskriminalamt, BND oder im BfV.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe das Licht sogar angelassen, da es ja so meine Art ist. - Eine letzte Frage, Herr Zeuge - das haben wir auch schon mit den anderen Zeugen erörtert gehabt -: Sie haben sich ja offenbar kundig gemacht, auch das BfV, was man möglicherweise mit Handydaten, Handytelefonnummern feststellen kann. Haben Sie sich im Ministerium denn auch mal kundig gemacht, was eine Drohne ist und kann? Ist eine Drohne so was Ähnliches wie eine Rakete - ich habe das ja vorhin schon angedeutet -, die man jetzt programmiert und dann fliegt die in irgendein Ziel, beispielsweise in das Ziel Handynummer soundso? Haben Sie sich mal kundig gemacht: Was kann eigentlich eine Drohne, und was macht die? Kann die zum Beispiel auch Funktionen ausüben mit Zusatzgeräten, wie wir das hier gehört haben, wie so ein IMSI-Catcher, also doch sehr viel mehr und sehr viel konkreter was machen?

Allein sich mit der Technik auseinanderzusetzen, was man mit Handydaten machen kann, reicht vielleicht oder mit Sicherheit nicht aus. Haben Sie sich mal Gedanken gemacht, Sie persönlich und das Ministerium, dass Sie sich da mal einen Fachmann geholt haben - oder eine -frau?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Natürlich hatten wir öffentlich zugängliche Informationen. Ich kann mich aber jetzt nicht erinnern, dass wir - aber das mag dann auch an meinem reduzierten Zuständigkeitsbereich gelegen haben - im Bereich der Technik zum Beispiel an das Pentagon herangetreten wären und darum gebeten hätten, uns zu übermitteln, was ihre Luftfahrzeuge alles können. Das haben wir nicht getan, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber vielleicht muss man sich nicht gleich ans Pentagon wenden. Es gibt unendlich viele - inzwischen mindestens, aber damals auch schon - auch Veröffentlichungen darüber, in vielen Zeitschriften, im *Spiegel* zum Beispiel. Da kann man die ja mal wiedererkennen: Das ist die und die, und dann gibt es die neuere und die ältere Version und so. Wurde sich da mal kundig gemacht, eine Expertise in Auftrag gegeben oder Ähnliches? - Offenbar nicht.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Also nicht in meinem Bereich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Sie wissen da auch nichts von? Dass man - - Verstehen Sie?

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann ja noch nachvollziehen, dass man sagt: Ich habe hier ein Handy. Wenn Sie jetzt meine Nummer haben: Was können Sie damit machen, was können Sie da feststellen? Wo ich bin? Oder was ich gerade mache? Wie können Sie das abhören? Oder was passiert mir, wenn ich das Handy hier liegen habe? Wer kann das alles mithören? - Darüber kann man sich Gedanken machen.

Es ist aber noch was anderes, wenn eine Drohne damit unterwegs ist und irgendwo sitzt einer in Texas oder sonst wo in den USA, in der Wüste, und hat vor sich nicht nur die Drohne, dirigiert nicht nur die Drohne, sondern die Drohne hat ein Auge. - Das habe ich Ihrem Kollegen auch schon vorgehalten. Das Auge soll so scharf sein, so gut sein, dass man auch Menschen erkennen kann - einzelne.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Mein Referat war für technische Fragen dieser Art nicht zuständig. Mein Referat war zuständig für Gefährdungssachverhalte aus dem Bereich Ausländerextremismus und islamistischer Terrorismus. Natürlich gab es innerhalb des Ministeriums auch Stellen mit größerer Expertise technischer Art, als ich sie in personam oder in meinem Referat in Form anderer Personen hatte. Ob und inwieweit, in welcher Tiefe, das auch ressortübergreifend in Anspruch genommen worden ist, kann ich im Moment nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dann stellt sich doch die Frage: Wie kommen Sie heute und damals offenbar auch zu der Aussage und zu der Meinung, dass man mit Handynummern alleine, es sei denn, es handelte sich um ein GPS-Handy, nichts anfangen kann oder wenig anfangen kann, also nur im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Großraum eine Ortung vornehmen kann - oder über einen Großraum eine Ortung vornehmen kann? Wie kommen Sie zu dieser - - Wo Sie selber schreiben: „sicherstellen“. Warum ist für Sie dann sichergestellt: „Allein die Erkenntnis Handydatum reicht alleine für ein Handy jetzt nicht“, aber ohne zu bedenken, was die Drohne kann? Das ist doch fahrlässig mindestens.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Durch die entsprechenden Informationen, die uns zu diesem Zeitpunkt vorlagen, von Sicherheitsbehörden und durch die Formulierung „sicherstellen“, dass keine geo-unmittelbare Lokalisierung in der Region möglich ist, ist auch Spiel für die nachgeordneten Behörden, ihrerseits auf ihren Ebenen entsprechende Informationen über technisches Know-how beizuziehen, zum Beispiel mit dem eben schon an falscher Stelle von mir namentlich zitierten BSI.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ob das geschehen ist, wissen Sie nicht. Davon sind Sie ausgegangen. Also, die Zeugen, die wir bisher befragt haben, haben sich ähnlich unkundig geäußert zu der Frage, was die Drohne kann, wie Sie.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich habe ja eben schon an falscher Stelle die Expertise des BSI genannt. So. Und bei der Aussage: „Zwischen 10 und 30 Kilometer in dieser Region aufgrund der lange auseinanderliegenden Funkmasten“ - bei dieser Einschätzung -, war natürlich auch das BSI beteiligt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß jetzt nicht, ob das BSI weiß, wie eine Drohne funktioniert; aber das muss man dann mit denen klären.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ja. Die Frage ist, ob man von Amerikanern solche genauen Informationen bekommen hätte, hätte man dort nachgefragt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, in Fachzeitschriften. Also, das liegt natürlich auch nahe, dass man die Amerikaner fragt, die die Dinger haben; aber es ist wirklich

unendlich viel veröffentlicht worden, was die alles können und was die neue Entwicklung ist und die alte Entwicklung usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also: Haben Sie nicht gemacht.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Ich kann im Moment Ihre Fragen bedauerlicherweise nicht in der Detailtiefe beantworten, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Wenn jetzt keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung bestehen, müssen wir auch an dieser Stelle einen Beschluss fassen, und ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung des Zeugen Dr. Romann am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem so zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Damit ist für die weitere Vernehmung im nichtöffentlichen Teil bzw. eingestuften Teil die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Wir sind am Ende der öffentlichen Vernehmung unserer Zeugen am heutigen Tag. Ich danke der Öffentlichkeit ganz herzlich für die Teilnahme an dieser Sitzung mit drei Zeugen heute, wünsche allen einen schönen guten Abend.

Wir bauen jetzt um, gehen in nichtöffentliche und eingestufte Sitzung - jetzt muss ich einmal in die Runde der Fraktionen gucken - mit einem Zeugen noch, mit dem Zeugen Isselburg. Richtig?

(Martina Renner (DIE LINKE): Ja!)

- Das ist gut.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann darf ich Sie gänzlich heute verabschieden, Herr Dr. Romann. Ich bedanke mich, dass Sie uns so lange Rede und Antwort gestanden haben. Wir vernehmen heute nur noch einen Zeugen in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung. Von daher danke schön, und Sie haben dann heute frei.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Habe ich Sie richtig verstanden? Ich bin sozusagen als Zeuge heute entlassen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entlassen, ganz genau. Doppelter Dank für die vielen Informationen, die Sie uns gegeben haben. Schönen Feierabend! Denken Sie an uns; wir sitzen noch ein bisschen länger hier.

Zeuge Dr. Dieter Romann: Okay. - Vielen Dank.

(Schluss des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 22.01 Uhr -
Folgt Sitzungsteil Zeugen-
vernehmung, Geheim)

ANLAGE 1

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH



Bundesamt für
Verfassungsschutz

Dr. Burkhard Even
Abteilungsleiter 4

POSTANSCHRIFT Bundesamt für Verfassungsschutz, Postfach 10 05 53, 50445 Köln

Deutscher Bundestag
Leiter Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss der
18. Wahlperiode
Herrn Harald Georgii
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Merianstr. 100, 50765 Köln

POSTANSCHRIFT Postfach 10 05 53, 50445 Köln

TEL +49 (0)221-792-0

+49 (0)30-18-792-0

(IVBB)

FAX +49 (0)221-792-██████

+49 (0)30-18-10-792-██████

(IVBB)

E-MAIL poststelle@bfv.bund.de

INTERNET www.verfassungsschutz.de

DATUM Köln, 08. Juli 2016

BETREFF **Stenografisches Protokoll der 100. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 2. Juni 2016**
BEZUG PA 25 - 5503
AZ **029-480001-0000-0001/2016 S / /16 VS-NfD**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu dem stenografischen Protokoll der 100. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses vom 2. Juni 2016 möchte ich meine Aussage wie folgt korrigieren:

Auf Seite 18 des Protokolls heißt es:

„ Der liegt Ich persönlich habe ihn nicht detailliert gelesen. Er liegt aber uns vor, ja. “

Die Aussage bezog sich auf die Frage, ob ich einen bestimmten Bericht des BfDI zu einem BND-Sachverhalt kenne.

Ich muss meine Aussage dahingehend korrigieren, dass der in Rede stehende Bericht im BfV gar nicht vorgelegen hatte und ich ihn deshalb auch nicht habe lesen können.

Mit freundlichen Grüßen

(Dr. Burkhard Even)

ANLAGE 2

VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH



Bundesamt für
Verfassungsschutz

POSTANSCHRIFT Bundesamt für Verfassungsschutz, Postfach 51 02 49, 12414 Berlin

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss der 18. WP
Herr Harald Georgii
Platz der Republik
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Am Treptower Park 5-8, 12435 Berlin

POSTANSCHRIFT Postfach 91 02 49, 12414 Berlin

TEL. +49 (0)30-18 792-0

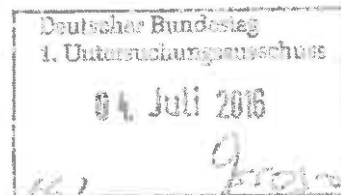
FAX +49 (0)30-18 792- (IVBB)

BEARBEITET VON

E-MAIL poststelle@bfv.bund.de

INTERNET www.verfassungsschutz.de

DATUM Berlin, 28.06.2016



BETREFF Stenografisches Protokoll der 100. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses am 02. Juni 2016

BEZUG

AZ PB_PG_UA_TAD - 025-000028-0003-0023/16 A / VS-NfD

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der derzeitigen Auslandsverwendung von Herrn Isselburg hat dieser uns gebeten, Ihnen seine Korrekturwünsche zu dem stenografischen Protokoll der 100. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses vom 02. Juni 2016 bezüglich seiner öffentlichen Aussage zu übermitteln:

- Auf Seite 95 des Protokolls heißt es:

Zeuge Henrik Isselburg: "(...) Die Übergabe erfolgt mit Empfangsschein, mit allem Drum und Dran und ist begleitet von einem Schreiben, unter dem sich der hier bereits mehrfach zitierte Disclaimer befindet."

- Auf Seite 96 des Protokolls heißt es:

Nina Warken (CDU/CSU): „Nur noch mal eine Verständnisfrage zu dem, was die Frau Kollegin Renner gerade gefragt hat. Wenn Sie die Liste übergeben, beinhaltet die Liste doch am Ende diesen Disclaimer, oder nicht?“

Zeuge Henrik Isselburg: „Ja, tut sie.“



SEITE 2 VON 2

Herr Isselburg korrigiert seine Aussage dahingehend, dass die Übergabe einer Liste an ausländische Nachrichtendienste *normalerweise* mit Empfangsschein erfolgt und die Liste *normalerweise* am Ende den Disclaimer beinhaltet.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

